

JAHRES FINANZBERICHT

2014

Alle Bezeichnungen im Konzernbericht, die der besseren Lesbarkeit wegen ausschließlich in der männlichen Form verwendet wurden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

KENNZAHLEN DER ÖVAG

Werte in EUR Mio.	2014	2013	2012
Bilanz ¹⁾			
Bilanzsumme	15.125	20.904	27.640
Forderungen an Kunden	4.134	7.081	10.040
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.825	2.148	2.542
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.296	7.085	9.935
Nachrangkapital	493	555	621
Eigenmittel nach Basel III für die VB Holding eGen Kreditinstitutgruppe ²⁾			
Hartes Kernkapital (CET1)	543		
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0		
Kernkapital	543		
Ergänzungskapital (T2)	699		
Eigenmittel	1.243		
Risikogewichtete Beträge Kreditrisiko	6.557		
Gesamtrisikobetrag Marktrisiko	680		
Gesamtrisikobetrag Operationelle Risiken	660		
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	852		
Gesamtrisikobetrag	8.749		
Harte Kernkapitalquote ³⁾	6,2 %		
Kernkapitalquote ³⁾	6,2 %		
Eigenmittelquote ³⁾	14,2 %		
Ergebnisse ⁴⁾			
Zinsüberschuss	203,0	188,6	222,1
Risikovorsorge	-37,6	-23,5	-366,9
Provisionsüberschuss	20,3	30,2	58,2
Handelsergebnis	26,7	8,4	32,2
Verwaltungsaufwand	-247,1	-249,8	-261,5
Restrukturierungsaufwand	-35,5	0,0	0,0
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-82,4	156,7	755,2
Ergebnis Finanzinvestitionen	-45,9	-48,9	26,9
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity	8,0	0,5	-0,3
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereichs	-275,2	-111,3	47,1
Ergebnis vor Steuern	-465,7	-49,0	513,0
Ertragsteuern	-13,3	-24,4	-66,2
Ergebnis nach Steuern	-479,0	-73,4	446,8
Fremdanteile	-20,6	-26,6	-28,1
Konzernergebnis	-499,6	-100,0	418,7
Ratios ⁴⁾			
Operative Cost-Income-Ratio	98,9 %	109,9 %	83,7 %
ROE vor Steuern	-20,5 %	5,2 %	65,6 %
ROE nach Steuern	-21,9 %	3,2 %	56,5 %
ROE Konzern	-28,4 %	1,1 %	75,5 %
ROE vor Steuern (regulatorisch)	-72,6 %	6,8 %	38,6 %
Ressourcen ⁴⁾			
Ø-Anzahl Mitarbeiter	1.675	1.877	1.960
hievon Inland	1.073	1.122	1.178
hievon Ausland	602	755	782
Ultimo-Anzahl Mitarbeiter	1.317	1.853	1.912
hievon Inland	1.035	1.101	1.137
hievon Ausland	282	752	775
Anzahl Vertriebsstellen	1	2	2
hievon Inland	1	1	1
hievon Ausland	0	1	1

¹⁾ Die Vergleichszahlen 2012 wurden aufgrund von IAS 8 angepasst.

²⁾ Mit 1. Jänner 2014 werden die Eigenmittel nach Basel III für die Kreditinstitutgruppe der VB Holding eGen dargestellt. Bis dahin erfolgte die Ermittlung nach Basel II und wurde für die Kreditinstitutgruppe der ÖVAG dargestellt. Da dadurch kein sinnvoller Vergleich möglich ist, wird von der Angabe von Vergleichszahlen abgesehen.

³⁾ bezogen auf das Gesamtrisiko

⁴⁾ Die Vergleichszahlen 2013 und 2012 wurden aufgrund von IFRS 5 angepasst.

Die operative Cost-Income-Ratio errechnet sich aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und Handelsergebnis im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand. Alle Kennzahlen wurden ohne Berücksichtigung der aufgegebenen Geschäftsbereiche bzw. der Veräußerungsgruppe dargestellt.

INHALT

Österreichische Volksbanken- Aktiengesellschaft

- 4** Vorwort des Generaldirektors
- 6** Bericht des Aufsichtsrates
- 10** Corporate Governance Bericht
 - 10** Corporate Governance Kodex
 - 12** Der Vorstand
 - 14** Der Aufsichtsrat
 - 20** Vergütungsbericht

Lagebericht

- 26** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 26** Geschäftsverlauf
 - 31** Bericht über die Zweigniederlassungen
 - 32** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 34** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 35** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 35** Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 36** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 38** Bericht über Forschung und Entwicklung
- 39** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Strategische Segmente

- 44** Segment Finanzierung
- 48** Segment Financial Markets / Bankbuch
- 51** Non-core Business
 - 51** Segment Non-core Business
 - 52** Segment Non-core Retail
 - 53** Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

Konzernabschluss

Einzelabschluss

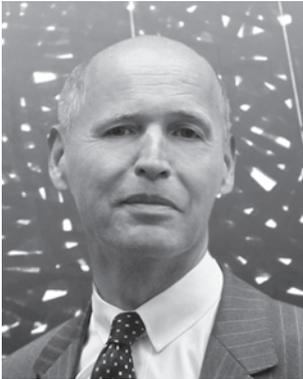
Personen und Adressen

56	Gesamtergebnisrechnung
57	Bilanz zum 31. Dezember 2014
58	Entwicklung des Eigenkapitals
59	Geldflussrechnung
60	Inhaltsverzeichnis Notes
62	Anhang (Notes) zum Konzernabschluss
173	Bilanzeid
174	Bestätigungsvermerk

178	Bilanz zum 31. Dezember 2014
180	Gewinn- und Verlustrechnung
182	Anhang
213	Lagebericht
232	Bilanzeid
233	Bestätigungsvermerk

236	ÖVAG Konzern
237	Ansprechpartner
238	Terminologie
239	Impressum

VORWORT DES GENERALDIREKTORS



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und
Vorsitzender des Vorstandes

2014 war ein einschneidendes Jahr in der Entwicklung der Österreichischen Volksbanken-AG: Es wurden die Weichen gestellt, um die ÖVAG zu spalten und in eine Abbaugesellschaft umzuwandeln.

Diese Entscheidungen wurden notwendig, da die Voraussetzungen für den Fortbestand des Unternehmens als Bank in der bisherigen Form nicht länger gegeben waren und die Zukunft des gesamten Volksbanken-Verbunds aus Sicht des Vorstands der Österreichischen Volksbanken-AG ohne einen gravierenden Kurswechsel gefährdet war. Der Vorstand der ÖVAG hat bereits im Geschäftsbericht des Jahres 2013 dargelegt, dass mittelfristig die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen nur erfüllt werden können, wenn der ÖVAG bzw. dem Verbund zusätzliches Eigenkapital zugeführt wird und/oder die ÖVAG bzw. der Verbund kurzfristig emissionsfähig gemacht werden kann und/oder es zu einer Reduktion der Eigenmittelanforderungen kommt. Alle drei Voraussetzungen für die Beibehaltung eines going concern-Ansatzes haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht realisiert.

Um dennoch die Basis für eine nachhaltige Zukunft des Volksbanken-Verbunds zu schaffen, wurden im Herbst 2014 grundlegende Weichenstellungen vorgenommen und ein umfassendes Konzept zur Neuordnung des Verbundes vorgelegt, das aus zwei Teilen besteht. Der erste Teil betrifft die Abspaltung der Zentralorganisations- und Spitzeninstitutfunktionen der ÖVAG auf die Volksbank Wien-Baden und die anschließende finale Abwicklung der Rest-ÖVAG als Abbaugesellschaft. Teil zwei besteht in der Neuformung des Volksbanken-Verbunds durch Fusionen der bis dahin über 40 Volksbanken auf letztlich acht große Regionalbanken, die mittelfristig zu einem kapitalmarktfähigen Verbund führen.

Alle geplanten Maßnahmen, sowohl die Spaltung der ÖVAG und die Fusion des Abspaltungsteils mit der Volksbank Wien-Baden als auch die Neuordnung des Volksbanken-Verbunds werden derzeit geprüft und stehen unter dem Vorbehalt der ausstehenden Genehmigung der Bankenaufsicht, der Europäischen Kommission und weiterer Behörden und Institutionen sowie gremialer Beschlüsse.

Wie richtig und notwendig der geplante Umbau des Verbundes ist, hat das Ergebnis des Stresstests der Europäischen Bankenaufsicht gezeigt, das für den Volksbanken-Verbund unter den wirtschaftlichen Stressannahmen bis zum Jahr 2016 eine aggregierte Kapitallücke in Höhe von EUR 865 Mio. errechnete. Damit hat die EZB die Prognose des ÖVAG-Vorstands bestätigt, dass der Volksbanken-Verbund mittelfristig Eigenkapitalbedarf hat.

Die materiellen Grundlagen, die eine freiwillige Abwicklung der ÖVAG ermöglichen, wurden durch den äußerst erfolgreichen Abbau von Altlasten in den vergangenen beiden Jahren geschaffen. Dadurch konnte die Basis erarbeitet werden, um die ÖVAG ohne neue Belastung für die Steuerzahler und ohne Zuschuss durch die Eigentümer geordnet abwickeln zu können.

Die Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einstimmig den Grundsatzbeschluss gefasst, die ÖVAG in eine reine Abbaugesellschaft umzuwandeln. Als Vorbereitungsmaßnahme darauf fielen im Geschäftsjahr 2014 Bewertungsverluste an, die maßgeblich zum Jahresergebnis im Einzelinstitut in Höhe von EUR –888 Mio. geführt haben.

Im vierten Quartal 2014 wurden umfangreiche und intensive Vorarbeiten für die Spaltung der ÖVAG und die Umwandlung in eine Abbaugesellschaft begonnen, die im ersten Halbjahr 2015 fortgeführt werden. Die rechtliche Spaltung der ÖVAG, die Fusion des abgespaltenen Teils mit der Volksbank Wien-Baden, die Zurücklegung der Banklizenz durch die ÖVAG und das Ausscheiden der ÖVAG aus dem Volksbanken-Verbund sind für Mitte des Jahres 2015 vorgesehen.

Um den neuen Volksbanken-Verbund in Zukunft mit deutlich geringeren Betriebskosten führen zu können, müssen im Zuge der Abspaltung der Steuerungs- und Servicefunktionen in die Volksbank Wien-Baden die Spitzeninstitutsaufgaben redimensioniert werden. Gleichzeitig wird der Personalbedarf der Rest-ÖVAG an die künftigen Aufgabenstellungen einer Abbaugesellschaft angepasst. Daraus resultierte die Anforderung, den Mitarbeiterstand der ÖVAG drastisch zu reduzieren. Das Dienstverhältnis mit 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird daher im ersten Halbjahr 2015 im Rahmen des bestehenden Sozialplans aufgelöst.

Ich bedanke mich im Namen des gesamten Vorstands bei den vielen Kolleginnen und Kollegen, die die Veränderungen der letzten Jahre aktiv mitgestaltet und mit hohem Engagement für den Volksbanken-Verbund gearbeitet haben. Und ich hoffe, dass jene, die von Personalmaßnahmen betroffen sind, möglichst bald wieder in einem neuen Umfeld Fuß fassen können.

Die laufende Restrukturierung eröffnet die Chance, den Volksbanken-Verbund neu so aufzustellen, dass die Herausforderungen der Zukunft gut bewältigt werden können.

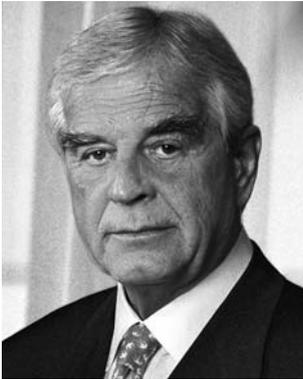
Wien, im April 2015



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstandes

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

gemäß § 96 AktG für das Geschäftsjahr 2014



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender
des Aufsichtsrates

1. Der Aufsichtsrat der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (die „GESELLSCHAFT“ oder „ÖVAG“) hat sich im Geschäftsjahr 2014 in fünf ordentlichen und sechs außerordentlichen Sitzungen sowie in weiteren Besprechungen und Ausschüssen über die Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung sowie über die Lage, die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik informiert.

Die entsprechenden Berichte des Vorstandes der GESELLSCHAFT wurden zur Kenntnis genommen und die notwendigen Beschlüsse gefasst.

Über die Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrates berichteten die Vorsitzenden der Ausschüsse regelmäßig im Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hatte somit in ausreichendem Maße Gelegenheit, seiner Informations- und Überwachungspflicht zu entsprechen.

Der Aufsichtsrat hat folgende Ausschüsse gebildet: Bewilligungsausschuss, Prüfungsausschuss, Risikoausschuss, Vergütungs- und Nominierungsausschuss, Personalausschuss sowie Arbeitsausschuss.

2. Der Bewilligungsausschuss hielt im Jahr 2014 vier Sitzungen ab, in denen die in seine Kompetenz fallenden Veranlagungen und Beteiligungen behandelt wurden.

Der Prüfungsausschuss hielt im Jahr 2014 drei Sitzungen ab. In diesen Sitzungen wurden neben der Jahresabschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung insbesondere das interne Kontrollsystem, das interne Revisionsystem und das Risikomanagementsystem behandelt.

Der Risikoausschuss setzte sich im Jahr 2014 in vier Sitzungen umfassend mit den Risikothemen, der Risikostrategie und der aktuellen Risikolage der GESELLSCHAFT und ihren wesentlichen Konzernunternehmen auseinander.

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss befasste sich im Jahr 2014 in zwei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der ÖVAG und im Volksbanken-Verband, der jährlichen Überprüfung der Vergütungsbelange, der jährlichen Evaluierung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, der Bewertung und Nachfolgeplanung für den Vorstand und Aufsichtsrat, dem Prozess zur Auswahl des höheren Managements und der Zielrelation für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat.

Der Personalausschuss hielt im Jahr 2014 eine Sitzung ab, in der er sich mit der Annahme eines Vorstandsmandates sowie eines Aufsichtsratsmandates durch ein Vorstandsmitglied in konzernfremden Unternehmen befasste und dem Aufsichtsrat die diesbezügliche Genehmigung empfahl.

Der Arbeitsausschuss ist zuständig zur Entscheidung in dringenden Fällen, wenn mit der Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates zugewartet werden kann. Diese Kompetenz betrifft grundsätzlich alle Angelegenheiten, die dem Aufsichtsrat obliegen. Im Jahr 2014 war die Einberufung des Arbeitsausschusses nicht erforderlich.

3. Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2014 intensiv mit der Lage der GESELLSCHAFT auseinandergesetzt und über mögliche Maßnahmen zur Restrukturierung des Volksbanken-Verbandes und der GESELLSCHAFT beraten. Insbesondere hat der Aufsichtsrat sich im Geschäftsjahr 2014 in jeder Sitzung sowie im Rahmen seiner Ausschüsse mit den Berichten des Vorstandes über die aktuelle Risiko- und Ertragslage befasst, sich dazu beraten und Informationen zu den Fortschritten im Abbau des Non Core-Portfolios – hier insbesondere zum Verkaufsprozess betreffend die Volksbank Romania – und zu maßgeblichen Projekten im Zusammenhang mit dem Kreditinstitute-Verband gemäß § 30a

BWG erhalten. Ebenso wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand auch im Geschäftsjahr 2014 über die regulatorischen Anforderungen auf nationaler und EU-Ebene und deren Umsetzung in der ÖVAG und im Kreditinstitute-Verbund informiert.

Im Hinblick auf die steigenden Eigenmittelanforderungen und das von der Europäischen Zentralbank EU-weit durchgeführte Comprehensive Assessment, das für den österreichischen Volksbanken-Verbund eine zu schließende Kapitallücke aufgezeigt hat, wurden vom Vorstand Alternativszenarien für die Zukunft des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG geprüft. Als einzig gangbare Lösung wurde hierbei eine Neuordnung der Strukturen der ÖVAG in der Weise identifiziert, dass die dem Abbauteil zugeordneten Aktiva – unter Zurücklegung der Bankkonzession – zur Gänze abgewickelt werden und die Zentralorganisations- und Zentralinstitutsfunktionen der ÖVAG auf die Volksbank Wien-Baden als neue Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes der österreichischen Volksbanken übertragen werden. Der Aufsichtsrat hat diesen Plan zur Restrukturierung des Volksbanken-Verbundes sowie zur Neuordnung der Strukturen der ÖVAG eingehend erörtert, sich dazu beraten und diesen anschließend unterstützend und befürwortend zur Kenntnis genommen und den erstellten Kapitalplan genehmigt. Die Aktionäre haben dazu in einem in der außerordentlichen Hauptversammlung am 23.12.2014 gefassten Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 des Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken vorbehaltlich der Genehmigungen der regulatorischen Aufsichtsbehörden und der Europäischen Kommission ihre Zustimmung erteilt und den Vorstand mit der Setzung von entsprechenden Vorbereitungsmaßnahmen beauftragt. Diese Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes soll bis Mitte 2015 umgesetzt sein. Über die Fortschritte und den jeweils aktuellen Stand in diesem Projekt wird dem Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig Bericht erstattet.

4. Der um den Anhang erweiterte Jahresabschluss der ÖVAG zum 31. Dezember 2014 (der „JAHRESABSCHLUSS“) samt Lagebericht und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 (der „KONZERNABSCHLUSS“) samt Konzernlagebericht wurden jeweils von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft (die „KPMG“) geprüft und – da es keinen Anlass zu Beanstandungen gab – mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die KPMG hat hierbei, ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, auf die Ausführungen des Vorstands im Anhang zur Unternehmensführung, insbesondere zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen aus dem Kapitalplan, zu den Risiken aus dem beschleunigten Abbau von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie zu bestehenden Länderrisiken verwiesen.

5. Mit der Prüfung des Corporate Governance-Berichts wurde die Univ. Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH beauftragt. Diese Prüfung hat in ihrem abschließenden Ergebnis zu keinen wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben. Es wurde weiters bestätigt, dass der Corporate Governance-Bericht entsprechend dem Anhang 2 zum Österreichischen Corporate Governance Kodes (Fassung Juli 2012) dargestellten Gliederungsvorschlag erstellt wurde und somit nicht nur den formalen, sondern auch den erweiterten inhaltlichen Anforderungen des Österreichischen Corporate Governance Kodex entspricht.

6. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen und den JAHRESABSCHLUSS samt Lagebericht sowie den KONZERNABSCHLUSS samt Konzernlagebericht, die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht und den Corporate Governance-Bericht nach vorheriger Befassung des Prüfungsausschusses gemäß § 96 Abs. 1 Aktiengesetz geprüft. Diese Prüfung durch den Aufsichtsrat hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; insbesondere wurden der JAHRESABSCHLUSS und der KONZERNABSCHLUSS durch den Aufsichtsrat als ordnungsgemäß aufgestellt befunden. Der Aufsichtsrat billigt daher den JAHRESABSCHLUSS samt Lagebericht, womit dieser gemäß § 96 Abs. 4 Aktiengesetz festgestellt ist, sowie den KONZERNABSCHLUSS samt Konzernlagebericht, die Anlage gemäß § 63 Abs. 5 und 7 BWG zum Prüfungsbericht

und den Corporate Governance-Bericht. Der Aufsichtsrat geht auch mit den Ergebnissen der Abschlussprüfung, welche im Prüfungsausschuss mit der KPMG eingehend besprochen wurden, konform.

7. Da im JAHRESABSCHLUSS ein Verlust ausgewiesen ist, entfällt der Vorschlag des Vorstands der ÖVAG für die Gewinnverwendung. Ebenso entfällt daher eine diesbezügliche Beschlussfassung des Aufsichtsrats der ÖVAG mangels ausgewiesenen Gewinns im JAHRESABSCHLUSS.

8. Festgehalten wird, dass die GESELLSCHAFT im abgelaufenen Geschäftsjahr dem in § 2 der Satzung verankerten und von den Gesellschaftern erteilten Förderungsauftrag nachgekommen ist.

9. Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeitern Dank und Anerkennung für ihr fortgesetztes Engagement und den weiterhin hohen Arbeitseinsatz in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld aus.

Wien, im April 2015

Für den Aufsichtsrat von Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft:



Dr. Klaus LIEBSCHER, geb. 12.7.1939
Vorsitzender des Aufsichtsrates

CORPORATE GOVERNANCE-BERICHT DER ÖSTERREICHISCHE VOLKSBANKEN-AKTIENGESELLSCHAFT

gemäß § 243b Unternehmensgesetzbuch sowie Regel 60 und 61 des Österreichischen Corporate Governance Kodex

Corporate Governance Kodex

Der Österreichische Corporate Governance Kodex (im folgenden auch „ÖCGK“ genannt) stellt österreichischen Aktiengesellschaften einen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung des Unternehmens zur Verfügung.

Die Regeln des ÖCGK basieren auf den Vorschriften des österreichischen Aktien-, Börse- und Kapitalmarktrechts, den EU-Empfehlungen zu den Aufgaben der Aufsichtsratsmitglieder und zu der Vergütung von Direktoren sowie auf den OECD-Richtlinien für Corporate Governance und gehen über die rein gesetzlichen Anforderungen an Aktiengesellschaften hinaus.

Die im Kodex enthaltenen Regeln sind in

- „L“-Regeln, die auf zwingenden Rechtsvorschriften beruhen,
- „C“-Regeln, bei denen ein Abweichen zulässig, aber zu begründen ist, und
- „R“-Regeln, die Empfehlungscharakter besitzen, untergliedert.

Für nicht-börsennotierte Gesellschaften wie die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) sind gemäß Präambel des ÖCGK alle nicht zwingend anwendbaren L-Regeln als C-Regeln zu interpretieren.

Geltung erlangt der ÖCGK durch freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen.

Der ÖCGK ist unter www.corporate-governance.at abrufbar.

Bekennnis zur Einhaltung der ÖCGK-Regeln

Die ÖVAG verpflichtet sich seit 2013 zur Einhaltung der Regeln des ÖCGK mit dem Ziel, Transparenz über eine verantwortungsvolle, auf nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtete Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle gegenüber Aktionären, Kunden, Mitarbeitern und der sonstigen Stakeholder sowie der Öffentlichkeit herzustellen.

Die Überprüfung der Umsetzung und Einhaltung der einzelnen Regelungen des Kodex wird regelmäßig, mindestens alle drei Jahre durch eine externe Institution vorgenommen.

Diese Evaluierung erfolgte zuletzt für das Jahr 2013 durch die „Univ.Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH“.

Im Jahr 2014 hat die ÖVAG sämtliche L-Regeln und C-Regeln – bis auf die folgenden genannten C-Regeln - eingehalten. Abweichungen erfolgten von den nachstehend genannten C-Regeln:

Regel 2:

Das Prinzip „One Share - One Vote“ wird, solange die Republik Österreich (Bund) Namensaktien an der Gesellschaft hält, nicht angewendet als dieser das (ausschließlich an die FIMBAG-Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes übertragbare) Recht auf Endsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates (Kapitalvertreter) eingeräumt wird. Im Falle der Übertragung der bisher vom Bund an der Gesellschaft gehaltenen Namensaktien an die FIMBAG geht das diesbezügliche Entsendungsrecht von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf diese über. Sobald die FIMBAG diese an der ÖVAG gehaltenen Namensaktien wieder an die Republik Österreich (Bund) rückübertragen sollte, wird auch das ihr eingeräumte Recht auf Endsendung von bis zur Hälfte der Mitglieder des Aufsichtsrates auf die Republik Österreich (Bund) (rück)übertragen.

Regel 27:

Im Hinblick auf die Restrukturierung der ÖVAG werden die Kriterien der Regel 27 i.V. mit der Anlage zu §39b BWG hinsichtlich der variablen Vergütungsbestandteile des Vorstandes bei allen Vorstandsmitgliedern der ÖVAG nicht angewendet.

Regel 45:

Von der Regel, wonach Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion in anderen Gesellschaften wahrnehmen, die zum Unternehmen im Wettbewerb stehen, wird bezüglich der Aufsichtsratsmitglieder Frau Mag. Althaler, Herr Dr. Klaus Liebscher und Herr Mag. Franz Zwickl abgewichen, die in anderen Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen jeweils Aufsichtsratsmandate einnehmen. Dadurch wird branchenspezifisches Know-how und Erfahrung in die Wahrnehmung der Kontrollfunktion des Aufsichtsrats zum Wohl des Unternehmens eingebracht.

Regel 74:

Von der Regel, wonach ein Unternehmenskalender mindestens zwei Monate vor Beginn des neuen Geschäftsjahres mit allen für Investoren und andere Stakeholder relevanten Terminen auf der Website der Gesellschaft veröffentlicht wird, wurde abgewichen. Die Veröffentlichung erfolgte im Jänner 2015, sobald alle relevanten Termine fixiert waren.

Informationen zum Vorstand**Zusammensetzung des Vorstandes**

(C-Regel 16 ÖCGK)

Im Geschäftsjahr 2014 waren

- Dr. Stephan Koren, geb. 14.12.1957, bestellt seit 03.09.2012 bis 31.08.2017 (Vorsitzender)
 - Dkfm. Michael Mendel, geb. 13.06.1957, bestellt seit 01.01.2009 bis 31.12.2016 (Vorsitzender-Stv.)
 - Mag. Christoph Raninger, geb. 03.02.1972, bestellt seit 15.02.2013 bis 28.02.2017
 - Dr. Rainer Borns, geb. 07.08.1970, bestellt seit 06.08.2012 bis 31.07.2016
- als Mitglied des Vorstandes der ÖVAG tätig (Details siehe Seite 12 und 13).

Arbeitsweise des Vorstands

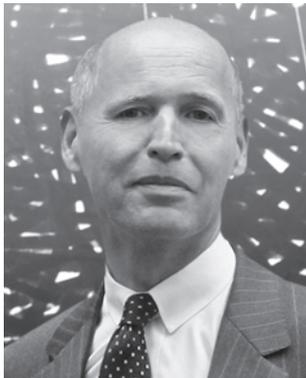
Die Zusammenarbeit der Mitglieder des Vorstandes ist in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Die vom Gesamtvorstand beschlossene Geschäftsverteilung wird vom Aufsichtsrat genehmigt. Die Geschäftsordnung regelt die Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen der Vorstandsmitglieder untereinander und gemäß einem Zustimmungskatalog die Angelegenheiten, die der Genehmigung durch den Aufsichtsrat bedürfen.

Die Vorstandsmitglieder haben die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden und insbesondere die Erfüllung der Pflichten der ÖVAG als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes (§ 30a BWG) sowie die Einhaltung der gemäß Verbundvertrag in Kraft gesetzten Weisungen durch die Gesellschaft und die zugeordneten Kreditinstitute sicherzustellen.

Die Vorstandssitzungen finden regelmäßig (wöchentlich) statt, in welchen die Mitglieder des Vorstandes über den aktuellen Geschäftsverlauf berichten, Beschlüsse fassen und unternehmensstrategische Entscheidungen treffen. Darüber hinaus erfolgt auch außerhalb der Vorstandssitzungen ein kontinuierlicher Informationsaustausch über relevante Geschehnisse zwischen den Vorstandsmitgliedern.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung, einschließlich der Risikolage und des Risikomanagements im Konzern. Darüber hinaus hält der Vorsitzende des Aufsichtsrates regelmäßig Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden und diskutiert mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens.

ZUSAMMENSETZUNG DES VORSTANDES



Vorsitzender

Dr. Stephan Koren

geb. am 14.12.1957,
bestellt seit 3.9.2012 bis 31.8.2017

Zuständigkeitsbereich:

- Generalsekretariat
- Revision
- Legal & Compliance
- Marketing und Kommunikation
- Personalmanagement/HR
- Unternehmensplanung und Finanzen
- Credit Services

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Wiener Stadtwerke Holding AG (Mitglied)
- Österreichische Industrieholding AG (Mitglied)
- Wüstenrot Wohnungswirtschaft rGmbH (Mitglied)
- Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (Mitglied)
- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- Österreichische Lotterien Gesellschaft m.b.H. (Mitglied)



Vorsitzender-Stellvertreter:

Dkfm. Michael Mendel

geb. am 13.6.1957,
bestellt seit 1.1.2009 bis 31.12.2016

Zuständigkeitsbereich:

- Strategische Projekte Abbau
- Volksbank Romania S.A.
- Strategisches Risikomanagement
- Operatives Risikomanagement
- Non Core Business

Beteiligungen:

- VB Managementberatung
- VB Leasing International
- VB Real Estate Services

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- RHÖN-KLINIKUM AG Bad Neustadt / Saale (Mitglied)
- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- HETA Asset Resolution AG (Vorsitzender)

Mitglied:

Dr. Rainer Borns

geb. am 7.8.1970,
bestellt seit 6.8.2012 bis 31.7.2016

Zuständigkeitsbereich:

- Operationalisierung § 30 a BWG
- VB Services für Banken
- Interessenvertretung
- Organisation/IT
- Vertrieb Volksbanken

Beteiligungen:

- ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH
- VB Services für Banken Ges.m.b.H.
- VB Factoring Bank AG

Mitgliedschaften:

- Europäische Vereinigung der Genossenschaftsbanken
- Internationale Volksbankenvereinigung (C.I.B.P.)

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Volksbank Regio Invest AG (Mitglied)
- Bank für Ärzte und freie Berufe Aktiengesellschaft (Vorsitzender)
- ARZ Allgemeines Rechenzentrum GmbH (Vorsitzender)
- start:bausparkasse e.Gen. (Mitglied)
- Volksbank Obersteiermark e.Gen. (Mitglied)
- Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. (Mitglied)
- Ergo Versicherung AG (Mitglied)
- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- Volksbanken-Versicherungsdienst-Gesellschaft m.b.H.



Mitglied:

Mag. Christoph Raninger

geb. am 3.2.1972,
bestellt seit 15.2.2013 bis 28.2.2017

Zuständigkeitsbereich:

- Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen
- Financial Markets & Group Treasury
- Capital Markets / Products & Sales
- Kommerzgeschäft

Beteiligungen:

- Victoria-Volksbanken Pensionskassen AG
- Volksbank Invest Kapitalanlage GesmbH
- Victoria-Volksbanken Vorsorgekasse AG
- VB Leasing Finanzierung
- Leasing West
- IMMO KAG

Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften:

- Volksbank Haftungsgenossenschaft eG (Mitglied)
- Oesterreichische Kontrollbank AG (Mitglied)



INFORMATIONEN ZUM AUFSICHTSRAT

Zusammensetzung des Aufsichtsrats sowie andere Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen der Aufsichtsratsmitglieder in in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften (C-Regel 58 ÖCGK)

Aufsichtsratsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktions-Periode	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften
Dr. Johann Georg Schelling (Vorsitzender bis 1.9.2014) geb. 27.12.1953	26.4.2012	ausgeschieden am 1.9.2014	keine
Dr. Klaus Liebscher (Vorsitzender ab 25.09.2014) geb. 12.7.1939	entsandt seit 28.12.2012	b.a.w.	keine
Dr. Rainer Kuhnle (1. Stv. Vorsitzender) geb. 7.1.1967	27.5.2004	o. HV 2017	keine
Mag. Franz Zwickl (2. Stv. Vorsitzender) geb. 11.11.1953	26.4.2012	o. HV 2017	CA Immobilien Anlagen Aktiengesellschaft (Mitglied)
Mag. Susanne Aithaler (Mitglied) geb. 22.3.1959	26.04.2012	o. HV 2017	Wiener Privatbank SE (Mitglied)
Dr. Richard Ecker (Mitglied) geb. 22.2.1968	26.4.2012	o. HV 2017	keine
Mag. Markus Hörmann (Mitglied) geb. 19.9.1963	26.4.2012	o. HV 2017	keine
Mag. Birgit Noggler (Mitglied) geb. 10.9.1974	entsandt seit 10.9.2014	b.a.w.	keine
Josef Preissl (Mitglied) geb. 2.3.1959	26.4.2012	o. HV 2017	keine
Edwin Reiter (Mitglied) geb. 6.5.1962	24.5.2006	o. HV 2017	keine
DI Dr. Thomas Steiner (Mitglied) geb. 28.1.1980	entsandt seit 27.2.2013	b.a.w.	keine

Vom Betriebsrat delegiert:

Hans Lang geb. 17.10.1953	8.6.2004	b.a.w.	keine
Gabriele Bauer geb. 7.3.1967	13.6.2013	b.a.w.	keine
DI Wolfgang Agler geb. 11.5.1957	25.10.2013	b.a.w.	keine

Aufsichtsratsmitglied	Erstbestellung	Ende der Funktions-Periode	Aufsichtsratsmandate oder vergleichbare Funktionen in anderen in- und ausländischen börsennotierten Gesellschaften
Dipl.BW(FH) Hermann Ehinger geb. 12.10.1958	3.3.2010	b.a.w.	keine
Dr. Mattäus Thun-Hohenstein geb. 22.2.1963	13.4.2005	b.a.w.	keine

Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Aufsichtsrats inkl. Angabe der (stellvertretenden) Vorsitzenden (C-Regel 39 ÖCGK)

Name	Bewilligungs-ausschuss	Prüfungs-ausschuss	Risiko-ausschuss	Vergütungs- und Nominierungs-ausschuss	Personal-ausschuss	Arbeits-ausschuss
Dr. Klaus Liebscher	–	Mitglied bis 25.9.2014	Mitglied bis 25.9.2014	Vorsitzender, Vergütungs-experte	Vorsitzender	Vorsitzender
Dr. Rainer Kuhnle	–	Mitglied	–	Mitglied	Mitglied	Mitglied
Mag. Franz Zwickl Mitglied	–	Vorsitzender, Finanzexperte	–	–	Mitglied	Mitglied
Mag. Susanne Althaler	Mitglied	–	Mitglied	–	–	–
Dr. Richard Ecker	–	Mitglied	–	–	–	–
Mag. Markus Hörmann	–	–	–	Mitglied	Mitglied	–
Mag. Birgit Noggler	–	Mitglied	Mitglied	–	–	–
Josef Preissl	Mitglied	–	Vorsitzender	–	–	Mitglied
Edwin Reiter	Vorsitzender	–	Mitglied	–	–	–
DI Dr. Thomas Steiner	Mitglied	–	–	–	–	–
Hans Lang	Mitglied	Mitglied	–	Mitglied	–	Mitglied
Gabriele Bauer	–	–	–	Mitglied	–	–
DI Wolfgang Agler	–	–	–	–	–	–
Dipl.BW(FH) Hermann Ehinger	Mitglied	Mitglied	Mitglied	–	–	Mitglied
Dr. Matthäus Thun-Hohenstein	–	–	Mitglied	–	–	–

Unabhängigkeit des Aufsichtsrats

(C-Regel 53 ÖCGK)

Im Zuge der Einführung des ÖCGK hat der Aufsichtsrat der ÖVAG Kriterien für die Unabhängigkeit seiner Mitglieder in Anlehnung an Anhang 1 des ÖCGK festgelegt:

Leitlinien für die Unabhängigkeit

Ein Aufsichtsratsmitglied ist als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zur Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen materiellen Interessenkonflikt begründet und daher geeignet ist, das Verhalten des Mitglieds zu beeinflussen.

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zu der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im letzten Jahr unterhalten haben. Dies gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den letzten drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft oder Beteiligter oder Angestellter der prüfenden Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht länger als 15 Jahre dem Aufsichtsrat angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkte Nachkommen, Ehegatten, Lebensgefährten, Eltern, Onkeln, Tanten, Geschwister, Nichten, Neffen) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Darstellung, welche Mitglieder als unabhängig anzusehen sind

(C-Regel 53 ÖCGK)

Auf der Grundlage der oben genannten Kriterien haben sämtliche gewählte bzw. von einem Aktionär entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates ihre Unabhängigkeit erklärt.

Information zur Selbstevaluierung des Aufsichtsrates

(C-Regel 36 ÖCGK)

Der Aufsichtsrat hat im November 2014 mit externer Begleitung durch die Univ. Prof. DDr. Waldemar Jud Corporate Governance Forschung CGF GmbH die Effizienz seiner Tätigkeit, insbesondere seine Organisation und Arbeitsweise evaluiert und das Ergebnis dieser Selbstevaluierung in seiner Sitzung am 11.12.2014 behandelt. Der Aufsichtsrat wird die Erkenntnisse aus dieser Selbstevaluierung in seine Tätigkeit im Jahr 2015 einfließen lassen.

Arbeitsweise und Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse

Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2014 und Bericht über seine Tätigkeit

(C-Regel 36 ÖCGK)

Der **Aufsichtsrat** hat seine Tätigkeit nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung auszuüben. Er hat die Aufgabe, die Tätigkeit des Vorstands zu überwachen, insbesondere ob durch die Tätigkeit des Vorstandes unter Berücksichtigung der förderwirtschaftlichen Zielsetzung der Gesellschaftszweck verwirklicht wird und die Pflichten der ÖVAG als Zentralorganisation gem. § 30a BWG eingehalten werden.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2014 elf Sitzungen abgehalten.

In jeder ordentlichen Sitzung hat sich der Aufsichtsrat mit den Berichten des Vorstands über die aktuelle Risiko- und Ertragslage befasst und Informationen zum Fortschritt der Restrukturierung, zur Volksbank Romania als wichtigste Beteiligung und zu maßgeblichen Projekten im Zusammenhang mit dem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG und den regulatorischen Anforderungen auf nationaler und EU-Ebene erhalten. Intensiv setzte sich der Aufsichtsrat mit den Fortschritten bei der Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes auseinander und nahm die vom Vorstand vorgeschlagene Neuordnung der Strukturen der ÖVAG, mit der die dem Abbauteil zugeordneten Aktiva – unter Zurücklegung der Bankkonzession - zur Gänze abgewickelt werden und die zum Kerngeschäft zählenden Aktiva und Serviceeinheiten sowie alle Aufgabe der ÖVAG als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes in eine neue Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes eingebracht werden, unterstützend und befürwortend zur Kenntnis. Diese Neustrukturierung des Verbundes soll bis Mitte 2015 umgesetzt sein und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung der regulatorischen Aufsichtsbehörden und der Europäischen Kommission.

In den Sitzungen des Aufsichtsrates wurden weiters regelmäßig die Berichte der Internen Revision behandelt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten über die in den jeweiligen Ausschüssen behandelten Themen.

Der Aufsichtsrat befasste sich weiters regelmäßig mit den ihm vorgelegten Anträgen, die gemäß Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung seiner Zustimmung bedürfen. Dies betraf insbesondere die Zustimmung zum Verkauf der Volksbank Romania sowie von Tochtergesellschaften der VB Leasing International, mit denen der Abbau von Risiken zügig fortgesetzt wird.

Anzahl und Art der eingerichteten Ausschüsse und deren Entscheidungsbefugnisse (C-Regel 34) sowie Anzahl der Sitzungen der Ausschüsse im Geschäftsjahr 2013 und Bericht über ihre Tätigkeit (C-Regel 39)

Der Aufsichtsrat hat sechs Ausschüsse gebildet: den Bewilligungsausschuss, den Prüfungsausschuss, den Risikoausschuss, den Vergütungs- und Nominierungsausschuss, den Personalausschuss und den Arbeitsausschuss.

Der **Bewilligungsausschuss** ist zuständig für die Zustimmung zu Aktivposten, welche eine bestimmte, vom Aufsichtsrat festzulegende Wertgrenze übersteigen, sowie zur Zustimmung zu Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, soweit der Buchwert EUR 2.000.000,-- nicht übersteigt. Der Bewilligungsausschuss hat im Jahr 2014 in vier Sitzungen die in seine Kompetenz fallenden Gegenstände behandelt.

Der **Prüfungsausschuss** ist zuständig für

- i) die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses;
 - ii) die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionsystems und des Risikomanagementsystems;
 - iii) die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung;
 - iv) die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers), insbesondere im Hinblick auf die für die ÖVAG bzw. ihren Konzern erbrachten zusätzlichen Leistungen;
 - v) die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung, die Prüfung des Vorschlags für die Gewinnverteilung, des Lageberichts und des Corporate Governance Berichts sowie die Erstattung des Berichts über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat;
 - vi) die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts;
 - vii) die Vorbereitung des Vorschlags des Aufsichtsrats für die Auswahl des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers)
- und erörterte diese Belange im Jahr 2014 in drei Sitzungen.

Der **Risikoausschuss** ist zuständig (soweit sich dies aus § 30a BWG ergibt, auch auf Kreditinstituts-Verbundebene) für

- i) die Beratung der Geschäftsleitung hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie,
- ii) die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gemäß § 39 Abs. 2b Z 1 bis 14 BWG, der Eigenmittelausstattung und der Liquidität,
- iii) die Überprüfung, ob die Preisgestaltung der angebotenen Dienstleistungen und Produkte dem Geschäftsmodell und der Risikostrategie angemessen ist und gegebenenfalls Vorlage eines Plans mit Abhilfemaßnahmen;
- iv) Unbeschadet der Aufgaben des Vergütungsausschusses, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit und der Zeitpunkt von realisierten Gewinnen berücksichtigt werden.

Der Risikoausschuss setzte sich im Jahr 2014 in vier Sitzungen umfassend mit den Risikothemen, der Risikostrategie und der aktuellen Risikolage der ÖVAG, ihrer wesentlichen Konzernunternehmen sowie des Kreditinstituts-Verbundes auseinander.

Der **Vergütungs- und Nominierungsausschuss** ist zuständig für Vergütungs- und Nominierungsbelange.

Die Vergütungsbelange umfassen

- i) die Vorbereitung und Fassung von Beschlüssen zum Thema Vergütung, einschließlich solcher, die sich auf Risiko und Risikomanagement des Kreditinstituts auswirken;
- ii) die Überwachung der Vergütungspolitik, der Vergütungspraktiken und der vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, jeweils im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken gem. § 39 Abs. 2b Z 1 – 10 BWG, der Eigenmittelausstattung und Liquidität, wobei auch die langfristigen Interessen von Aktionären, Investoren und Mitarbeitern des Kreditinstitutes sowie das volkswirtschaftliche Interesse an einem funktionsfähigen Bankwesen und an der Finanzmarktstabilität zu berücksichtigen sind.

Die Nominierungsbelange umfassen die folgenden Angelegenheiten:

- i) Bewerber für die Besetzung frei werdender Stellen in der Geschäftsleitung zu ermitteln und dem Aufsichtsrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten;
- ii) den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Vorschlägen an die Hauptversammlung für die Besetzung frei werdender Stellen im Aufsichtsrat zu unterstützen;
- iii) regelmäßig, jedenfalls jedoch, wenn Ereignisse die Notwendigkeit zur Neubeurteilung anzeigen, eine Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates durchzuführen und dem Aufsichtsrat nötigenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten;

- iv) regelmäßig, jedoch zumindest jährlich, eine Bewertung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl der Geschäftsleiter als auch der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit durchzuführen und diese dem Aufsichtsrat mitzuteilen;
- v) den Kurs der Geschäftsleitung im Hinblick auf die Auswahl des höheren Managements zu überprüfen und den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an die Geschäftsleitung zu unterstützen.

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss befasste sich im Jahr 2014 in zwei Sitzungen mit den Grundsätzen der Vergütungspolitik in der ÖVAG und im Volksbanken-Verband, der jährlichen Überprüfung der Vergütungsbelange, der jährlichen Evaluierung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, der Bewertung und Nachfolgeplanung für den Vorstand und Aufsichtsrat, dem Prozess zur Auswahl des höheren Managements und der Zielrelation für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat.

Der **Personalausschuss** ist zuständig für die Behandlung aller Personalbelange der Vorstandsmitglieder in gesellschaftsrechtlicher und dienstrechtlicher Hinsicht sowie für die Entscheidung über die Entlohnung der Vorstandsmitglieder und über das diesbezügliche Prämiensystem. Der Personalausschuss hielt im Jahr 2014 eine Sitzung ab, in der er sich mit der Annahme eines Vorstandsmandates sowie eines Aufsichtsratsmandates durch ein Vorstandsmitglied in konzernfremden Unternehmen befasste und dem Aufsichtsrat die diesbezügliche Genehmigung empfahl.

Der **Arbeitsausschuss** ist zuständig zur Entscheidung in dringenden Fällen, wenn mit der Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung des Aufsichtsrates zugewartet werden kann. Diese Kompetenz betrifft grundsätzlich alle Angelegenheiten, die dem Aufsichtsrat obliegen. Im Jahr 2014 war die Einberufung des Arbeitsausschusses nicht erforderlich.

Den oben angeführten Ausschüssen kommt innerhalb ihres zugewiesenen Kompetenzbereiches jeweils Entscheidungsbefugnis zu.

Für Informationen zur Tätigkeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse wird auch auf den Bericht des Aufsichtsrates verwiesen.

Bekanntnis zur Förderung von Frauen in Organ- und Leitungsfunktionen

Der ÖVAG ist die Chancengleichheit und Diversität hinsichtlich Geschlecht, Alter, Herkunft, etc. ein wesentliches Anliegen. Nachdem bereits 2009/2010 das Projekt "Diversity Management" im Rahmen einer Corporate Social Responsibility (CSR)-Initiative ins Leben gerufen wurden, nahm die ÖVAG im Jahr 2014 am Audit „berufundfamilie“ teil, und wurde mit dem Titel „familienfreundliches Unternehmen“ ausgezeichnet (staatliches Grundzertifikat). Dieses Zertifikat wird nur jenen Unternehmen verliehen, die konkrete Maßnahmen zur Förderung von Beruf und Familie vorweisen können, bzw. bereit sind, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Arbeitszeit-Flexibilität, Gesundheitsförderung, Mitarbeiter/innenorientierung und Führungskräfteentwicklung sind hierbei zentrale Schwerpunkte, die gesetzt wurden und werden.

Im Vergütungs- und Nominierungsausschuss des Aufsichtsrates der ÖVAG wurde zudem ein Beschluss gefasst, dass die Quote für das unterrepräsentierte Geschlecht in Vorstand und Aufsichtsrat bis zum Jahr 2020 auf 30% gesteigert werden soll. Die Anzahl der weiblichen Aufsichtsrätinnen konnte im Jahr 2014 von 13% auf 20% gesteigert werden. Die Relation im Vorstand blieb konstant (100% männlich).

Bezüglich der sonstigen Führungsebenen bekennt sich die ÖVAG ebenfalls dazu, den Frauenanteil in höher qualifizierten Positionen weiter zu steigern. Auf der ersten Berichtsebene (Bereichs- und Stabstellenleitungen inkl. – Stellvertretungen) konnte der weibliche Führungskräfteanteil im 2013/2014 auf über 20% gesteigert werden.

Bekennnis zur Bekämpfung von Korruption

Der Vorstand der ÖVAG bekennt sich ausdrücklich zum Kampf gegen korruptive Handlungen und berichtet dem Aufsichtsrat jährlich über die Vorkehrungen in der ÖVAG zur Bekämpfung von Korruption. Neben einer Arbeitsanweisung über die Annahme und Gewährung von Geschenken und Einladungen, welche für den Vorstand gleichermaßen gilt wie für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie sonstige Beauftragte der ÖVAG, wurden auch Regelungen zum Umgang mit Lobbyismus, Spenden und Sponsoring erlassen. In der ÖVAG ist darüber hinaus ein strukturiertes und umfassendes Internes Kontrollsystem implementiert. Seit Februar 2014 haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖVAG mittels einer Internetplattform die Möglichkeit, rechtlich relevante Auffälligkeiten (z.B. korruptive oder betrügerische Handlungen) anonym zu melden (Whistleblowingsystem). Die ÖVAG ist korporatives Mitglied von Transparency International Austrian Chapter und unterstreicht damit aktiv deren Engagement gegen Korruption.

Offenlegung von Informationen über die Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vergütung der Vorstandsmitglieder (C-Regel 30 und 31 ÖCGK)

Bezüge für das Geschäftsjahr 2014 in EUR:

	Fixe Bezüge	Sonstige Bezüge	Variable Bezüge	Gesamt- bezüge
Dr. Stephan Koren	549.999,94	63.599,50	0	613.599,44
Dkfm. Michael Mendel	475.000,12	137.795,54	0	612.795,66
Mag. Christoph Raninger	450.000,04	61.170,80	0	511.170,84
Dr. Rainer Borns	389.999,96	54.809,81	0	444.809,77

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen.

In der Position „Sonstige Bezüge“ sind Pensionskassenbeiträge bzw. Rentenversicherungsbeiträge, Beiträge zur Vorsorgekasse (Abfertigung Neu) und div. Sachbezüge enthalten.

Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der ÖVAG.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“. Die Verpflichtungen und Vorgaben der Regel 27a des Corporate Governance Kodex sowie die Anlage zu § 39b BWG werden eingehalten. Die Vorstandsverträge enthalten für den Fall der Abberufung der Organstellung als Vorstand nach Aktiengesetz Koppelungsklauseln für die schuldrechtliche Beendigung des Vertrages.

Veröffentlichung der im Geschäftsjahr 2014 gewährten Vergütungen für jedes Aufsichtsratsmitglied einzeln in EUR (C-Regel 51 ÖCGK)

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung am 24.05.2006 wurde für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ein Gesamtbetrag von EUR 101.000,- (exkl. Sitzungs- und Taggeld) festgelegt. Dieser Betrag wurde seitdem – auch in Berücksichtigung der Restrukturierung der ÖVAG – nicht mehr erhöht.

Das Vergütungsschema für den Aufsichtsrat gestaltet sich wie folgt:

Vorsitzender	EUR 25.000,-
Stellvertretende Vorsitzende	EUR 12.500,-
Ausschussvorsitzende	EUR 7.000,-
Einfache Mitglieder	EUR 6.000,-

Die Vergütungen werden an die Aufsichtsratsmitglieder jeweils nach der ordentlichen Hauptversammlung rückwirkend für das vorige Geschäftsjahr (aliquotiert nach Mandatsdauer) ausbezahlt.

Für das Jahr 2014 fallen für die Aufsichtsratsmitglieder folgende Sitzungs- und Tagelder sowie Vergütungen an:

	Sitzungs- u. Taggeld ¹	AR-Vergütung ²	Gesamtsumme
Mag. Susanne Althaler	1.540,63	6.000,00	7.540,63
Dr. Richard Ecker	1.061,00	6.000,00	7.061,00
Mag. Markus Hörmann	1.104,60	6.000,00	7.104,60
Dr. Rainer Kuhnle	1.511,56	12.500,00	14.011,56
Mag. Klaus Kumpfmüller	101,74	739,73	841,47
Dr. Klaus Liebscher	1.409,82	11.049,32	12.459,14
Mag. Birgit Noggler	683,11	1.841,10	2.524,21
Josef Preissl	1.816,78	7.000,00	8.816,78
Edwin Reiter	1.816,78	7.000,00	8.816,78
Dr. Hans Jörg Schelling	581,37	16.712,33	17.293,70
Dipl.-Ing. Dr. Thomas Steiner	1.133,67	6.000,00	7.133,67
Mag. Franz Zwickl	1.584,23	12.500,00	14.084,23
Dipl.-Ing. Wolfgang Agler	–	–	–
Gabriele Bauer	–	–	–
Dipl.-BW (FH) Hermann Ehinger	–	–	–
Hans Lang	–	–	–
Dr. Matthäus Thun-Hohenstein	–	–	–
In Summe:	14.243,55	92.602,75	106.846,30

¹ Wurde im Jahr 2014 bereits ausbezahlt

² Wird im Jahr 2015 nach der ordentlichen Hauptversammlung ausbezahlt

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates sind grundsätzlich keine Stock-Option-Pläne vorgesehen.

D&O-Versicherung

Es wird auf das Bestehen einer derartigen Versicherung für Vorstand, Aufsichtsrat und leitende Angestellte hingewiesen, deren Kosten von der ÖVAG getragen werden.

Wien, im März 2015

Der Vorstand

Dr. Stephan Koren
Vorsitzender

Dkfm. Michael Mendel
Stv. Vorsitzender

Mag. Christoph Raninger
Mitglied

Dr. Rainer Borns
Mitglied

LAGEBERICHT

- 26** Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage
 - 26** Geschäftsverlauf
 - 31** Bericht über die Zweigniederlassungen
 - 32** Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren
 - 34** Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag
- 35** Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens
 - 35** Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens
 - 36** Wesentliche Risiken und Ungewissheiten
- 38** Bericht über Forschung und Entwicklung
- 39** Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

DER LAGEBERICHT

1. Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

Geschäftsverlauf

Die Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) ist das Mutterunternehmen von im In- und Ausland agierenden Tochtergesellschaften und befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Die ÖVAG ist eine Abbaubank, die so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen muss.

2012 wurde auch die Umgestaltung des Volksbank-Sektors in einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG (gemeinsamer Haftungs- und Liquiditätsverbund) beschlossen: Seit 18. September 2012 bilden die Banken der Primärstufe und die ÖVAG nun den Volksbanken-Verbund mit der ÖVAG als Zentralorganisation. In diesem Verbund sind die Aufgaben der ÖVAG klar geregelt: Als Zentralorganisation übernimmt sie weitreichende Steuerungs- und Lenkungenfunktionen und ist u.a. auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig. In ihrer Geschäftstätigkeit beschränkt sie sich nur mehr auf die Bereitstellung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden.

Abbaumaßnahmen

Anfang 2014 konnten im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitige Rückführung von Krediten eines Immobilienportfolios im Ausmaß von rund EUR 408 Mio. durchgeführt werden.

Ende Juli erfolgte das Closing des Verkaufsprozesses eines Portfolios von Private Equity Fondsbeteiligungen und Direktbeteiligungen in der DACH-Region und Osteuropa.

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG im Zusammenhang mit dem VBI Verkauf eingebracht. Im Verhandlungsweg konnte im April 2014 das Zurückziehen der Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof erreicht werden.

Die Verkaufsprozesse für die Investkredit International Bank plc, die VB Leasing International Gruppe sowie die Volksbank Malta Ltd wurden im Geschäftsjahr 2013 gestartet. Bei der Investkredit International Bank plc konnten im März 2014 die Verträge unterschrieben, der Verkaufsprozess jedoch mangels Closing nicht beendet werden. Mit 13. Oktober 2014 wurde die Banklizenz zurückgelegt und die Liquidation des Unternehmens eingeleitet. Für die Volksbank Malta Ltd wurden die Verträge im April 2014 unterfertigt. Das Closing fand am 25. September 2014 statt.

Nachdem der Mitte 2013 gestartete Prozess für den Verkauf der gesamten VB Leasing International Gruppe zu keinem Ergebnis gekommen ist, wurde der Verkaufsprozess für vier Landesgesellschaften (Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien) gestartet. Im zweiten Quartal 2014 wurden die Verträge über den Verkauf der Landesgesellschaften Polen und Rumänien unterschrieben. Das Closing fand am 9. September 2014 statt. Die Vertragsverhandlungen für den Verkauf der Landesgesellschaften in Tschechien wurden am 11. September 2014 mit dem Signing des Vertrages und dem Closing am 31. Oktober 2014 abgeschlossen. Für die restlichen Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe wurde ein neuer Verkaufsprozess gestartet.

Am 27. März 2014 nahm die Rating Agentur Moody's ein Downgrade des ÖVAG Emittenten Ratings von Baa3 auf Ba1 und am 5. August 2014 von Ba1 auf Ba3 vor. Damit werden Senior Unsecured Anleihen der ÖVAG als Investitionen im Sub-Investment-Grade Bereich eingestuft, der für manche institutionelle Anleger außerhalb ihres Investment Profils liegt. Als Konsequenz verkauften einige institutionelle Anleger ihre Anleihen. Auch pri-

vate Anleger nahmen die Ratingherabstufung zum Anlass ÖVAG Anleihen zu verkaufen. Die Bank hat Anleihen in einem vorab definierten Ausmaß selbst zurückgenommen und konnte dadurch die Kosten des bestehenden Liquiditätsüberschusses reduzieren. Die Ratingherabstufungen von Moody's hatten somit keine unerwarteten Auswirkungen auf die Liquiditätsausstattung des Konzerns.

Für den Verkauf der Volksbank Romania S.A. wurde im April 2014 die Mandatierung einer Investmentbank zur Unterstützung des Verkaufsprozesses vorgenommen. Gemeinsam mit den Miteigentümern konnte die ÖVAG am 10. Dezember 2014 den Kaufvertrag mit der rumänischen Banca Transilvania unterzeichnen. Seit 17. März 2015 liegen uns die Genehmigungen der Rumänischen Nationalbank und der Wettbewerbsbehörde vor, sodass aus heutiger Einschätzung das Closing voraussichtlich Anfang April 2015 stattfinden wird. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 muss der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Am 2. Oktober 2014 hat der Vorstand, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbands erfüllt, sollen an eine große regionale Volksbank übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbank-Sektor zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es, den Abbauprozess, der seit zwei Jahren erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden. Die außerordentliche Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einen Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG gefasst und somit dem vom Vorstand eingeschlagenen Weg zugestimmt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtsfunktionen über 130 europäische Kreditinstitute diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests („Comprehensive Assessment“) unterzogen. Der österreichische Volksbanken-Verbund und damit auch der ÖVAG Konzern unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verbund errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbundes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungstichtag für das Comprehensive Assessment (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Da der Asset Quality Review auf aufsichtsrechtlichen Vorgaben seitens der EZB basierte, die nicht deckungsgleich mit den IFRS Normen sind, hatten die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review für den Konzern keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt. Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG. Desweiteren sind Maßnahmen wie weiterer Abbau des Non-Core Portfolios, Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren, Umsetzung einer Verbriefungstransaktion, Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen enthalten.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

Die Ratingagentur Moody's reagierte am 30. Oktober 2014 auf die Ergebnisse des Comprehensive Assessments mit einem Rating-Downgrade der ÖVAG. Das Emittentenrating wurde um zwei Klassen von Ba3 auf B2 zurückgestuft. Da Moody's bereits Ende März 2014 eine Herabstufung in den Sub-Investment Grade Bereich vorgenommen hatte, waren seitens der Investoren kurzfristig keine Reaktionen spürbar.

Bedingt durch die angekündigte Teilung der ÖVAG und die Neuordnung im Verbund hat die Rating Agentur Fitch das Rating der ÖVAG, das bis dato mit dem Rating des Volksbanken-Verbundes ident war, neu bewertet. Das Rating für den Verbund wurde mit A, bei negativem Ausblick bestätigt, das der ÖVAG auf BBB-, ebenfalls mit negativem Ausblick, herabgestuft.

Wirtschaftliche Lage

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2014 faktisch nicht gewachsen. Laut Eurostat lag die reale Quartalswachstumsrate in den ersten beiden Quartalen bei jeweils 0%, fiel dann auf -0,1% und erholte sich gemäß Vorausschätzung vom 13.2.2015 im vierten Quartal auf 0,1%. Die für das Gesamtjahr vom Wirtschaftsforschungsinstitut erwartete Rate von 0,3% (Winterprognose EU-Kommission: 0,2%) war auf einen Wachstumsüberhang aus dem Vorjahr zurück zu führen. Aufgrund der schwachen Entwicklung von Realeinkommen und Arbeitsmarkt konnte der private Konsum nur durch ein Absenken der Sparquote konstant gehalten werden. Die Bruttoanlageinvestitionen entwickelten sich etwas stärker, während der Außenbeitrag unerwartet schwach ausfiel, was sowohl auf den Reiseverkehr als auch auf eine schwache Entwicklung des Welthandels zurück zu führen war. Die Arbeitslosenrate zählte am Jahresende mit 4,9% laut Eurostat aber noch immer zu den niedrigsten der Eurozone, und die Konsumentenpreis-inflation war sowohl im Gesamtjahr (1,5% laut EU-Kommission) als auch zu Jahresende 2014 (0,8% laut Eurostat) die höchste im gesamten europäischen Währungsraum. Während die Inflation teilweise auf Gebühren des Staates oder staatsnahen Sektors zurück gingen und damit nicht als Zeichen wirtschaftlicher Dynamik gewertet werden kann, war auch die Entwicklung des Kreditmarktes im europäischen Vergleich recht robust und deutet trotz der Wachstumschwäche auf eine gewisse Resilienz der österreichischen Wirtschaft hin.

Innerhalb Österreichs verlief die Wirtschaftsentwicklung uneinheitlich. Während die Sachgütererzeugung in den ersten drei Quartalen in der Steiermark, in Oberösterreich, Tirol Vorarlberg und dem Burgenland zunahm, ging sie in den anderen Bundesländern, insbesondere in Wien, zurück. Wien war auch hinsichtlich der Bauproduktion der ersten drei Quartale die schwächste Region, während sich der Tourismus hier bei Weitem am besten entwickelte. Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten nahm in allen Bundesländern mit Ausnahme Kärntens zu, wobei Kärnten dennoch den geringsten Anstieg der in allen Bundesländern ansteigenden Anzahl der Arbeitslosen zu verzeichnen hatte. Die positive Preisentwicklung des Wohnimmobilienmarktes setzte sich zunächst fort, hier kam es jedoch insbesondere in Wien im dritten Quartal zu einer spürbaren Abflachung. Der OeNB-Immobilienpreisindex war auch für Wien im Quartalsvergleich erstmals seit Langem wieder rückläufig und die Jahreswachstumsrate war mit 2,2% in Wien zwar positiv, aber – ebenfalls erstmals seit Langem – etwas niedriger als im restlichen Österreich, wo 2,5% zu verzeichnen waren.

Auch die Eurozone als Ganze verzeichnete Mitte 2014 einen Wachstumsrückgang, wobei sich das Bruttoinlandsprodukt insgesamt etwas besser entwickelte als in Österreich. Die reale BIP-Wachstumsrate für das Gesamtjahr dürfte laut Winterprognose der EU-Kommission bei 0,8% liegen. 2013 war mit -0,5% noch eine negative Wachstumsrate verzeichnet worden. Maßgeblich für die Schwächephase ab der Jahresmitte waren die zunehmenden geopolitischen Spannungen (IS, Ukraine, damit verbundene Handelsbeschränkungen), der vergleichsweise schwache Welthandel und die zunehmende Verunsicherung

von Verbrauchern und Investoren angesichts einer möglicherweise drohenden Deflation und der beschränkten fiskalischen Spielräume. Im Gefolge fallender Preise für Energierohstoffe und einer generell verhaltenen Nachfrage fiel die Inflationsrate des Euroraums im vierten Quartal unter null und setzte diesen Rückgang auch nach dem Jahreswechsel noch fort. Die Unterschiede der nationalen Wachstums- und Inflationsraten waren 2014 nicht mehr so stark ausgeprägt wie in den Jahren zuvor. Insbesondere konnten die „Peripheriestaaten“ wieder etwas bessere Wirtschaftsdaten verzeichnen. Auch in Deutschland verlief die Entwicklung vergleichsweise robust. Für das Gesamtjahr 2014 geht die Europäische Kommission von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,5% aus.

Angesichts der zu niedrigen Inflation in der Eurozone hat die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik 2014 weiter gelockert. Im Juni beschloss der geldpolitische Rat gezielte (zweckgebundene) längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, die Vorbereitung des im späteren Jahresverlauf begonnenen Kaufs von Asset-backed Securities (ABS) und Covered Bonds und die Verlängerung der Vollzuteilung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems wurde im Juni um 10 Basispunkte auf 0,15% und jener für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 35 Basispunkte auf 0,40% gesenkt. Gleichzeitig wurde für die Einlagefazilität ein negativer Zinssatz von -0,10% eingeführt, um den Anreiz für die Verwendung der zur Verfügung gestellten Liquidität für die Kreditvergabe zu erhöhen. Im September wurden die drei Leitzinssätze um weitere 10 Basispunkte auf 0,05% (Hauptrefinanzierung), 0,30% (Spitzenrefinanzierung) bzw. -0,20% (Einlagefazilität) gesenkt.

Die erneute geldpolitische Lockerung und die niedrige europäische Inflation waren mit einem weiteren Rückgang der Marktzinsen und einer spürbaren Abschwächung des Euro zum US-Dollar verbunden. Der Dreimonats-Euribor nahm im Jahresverlauf um 21 Basispunkte auf 0,08% ab, die Rendite der zehnjährigen österreichischen Bundesanleihe fiel um 157 Basispunkte auf 0,71%. Während viele Aktienmärkte von den niedrigen Zinsen und dem fallenden Ölpreis profitierten, litt der österreichische Aktienmarkt unter dem Konflikt in der Ukraine und den Belastungen für den in Zentral- und Osteuropa engagierten Finanzsektor. Der ATX nahm im Jahresverlauf um 15% ab.

In Rumänien setzte sich nach einer vorübergehenden Abschwächung im zweiten Quartal die konjunkturelle Erholung auch 2014 fort. Laut Winterprognose der EU-Kommission sollte im Gesamtjahr eine BIP-Wachstumsrate von 3% erreicht worden sein. Auch hier ist die Teuerung merklich zurück gegangen, was es der Zentralbank ermöglichte, ihren Leitzins auf ein neues Rekord-Tief von 2,50% zu senken.

Konzernergebnis für das Geschäftsjahr 2014

Das ÖVAG Konzernergebnis vor Steuern beträgt EUR -466 Mio. Das Konzernergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen liegt bei EUR -500 Mio.

Der Zinsüberschuss beträgt für das Geschäftsjahr 2014 EUR 203 Mio. und liegt damit um EUR 14 Mio. über dem Ergebnis der Vergleichsperiode (2013: EUR 189 Mio.). Die leichte Zunahme des Zinsüberschusses resultiert aus dem Abbau von zinstragenden Vermögenswerten und deren Refinanzierung im Rahmen des Restrukturierungsprozesses, wobei die Zinsaufwendungen insgesamt stärker abnahmen als die Zinserträge.

Der Provisionsüberschuss beträgt in der Berichtsperiode EUR 20 Mio. und ging im Vergleich zur Vorperiode (2013: EUR 30 Mio.) um EUR 10 Mio. zurück. Dies ist insbesondere durch Abbaumaßnahmen der Non-core Bereiche getrieben.

Im Handelsergebnis ist im Vergleich zur Vorperiode (2013: EUR 8 Mio.) ein Anstieg zu verzeichnen. Das Handelsergebnis beträgt im Geschäftsjahr 2014 EUR 27 Mio.; der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere bei den zinsbezogenen Geschäften zu verzeichnen.

und steht im Zusammenhang mit Restrukturierungen von Sicherungsgeschäften. Dies diente der Optimierung des Hedge Accounting, was zu einer Entlastung des Handelsergebnisses führte.

Der Verwaltungsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 247 Mio. (2013: EUR 250 Mio.) nahezu unverändert. Der Personalstand verringerte sich gegenüber dem Ultimo 2013 um 536 Mitarbeiter und beträgt nun 1.317 Mitarbeiter. Davon sind 282 nicht in Österreich beschäftigt. Der Rückgang ist vor allem auf den Verkauf der VB Leasing International Gesellschaften in Polen, Rumänien und Tschechien sowie der Volksbank Malta zurückzuführen. Da die Verkäufe mit Ende des dritten Quartals erfolgten, spiegelten sich die Maßnahmen noch nicht im vollen Umfang wider.

Aufgrund der geplanten Umstrukturierungen wurde im Geschäftsjahr 2014 ein Restrukturierungsaufwand in Höhe von EUR 36 Mio. erfasst. Davon betreffen EUR 25 Mio. Maßnahmen im Personalbereich. Die restlichen Kosten wurden für erhöhte Verwaltungsaufwendungen und vorzeitige Vertragsauflösungen rückgestellt.

Das sonstige betriebliche Ergebnis beläuft sich für das Geschäftsjahr 2014 auf EUR –82 Mio. (2013: EUR 157 Mio.). Wesentlicher Bestandteil im Geschäftsjahr 2014 war die Bewertung von Veräußerungsgruppen nach IFRS 5 und das Entkonsolidierungsergebnis der Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe in Höhe von EUR –24 Mio. sowie der VB Malta in Höhe von EUR –19 Mio. Die Anpassung der Bewertung der von der Republik Österreich am 15. März 2013 abgegebene Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft) an die neue Planung belastete das sonstige betriebliche Ergebnis mit EUR –56 Mio. (2013: Ertrag von EUR 69 Mio.). Weiterer Bestandteil war die Bankenabgabe mit EUR –37 Mio. (2013: EUR –46 Mio.). Aus der Anpassung der Buchwerte von verlusttragenden Verbindlichkeiten gem. IAS 39 AG 8 wurde in der Berichtsperiode ein Ertrag von EUR 44 Mio. (2013: EUR 89 Mio.) erfasst. Im Vorjahreszeitraum wird ein Ertrag in Höhe von EUR 40 Mio. aus dem Verkauf von eigengenutzten Gebäuden ausgewiesen.

Der Aufwand für Risikovorsorge beträgt für das Geschäftsjahr 2014 EUR 38 Mio. Im Vergleich zum Vorjahreswert von EUR 23 Mio. ist das ein Anstieg von EUR 14 Mio. Aufgrund des Abbaus der Non-core Kreditbestände im Zusammenhang mit der Restrukturierung war für das Berichtsjahr ein geringerer Wertberichtigungsbedarf als in 2013 notwendig. Im Vergleich zur Vorperiode gingen allerdings die Auflösungen aus den Portfoliowertberichtigungen zurück, was insgesamt zum Anstieg in dieser Position führte.

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen beträgt für den Berichtszeitraum EUR –46 Mio. und liegt damit um EUR 3 Mio. über der Vergleichsperiode (2013: EUR –49 Mio.). Belastend auf das Ergebnis der aktuellen Berichtsperiode wirken sich erhöhte Wertberichtigungen von Wertpapieren aus (2014: EUR –18 Mio.; 2013: EUR –3 Mio.), während die Bewertungen von at fair value through profit or loss bewerteten Vermögenswerte einen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr aufweisen. Erträge aus dem Verkauf von held to maturity Wertpapiere kompensieren teilweise die im Vorjahr erzielten Gewinnen aus dem Verkauf von Beteiligungen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde der Umfang der at equity bewerteten Unternehmen erweitert, daher stieg auch das Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity um EUR 7 Mio. auf EUR 8 Mio. im Vergleich zum Vorjahr an. Die VB Romania S.A. (VBRO) wird aufgrund des am 10. Dezember 2014 unterschriebenen Kaufvertrages über den Verkauf der gesamten Anteile in das Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches umgegliedert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Die Equity Bewertung der VBRO im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches beträgt für das Geschäftsjahr 2014 EUR –275 Mio. (2013: EUR –127 Mio.). Neben der Übernahme des negativen Ergebnisses aus dem Geschäftsjahr 2014 (EUR –218 Mio.) und der noch nicht verrechneten Vorjahresverluste (EUR –34 Mio.) musste der Buchwert auf-

grund des zu erwartenden Kaufpreises um EUR –22 Mio. abgewertet werden. In der Vergleichsperiode ist ein Betrag von EUR 15 Mio. aus der beim Verkauf der Anteile an der Selini Holding GmbH vereinbarten Kaufpreisverbesserung enthalten.

Aufgrund der mangelnden Verwertbarkeit in den nächsten vier Jahren wurden in der ÖVAG keine aktiven latenten Steuern auf den steuerlichen Verlust 2014 angesetzt. Latente Steuererträge auf Bewertungsunterschiede im Bereich Derivate- und Wertpapierbewertung wurden in dem Ausmaß erfasst, in dem latente Steuerschulden aus anderen Bewertungsunterschieden entstanden sind.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2014 EUR 15,1 Mrd. und hat sich im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 20,9 Mrd.) abbaubedingt um EUR 5,8 Mrd. verringert.

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 3,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo der Vorperiode (EUR 5,8 Mrd.) um EUR 2 Mrd. gesunken. Das ist vor allem auf Rückgänge bei den Ausleihungen an Sektorinstitute zurückzuführen.

Die Forderungen an Kunden betragen per 31. Dezember 2014 EUR 4,1 Mrd. und sind im Vergleich zum Ultimo (31.12.2013: EUR 7,1 Mrd.) um EUR 2,9 Mrd. zurückgegangen. Die Rückgänge sind vor allem in den Non-core Geschäftsbereichen zu verzeichnen und hier im Wesentlichen auf den Verkauf von Unternehmen der VB Leasing International Gruppe und der VB Malta zurückzuführen.

Die Finanzinvestitionen konnten durch Verkäufe und Tilgungen um EUR 0,6 Mrd. auf EUR 2,8 Mrd. im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 3,4 Mrd.) vermindert werden.

In den Vermögenswerten, die zur Veräußerung bestimmt sind, sind unter anderem Kredite erfasst, deren Verkauf zum 31. Dezember 2014 vertraglich fixiert bzw. höchstwahrscheinlich ist. Hier ist auch der Buchwert der at equity bewerteten Beteiligung an der VB Romania S.A. ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 7,7 Mrd.) um EUR 1,5 Mrd. auf EUR 6,2 Mrd. gesunken.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von EUR 1,8 Mrd. sind im Vergleich zum Ultimo 2013 (EUR 2,1 Mrd.) um EUR 0,3 Mrd. gesunken. Dies steht im Zusammenhang mit dem Abbau von Kundenportfolien.

Die verbrieften Verbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 3,3 Mrd. und sind somit im Vergleich zum 31. Dezember 2013 (EUR 7,1 Mrd.) um EUR 3,8 Mrd. zurückgegangen. Diese Verringerung ist im Wesentlichen auf planmäßige Tilgungen sowie vorzeitige Rückführungen zurückzuführen.

Das Eigenkapital ist im Vergleich zum Vorjahresultimo aufgrund des Ergebnisses im Geschäftsjahr 2014 gesunken und beträgt EUR 0,6 Mrd.

Bericht über die Zweigniederlassungen

Der ÖVAG Konzern verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bei einer Bank, die sich in einer substantiellen Abbauphase befindet, steht nicht so sehr das Ergebnis als vielmehr die Reduktion der risikogewichteten Aktiva, die Eigenmittel sowie die Kapitalquoten im Fokus der strategischen Zielsetzung. Die bankrechtlichen Eigenmittel der VB Holding eGen Kreditinstitutsgruppe betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 1,2 Mrd. Der Gesamtrisikobetrag der VB Holding eGen Kreditinstitutsgruppe belief sich per 31. Dezember 2014 auf EUR 8,7 Mrd.

Die harte Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko beträgt 6,2 %, die Kernkapitalquote ebenfalls 6,2 %. Die Eigenmittelquote beläuft sich auf 14,2 %.

Der Return on Equity (ROE) vor Steuern des ÖVAG Konzerns beträgt zum 31. Dezember 2014 –20,5 % (31. Dezember 2013: –5,3 %), der ROE nach Steuern –21,9 % (31. Dezember 2013: –7,4 %). Der ROE vor Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres, der ROE nach Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio des ÖVAG Konzerns liegt in der Berichtsperiode bei 98,9% (31. Dezember 2013: 109,9%).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Das Jahr 2014 stand im Zeichen der Neuausrichtung des Konzerns und des Sektors insgesamt. Mit den Beschlüssen die ÖVAG in eine Zentralorganisation für den Volksbanken-Verbund (soll künftig Teil der Volksbank Wien-Baden sein) und eine Abwicklungsgesellschaft zu spalten, sind massive Veränderungen im Personalbereich verbunden. Die notwendige Redimensionierung wird geprägt von unserer gelebten sozialen Verantwortung und wird im Rahmen eines mit den Belegschaftsvertretern verhandelten Sozialplans umgesetzt. Die deutliche Verringerung des Personalstandes wurde und wird durch einvernehmliche Auflösungen gemäß Sozialplan aber auch durch natürliche Abgänge erreicht. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Möglichkeiten auch Augenmerk auf die interne Mobilität (interner Jobmarkt) gelegt. Der Großteil des Mitarbeiterabbaus wird im Jahr 2015 stattfinden.

Zum Ultimo 2014 beschäftigte der ÖVAG-Konzern 1.317 Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente), davon 1.035 im In- und 282 im Ausland (Verkauf der VB Leasing International in Polen, Rumänien und Tschechien). Das sind um 536 Mitarbeiter weniger als zum Jahresende 2013.

Der Rückgang entspricht dem mit den Eigentümern vereinbarten Restrukturierungsprozess.

Das Durchschnittsalter lag im Jahr 2014 bei 41,9 Jahren und liegt damit leicht über dem Wert der vergangenen Jahre. Die Akademikerquote von 41,1% zeigt das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter. Der Frauenanteil ist mit 55% annähernd gleich geblieben. Die Anzahl an Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich vorwiegend wegen des gesetzlichen Anspruchs auf Elternzeit auf 21,6%.

Gerade in herausfordernden Zeiten sind die Ausbildung und die Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches zentrale Anliegen in der Personalentwicklung. Dabei wird auf Talent-Management und Führungskräfteentwicklung ebenso Augenmerk gelegt wie auf alle wesentlichen Fachthemen. Situationsbedingt lag bei den Führungskräften die Unterstützung im Bereich Trennungsgespräche und Restrukturierung. Neben der Volksbanken Akademie wurden 2014 externe Trainings, spezifische Inhouse-Trainings und vor allem

wieder Schulungen der internen Trainingsinitiative „WIN“ (Wissen intern nutzen) angeboten. Im Schnitt besuchte jeder Inlandsmitarbeiter 2,03 Seminartage, bei den Führungskräften lag die Quote bei 3,73 Tagen.

Umweltmanagementdaten

Die Berichterstattung der Umweltmanagementdaten konzentriert sich seit 2012 lediglich auf das Headquarter in der Kolingasse 14-16, 1090 Wien, und einen weiteren Standort in der Peregringasse 2-4, 1090 Wien.

Wärme

100% der beheizten Bürofläche sind mit Fernwärme erschlossen. Die starke Reduktion beim gesamten Wärmebedarf von 2011 auf 2012 erklärt sich durch die Konzentration der Büroflächen auf lediglich zwei Standorte. Der Rückgang des Verbrauchs im Berichtsjahr 2014 resultiert einerseits aus einer Neueinregelung der Steuerungstechnik und andererseits aus den milden Witterungsverhältnissen in den Wintermonaten.

Energieverbrauch

	Einheit	2011	2012	2013	2014
Fernwärmeverbrauch	kWh	3.719.780	2.302.070	2.389.480	1.884.940

Geschäftsreisen

Die zurückgelegten Flugkilometer sind seit den Berichtsjahren 2012 und 2013 (je rd. 1.100.000 km) wiederum stark zurückgegangen. 2014 waren es rd. 925.000 km.

Strom

Der Stromverbrauch sank von rd. 3,800.000 kWh (Berichtsjahr 2013) auf rd. 3.550.000 kWh (Berichtsjahr 2014). Die Photovoltaikanlage am Dach der Konzernzentrale lieferte 2014 25.766 kWh grünen Strom.

Abfall und Reinigung

Aufgrund der Vollbelegung der beiden Standorte sind die Abfallzahlen unverändert zu 2013 geblieben.

Papier

Alle Druckerpools in der Konzernzentrale haben als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben. Für die Stockwerksdrucker wurde weiterhin 100% Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen. Der Papierverbrauch konnte seit 2012 (54,5 t) um rd. 25% auf 40,5 t im Berichtsjahr 2014 gesenkt werden.

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Der Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich „Organisation/IT“ lag 2014 auf grundlegenden Projekten für die zukünftige Ausrichtung des gesamten Volksbanken-Verbundes.

Das Projekt „Mustermandant“ hat als Ziel die Standardisierung von Prozessen und IT im Volksbankensektor, um einerseits Fusionen zu erleichtern und andererseits um Synergien zu heben und Kosten zu sparen. Die ersten zwei Projektphasen wurden abgeschlossen. Es wurden Einstellungen im Kernbanksystem vereinheitlicht, ein einheitliches Produktangebot wurde eingeführt und neue Betreuungsstrukturen wurden in der ÖVAG geschaffen. Seitdem wurden 16 Volksbanken bereits auf Mustermandant migriert, weitere 14 Volksbanken befinden sich derzeit im Migrationsprozess.

Mit Vertretern von vier Volksbanken (Wien-Baden, Salzburg, Tirol Innsbruck-Schwaz, Vorarlberg) wurden im Hinblick auf die künftige geplante Anzahl von acht regionalen Volksbanken Überlegungen angestellt, welche Funktionen acht Mal und welche nur mehr ein Mal im Volksbanken-Verbund durchgeführt werden sollen. Das klare Ziel dieser vorbereitenden Arbeiten war und ist, dass der Verbund so effizient wie möglich und gleichzeitig für die

Kunden so regional wie gewohnt aufgestellt ist (inkl. Erhalt der Entscheidungsgeschwindigkeit für die Kunden). Die Umsetzung wird in den nächsten Jahren u.a. im Rahmen der geplanten Fusionen stattfinden.

Das Projekt „ZiFiRA“ (Zielbild Finanz- und Risikoarchitektur) erarbeitete im Zeitraum von April bis Oktober 2014 ein detailliertes Design und einen zugehörigen Migrationspfad für ein anzustrebendes Zielbild in den Ebenen Facharchitektur, IT-Architektur und Governance-Prozesse für Finanz- und Risikomanagement-Anwendungen. Die Vorgehensweise im Projekt gliederte sich dabei in eine umfangreiche Ist-Erhebungsphase, die Definition von Handlungsbedarfen, die Festlegung einer Zielarchitektur sowie die Erstellung eines Business Case und eines Umsetzungsplans. Ausgehend von einer Vision und den Leitplanken für die Finanz- und Risikoarchitektur wurden für das Zielbild auf fachlicher Seite detaillierte Soll-Berichte und -Prozesse, auf technischer Seite die IT-Architektur mit dem zentralen Ankerpunkt eines neuen Core-Data-Warehouse, im Teilprojekt Governance die notwendigen Abläufe zum bestmöglichen Betrieb und zur Weiterentwicklung dieser neuen Anforderungen und abschließend ein detaillierter Plan zur Umsetzung definiert. Die Wirtschaftlichkeit des Umsetzungsprojektes wurde mittels detailliertem Business Case nachgewiesen. Die umfangreichen Ergebnisse dieses Evaluierungsprojektes wurden mit dem Verbundrechnungszentrum ARZ gemeinsam erarbeitet, eine gemeinsame Umsetzung ist ab dem 2. Halbjahr 2015 geplant.

Das Projekt „Digitalisierung“ – mit 14 priorisierten Handlungsfeldern – wurde im ersten Halbjahr 2014 gestartet. Ziel ist, die Webauftritte der Primärbanken sowie das Verbund-Portal volksbank.at zu modernisieren und im Responsive-Webdesign umzusetzen. Im Vordergrund des Projektes stehen die Harmonisierung der Kundensysteme (Internet-Banking und Mobile-Banking) sowie die Standardisierung der Online-Vertriebsprozesse im Volksbanken-Verbund. Erste wichtige Handlungsfelder wurden bereits 2014 umgesetzt, der Relaunch der Webauftritte ist für 2015 geplant, die Umsetzung aller restlichen Handlungsfelder und damit der Abschluss des Projekts ist für 2016 geplant.

Neben den verbundspezifischen Projekten zählt das Projekt „Umsetzung GMP“ zu den Zukunftsprojekten im Meldewesen. Es befasst sich mit der Implementierung der „Gemeinsamen Meldewesen-Plattform“ (GMP), auf Basis des durch die Austrian Reporting Services GmbH (AuRep) zur Verfügung gestellten IT-Systems „ABACUS“. Die GMP wird die Arbeitsweisen und Prozesse im Meldewesen aller größeren Bankengruppen Österreichs maßgeblich ändern und im Wertpapierbereich mit 1. Juli 2015 produktiv gehen. Im Volksbankensektor wurde im September 2014 mit ARZ und AuRep ein umfangreiches Projektsetup etabliert. Durch die gute Zusammenarbeit dieser Umsetzungspartner konnten Synergien gehoben werden, die einen Projektfortschritt trotz angespannter Ressourcensituation zulassen. Neben der Umsetzung dieser technischen und fachlichen Erfordernisse ist ein weiterer Schwerpunkt des Projekts die organisatorische Änderung des sogenannten Zusammenarbeitsmodells im Volksbankensektor für das Meldewesen in Form einer neuen Dienstleistungsvereinbarung auf Basis der GMP.

Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Abbaumaßnahmen im Rahmen des Restrukturierungsprozesses

Im Jänner und Februar 2015 konnte im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitigen Rückführungen von Krediten im Ausmaß von rd EUR 115 Mio. durchgeführt werden.

Im Zeitraum der Bilanzerstellung wurden im Bereich Immobilien weitere Verkaufstransaktionen umgesetzt. Die Verkaufsprozesse für die Beteiligungen an der VB Leasing International Gruppe, der VB Factoring Bank AG, der Volksbank Invest KapitalanlagegmbH, der Immo Kapitalanlage AG sowie der VB Leasing Finanzierung Gruppe wurden begonnen. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten wurden für diese Beteiligungen keine IFRS 5 Umgliederungen vorgenommen.

Aufhebung Mindestkurs der Schweizerischen Nationalbank (SNB)

Am 15. Jänner 2015 hat die SNB überraschend den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro aufgegeben. Zusätzlich hat die SNB den Zinssatz für Guthaben auf ihren Girokonten um 0,5 Prozentpunkte auf –0,75 % gesenkt. Auf den Devisenmärkten erfuhr der Schweizer Franken noch am gleichen Tag eine massive Aufwertung (EUR/CHF Wechselkurs erreichte einen Tiefststand von 0,8500), bevor er sich auf einem Niveau knapp um die Parität einpendelte.

Der ÖVAG Konzern hatte zu diesem Zeitpunkt nur unwesentliche Handelspositionen und somit keine nennenswerten Ergebnisauswirkungen im Handelsergebnis. Aufgrund der zwischenzeitlichen Erholung des Kurses hatte die Aufhebung des Mindestkurses keine wesentliche Auswirkung auf die RWAs und die Liquidität des Konzerns.

Schuldenmoratorium Heta Asset Resolution AG (HETA)

Die ÖVAG hielt zum Zeitpunkt des Erlasses des Schuldenmoratoriums der FMA vom 1. März 2015 eine Senior Unsecured Anleihe der HETA mit einem Nominale von EUR 20 Mio und einer Laufzeit bis 9. April 2043. Die bestehende Wertberichtigung wurde im Jahr 2014 erhöht. Im März 2015 wurde die Anleihe ohne Verlust veräußert.

Weiters hält die ÖVAG EUR 60 Mio. Anleihen der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken AöR, Wien (Pfandbriefstelle). Gemäß § 2 Pfandbriefstelle-Gesetz haften die Mitgliedsinstitute (mit Ausnahme der HETA) und die Gewährträger der Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle. Aufgrund der bestehenden Haftungsstruktur wurde zum 31. Dezember 2014 keine Risikovorsorge für diese Anleihen gebildet.

Weitere relevante Ereignisse nach dem Stichtag

Anfang Februar 2015 hat Fitch ein Downgrade der ÖVAG von BBB– auf B vorgenommen. Dieser Schritt war durch den Beschluss zur Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft, und der damit entzogenen staatlichen Unterstützung im Rating, zu erwarten. Der Volksbanken Verbund wird von Fitch weiterhin als systemrelevant betrachtet und getrennt von der ÖVAG behandelt, wodurch dieser die staatliche Unterstützung im Rating bis auf weiteres behält.

Die Ratingherabstufung von Fitch hatte wie auch die Herabstufungen von Moody's Anfang August und Ende März 2014 keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation des ÖVAG Konzerns.

2. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat seine Prognose für das reale Wachstum des österreichischen Bruttoinlandsprodukts im Dezember 2014 auf 0,5 % nach unten revidiert (September: 1,2 %). Während sich auch in den Hochfrequenzindikatoren zum Jahresanfang 2015 zu wenig Belebung abzeichnete, sollte diese im Jahresverlauf über den Exportkanal allmählich auf die österreichische Wirtschaft überspringen. Der internationale Handel sollte von der robusten US-Konjunktur und den günstigen Preisen für Energierohstoffe profitieren. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (und auch zum Schweizer Franken) trägt zu einer erhöhten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Eurozone bei, und die niedrigen Zinsen sollten auch die Investitionstätigkeit unterstützen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und eine verhaltene Reallohnentwicklung dürften in Österreich den Wachstumsbeitrag des privaten Konsums weiterhin beschränken und auch auf der Sparquote lasten. Aufgrund der weiteren Budgetkonsoli-

dierung sollten auch vom staatlichen Konsum nur wenige Wachstumsimpulse kommen. Die expansive Geldpolitik wurde im Jänner 2015 mit dem Beschluss der EZB, ab März auch Staatsanleihen in ihre Wertpapierkäufe aufzunehmen und diese auf 60 Mrd. EUR monatlich auszuweiten, intensiviert. Trotz eines in den USA entstehenden Aufwärtstrends der Renditen – dort ist bereits 2015 eine Anhebung des Leitzinses möglich – sollten die europäischen Staatsanleihen vergleichsweise niedrig bleiben, was sowohl die staatliche Haushaltskonsolidierung als auch die Investitionen vereinfacht.

In Rumänien erwartet die EU-Kommission in ihrer Winterprognose eine leichte Abschwächung des realen BIP-Wachstums, das mit 2,7 % aber noch immer im europäischen Spitzenfeld angesiedelt sein soll. Die Inflation sollte sehr niedrig bleiben und die Arbeitslosenquote leicht zurück gehen.

Die Hauptrisikofaktoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und Rumänien liegen in einer möglichen Eskalation des Konfliktes in der Ukraine und deren Folgen für die internationale wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sowie den Unsicherheiten, die mit den Verhandlungen über die künftige Finanzpolitik Griechenlands verbunden sind.

Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Hinsichtlich der gesetzlich geforderten Angaben zur Verwendung von Finanzinstrumenten, der Risikomanagementziele und –methoden sowie der bestehenden Preisänderungs-, Ausfalls-, Liquiditäts- und cash flow Risiken verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes (insbesondere Risikobericht in Kapitel 52).

Allgemein

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2011 erfolgte gemeinsam mit den Eigentümern und der Republik Österreich eine Stabilisierung der ÖVAG im Wesentlichen durch eine Kapitalerhöhung sowie die Bildung eines Haftungsverbundes (Volksbanken-Kreditinstituteverbund gemäß § 30a BWG). Der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan sieht den Abbau wesentlicher Teile des in- und ausländischen Kreditportfolios (ausgenommen im Wesentlichen das Konsortialgeschäft mit den Volksbanken), wesentlicher Teile des Bankbuchs und die Abgabe von Beteiligungen, wie etwa der VB Romania S.A. oder der VB-Leasing International Holding GmbH, vor.

Diese Vorgaben der Europäischen Kommission wurden zügig und konsequent umgesetzt. Dementsprechend wurde die Bilanzsumme des ÖVAG Konzerns von EUR 41,1 Mrd. per 31. Dezember 2011 auf EUR 15,1 Mrd. per 31. Dezember 2014 vermindert.

Darüber hinaus hat der Vorstand der ÖVAG eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95 % für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasingout unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Dennoch hat der Vorstand der ÖVAG im Jahresabschluss 2013 darauf hingewiesen, dass er aufgrund steigender Kapitalanforderungen seitens der Aufsichtsbehörden und des gleichzeitigen Verlusts von Kapitalbestandteilen wegen des Phasing-outs im Rahmen des Basel III Regimes mittelfristig Gefahren für die Unternehmensfortführung der ÖVAG und des Verbundes sieht.

Ergebnis des Comprehensive Assessments und Kapitalplan

Im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtsaufgaben über 130 europäische Kreditinstitute hat die Europäische Zentralbank (EZB) diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests („Comprehensive Assessment“) unterworfen. Der österreichische Volksbanken-Verbund und damit auch der ÖVAG Konzern unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verbund errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbundes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungsstichtag für das Comprehensive Assessments (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Da der Asset Quality Review auf aufsichtsrechtlichen Vorgaben seitens der EZB basierte, die nicht deckungsgleich mit den IFRS Normen sind, hatten die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review für den Konzern keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt.

Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG:

Der Vorstand hat, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbunds erfüllt, sollen an die Volksbank Wien-Baden AG übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbanken Verbund zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden.

Neben dieser Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes und der ÖVAG sind im Wesentlichen nachfolgende Maßnahmen im Kapitalplan enthalten:

- weiterer Abbau des Non-Core Portfolios,
- Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren,
- Umsetzung einer Verbriefungstransaktion,
- Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie
- weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

JRAD Beschluss

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitallucke ergibt sich gemäß dem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass der ÖVAG in ihrer aktuellen Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Spaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehenen CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und geht daher davon aus, dass sich die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringert und damit eine Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben ist. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Zur Umsetzung der geplanten Spaltung und Herstellung der Abbaugesellschaft wurde ein umfangreiches Transformationsprojekt aufgesetzt, das im Wesentlichen mit der Spaltung im Juli 2015 abgeschlossen sein soll. Mit einem derartigen Projekt sind naturgemäß zahlreiche Risiken und Unsicherheiten insbesondere auch in Zusammenhang mit behördlichen, aufsichtsrechtlichen und gremialen Genehmigungen verbunden, die eine Umsetzung verhindern können. Weiters bestehen zahlreiche Rechtsunsicherheiten u.a. aufgrund neuer europäischer und nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dem Mechanismus zur Bankenabwicklung („SRM“) und dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken („BaSAG“). Darüber hinaus bedarf es auch weitreichender Beschlüsse in den Generalversammlungen der lokalen Volksbanken. Der Vorstand geht jedoch derzeit davon aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen im Kapitalplan, insbesondere die Neustrukturierung des Verbundes, herausfordernd, aber machbar ist. Weiters werden intensive Anstrengungen unternommen, damit die erforderlichen Genehmigungen der jeweiligen Behörden erteilt werden können. Aufgrund der wesentlichen Umstrukturierung und des stark veränderten Risikoprofils des neuen Verbundes geht der Vorstand davon aus, dass die vorgeschriebene SREP-Quote neu ermittelt wird und dann im neu strukturierten Verbund eingehalten werden kann.

Abbauportfolio

Neben den mit dem Transformationsprojekt verbundenen Risiken bestehen Risiken aus dem noch verbleibenden Abbau. Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt. Der Vorstand weist insbesondere auf die Risiken aufgrund der wesentlich verschlechterten Lage in Osteuropa und hier insbesondere in Russland hin. Die ÖVAG ist hier mit der Refinanzierung der Sberbank Europe AG und durch die Beteiligung an der Raiffeisen Bank International AG (über die Anteile an der Raiffeisen Zentral Bank Österreich AG) indirekt investiert. Weiters verfügt die ÖVAG über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge schlagend werden.

3. Bericht über Forschung und Entwicklung

Der ÖVAG Konzern betreibt keine Forschung und Entwicklung.

4. Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Kontrollumfeld

Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist oberstes Ziel des ÖVAG Konzerns im Rahmen der Finanzberichterstattung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess und gibt in der „Konzernrichtlinie IKS“ einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung vor. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt im ÖVAG Konzern bei der Gruppe „Prozessorientiertes Qualitätsmanagement“ in der Österreichische Volksbanken-AG.

Bei sämtlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegt die Verantwortung beim jeweiligen Vorstand bzw. der Geschäftsführung ein entsprechendes IKS für das jeweilige Unternehmen einzuführen und auszugestalten sowie die Einhaltung der konzernweiten Richtlinien und Vorschriften zu gewährleisten. Um zu gewährleisten, dass die von den Konzerntöchtern zugelieferten Daten richtig übernommen werden, erfolgt zuerst eine Plausibilisierung aller angelieferten Daten. Danach werden die Daten in der Konsolidierungssoftware „Tagetik“ weiterverarbeitet. Bei den Kontrollen wird auf das 4-Augen Prinzip sowie einer weiteren Durchsicht durch die Abteilungsleitung abgestellt.

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenziellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Konzernrechnungswesen. Dabei werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden:

- Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen durch bestimmte Arbeitsschritte von Mitarbeitern, automatische Kontrollen durch den Einsatz von EDV-Systemen, sowie präventive Kontrollen, die zum Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.
- Management Kontrollen dienen dazu, stichprobenartig die Einhaltung von operativen Kontrollen durch Führungskräfte sicherzustellen. Die Periodizität der Überprüfungen wird in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter) festgelegt. Die Stichproben werden für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan dokumentiert und die Ergebnisse halbjährlich im Zuge des Managementreportings berichtet.

Zusätzlich überprüft die interne Revision unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle direkt dem Vorstand zugeordnet, berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden mit dem Fokus auf Wesentlichkeit durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Konzernabschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Die Mitarbeiter des Konzernrechnungswesens werden laufend auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig zu erkennen und geben die erworbenen Informationen auch an die Mitarbeiter der Tochterunternehmen weiter.

Zwei Mal jährlich wird ein Managementreport erstellt, der Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beinhaltet.

Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen. Das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet, welcher eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis, sowie Aufzeichnungen über die Anzahl der durchgeführten Kontrollen im Verhältnis zu den Kontrollvorgaben enthält.

Wien, am 27. März 2015



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor

Unternehmensplanung & Finanzen, Legal & Compliance,
Personal, Marketing & Kommunikation
Revision, Credit Services



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter

Risikomanagement, Non-Core Business



Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor
Verbundstruktur

Vertrieb Volksbanken, Organisation/IT



Mag. Christoph Raninger
Vorstandsdirektor
Markt

Financial Markets & Group Treasury
Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen
Capital Markets, Product & Sales
Kommerzgeschäft

STRATEGISCHE SEGMENTE

- 44 Segment Finanzierung
- 48 Segment Financial Markets /
Bankbuch
- 51 Non-core Business
 - 51 Segment Non-core Business
 - 52 Segment Non-core Retail
 - 53 Segment Non-core
Bankbuch/Allgemein

SEGMENT FINANZIERUNG

Das Segment Finanzierung umfasst das Kommerzgeschäft, die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. und die VB Factoring Bank AG. Darüber hinaus werden auch konsortiale Finanzierungen mit der IMMO-BANK AG im Wohnbau sowie Modellfinanzierungen – wie die Finanzierung von Bauherrnmodellen – mit der Volksbank Wien-Baden AG abgewickelt.

Segmentergebnis

Das Ergebnis vor Steuern beträgt für das Segment Finanzierung EUR –9 Mio. und liegt damit unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode. Der vor allem durch höhere Umlagen gestiegenen Verwaltungsaufwand ist der Hauptgrund für diese Entwicklung. Der Zinsüberschuss konnte geringfügig gesteigert werden, während die Risikokosten leicht gesunken sind.

Kommerzgeschäft

Ein wesentlicher Schwerpunkt des Bereiches Kommerzgeschäft in 2014 – mit den Geschäftsfeldern Konsortialgeschäft (mit den Einheiten Konsortialservice und Active Credit Management) und Strukturierte Finanzierungen (Förderungen, Export- und Projektfinanzierungen) – war in den ersten drei Quartalen die erfolgreiche Profitabilisierung von Kundenengagements, welche gemeinsam mit den regionalen Volksbanken geführt wurden.

In Erfüllung des Grundsatzbeschluss des Vorstandes vom Oktober 2014, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen, wurde im letzten Quartal 2014 eine Strategie zum strukturierte Abbau der ÖVAG Anteile an Konsortialfinanzierungen durch Übernahme dieser Teile durch die an diesen Finanzierungen teilhabenden regionalen Volksbanken ausgearbeitet und mit Jahresende bereits zum Teil umgesetzt.

Die professionelle Servicierung der regionalen Volksbanken und deren Klein- und Mittelstandskunden im Geschäftsfeld strukturierte Finanzierungen mit zum Teil eigenkapital-schonenden Finanzierungsprodukten wie Förderungen und Exportfinanzierungen zählt seit Jahren zu den Stärken des Volksbanken-Verbundes und soll auch weiterhin als Serviceangebot seitens der Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes zur Verfügung gestellt werden.

Konsortialgeschäft

Durch anhaltend hohe Tilgungen und Übertragungen ausgewählter Kundenengagements per Jahresende ins Kerngeschäft des Volksbanken-Verbundes in Höhe von rd. EUR 288 Mio. (das entspricht einer RWA Reduktion in der ÖVAG um rd. EUR 212 Mio.) ging das Ausleihungsvolumen (inklusive Haftungen) gegenüber dem Vorjahr von EUR 1.162 Mio. zum Ultimo 2013 um EUR 429 Mio. zurück und beträgt zum Jahresende 2014 EUR 732 Mio. . Im Rahmen der geplanten Reduzierung der RWAs in der ÖVAG konnten diese im Konsortialgeschäft durch geeignete Maßnahmen im Zuge der Profitabilisierung und des gezielten Abbaus durch Übertragung von Engagements an die regionalen Volksbanken von EUR 797 Mio. (zum Ultimo 2013) auf EUR 427 Mio. gesenkt werden.

Die durchschnittliche Zinsspanne vor Liquiditätskosten – bezogen auf die Kreditforderungen – ist im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 1,65% gesunken.

Strukturierte Finanzierungen

Förderungen und Exportfinanzierungen zählen zu den Kernprodukten des Volksbanken-Verbundgeschäftes. Diese Produkte unterstützen österreichische KMUs in ihrem Wachstum und reduzieren darüber hinaus durch öffentliche Haftungen deutlich die Kreditrisiken und dadurch die mit Eigenkapital zu unterlegenden RWAs. Zusätzlich werden projektbezogene, langfristige, Refinanzierungen durch Förderstellen gewährt und erhöhen durch dieses Produkt Knowhow die Wettbewerbsfähigkeit des Volksbanken-Verbundes.

Spezielles Knowhow und die Erfahrungen für strukturierte Export- und Projektfinanzierungen halfen auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr, wieder Risiken für die Verbundbanken und deren Kunden zu minimieren und komplexe Finanzierungswünsche zu strukturieren.

Neue Finanzierungen kommen ausschließlich von den regionalen Volksbanken unter Inanspruchnahme der Service- und Beratungsleistungen der Produktexperten in der Zentralorganisation. Die Volksbanken, die auch das Kreditrisiko ihrer Kunden bei Förderungen und Exportfinanzierungen tragen, können damit die österreichischen Klein- und Mittelbetriebe in ihrem Wachstum unterstützen und so ihre wirtschaftspolitische Relevanz in den Regionen unterstreichen.

Die in der ÖVAG als Treuhandbank vis a vis den Förderstellen für den Volksbanken-Verbund, gebuchten Förderungen sollen in 2015 – im Zuge der Neustrukturierung der ÖVAG – an die Volksbank Wien-Baden AG in der Funktion als neue Treuhandbank für ausgewählte Förderungen, übertragen werden.

Entwicklung ausgewählter Produktgruppen:

Mit Ende 2014 sank das erp-Kredit Gesamtvolumen von rund EUR 156 Mio. (per 31. Dezember 2013) auf rund EUR 121 Mio. Der Rückgang gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres ist darauf zurückzuführen, dass seitens der Volksbanken hauptsächlich kleine und mittelständische Kunden in der Regel kleinvolumige Kredite beantragen und Großkunden – mangels Eigengeschäft der ÖVAG – nicht mehr die strategische Hauptzielgruppe des Volksbanken-Verbundes darstellen. Die Stückzahl blieb trotz plan- und außerplanmäßiger Rückführungen mit 483 erp-Krediten (davon 379 erp-Kleinkredite) nahezu konstant. Im Jahr 2014 wurden 99 erp-Kredite (davon 72 erp-Kleinkredite) mit einem Volumen von rund EUR 21 Mio. zugezählt bzw. teilzugezählt.

Der Volksbank-Sektor zählte im Jahr 2014 im Bereich der Genehmigungen bei erp Kleinkrediten mit Platz 5 (ohne ÖHT Kredite) und bei erp Großkrediten mit Platz 6 wieder zu den Top-Performern unter den 21 erp Treuhandbanken.

Das OeKB Kurzfristgeschäft mit dem Kontrollbank-Refinanzierungsrahmen für Großunternehmen verzeichnet mit einer Aushaftung von rund EUR 18 Mio. einen geringfügigen Anstieg.

Das Volumen der Finanzierungen für KMU-Kunden des Volksbank-Sektors im Rahmen des Österreichischen Exportfonds liegt Ende 2014 mit rund EUR 37 Mio. bei 121 Stück unter den Erwartungen mit entsprechendem Potential für Wachstum. Grund dafür sind u.a. größere Kreditrückführungen bei Kunden der Volksbanken, wobei Neukreditierungen 2014 im Jahresvergleich 2013 auf konstantem Niveau gehalten werden konnten. Der Volksbanken-Verbund ist unter den top 10 Banken von 40 Treuhandbanken, was seine Rolle im KMU Kundensegment unterstreicht.

VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. (VBLF)

Die VBLF wurde 2001 gegründet und ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Österreichischen Volksbanken-AG. Sie betreut – gemeinsam mit zwei Tochter- und zwei Schwestergesellschaften – die österreichischen Leasingaktivitäten des ÖVAG Konzerns.

Im Vordergrund der Tätigkeit steht ein starker regionaler Bezug über das Vertriebsnetzwerk mit neun Geschäftsstellen in ganz Österreich. Neben dem Eigenvertrieb ist die VBLF vor allem Servicedienstleister für die österreichischen Volksbanken.

Die Betreuung eines großen aber auch diversen Kundenstammes erfordert individuelle und für jede Kundengruppe spezifische Finanzierungslösungen. Unabhängig vom Objekt bietet die VB Leasing daher – neben individuellen Finanzierungslösungen – auch maßgeschneiderte Serviceleistungen an. Die VBLF betreut ihre Kunden in den Geschäftsfeldern

PKW, Transport, Büroautomation und Maschinen. Mit umfassendem Know-how in allen Arten der Leasingfinanzierung positioniert sich die VBLF nachhaltig als starker Partner am österreichischen Leasingmarkt. Durch intensive Zusammenarbeit mit Banken, Finanzdienstleistern sowie Händlern und Produzenten der Investitionsgüterbranche rundet die VBLF ihr ganzheitliches Angebot ab. Bedeutende Partnerschaften bestehen u.a. mit Honda, Toyota, Konica Minolta und ACP.

Gutes Ergebnis 2014

Seit Gründung ist die VBLF-Gruppe um eine granulare Struktur des Portfolios bemüht und verfolgt eine risiko- und ertragsgerechte Genehmigungs politik. Dank relativ stabiler Margensituation und einer weiterhin günstigen Risikoentwicklung, konnte 2014 an das sehr gute Ergebnis 2013 angeschlossen werden.

Die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. weist im Jahr 2014 ein Neugeschäftsvolumen von EUR 311 Mio auf. Dies entspricht einer Stückzahl von 17.500 Verträgen.

Zu positiven Entwicklungen kam es vor allem im IT-Bereich. Das Neugeschäftsvolumen bewegte sich im Rahmen der Vorjahre. Der Zinsabstand zum Euribor war über das Jahr gesehen zufriedenstellend. Der Wertberichtigungsbedarf ist in Anbetracht der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation nur sehr gering ausgefallen. Darüber hinaus kam es weiterhin zu Rückflüssen aus zweifelhaften Forderungen aus den Vorjahren.

VB Factoring Bank AG

Die VB Factoring Bank AG hat im Jahr 2014 ein Forderungsvolumen im Ausmaß von EUR 1,44 Mrd. (2013 EUR 1,54 Mrd.) angekauft. Das entspricht gegenüber dem Berichtsjahr 2013 einem Rückgang von EUR 88,1 Mio. bzw. einem Minus von 5,7%.

Der Anteil des Umsatzes mit der gesamten Volksbankgruppe am Gesamtumsatz der VB Factoring Bank AG belief sich im Berichtsjahr auf EUR 813 Mio. (2013 EUR 911 Mio.) bzw. 56,1%.

Der Marktanteil der VB Factoring Bank AG am österreichischen Factoringmarkt und beläuft sich aktuell auf 8,8% (2013 10,9%).

Ausblick

Für das erste Halbjahr 2015 sind weitere Übertragungen von Konsortialengagements an die Volksbanken mit den jeweiligen Kundenbeziehungen im Detail geplant.

Die Engagements, bei denen keine Übertragung an bestimmte regionale Volksbanken möglich ist, sollen im Zuge der geplanten Abspaltung an die Volksbank Wien-Baden übertragen werden. Zum Jahresultimo 2014 beträgt dieses Volumen rd. EUR 500 Mio. (davon rd. 50% RWAs).

Das Konsortialgeschäft – betreffend das Kommerzgeschäft – soll durch die geplanten Fusionen im Volksbanken-Verbund und der damit einhergehenden Erhöhung der Risikoverkämpfungsfähigkeit der Volksbanken einer neuen strategischen Ausrichtung unterzogen werden.

Das Konsortialgeschäft im Wohnbau mit der IMMO-BANK AG soll in der ÖVAG bis 30. Juni 2015 in einem strukturierten Prozess weitgehend abgebaut werden. Vom Ultimo 2013 bis Ultimo 2014 wurde der Forderungsstand von EUR 496 Mio. auf EUR 416 Mio. reduziert.

Hinsichtlich der Modellfinanzierungen mit der Volksbank Wien-Baden AG wird eine Übernahme durch die Volksbank Wien-Baden AG im Wege der Abspaltung geprüft. Vom Ultimo 2013 bis Ultimo 2014 wurde der Forderungsstand von EUR 339 Mio. auf EUR 299 Mio. reduziert.

Förderungen und Exportfinanzierungen für KMUs stellen auch weiterhin einen Schwerpunkt der Österreichischen Förderlandschaft und der EU dar. Der Volksbanken-Verbund bietet diese Leistungen für seine Zielgruppe KMUs auch weiterhin im laufenden Geschäftsjahr an. Da viele kleine und mittlere Unternehmen mit einer weiteren Verknappung der Kreditversorgung rechnen, sehen wir auch für die folgenden Jahre ein generelles Ansteigen der Nachfrage nach geförderten Krediten und Exportfinanzierungen mit öffentlichen Haf-tungen.

In einem sich erholenden Markt wird die VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H. ihre konsequente Risikopolitik in Hinblick auf Bonität, Objektsicherheit und Risikostreuung weiterverfolgen. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei einer risikoadäquaten Preispolitik. Ende 2014 wurde für 2015 der Verkauf der VBLF durch die ÖVAG beschlossen.

Im November 2014 hat die ÖVAG bekanntgegeben, dass die VB Factoring Bank AG ver-kauf wird. Es ist geplant, dass die VB Factoring Bank AG ab Jahresmitte 2015 einen neuen Eigentümer haben soll.

SEGMENT FINANCIAL MARKETS/BANKBUCH

Das Segment Financial Marktes ist Kompetenzzentrum für sämtliche Finanzmarktdienstleistungen, zentraler Auftrag ist die Servicierung, Beratung und Unterstützung der Verbundbanken und der institutionellen Kunden der ÖVAG. Wesentliche Bereiche des Segments Financial Markets sind Financial Markets & Group Treasury sowie Capital Markets Products & Sales.

Segmentergebnis

Im Segment Financial Markets beträgt das Ergebnis vor Steuern EUR 5 Mio. und hat sich damit um EUR 23 Mio. gegenüber dem Vorjahr verbessert; wesentliche Treiber waren der Zinsüberschuss (Erhöhung um EUR 96 Mio. auf EUR 38 Mio.) und das Handelsergebnis (Erhöhung um EUR 20 Mio. auf EUR 26 Mio.). Der Anstieg im Zinsüberschuss ist bedingt durch die im Vorjahr erfolgten Swapaufösungen, die das Zinsergebnis 2013 mit EUR –72 Mio. belastet haben. Der Anstieg im Handelsergebnis im Vergleich zum Vorjahr steht im Zusammenhang mit Restrukturierungen von Sicherungsgeschäften. Gegenläufig wirkte die Entwicklung bei den Verwaltungskosten (Anstieg um EUR 9 Mio. auf EUR 67 Mio.) und bei dem Ergebnis aus Finanzinvestitionen (Verminderung um EUR 33 Mio. auf EUR –34 Mio.). In den erhöhten Verwaltungskosten spiegeln sich die höheren Umlagen wieder. Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen ist insbesondere aufgrund von Bewertungen von Derivaten und Wertpapieren im Bankbuch im Vergleich zum Vorjahr deutlich negativ.

Financial Markets & Group Treasury

Financial Markets Execution

Die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB und die damit verbundene flache Zinskurve erforderten eine effiziente Aussteuerung der kurzfristigen Liquidität mit den zur Verfügung stehenden Geldmarktinstrumenten. Das Ziel, mit dem Abbau einhergehend derivate Hedgedeschäfte bzw. Portfolien zu reduzieren oder aufzulösen, wurde erreicht. Strategisch wichtige Maßnahmen, wie der Verkauf von Gesellschaften der Volksbank Leasing International oder der Volksbank Romania, werden dadurch unterstützt. Ein Schwerpunkt lag auch auf der Umsetzung des zentralen Melderegisters im Rahmen von EMIR und der systemmäßigen Implementierung des Central Counterparty Clearing. Darüber hinaus ermöglichte die Implementierung des zweiten Moduls des Front-Office Systems MUREX, Arbeitsabläufe im Bereich Geld- und Devisenhandelsgeschäfte neu und effizienter zu gestalten.

Das Jahr 2014 stand auch im Zeichen der Betreuung des Sekundärmarktes für ÖVAG- und Verbund-Emissionen. Mit dem Ziel, die Kunden bestmöglich zu servicieren, wurden Prozessabläufe innerhalb des Volksbanken-Verbundes evaluiert und verbessert. Im Kundenwertpapiergeschäft lagen Transaktionszahlen und -volumen um rund 16% bzw. 27% über dem Vorjahresniveau, was auf höhere Kundenumsätze und die im vierten Quartal abgeschlossene Vollservicierung aller Verbundbanken im Wertpapiergeschäft zurückzuführen ist. Nennenswerte Umsatzbringer waren im Jahr 2014 Anleihen, Aktien und Fonds. Auf der Produktseite waren Fix-, Stufenzins- sowie MinMax-Anleihen verschiedenster Emittenten gefragt. Bei Fonds standen neben Immobilien- und Rentenfonds nach wie vor auch dividendenstarke Aktienfonds bzw. gemischte und vermögensverwaltende Fonds im Fokus.

ALM Liquiditätsmanagement

Neben der Überarbeitung der Regelwerke und Prozesse für den Verbund wurde 2014 auch ein verbundinternes Modell zur Steuerung der Liquidity Coverage Ratio etabliert. Die durchgeführten Abbaumaßnahmen auf der Aktivseite und der daraus resultierende Liquiditätsüberhang ermöglichten eine kontrollierte Reduktion des Bestandes an ÖVAG Emissionen. Der von der ÖVAG gehaltene Liquiditätspuffer entsprach durchgehend den Planwerten und betrug unter Berücksichtigung des Cash-Bestands per 31.12.2014 rund EUR 4,5 Mrd.

Die schrittweisen Herabstufungen des ÖVAG Senior Unsecured Ratings von Baa3 auf B2 durch Moody's und die Herabstufung von A auf B durch Fitch hatten keine nennenswerten Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der ÖVAG bzw. des Verbunds.

ALM Bankbuch

Im Hinblick auf die LCR (Liquidity Coverage Ratio) wurden im Bankbuch zur Erfüllung der ab 2015 geltenden Regelungen Neuinvestments getätigt, Anleihen sehr guter Kreditqualität in den Segmenten Pfandbriefe, supranationale Emittenten und staatsgarantierte Unternehmen wurden am Primärmarkt erworben.

Im Bereich der Steuerung des Volksbanken-Verbunds lag ein Schwerpunkt auf der Verbesserung der Governance in den Bereichen Liquidität, Zinsbuchsteuerung und Bankbuchveranlagungen. Dies wurde unter anderem durch die Etablierung eines Verbund-Asset/Liability Komitees und eines Verbund-Investmentkomitees erreicht. Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung wurde 2014 eine Optimierung der Bilanzstruktur vorgenommen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Umsetzung von Aktiv-Passiv Strategien, die unter anderem auf einen positiven Strukturbeitrag im Zinsbuch abzielen.

Banks & Credit Markets

Der Abbau von unbesicherten Bank- und Unternehmensrisiken unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte Risiko/Ertrag sowie Eigenmittelschonung wurde 2014 konsequent fortgesetzt, der Großteil der Verkäufe erfolgte dabei im ersten Halbjahr in einem insgesamt positiven Marktumfeld.

Capital Markets Products & Sales

Assets under Management

Die Assets under Management der unter der Marke Volksbank Investments zusammengefassten Produkte (Fonds, Zertifikate, Vermögensmanagement und Foreign Assets) sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken und beliefen sich per Ende 2014 auf knapp über EUR 6 Mrd. Während es im Bereich Zertifikate zu einem Volumenrückgang kam, entwickelten sich Fonds und das Vermögensmanagement positiv.

Fonds

Der österreichische Fondsmarkt verzeichnete 2014 gesamthaft einen Volumenanstieg und notierte per Jahresende bei EUR 158 Mrd. Das Volumen der Capital Markets Products & Sales Fonds konnte gegenüber 2013 ebenfalls gesteigert werden und lag per 31.12.2014 bei rund EUR 2,7 Mrd. Im Vertriebsfokus lagen gemischte Produkte wie der VB SMILE bzw. Fonds der Produktserie SMART Laufzeiten-Fonds. Mitte des Jahres wurde dann rund um das Jubiläum „50 Jahre Fonds und Zertifikate“ (25 Jahre Fonds der VB Invest KAG, 15 Jahre Zertifikate und 10 Jahre <immofonds>) der Vertriebschwerpunkt auf Volksbank Fonds-Sparen gelegt.

Der offene Immobilien-Investmentfonds <immofonds1> verzeichnete im Jahr 2014 einen deutlichen Nettovolumenzuwachs von rund EUR 220 Mio. Mit einem Gesamtvolumen von knapp EUR 510 Mio. per 31.12.2014 und einem Marktanteil von 10,8% ist der <immofonds1> mittlerweile der drittgrößte Immobilienfonds Österreichs.

Zertifikate

Das gesamte Marktvolumen des österreichischen Zertifikate-Marktes hat sich gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres um EUR 700 Mio. verringert und lag per Ende 2014 bei rund EUR 4,5 Mrd.

Auch das Volumen von Zertifikaten der ÖVAG hat sich im Jahr 2014 deutlich verringert. Trotz eines Absatzes von EUR 121 Mio. ist der Zertifikatebestand in Folge von Tilgungen von über EUR 340 Mio. und Rücknahmen am Sekundärmarkt auf EUR 554 Mio. per Jahresende

gesunken. Der Fokus lag 2014 verstärkt auf Emissionen mit Fremdemittenten, gegenüber dem Vorjahr konnte das Fremdemissionsvolumen auf knapp EUR 96 Mio. verdoppelt werden.

Anleihen und Vermögensmanagement

Insgesamt konnte auf der Anleihenseite im vergangenen Geschäftsjahr ein Volumen von rund EUR 101 Mio. abgesetzt werden. 2014 erfolgte die erste Platzierung einer Fremdemittenten-Anleihe in Zusammenarbeit mit Morgan Stanley und gegen Jahresende wurde eine weitere Immobank Stufenzinsanleihe emittiert.

Das Volumen der Vermögensmanagement Mandate ist 2014 um 7,8% gestiegen und lag per Ende 2014 bei über EUR 2 Mrd. Auf Basis der langjährigen Expertise in der institutionellen Vermögensverwaltung wurde gemeinsam mit den regionalen Volksbanken die Akquisition neuer Kunden weiter forciert.

Ausblick

Neben der Liquiditätssteuerung und dem weiterhin produktiven Management von Marktrisiken stellt die geplante Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaueinheit und die gleichzeitige Übertragung der Zentralorganisationsfunktionen auf die Volksbank Wien-Baden im Geschäftsjahr 2015 für den Bereich Financial Markets & Group Treasury eine der wesentlichsten Aufgaben dar.

Capital Markets Products & Sales wird aufgrund des anhaltenden Niedrigzins-Umfelds und der Sicherheitsorientierung der Anleger auch 2015 einen Schwerpunkt auf die Emission von Laufzeitenfonds legen. Die Emittentenplattform, ein Pool von Fremdemittenten, wurde gut vom Markt aufgenommen und wird weiterhin im Sinne des Diversifizierungsangebots eine wesentliche Rolle spielen. Es werden auch die Themen Vorsorge und Fondssparen im Vordergrund stehen – die nicht zuletzt in Folge des neuen Pensionskontos von Interesse sind. Darüber hinaus wird mit der Markteinführung des VB Global-Mix das Angebot im Bereich der gemischten Fonds erweitert. Parallel dazu wird im laufenden Geschäftsjahr der Verkauf der Immo KAG, der VB Invest KAG und des Zertifikategeschäfts des Bereichs Capital Markets Products & Sales sowie der Pensions- und der Vorsorgekasse vorbereitet.

NON-CORE BUSINESS

Hauptaufgabe des Non-Core Business ist der fokussierte und aktive Abbau der verantworteten Kreditportfolien mit dem Ziel, sowohl die RWA – als auch die Liquiditätssituation der Bank zu verbessern. Der Abbau erfolgt gemäß eines von den nationalen und internationalen Aufsichtsorganen bestätigten Plans.

Das Non-core Business wird in drei Segmente aufgeteilt:

- Segment Non-core Business
- Segment Non-core Retail
- Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

Segment Non-core Business

Das Segment umfasst einerseits im Bereich der Immobilien die Finanzierung von gewerblichen Immobilienprojekten, zugehörige Work-out Aktivitäten, das Asset Management der Eigenobjekte und die Immobilienleasingfinanzierung der VB Real Estate Services GmbH und andererseits im Bereich der Unternehmen die Finanzierung an Corporate Customers, Internationale Projektfinanzierungen, Erneuerbare Energie und ein Portfolio im Bereich Private Equity – Funds Investments. Die Konzentration in den Portfolien liegt primär in Österreich, CEE und SEE.

Gemäß der Strategie und Zielsetzung, das Segment Non-core Immobilien und Unternehmen strukturiert und werterhaltend abzubauen, wurden weitere aktive Maßnahmen gesetzt. So konnten im Geschäftsjahr 2014 mit über 90 Transaktionen Volumina in Höhe von rund EUR 1,2 Mrd. abgebaut werden. Die Bilanzsumme des Segments hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr um rund EUR 1,4 Mrd. reduziert und damit praktisch halbiert.

Segmentergebnis

Im Segment Non-core Business beträgt das Ergebnis vor Steuern EUR –57 Mio., was einem Rückgang von EUR 46 Mio. entspricht. Der Rückgang im Vergleich zur Vergleichsperiode im Vorjahr ist vor allem auf den Rückgang im Zinsüberschuss (EUR –32 Mio.) zurückzuführen, indem sich der bereits vorgenommene Abbau des Non-core Portfolios widerspiegelt. Die gestiegenen Risikokosten kommen vor allem durch gegenüber dem Vorjahr geringere Auflösungen von Portfoliowertberichtigungen zustande. Im Vorjahr ist im Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches die beim Verkauf der Selini GmbH vereinbarte Kaufpreisanpassung erfasst.

Immobilienkreditfinanzierung und Work-out

Im Jahr 2014 wurden durch aktive Abbaumaßnahmen Kredite im Ausmaß von rund EUR 785 Mio. vorzeitig rückgeführt. Daraus ergibt sich in Summe eine RWA Reduktion in Höhe von rund EUR 670 Mio. Acht Kreditengagements wurden dabei erfolgreich von der Work-out-Einheit abgebaut. Unter den 26 Abbauprojekten finden sich der Verkauf eines größeren Kreditportfolios mit geographischem Schwerpunkt Österreich, Rumänien und Polen mit insgesamt Volumina in Höhe von rund EUR 408 Mio., ein bulgarischer Kreditfall mit rund EUR 55 Mio. sowie im 2. Halbjahr ein italienischer Kreditfall mit ebenso rund EUR 55 Mio. Im Vergleich zum 31. Dezember 2013 konnte das Portfolio an Kundenkreditforderungen um mehr als ein Drittel reduziert werden.

Immobilienleasing und Asset Management

Ergänzend zur natürlichen Abreifung konnte das Immobilienleasingportfolio mit 25 Transaktionen um rund EUR 146 Mio. abgebaut werden, das entspricht einer RWA Entlastung in Höhe von rund EUR 85 Mio. Darunter befinden sich der Verkauf von vier Möbelhäuser in Tschechien mit einem Volumen in Höhe von rund EUR 61 Mio. und auch die Übertragung einer polnischen Veranstaltungshalle an den derzeitigen Betreiber mit einem Volumen in Höhe von rund EUR 12 Mio. Aus dem Immobilieneigenbestand konnten 11 Objekte veräußert werden, darunter drei polnische Projekte aus dem Work-out-Bereich und die

restlichen Transaktionen mit Schwerpunkt Österreich, Tschechien, Ungarn und Slowakei. Darüber hinaus wurden zwei Minderheitsbeteiligungen an einer tschechischen bzw. rumänischen Immobiliengesellschaft im Jahr 2014 veräußert.

Corporate Customers und Private Equity – Funds Investments

Im Geschäftsfeld Corporate Customers konnten mit 25 Transaktionen vorzeitige Rückführungen in Höhe von rund EUR 98 Mio. verzeichnet werden. Dabei findet sich auch im zweiten Halbjahr der Verkauf von spanischen Solarkraftfinanzierungen mit Volumen in Höhe von rund EUR 35 Mio., das Closing eines Restportfolios fand im Jänner 2015 statt.

Im Bereich Private Equity wurden auch im Jahr 2014 weitere Maßnahmen zur Volumensreduktion und Freisetzung von Kapital getätigt. Die letzten beiden Teiltransaktionen eines im Jahr 2013 eingeleiteten strukturierten Verkaufsprozesses konnten im 2. bzw. 3. Quartal 2014 abgeschlossen werden. Die RWA-Freisetzung beläuft sich in Summe auf rund EUR 65 Mio.

Segment Non-core Retail

Das Segment Non-core Retail fasst die Mobilien-Leasing Geschäfte in CEE der VB-Leasing International Gruppe sowie die Geschäfte der Volksbank Romania S.A. zusammen.

Segmentergebnis

Das Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR –249 Mio. resultiert vor allem durch die nach IFRS 5 zu bewertende und separat auszuweisende at equity Beteiligung an der VB Romania S.A. Aufgrund des am 10. Dezember 2014 unterschriebenen Kaufvertrages über den Verkauf der gesamten Anteile wurde das Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity in das Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches umgegliedert, die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Neben der Übernahme des negativen Ergebnisses aus dem Geschäftsjahr 2014 (EUR –218 Mio.) und der noch nicht verrechneten Vorjahresverluste (EUR –34 Mio.) musste der Buchwert aufgrund des erwarteten Kaufpreises um EUR –22 Mio. abgewertet werden. Im sonstigen betrieblichen Ergebnis ist die Bewertung von Veräußerungsgruppen nach IFRS 5 und das Entkonsolidierungsergebnis der Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe in Höhe von EUR –24 Mio. enthalten.

VB-Leasing International Holding GmbH (VBLI)

Die VB-Leasing International erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 ein EGT von EUR 2,7 Mio. sowie ein Neugeschäftsvolumen zu Gesamtinvestitionskosten von EUR 399,5 Mio. Es wurden insgesamt 16.815 Stück neue Verträge abgeschlossen. Der Vertragsbestand beläuft sich auf 52.350 Stück.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde seitens der Eigentümer – der Österreichische Volksbanken-AG sowie der deutschen VR-LEASING AG – der strategische Verkaufsprozess der VBLI Gruppe erfolgreich weitergeführt. Im September 2014 wurden die Landesgesellschaften in Polen und Rumänien an die polnische Getin Holding S.A. veräußert. Ende Oktober fand der Verkauf der tschechischen Gesellschaft an die GE Money Bank A.S. mit Sitz in Prag statt.

Die VB Leasing Gruppe verfügt noch über Gesellschaften in Slowenien, Kroatien, Serbien, der Slowakei und Bosnien-Herzegowina, für die der Verkaufsprozess weiterläuft.

Volksbank Romania S.A.

Im Jahr 2014 lag der Fokus der Volksbank Romania weiterhin auf der Umsetzung des Umstrukturierungsprozesses.

Ende Juli erfolgte der Verkauf eines NPL-Portfolios (Non Performing Loans) mit einem Volumen von EUR 498 Mio. Durch diese Transaktion konnte die Volksbank Romania ihre NPL-Quote auf 9,3% reduzieren und liegt damit deutlich unter der Durchschnittsquote rumänischer Banken.

Das deutliche Wachstum der Kundeneinlagen führte zu einer Abnahme der Loan to Deposit Ratio auf 184% zum Ultimo 2014 (Ultimo 2013: 256%). Mit einer Eigenkapitalquote von 18,87% nach Basel III befindet sich die Kapitalisierung der Bank auf einem komfortablen Niveau.

Am 10. Dezember 2014 erfolgte das Signing zum Verkauf der Volksbank Romania an die rumänische Banca Transilvania. Am 17. März 2015 haben die Rumänische Nationalbank und die Wettbewerbsbehörde die Transaktion genehmigt. Das Closing erfolgte am 7. April. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 musste der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Segment Non-core Bankbuch/Allgemein

Das Segment beinhaltet alle Teile des Bankbuchs, die gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden sollen. Die VB Malta Ltd wurde ebenfalls dem Segment Non-core Bankbuch/Allgemein zugeordnet sowie Holdinggesellschaften von Beteiligungen im Non-core Bereich.

Segmentergebnis

Das Ergebnis vor Steuern beträgt in diesem Segment EUR –91 Mio., was einem Rückgang von EUR 138 Mio. entspricht. Belastet wird das Ergebnis vor allem durch die Anpassung der Bewertung der von der Republik Österreich abgegebenen Asset-Garantie in Höhe von EUR –56 Mio. im sonstigen betrieblichen Ergebnis. Im Vorjahr wurde dafür ein Ertrag in Höhe von EUR 69 Mio. erfasst. Weiters schlägt sich dort die Bewertung der Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt gemäß IFRS 5 und das Entkonsolidierungsergebnis der VB Malta mit EUR –19 Mio. zu Buche. Der Rückgang im Zinsüberschuss ist auf im Vorjahr enthaltenen positiven Breakage-Effekte aus dem ABS Portfolio zurückzuführen. Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen sind im Geschäftsjahr 2014 die Verkaufserträge aus dem Abbau des held to maturity Portfolios enthalten.

KONZERNABSCHLUSS

56	Gesamtergebnisrechnung
57	Bilanz zum 31. Dezember 2014
58	Entwicklung des Eigenkapitals
59	Geldflussrechnung
60	Inhaltsverzeichnis Notes
62	Anhang (Notes) zum Konzernabschluss
173	Bilanzzeit
174	Bestätigungsvermerk

Gesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	Anhang (Notes)	1-12/2014 EUR Tsd.	angepasst 1-12/2013 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Zinsen und ähnliche Erträge		532.090	713.773	-181.684	-25,45 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-329.139	-525.187	196.048	-37,33 %
Zinsüberschuss	4	202.951	188.586	14.365	7,62 %
Risikovorsorge	5	-37.557	-23.462	-14.095	60,08 %
Provisionserträge		64.442	73.577	-9.135	-12,42 %
Provisionsaufwendungen		-44.128	-43.331	-797	1,84 %
Provisionsüberschuss	6	20.314	30.246	-9.932	-32,84 %
Handelsergebnis	7	26.714	8.434	18.280	> 200,00 %
Verwaltungsaufwand	8	-247.148	-249.783	2.635	-1,05 %
Restrukturierungsaufwand		-35.515	0	-35.515	100,00 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	9	-82.391	156.665	-239.056	-152,59 %
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	10	-45.889	-48.913	3.024	-6,18 %
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity		8.010	539	7.472	> 200,00 %
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches	2	-275.189	-111.293	-163.896	147,27 %
Jahresergebnis vor Steuern		-465.701	-48.982	-416.719	> 200,00 %
Steuern vom Einkommen	11	-13.292	-24.403	11.111	-45,53 %
Jahresergebnis nach Steuern		-478.993	-73.385	-405.608	> 200,00 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Jahresergebnis (Konzernjahresergebnis)		-499.569	-100.009	-399.560	> 200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-224.380	11.284	-235.664	< -200,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		-275.189	-111.293	-163.896	147,27 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		20.576	26.624	-6.048	-22,71 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		20.576	26.624	-6.048	-22,71 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %
Sonstiges Ergebnis					
		1-12/2014 EUR Tsd.	angepasst 1-12/2013 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Jahresergebnis nach Steuern		-478.993	-73.385	-405.608	> 200,00 %
Sonstiges Ergebnis					
Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19)		-15.327	-1.649	-13.678	> 200,00 %
Latente Steuern auf Neubewertung IAS 19		3.829	415	3.413	> 200,00 %
Summe der Posten, bei denen keine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		-11.498	-1.233	-10.264	> 200,00 %
Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist					
Währungsrücklage		11.863	-11.666	23.529	< -200,00 %
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung		-25.218	84.915	-110.133	-129,70 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		-10.024	-16.799	6.774	-40,33 %
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					
Fair value Änderung (effektiver hedge)		-711	-1.826	1.116	-61,09 %
Umbuchung in Gewinn- und Verlustrechnung		578	1.058	-480	-45,38 %
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		823	372	451	121,12 %
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		-20.083	3.401	-23.484	< -200,00 %
Summe der Posten, bei denen eine Umgliederung in das Jahresergebnis möglich ist		-42.773	59.455	-102.228	-171,94 %
Summe sonstiges Ergebnis		-54.271	58.222	-112.492	-193,21 %
Gesamtergebnis		-533.263	-15.163	-518.100	> 200,00 %
Den Anteilseignern des Mutterunternehmens zurechenbares Gesamtergebnis		-559.817	-37.213	-522.604	> 200,00 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		-264.917	70.679	-335.596	< -200,00 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		-294.900	-107.892	-187.008	173,33 %
Den nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Gesamtergebnis		26.553	22.050	4.503	20,42 %
hievon aus fortgeführtem Geschäftsbereich		26.553	22.050	4.503	20,42 %
hievon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen		0	0	0	0,00 %

Die Vergleichswerte 2013 wurden gemäß IFRS 5 angepasst (siehe Note 2).

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	Anhang (Notes)	31.12.2014 EUR Tsd.	31.12.2013 EUR Tsd.	Veränderung EUR Tsd.	%
Aktiva					
Barreserve	12	1.351.246	1.762.453	-411.207	-23,33 %
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	13	3.812.548	5.798.139	-1.985.591	-34,25 %
Forderungen an Kunden (brutto)	14	4.134.053	7.081.347	-2.947.294	-41,62 %
Risikovorsorge (-)	15	-410.128	-773.009	362.881	-46,94 %
Handelsaktiva	16	1.650.358	1.627.392	22.966	1,41 %
Finanzinvestitionen	17	2.802.099	3.422.739	-620.640	-18,13 %
Investment property Vermögenswerte	18	208.326	252.410	-44.084	-17,47 %
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	19	70.560	5.626	64.934	> 200,00 %
Anteile und Beteiligungen	20	227.451	359.531	-132.081	-36,74 %
Immaterielles Anlagevermögen	21	10.565	13.672	-3.106	-22,72 %
Sachanlagen	22	110.279	131.503	-21.223	-16,14 %
Ertragsteueransprüche	23	32.498	52.905	-20.407	-38,57 %
laufende Ertragsteueransprüche		20.893	19.974	920	4,61 %
latente Ertragsteueransprüche		11.605	32.932	-21.327	-64,76 %
Sonstige Aktiva	24	737.437	614.744	122.693	19,96 %
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	25	388.029	554.657	-166.628	-30,04 %
Summe Aktiva		15.125.323	20.904.109	-5.778.786	-27,64 %
Passiva					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26	6.182.497	7.707.002	-1.524.505	-19,78 %
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27	1.825.079	2.148.440	-323.361	-15,05 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	28	3.295.644	7.084.825	-3.789.181	-53,48 %
Handelspassiva	29	1.519.805	1.377.709	142.096	10,31 %
Rückstellungen	30, 31	209.083	188.703	20.380	10,80 %
Ertragsteuerverpflichtungen	23	37.902	66.511	-28.610	-43,01 %
laufende Ertragsteuerverpflichtungen		5.973	14.112	-8.139	-57,67 %
latente Ertragsteuerverpflichtungen		31.929	52.399	-20.471	-39,07 %
Sonstige Passiva	32	909.215	554.549	354.666	63,96 %
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	33	5.509	0	5.509	100,00 %
Nachrangkapital	34	493.146	554.957	-61.811	-11,14 %
Eigenkapital	36	647.443	1.221.412	-573.970	-46,99 %
Eigenanteil		519.090	1.067.553	-548.463	-51,38 %
Nicht beherrschende Anteile		128.352	153.859	-25.506	-16,58 %
Summe Passiva		15.125.323	20.904.109	-5.778.786	-27,64 %

Entwicklung des Eigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital ¹⁾	Gewinnrücklage	Währungsrücklage	Bewertungsrücklagen gem. IAS 39 ²⁾		Eigenkapital ohne nicht beherrschende Anteile	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital
				Available for sale Rücklage	Hedging Rücklage			
EUR Tsd.								
Stand 1. Jänner 2013	885.632	206.754	7.209	-1.327	735	1.099.003	193.675	1.292.677
Konzernjahresergebnis ³⁾		-100.009				-100.009	26.624	-73.385
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		372				372	0	372
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		-1.205				-1.205	-29	-1.233
Währungsrücklage			-6.836			-6.836	-4.830	-11.666
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				68.117		68.117	0	68.117
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					-1.053	-1.053	285	-768
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		32	-151	346	3.174	3.401		3.401
Gesamtergebnis	0	-100.810	-6.987	68.463	2.122	-37.213	22.050	-15.163
Ausschüttung						0	-4.709	-4.709
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		3.566		2.198		5.764	-57.156	-51.393
Stand 31. Dezember 2013	885.632	109.511	221	69.333	2.856	1.067.553	153.859	1.221.412
Konzernjahresergebnis ³⁾		-499.569				-499.569	20.576	-478.993
Veränderungen latenter Steuern auf unversteuerte Rücklage		823				823	0	823
Neubewertung Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS19 inklusive latenter Steuern)		-11.508				-11.508	11	-11.498
Währungsrücklage			5.840			5.840	6.023	11.863
Available for sale Rücklage (inklusive latenter Steuern)				-35.243		-35.243	0	-35.242
Hedging Rücklage (inklusive latenter Steuern)					-75	-75	-57	-133
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity		40	-7.436	1.019	-13.706	-20.083		-20.083
Gesamtergebnis	0	-510.215	-1.597	-34.223	-13.782	-559.817	26.553	-533.263
Ausschüttung						0	-9.589	-9.589
Veränderungen durch Verschiebung in nicht beherrschende Anteile, Kapitalerhöhungen und Entkonsolidierungen		23.977		-12.623		11.354	-42.470	-31.117
Stand 31. Dezember 2014	885.632	-376.727	-1.376	22.487	-10.926	519.090	128.352	647.443

1) Der Ausweis des gezeichneten Kapitals entspricht dem Ausweis im Einzelabschluss der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft.

2) Bei der available for sale Rücklage wurden zum 31.12.2014 EUR -6.434 Tsd. (31.12.2013: EUR -12.366 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt. Bei der hedging Rücklage wurden zum 31.12.2014 EUR 112 Tsd. (31.12.2013: EUR -534 Tsd.) an latenten Steuern berücksichtigt.

3) Die Währungsdifferenzen aus der Bewertung der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu Durchschnittskursen betragen für das Kapital ohne nicht beherrschende Anteile EUR 126 Tsd. (1-12/2013: EUR -268 Tsd.) und für die nicht beherrschende Anteile EUR 190 Tsd. (1-12/2013: EUR -335 Tsd.).

Geldflussrechnung

EUR Tsd.	1-12/2014	1-12/2013
Jahresergebnis (vor nicht beherrschenden Anteilen)	-478.993	-73.385
Im Jahresergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten		
Abschreibungen und Zuschreibungen auf Finanz- und Sachanlagen	314.256	-29.308
Dotierung und Auflösung von Rückstellungen und Risikovorsorgen	35.781	-6.638
Ergebnis aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-48.916	11.400
Veränderung Steuern nicht zahlungswirksam	-5.953	8.773
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute	1.619.952	1.074.358
Forderungen an Kunden	1.531.837	2.958.224
Handelsaktiva	-25.864	201.890
Finanzinvestitionen	233.766	1.961.491
Operating lease Vermögenswerte	7.919	-7.918
Sonstiges Umlaufvermögen	62.606	-165.094
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-398.749	-2.127.516
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-300.493	-393.688
Verbriefte Verbindlichkeiten	-3.789.181	-2.850.211
Derivate	101.575	233.234
Andere Passiva	331.188	-147.519
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-809.268	648.094
Mittelzufluss aus der Veräußerung bzw. Tilgung von		
held to maturity Wertpapieren	502.191	264.106
Beteiligungen	67.602	48.751
Sachanlagen	10.976	94.639
Abgang von Tochterunternehmen (abzüglich abgegangener Zahlungsmittel)	250.027	5.048
Mittelabfluss durch Investitionen in		
held to maturity Wertpapieren	-24.933	0
Beteiligungen	-352.905	-71.093
Sachanlagen	-25.080	-7.112
Erwerb von Tochterunternehmen - Zahlungsmittel	1	0
Cash flow aus Investitionstätigkeit	427.879	334.340
Kapitalerhöhung	0	0
Veränderungen eigene Aktien	0	0
Dividendenzahlungen	-9.589	-4.709
Veränderungen Nachrangkapital	-22.395	-16.920
Auszahlung für den Rückkauf Genussrechte	-18.568	-49.615
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-50.552	-71.244
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode (=Barreserve)	1.762.453	851.262
Cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-809.268	648.094
Cash flow aus Investitionstätigkeit	427.879	334.340
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	-50.552	-71.244
Effekte aus Wechselkursänderungen	20.734	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode (=Barreserve)	1.351.246	1.762.453
Zahlungen für Steuern, Zinsen und Dividenden		
Gezahlte Ertragsteuern	19.245	-15.630
Erhaltene Zinsen	505.809	698.208
Gezahlte Zinsen	-404.934	-598.679
Erhaltene Dividenden	5.711	8.904

Details zu der Berechnungsmethode zur Geldflussrechnung sind in Kapitel 3) ii) angeführt.

Details zu der Berechnung des Abgangs von Tochterunternehmen sowie des Zugangs sind im Kapitel 2) enthalten.

ANHANG (NOTES)	62
1) Allgemeine Angaben	62
a) Unternehmensfortführung	62
2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises	65
3) Rechnungslegungsgrundsätze	67
a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften	68
b) Neue Rechnungslegungsvorschriften.....	69
c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen	70
d) Konsolidierungsgrundsätze	71
e) Währungsumrechnung	72
f) Zinsüberschuss	73
g) Risikovorsorge	73
h) Provisionsüberschuss	73
i) Handelsergebnis.....	73
j) Verwaltungsaufwand.....	74
k) Sonstiges betriebliches Ergebnis	74
l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	74
m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	74
n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	78
o) Risikovorsorge.....	78
p) Handelsaktiva und -passiva	78
q) Finanzinvestitionen.....	79
r) Investment property Vermögenswerte.....	80
s) Beteiligungen.....	80
t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen.....	81
u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	81
v) Sonstige Aktiva.....	82
w) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt.....	82
x) Verbindlichkeiten	83
y) Sozialkapital	83
z) Rückstellungen.....	84
aa) Sonstige Passiva.....	84
bb) Nachrangkapital	85
cc) Eigenkapital.....	85
dd) Kapitalrücklagen.....	85
ee) Gewinnrücklagen.....	85
ff) Eigenmittel	85
gg) Treuhandgeschäfte	87
hh) Pensionsgeschäfte	87
ii) Eventualverpflichtungen	87
jj) Geldflussrechnung	87
4) Zinsüberschuss	88
5) Risikovorsorge	88
6) Provisionsüberschuss	89
7) Handelsergebnis	89
8) Verwaltungsaufwand	89
9) Sonstiges betriebliches Ergebnis	90
10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen	91
11) Steuern vom Einkommen	92
12) Barreserve	94
13) Forderungen an Kreditinstitute	94
14) Forderungen an Kunden	94
15) Risikovorsorge	95
16) Handelsaktiva	95
17) Finanzinvestitionen	96
18) Investment property Vermögenswerte	97
19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	99
20) Anteile und Beteiligungen	103
21) Immaterielles Anlagevermögen	103
22) Sachanlagen	104
23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen	104
24) Sonstige Aktiva	106
25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	106
26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	106
27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	107
28) Verbriefte Verbindlichkeiten	107
29) Handelspassiva	107
30) Rückstellungen	108
31) Sozialkapital	108

32)	Sonstige Passiva	110
33)	Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt.....	110
34)	Nachrangkapital	111
35)	Zahlungsströme Verbindlichkeiten	111
36)	Eigenkapital.....	112
37)	Eigenmittel	115
38)	Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	119
39)	Cash flow hedges	125
40)	Derivate.....	126
41)	Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung.....	126
42)	Treuhandgeschäfte.....	127
43)	Nachrangige Vermögenswerte	127
44)	Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten	127
45)	Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	127
46)	Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte.....	128
47)	Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen	129
48)	Angaben zum Hypothekenbankgeschäft gem. Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen	130
49)	Vertriebsstellen	130
50)	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	130
51)	Segmentberichterstattung	131
a)	Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern.....	133
b)	Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten	134
52)	Risikobericht	135
a)	Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze.....	136
b)	Aufsichtsrechtliche Anforderungen.....	138
c)	Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess.....	139
d)	Kreditrisiko	141
e)	Marktrisiko.....	155
f)	Operationelles Risiko	164
g)	Liquiditätsrisiko.....	165
h)	Beteiligungsrisiko	168
i)	Sonstige Risiken	169
53)	Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾	170
54)	Beteiligungsunternehmen bewertet at equity	172
55)	Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen	172
	Bilanzzeit	173

ANHANG (NOTES)

1) Allgemeine Angaben

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) mit Firmensitz in 1090 Wien, Kolingasse 14 – 16, ist das Mutterunternehmen von im In- und Ausland (insbesondere Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn) agierenden Tochtergesellschaften. Die ÖVAG befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Im Dezember 2014 wurde der Transformationsprozess dahingehend angepasst, dass eine Aufspaltung in eine Abbaueinheit und eine Zentralorganisation (ZO) erfolgen soll. Die Abbaueinheit wird so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen. Die Zentralorganisation des österreichischen Volksbank-Sektors konzentriert sich in ihrer Aufgabe als Verbundbank auf die Märkte in Österreich. Geschäfte außerhalb dieses Bereiches (non-core business) sollen gemäß ihrem zugrunde gelegten Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden.

Die Volksbanken Holding e. Gen. (VB Holding), Wien, ist die übergeordnete Finanz-Holdinggesellschaft der ÖVAG. Als übergeordnetes Institut und oberstes Mutterunternehmen ist die VB Holding verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. Da von der ÖVAG Partizipationsscheine und ausgegebene Wertpapiere an einem geregelten Markt im Sinne des § 2 Z 37 BWG zum Handel zugelassen sind, hat der Konzernabschluss der VB Holding gemäß § 245 UGB keine Befreiungswirkung.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde für die Abbaueinheit unter Berücksichtigung des geplanten Abbaus und für die Zentralorganisation unter der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern) vorgenommen. Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt, da dies die funktionale Währung des Konzerns ist. Alle Daten sind in Tausend EUR dargestellt, sofern nichts anderes angegeben ist. Rundungsdifferenzen sind in den nachstehenden Tabellen möglich. Alle Bezeichnungen im Anhang, die ausschließlich in der männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß auch in der weiblichen Form.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde am 27. März 2015 vom Vorstand unterzeichnet und anschließend an den Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme weitergeleitet.

a) Unternehmensfortführung

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2011 erfolgte gemeinsam mit den Eigentümern und der Republik Österreich eine Stabilisierung der ÖVAG im Wesentlichen durch eine Kapitalerhöhung sowie die Bildung eines Haftungsverbandes (Volksbanken-Kreditinstituteverbund gemäß § 30a BWG). Der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan sieht den Abbau wesentlicher Teile des in- und ausländischen Kreditportfolios (ausgenommen im Wesentlichen das Konsortialgeschäft mit den Volksbanken), wesentlicher Teile des Bankbuchs und die Abgabe von Beteiligungen, wie etwa der VB Romania S.A. oder der VB-Leasing International Holding GmbH, vor.

Diese Vorgaben der Europäischen Kommission wurden zügig und konsequent umgesetzt. Dementsprechend wurde die Bilanzsumme des ÖVAG Konzerns von EUR 41,1 Mrd per 31. Dezember 2011 auf EUR 15,1 Mrd. per 31. Dezember 2014 vermindert.

Darüber hinaus hat der Vorstand der ÖVAG eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbundes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95 % für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing-out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbundes deutlich verbessert werden konnte,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Dennoch hat der Vorstand der ÖVAG im Konzernabschluss 2013 darauf hingewiesen, dass er aufgrund steigender Kapitalanforderungen seitens der Aufsichtsbehörden und des gleichzeitigen Verlusts von Kapitalbestandteilen wegen des Phasing-outs im Rahmen des Basel III Regimes mittelfristig Gefahren für die Unternehmensfortführung der ÖVAG und des Verbundes sieht.

Ergebnis des Comprehensive Assessments und Kapitalplan

Im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtssachen über 130 europäische Kreditinstitute hat die Europäische Zentralbank (EZB) diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests ("Comprehensive Assessment") unterworfen. Der österreichische Volksbanken-Verbund und damit auch die ÖVAG, sowie der ÖVAG Konzern unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verbund errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbundes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungsstichtag für das Comprehensive Assessment (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Da der Asset Quality Review auf aufsichtsrechtlichen Vorgaben seitens der EZB basierte, die nicht deckungsgleich mit den IFRS Normen sind, hatten die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review für den Konzern keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt. Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG:

Der Vorstand hat, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbunds erfüllt, sollen an die Volksbank Wien-Baden AG (VB Wien-Baden) übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbanken-Verbund zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es, den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden.

Neben dieser Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes und der ÖVAG sind im Wesentlichen nachfolgende Maßnahmen im Kapitalplan enthalten:

- weiterer Abbau des Non-core Portfolios,
- Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren,
- Umsetzung einer Verbriefungstransaktion,
- Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie
- weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

JRAD Beschluss

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitallücke ergibt sich gemäß dem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass der ÖVAG in ihrer aktuellen Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Spaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die VB Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehene CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und geht daher davon aus, dass sich die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringert und damit eine Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben ist. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass, wenn die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Zur Umsetzung der geplanten Spaltung und Herstellung der Abbaugesellschaft wurde ein umfangreiches Transformationsprojekt aufgesetzt, das im Wesentlichen mit der Spaltung im Juli 2015 abgeschlossen sein soll. Mit einem derartigen Projekt sind naturgemäß zahlreiche Risiken und Unsicherheiten insbesondere auch in Zusammenhang mit behördlichen, aufsichtsrechtlichen und gremialen Genehmigungen verbunden, die eine Umsetzung verhindern können. Weiters bestehen zahlreiche Rechtsunsicherheiten unter anderem aufgrund neuer europäischer und nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dem Mechanismus zur Bankenabwicklung (SRM) und dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG). Darüber hinaus bedarf es auch weitreichender Beschlüsse in den Generalversammlungen der lokalen Volksbanken. Der Vorstand geht jedoch derzeit davon aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen im Kapitalplan, insbesondere die Neustrukturierung des Verbundes, herausfordernd aber machbar ist. Weiters werden intensive Anstrengungen unternommen, damit die erforderlichen Genehmigungen der jeweiligen Behörden erteilt werden können. Aufgrund der wesentlichen Umstrukturierung und des stark veränderten Risikoprofils des neuen Verbundes geht der Vorstand davon aus, dass die vorgeschriebene SREP-Quote neu ermittelt wird und dann im neu strukturierten Verbund eingehalten werden kann.

Abbauportfolio

Neben den mit dem Transformationsprojekt verbundenen Risiken bestehen Risiken aus dem noch verbleibenden Abbau. Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt. Der Vorstand weist insbesondere auf die Risiken aufgrund der wesentlich verschlechterten Lage in Osteuropa und hier insbesondere in Russland hin. Die ÖVAG ist hier mit der Refinanzierung der Sberbank Europe AG und durch die Beteiligung an der Raiffeisen Bank International AG (über die Anteile an der Raiffeisen Zentral Bank Österreich AG) indirekt investiert. Weiters verfügt die ÖVAG über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Ost-

europa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge schlagend werden.

Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die außerordentliche Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einen Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG gefasst und somit dem vom Vorstand eingeschlagenen Weg zugestimmt. Zur Herstellung dieser Abbaugesellschaft werden die Zentralorganisations- und Spitzeninstitutsfunktionen an die VB Wien-Baden abgespalten. Für die damit verbundenen Vermögenswerte und Verpflichtungen wird weiterhin von der Unternehmensfortführung ausgegangen.

Die nach der Spaltung verbleibenden Vermögenswerte sollen weitgehend bis Ende 2017 abgebaut werden. Aufgrund der Restrukturierung waren Vorsorgen für die damit einhergehenden Kosten notwendig. Künftige Verluste aus dem vorzeitigen Abbau des Kreditportfolios, die daraus resultieren, dass Veräußerungserlöse unter den fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigungen liegen, dürfen gemäß IAS 37 und 39 nicht berücksichtigt werden.

2) Darstellung und Veränderungen des Konsolidierungskreises

Am 17. Oktober 2014 wurden weitere 75 % der Anteile an der Duna Tower Ingatlanhasznosító és Kereskedelmi Kft. (Duna Tower) erworben. Der Verkäufer hat eine Option zum Rückkauf der Anteile bis zum 31. März 2015, welche vom Konzern als nicht substantiell eingestuft wurde, da die wirtschaftliche Voraussetzung für die Ausübung der Option eine Wertsteigerung der Immobilien von 40 % innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten ist. Damit hält der Konzern nun 100 % der Anteile an der Duna Tower und führte im Oktober 2014 eine Erstkonsolidierung durch. Dem negativen Eigenkapital in Höhe von EUR 4.873 Tsd. steht ein Kaufpreis für die 75 % von EUR 1,00 gegenüber. Im Zuge der Erstkonsolidierung ging ein investment property Vermögenswert in Höhe von EUR 38.000 Tsd. zu, der durch den Konzern refinanziert wird. Die im Konzern gebildete Wertberichtigung in Höhe von EUR 11.570 Tsd. wurde aufgelöst und wird saldiert mit dem Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung im sonstigen betrieblichen Ergebnis in Höhe von EUR 6.696 Tsd. dargestellt.

Im Segment Immobilien wurde eine Gesellschaft gegründet und zwei Gesellschaften neu in den Konsolidierungskreis aufgenommen, da sie nun nicht mehr unwesentlich für die Darstellung des Konzerns sind. Weiters fanden Fusionen von nicht konsolidierten Unternehmen in Unternehmen, die in den Konzernabschluss einbezogen werden, statt. Dabei gingen acht Gesellschaften zu. Die Übernahme der Ergebnisse aus den Vorjahren in Höhe von EUR 11.229 Tsd. wird erfolgsneutral im Eigenkapital dargestellt, wobei dieser Betrag mit EUR -3.431 Tsd. in den Gewinnrücklagen und mit EUR 14.660 Tsd. in der available for sale Rücklage erfasst ist. Durch die Aufnahme in den Konsolidierungskreis gingen im Wesentlichen investment property Vermögenswerte in Höhe von EUR 8.300 Tsd. sowie Beteiligungen in Höhe von EUR 21.390 Tsd. zu, die in Höhe von EUR 5.157 Tsd. durch den Konzern und in Höhe von EUR 11.997 Tsd. durch Dritte refinanziert sind.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden die Beteiligungsstrukturen weiter bereinigt und insgesamt neun vollkonsolidierte Unternehmen in Gesellschaften, die in den Konzernabschluss einbezogen werden, fusioniert. Diese Umgründungsvorgänge hatten keinen Effekt auf den Konzernabschluss.

Im Konzernabschluss 2014 werden nun fünf Gemeinschaftsunternehmen (2013: 2) und vier assoziierte Unternehmen (2013: 1) at equity bewertet. Im Zuge der Neuaufnahme erfolgte eine Umgliederung einer available for sale Rücklage in Höhe von EUR 27.283 Tsd. in die Gewinnrücklagen.

Weiters wurden im Geschäftsjahr sieben Gesellschaften aus dem Segment Immobilien verkauft und zwei Gesellschaften liquidiert.

Berechnung Entkonsolidierungsergebnis Segment Immobilien

EUR Tsd.

Aktiva anteilig	152.484
Passiva anteilig	98.104
Währungsrücklage anteilig	25
Abgang anteiliges Reinvermögen	-54.355
Verkaufserlös anteilig	56.313
Entkonsolidierungsergebnis	1.958

Im zweiten Halbjahr 2014 erfolgten Verkäufe von fünf Gesellschaften des VB Leasing International (VBLI) Teilkonzerns. Mit Closing vom 9. September 2014 wurden die Landesgesellschaften in Polen und Rumänien verkauft und mit Closing vom 31. Oktober 2014 die beiden Gesellschaften in Tschechien. Zusätzlich zu dem unten angeführten Entkonsolidierungsergebnis wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis aus der Bewertung gemäß IFRS 5 Assets held for sale ein Ergebnis von EUR -17.083 Tsd. erfasst.

Berechnung Entkonsolidierungsergebnis VBLI Teilkonzern

EUR Tsd.

Aktiva anteilig	660.299
Passiva anteilig	581.241
Neubewertung IAS 19 anteilig	-8
Hedging Rücklage anteilig	-91
Währungsrücklage anteilig	-6.925
Abgang anteiliges Reinvermögen	-86.081
Verkaufserlös anteilig	79.528
Entkonsolidierungsergebnis	-6.553

Mit Closing am 25. September 2014 erfolgte der Verkauf der Volksbank Malta Ltd. Aus der Bewertung gemäß IFRS 5 Assets held for sale wird ein Ergebnis von EUR -20.311 Tsd. zusammen mit dem Entkonsolidierungsergebnis im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Berechnung Entkonsolidierungsergebnis VB Malta

EUR Tsd.

Aktiva anteilig	80.823
Passiva anteilig	46.841
Abgang anteiliges Reinvermögen	-33.982
Verkaufserlös anteilig	35.300
Entkonsolidierungsergebnis	1.318

Aufgegebene Geschäftsbereiche

Am 10. Dezember 2014 unterzeichneten die Anteilseigner der VB Romania S.A. (VBRO) den Vertrag über den Verkauf von 100 % der Anteile an der VBRO an die Banca Transilvania S.A. Der Konzern ist über die VBI Beteiligungs GmbH mit einer Quote von 51 % beteiligt. Im Kaufvertrag ist auch die Übernahme von Refinanzierungen in Höhe von EUR 317 Mio. (Anteil Konzern) geregelt. Das Closing ist unter anderem von wettbewerbsbehördlichen Genehmigungen und der Zustimmung der rumänischen Nationalbank abhängig. Diese wurden mit 17. März 2015 erteilt. Die von den bisherigen Anteilseignern noch vor Closing durchzuführende Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 227 Mio. (Anteil Konzern) wurde bereits im Geschäftsjahr 2014 auf den Buchwert aktiviert. Die at equity bewertete Beteiligung wird zum 31. Dezember 2014 als aufgegebener Geschäftsbereich dargestellt, die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst. Daher erfolgt eine Umgliederung des Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity in Höhe von EUR -275.189 Tsd. (2013: -126.601 Tsd.) in das Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches. Das Ergebnis ist zur Gänze den Anteilseignern des Mutterunternehmens zuzurechnen. Die ebenfalls verkauften Forderungen werden als Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr 2013 erfasste Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches betrifft eine im Vertrag über den Verkauf der Anteile der Selini Holding GmbH vereinbarte Kaufpreisverbesserung. Die Detailinformationen und Aufgliederungen sind im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 dargestellt.

Anzahl der in den Konzern einbezogenen Unternehmen

	31.12.2014			31.12.2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Vollkonsolidierte Unternehmen						
Kreditinstitute	3	0	3	3	2	5
Finanzinstitute	18	14	32	21	23	44
Sonstige Unternehmen	30	37	67	35	38	73
Gesamt	51	51	102	59	63	122
At equity einbezogene Unternehmen						
Kreditinstitute	3	1	4	0	1	1
Sonstige Unternehmen	3	2	5	2	0	2
Gesamt	6	3	9	2	1	3

Anzahl der in den Konzern nicht einbezogenen Unternehmen

	31.12.2014			31.12.2013		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
Verbundene Unternehmen	12	24	36	20	40	60
Assoziierte Unternehmen	25	11	36	35	15	50
Unternehmen gesamt	37	35	72	55	55	110

Diese Unternehmen sind zusammen für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit wird neben den quantitativen Merkmalen Bilanzsumme und Jahresergebnis nach Steuern die Auswirkung einer Konsolidierung auf einzelne Bilanzpositionen sowie auf den true and fair view im Konzernabschluss berücksichtigt. Für die Berechnung der quantitativen Merkmale wurden die letzten verfügbaren Jahresabschlüsse der Gesellschaften sowie der Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2014 zugrunde gelegt.

Die Liste der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der at equity bewerteten Unternehmen sowie der nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen mit Detailinformationen befindet sich am Ende des Anhangs (siehe Kapitel 53), 54), 55)).

3) Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgenden Rechnungslegungsgrundsätze wurden stetig auf alle in diesem Abschluss veröffentlichten Perioden und konsistent von allen Konzernmitgliedern angewendet.

Der Konzernabschluss 2014 sowie die Vergleichswerte 2013 der ÖVAG wurden nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS; früher: International Accounting Standards, IAS) erstellt und erfüllen die Voraussetzungen des § 245a UGB und des § 59a BWG über befreiende Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Der Konzernabschluss wurde in Übereinstimmung mit allen am Bilanzstichtag gültigen IFRS/IAS, die das International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlicht hat, sowie allen Interpretationen (IFRIC/SIC) des International Financial Reporting Interpretations Committee bzw. des Standing Interpretations Committee erstellt, sofern diese auch von der Europäischen Union im Endorsement-Verfahren übernommen wurden.

Der Konzernabschluss ist mit Ausnahme der folgenden Positionen auf Basis von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erstellt:

- Derivative Finanzinstrumente – bewertet mit dem fair value
- Finanzinstrumente der Kategorie at fair value through profit or loss und available for sale – bewertet mit dem fair value
- Investment property Vermögenswerte – bewertet mit dem fair value
- Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Grundgeschäfte zu fair value hedges sind – fortgeführte Anschaffungskosten werden um die fair value Änderungen angepasst, die den gehedgten Risiken zuzuordnen sind
- Sozialkapitalrückstellungen – Ansatz erfolgt mit dem Barwert abzüglich des Barwertes des Planvermögens

In den beiden nachfolgenden Kapiteln erfolgt eine Darstellung von geänderten und neuen Rechnungslegungsvorschriften, die wesentlich für den Konzernabschluss der ÖVAG sind.

a) Änderungen von Rechnungslegungsvorschriften

Im Mai 2011 veröffentlichte das IASB mit IFRS 10 Konsolidierte Abschlüsse, IFRS 11 Gemeinschaftliche Vereinbarungen und IFRS 12 Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen sowie Folgeänderungen zu IAS 27 Einzelabschlüsse und IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen seine Verbesserungen von Rechnungslegungs- und Angabevorschriften zu den Themen Konsolidierung, außerbilanzielle Aktivitäten und gemeinschaftliche Vereinbarungen.

IFRS 10 ersetzt die Regelungen zu konsolidierten Abschlüssen in IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse und SIC-12 Konsolidierung Zweckgesellschaften. Ausgehend von den derzeit anzuwendenden Grundsätzen regelt IFRS 10 anhand eines umfassenden Beherrschungskonzepts, welche Unternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Die Verlautbarung bietet zusätzlich Leitlinien zur Auslegung des Beherrschungsbegriffes in Zweifelsfällen. Ein Investor beherrscht danach ein anderes Unternehmen, wenn er aufgrund seiner Beteiligung an variablen Ergebnissen teil hat und über Möglichkeiten verfügt, den wirtschaftlichen Erfolg wesentlicher Geschäftsaktivitäten des Unternehmens zu beeinflussen. Erhebliche Änderungen zur heutigen Regelungslage können in Situationen vorliegen, in denen ein Investor weniger als die Hälfte der Stimmrechte an einem Unternehmen hält, aber mittels anderer Wege die Möglichkeit hat, die wesentlichen Geschäftsaktivitäten des anderen Unternehmens zu bestimmen. Im vorliegenden Abschluss ergaben sich durch die Anwendung des IFRS 10 keine Änderungen im Konsolidierungskreis.

IFRS 11 regelt die Bilanzierung von gemeinschaftlichen Vereinbarungen und knüpft dabei an der Art der sich aus der Vereinbarung ergebenden Rechte und Verpflichtungen anstelle ihrer rechtlichen Form an. IFRS 11 klassifiziert gemeinschaftliche Vereinbarungen in zwei Gruppen: gemeinschaftliche Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen. Bei einer gemeinschaftlichen Tätigkeit handelt es sich um eine gemeinschaftliche Vereinbarung, die den gemeinschaftlich die Kontrolle ausübenden Partnerunternehmen Rechte an den Vermögenswerten und Schulden aus der Vereinbarung überträgt. Bei einem Gemeinschaftsunternehmen handelt es sich um eine gemeinschaftliche Vereinbarung, die den gemeinschaftlich die Kontrolle ausübenden Partnerunternehmen Rechte am Nettovermögen aus der Vereinbarung überträgt. Gemäß IFRS 11 hat ein Partnerunternehmen einer gemeinschaftlichen Tätigkeit die seinem Anteil entsprechenden Vermögenswerte und Schulden (und entsprechende Erträge und Aufwendungen) zu bilanzieren. Ein Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens hat seine Beteiligung nach der Equity Methode zu bilanzieren. IFRS 11 ersetzt IAS 31 Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und SIC-13 Gemeinschaftlich geführte Unternehmen - nicht-monetäre Einlagen durch Partnerunternehmen. Durch die erstmalige Anwendung des IFRS 11 kam es zu keinen Änderungen in der Bilanzierung von assoziierten Unternehmen.

IFRS 12 regelt als neue und umfassende Verlautbarung die Angabepflichten für sämtliche Arten von Beteiligungen an anderen Unternehmen einschließlich gemeinschaftlicher Vereinbarungen, assoziierte Unternehmen, strukturierte Unternehmen und außerbilanzielle Einheiten. Es sind Angaben zu machen, die es den Abschlussadressaten ermöglichen, das Wesen der Beteiligung an anderen Unternehmen, die damit verbundenen Risiken und die Auswirkung dieser Beteiligungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu beurteilen. IFRS 12 ersetzt die Angabevorschriften aus IAS 27 Konzern- und Einzelabschlüsse, IAS 28 Anteile an assoziierten Unternehmen und IAS 31 Anteile an Gemeinschaftsunternehmen.

Im Rahmen der Verabschiedung des IFRS 10 werden die Regelungen für das Kontrollprinzip und die Anforderungen an die Erstellung von Konzernabschlüssen aus dem IAS 27 ausgelagert und abschließend im IFRS 10 behandelt. Im Ergebnis enthält IAS 27 künftig nur die Regelungen zur Bilanzierung von Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen in IFRS Einzelabschlüssen.

Entsprechend dem geänderten IAS 28 hat ein Unternehmen eine Beteiligung oder einen Teil einer Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen oder einem Gemeinschaftsunternehmen als zur Veräußerung bestimmt zu bilanzieren, soweit die einschlägigen Kriterien erfüllt sind. Ein verbleibender Teil an einem assoziierten Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen, der nicht als zur Veräußerung bestimmt klassifiziert ist, muss bis zum Abgang des als zur Veräußerung bestimmt klassifizierten Teils nach der Equity Methode bilanziert werden.

b) Neue Rechnungslegungsvorschriften

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU übernommen

Zum Stichtag des Konzernabschluss wurden keine Standards vom IASB veröffentlicht und von der EU übernommen, die noch nicht für das Geschäftsjahr 2014 verpflichtend anzuwenden sind.

Neue Rechnungslegungsvorschriften von der EU noch nicht übernommen

IFRS 9 - Finanzinstrumente wurde im November 2009 veröffentlicht und regelt die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und soll in Zukunft IAS 39 Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung ersetzen. In Zukunft wird es grundsätzlich nur mehr zwei Kategorien – fortgeführte Anschaffungskosten und fair value – geben. Ein finanzieller Vermögenswert wird mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn er im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten wird, dessen Zielsetzung darin besteht, finanzielle Vermögenswerte in Bestand zu halten und die aus den finanziellen Vermögenswerten resultierenden vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen. Dabei generiert der finanzielle Vermögenswert zu festgelegten Zeitpunkten vertraglich vereinbarte Zahlungsströme, die ausschließlich Zins- und Tilgungszahlungen auf den ausstehenden Nominalwert darstellen. Sofern das Geschäftsmodell weder das Halten noch die kurzfristige Veräußerung vorsieht, erfolgt die Bewertung zum fair value erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte, die nicht diesen Kriterien entsprechen, sind mit dem fair value über die Gewinn- und Verlustrechnung zu bewerten. Für Investitionen in Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, besteht ein zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes unwiderruflich auszuübendes Wahlrecht, fair value Änderungen erfolgsneutral über das Gesamtergebnis unmittelbar im Eigenkapital zu erfassen. Bei Verkäufen oder impairments erfolgt keine Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung. Sind in einem Finanzinstrument eingebettete Derivate enthalten, so erfolgt keine Trennung, sondern das Finanzinstrument ist in seiner Gesamtheit zum fair value über die Gewinn- und Verlustrechnung zu bewerten.

Zusätzlich zu der Bewertung der Finanzinstrumente wurde im Oktober 2010 die Bewertung der finanziellen Verbindlichkeiten im Rahmen des IFRS 9 veröffentlicht. Die wesentlichste Änderung zu den bisherigen Vorgaben im IAS 39 ist der Ausweis der fair value Änderung bei finanziellen Verbindlichkeiten in der Kategorie at fair value through profit or loss, die auf das eigene Kreditrisiko zurückzuführen ist. Diese fair value Änderung soll zukünftig direkt im Eigenkapital in der Gesamtergebnisrechnung erfasst werden, außer es würde dadurch eine Inkonsistenz in der Bewertung von Aktiva und

Passiva entstehen. Die Regelungen der Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten sowie der derivativen Instrumente ist beibehalten worden. Der Standard ist verpflichtend für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Jänner 2018 beginnen. Der Standard wurde noch nicht von der EU übernommen. Auf Grund der Geschäftstätigkeit des Konzerns wird dieser Standard umfassende Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRS 14 - Regulatorische Abgrenzungsposten wurde im Jänner 2014 herausgegeben und regelt die Finanzberichterstattungsrichtlinien für regulatorische Abgrenzungsposten. Diese entstehen, wenn ein Unternehmen Waren oder Dienstleistungen zu Preisen liefert oder erbringt, die einer Preisregulierung unterliegen. Mit dem IFRS 14 wird einem Unternehmen, das ein IFRS-Erstanwender ist, gestattet, mit einigen begrenzten Einschränkungen regulatorische Abgrenzungsposten weiter zu bilanzieren, die es nach seinen vorher angewendeten Rechnungslegungsgrundsätzen im seinem Abschluss erfasst hat. Dies gilt sowohl im ersten IFRS Abschluss als auch in den Folgeabschlüssen. Regulatorische Abgrenzungsposten und Veränderungen müssen in der Darstellung der Finanzlage und in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im sonstigen Gesamtergebnis separat ausgewiesen werden. Außerdem sind bestimmte Angaben vorgeschrieben. Der Standard ist für Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Jänner 2016 verpflichtend anwendbar; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet und wird keine Auswirkung haben.

IFRS 15 - Erlöse aus Verträgen mit Kunden wurde im Mai 2014 herausgegeben und schreibt vor, wann und in welcher Höhe Erlöse zu erfassen sind. Zudem sind umfangreichere Angaben in den Notes vorgegeben. Der Standard bietet dafür ein prinzipienbasiertes, fünfstufiges Modell, das auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden ist. Der Standard ist für Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Jänner 2017 verpflichtend anwendbar; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Der neue Standard wird keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen des IFRS 10 - Konzernabschluss und IAS 28 - Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures durch den IASB: Angepasst wurden die Regelungen bei Veräußerung oder Einbringung von Vermögenswerten zwischen einem Investor und einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture. Die Änderung ist für Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Jänner 2016 verpflichtend angewendet; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Diese Änderung wird keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen des IFRS 11 – Gemeinschaftliche Vereinbarungen: Mit den Änderungen wird die Bilanzierung eines Erwerbs von Anteilen an einer gemeinsamen Geschäftstätigkeit klargestellt, wenn diese einen Geschäftsbetrieb darstellen. Die Änderungen sind verpflichtend anwendbar für Geschäftsjahre beginnend ab 1. Jänner 2016; der Konzern wendet diese Ergänzung nicht vorzeitig an. Diese Änderung wird keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen des IAS 16 - Sachanlagen und IAS 38 - Immaterielle Vermögenswerte: Mit den Änderungen wird klargestellt, welche Methoden für die Abschreibung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten verwendet werden können. Die Änderung ist für Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Jänner 2016 verpflichtend anwendbar; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Diese Änderung wird keine wesentlichen Auswirkungen haben.

Änderungen des IAS 19 - Leistungen an Arbeitnehmer: Mit den Änderungen wird klargestellt, wie sich die Zuordnung von Arbeitnehmerbeiträgen oder Beiträgen von dritten Parteien, die mit der Dienstzeit verknüpft sind, zu Dienstleistungsperioden beziehen. Darüber hinaus wird eine die Bilanzierungspraxis erleichternde Lösung gewährt, wenn der Betrag der Beiträge von der Anzahl der geleisteten Dienstjahre unabhängig ist. Die Änderung ist für Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Juli 2014 verpflichtend anwendbar; der Standard wird nicht vorzeitig angewendet. Diese Änderung wird keine wesentlichen Auswirkungen haben.

c) Anwendung von Schätzungen und Annahmen

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen

Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Diese Schätzungen und Annahmen haben Einfluss auf die in der Bilanz und die in der Gesamtergebnisrechnung ausgewiesenen Beträge der Aktiva und Verbindlichkeiten sowie der Erträge und Aufwendungen.

Bei den folgenden Annahmen und Schätzungen besteht naturgemäß die Möglichkeit, dass, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen am Bilanzstichtag entwickeln, es zu wesentlichen Anpassungen von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr kommen kann.

- Zur Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, für die kein aktiver Markt vorhanden ist, werden alternative finanzmathematische Bewertungsmethoden herangezogen. Die der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts zu Grunde gelegten Parameter beruhen teilweise auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten, Geschäfts- oder Firmenwerten, investment properties und Sachanlagen basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Die Beurteilung der Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden oder der available for sale Kategorie zugeordnet werden basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen.
- Dem Ansatz der aktiven latenten Steuern liegt die Annahme zu Grunde, dass in Zukunft ausreichend steuerliche Einkünfte erwirtschaftet werden, um die bestehenden Verlustvträge zu verwerten; ggf. werden keine aktiven latenten Steuern angesetzt.
- Beim Ansatz der Asset Garantie und deren Rückzahlungsverpflichtung werden Annahmen über den Zahlungs- sowie Rückzahlungszeitpunkt und die für die Abzinsung verwendeten Zinssätze getroffen.
- Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet.
- Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt auf Basis von Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerten und finanzmathematischen Berechnungsmethoden.
- Zu den in der Bilanz nicht erfassten Verpflichtungen und Wertminderungen auf Grund von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungsverhältnissen werden regelmäßig Einschätzungen vorgenommen, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss zu erfolgen hat.
- Bei verlusttragenden Eigenmittelinstrumenten wird der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig angepasst. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird die aktuellste Planung zu Grunde gelegt.

Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position dargestellt. Die tatsächlichen Werte können von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen, wenn sich die Rahmenbedingungen entgegen den Erwartungen zum Bilanzstichtag entwickeln. Änderungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis erfolgswirksam berücksichtigt und die Prämissen entsprechend angepasst.

Aufgrund der Verlustsituation im Einzelabschluss der ÖVAG im Geschäftsjahr 2014 werden aufsichtsrechtliche Ordnungsnormen verletzt. Für mögliche Pönalezahlungen wurden nach rechtlicher Analyse im Berichtsjahr keine Vorsorgen gebildet.

d) Konsolidierungsgrundsätze

Grundlage des vorliegenden Konzernabschlusses bilden nach IFRS erstellte Einzelabschlüsse aller vollkonsolidierten Unternehmen. Im Rahmen der Bewertung at equity wurden die Wertansätze in den lokalen Abschlüssen assoziierter

Unternehmen an die konzerneinheitlichen Rechnungslegungsgrundsätze angepasst, sofern die Auswirkungen auf den Konzernabschluss wesentlich waren.

Die im Wege der Vollkonsolidierung und nach der Equity Methode einbezogenen Jahresabschlüsse wurden auf Basis des Bilanzstichtages zum 31. Dezember 2014 erstellt.

Unternehmenszusammenschlüsse ab dem 31. März 2004 werden gemäß IFRS 3 nach der Erwerbsmethode bilanziert. Dabei werden alle zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden zu ihren beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Übersteigen die Anschaffungskosten den anteiligen Zeitwert des Nettovermögens, wird ein Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Die full goodwill Methode wird nicht angewendet. Der Firmenwert wird nicht planmäßig abgeschrieben, sondern wird gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung überprüft. Passive Unterschiedsbeträge sind gemäß IFRS 3 nach einer erneuten Überprüfung sofort erfolgswirksam zu erfassen. Anpassungen von bedingten Kaufpreisbestandteilen, die zum Zeitpunkt des Erwerbs als Verbindlichkeit ausgewiesen werden, werden erfolgswirksam erfasst. Transaktionen, bei denen der Konzern weiterhin die Beherrschung behält, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Sofern Unternehmen, die von der ÖVAG direkt oder indirekt beherrscht werden, für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wesentlich sind, werden sie im Konzernabschluss vollkonsolidiert. Die Quotenkonsolidierung wird im ÖVAG Konzernabschluss nicht angewendet. Unternehmen mit einem Kapitalanteil zwischen 20 % und 50 % ohne Beherrschungsvertrag werden nach der Equity Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie Eventualforderungen und -verbindlichkeiten aus Beziehungen zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Zuge der Schuldenkonsolidierung aufgerechnet. Erträge und Aufwendungen zwischen Konzernunternehmen werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebnisse im Wege der Zwischenergebniseeliminierung eliminiert.

e) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21 werden auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden, nicht monetäre zum fair value bewertete Positionen sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte zum Devisen-Kassa-Mittelkurs, noch nicht abgewickelte Termingeschäfte zum Devisen-Termin-Mittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Nicht monetäre Vermögenswerte und Schulden, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden, werden mit dem Anschaffungskurs angesetzt.

Die Umrechnung von Einzelabschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in fremden Währungen erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode gemäß IAS 21 für die Bilanz mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag und für das Eigenkapital mit den historischen Kursen. Differenzen, die sich aus dieser Umrechnung ergeben, werden erfolgsneutral in der Währungsrücklage verrechnet. Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten aus der Erstkonsolidierung von ausländischen Tochterunternehmen, die vor dem 1. Jänner 2005 entstanden sind, werden mit den historischen Wechselkursen umgerechnet. Alle Firmenwerte und aufgedeckte stille Reserven und Lasten von Unternehmenszusammenschlüssen nach dem 1. Jänner 2005 werden mit dem Devisen-Kassa-Mittelkurs zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung werden die durchschnittlichen Devisen-Kassa-Mittelkurse, berechnet auf Basis von Monatsultimoständen, für das Geschäftsjahr herangezogen. Währungsdifferenzen zwischen dem Stichtagskurs in der Bilanz und dem Durchschnittskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung werden ergebnisneutral mit dem Eigenkapital in der Währungsrücklage verrechnet.

f) Zinsüberschuss

Zinserträge und Zinsaufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Laufende oder einmalige zinsähnliche Erträge und Aufwendungen wie Kreditprovisionen, Überziehungsprovisionen oder Bearbeitungsgebühren werden im Zinsüberschuss nach der Effektivzinsmethode erfasst. Agien und Disagien werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode über die Laufzeit des Finanzinstrumentes verteilt und im Zinsüberschuss dargestellt.

Der sich aus der Berechnung der Risikovorsorge ergebende Barwerteffekt wird im Zinsergebnis dargestellt.

Der Zinsüberschuss setzt sich zusammen aus:

- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften (inklusive Barwerteffekt aus den Risikovorsorgen)
- Zinsen und ähnlichen Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren
- Erträgen aus verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen
- Mieterträgen aus operating lease Verträgen und investment property Vermögenswerten sowie Abschreibungen von operating lease Vermögenswerten
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von Einlagen
- Zinsen und ähnlichen Aufwendungen von verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital
- Zinskomponenten von Derivaten des Bankbuches

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen aus Handelsaktiva und -passiva werden im Handelsergebnis dargestellt.

Die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse von Wertpapieren, Aktien und Beteiligungen werden im Ergebnis aus Finanzinvestitionen ausgewiesen.

g) Risikovorsorge

In der Position Risikovorsorge für das Kreditgeschäft werden die Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen (siehe Kapitel 3m)) erfasst. Direkt abgeschriebene Forderungen und die Eingänge aus bereits abgeschriebenen Forderungen werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Weiters erfolgt hier auch der Ausweis der Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen.

h) Provisionsüberschuss

Im Provisionsüberschuss werden alle Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienstleistungen entstehen, periodengerecht dargestellt.

i) Handelsergebnis

Im Handelsergebnis werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus im Handelsbestand (Handelsaktiva und Handelspassiva) gehaltenen Wertpapieren, Devisen und Derivaten erfasst. Diese umfassen nicht nur die Ergebnisse aus Marktwertänderungen, sondern auch alle Zinserträge, Dividenden und Refinanzierungsaufwendungen von Handelsaktiva.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Positionen in Fremdwährungen werden ebenfalls im Handelsergebnis dargestellt.

j) Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand enthält alle Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit der in den Abschluss einbezogenen Unternehmen.

Dem Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, Zahlungen an die Pensionskasse und Mitarbeitervorsorgekasse sowie alle Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen zugeordnet.

Im Sachaufwand sind alle Aufwendungen für Geschäftsräume, Kommunikation, Werbung und Marketing, Rechtsberatung und sonstige Beratung, Schulungen sowie der EDV-Aufwand enthalten.

Weiters werden im Verwaltungsaufwand die Abschreibungen auf immaterielles und materielles Anlagevermögen – außer die Wertminderungen von Firmenwerten – dargestellt.

k) Sonstiges betriebliches Ergebnis

In dieser Position werden neben dem Ergebnis aus der Bewertung bzw. dem Rückkauf von finanziellen Verbindlichkeiten, den Wertminderungen von Firmenwerten, den Bewertungen von IFRS 5 Veräußerungsgruppen und dem Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen alle übrigen sonstigen betrieblichen Ergebnisse erfasst. Mietkäufe sowie Betriebskosten und Versicherungszahlungen, die an Kunden weiterverrechnet werden, werden saldiert unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen, da eine Saldierung besser den wirtschaftlichen Gehalt dieser Geschäftsvorfälle widerspiegelt.

l) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Im Ergebnis aus Finanzinvestitionen werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse von Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss und aller Derivate im Bankbuch dargestellt. Die Ergebnisse aus Zinsen und Dividenden werden in Zinsüberschuss erfasst.

Weiters werden hier die Veräußerungsergebnisse aller verbrieften Finanzinvestitionen der Kategorien available for sale (inklusive Beteiligungen), loans & receivables und held to maturity erfasst. Die Bewertungsergebnisse, wenn sie aus Gründen einer wesentlichen oder dauerhaften Wertminderung (impairment) resultieren, werden ebenfalls in dieser Position dargestellt. Wertaufholungen bei Fremdkapitalinstrumenten werden bei nachträglichem Wegfall des Wertminderungsgrundes bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten ergebniswirksam in dieser Position erfasst.

Ergebnisse aus der täglichen Bewertung von Fremdwährungen werden im Handelsergebnis dargestellt.

m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Erfassung

Ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann in der Bilanz erfasst, wenn der Konzern Vertragspartei zu den vertraglichen Regelungen des Finanzinstrumentes wird und infolgedessen das Recht auf Empfang oder die rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von flüssigen Mitteln hat. Ein Finanzinstrument gilt mit Handelsdatum als zu- oder abgegangen. Am Handelsdatum orientieren sich der erstmalige Ansatz in der Bilanz, die Bewertung in der Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanzierung des Abganges eines Finanzinstrumentes.

Ausbuchung

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswertes erfolgt zum Zeitpunkt des Verlustes der vertraglichen Rechte an cash flows. Eine finanzielle Verbindlichkeit wird dann ausgebucht, wenn diese getilgt ist.

Der Konzern wickelt Transaktionen ab, bei denen finanzielle Vermögenswerte übertragen werden, aber entweder Risiken oder Chancen, die mit dem Eigentum des Vermögenswertes verbunden sind, im Konzern verbleiben. Werden alle

oder die wesentlichsten Risiken und Chancen im Konzern behalten, dann wird der finanzielle Vermögenswert nicht ausgebucht, sondern weiterhin in der Bilanz erfasst. Solche Transaktionen sind z.B. Wertpapierleihe und Pensionsgeschäfte.

Saldierungen

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann miteinander verrechnet, wenn der Konzern ein vertragliches Recht darauf hat und wenn der Konzern die verrechnete Verbindlichkeit auf einer Nettobasis tilgt oder gleichzeitig mit der Realisierung der Forderung die Verbindlichkeit begleicht.

Erträge und Aufwendungen werden nur dann netto dargestellt, wenn das von den Rechnungslegungsstandards erlaubt ist oder wenn die Gewinne und Verluste aus einer Gruppe gleichartiger Transaktionen, wie z.B. die Handelsaktivitäten des Konzerns, entstehen.

Fortgeführte Anschaffungskosten

Die fortgeführten Anschaffungskosten von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sind jener Betrag, der sich aus den ursprünglichen Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Tilgungsbeträgen, der Verteilung von Agios oder Disagios nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit sowie von Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Grund von Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit ergibt.

Fair value Bewertung

Der fair value ist der Preis, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

Für die Berechnung der fair values wird die folgende fair value Hierarchie herangezogen, die die Bedeutung der einzelnen Parameter widerspiegelt.

Level 1: Ein auf einem aktiven Markt notierter Preis für identische Instrumente. Ein Markt wird als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Level 2: Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Daten beruhen – entweder direkt als Preise oder indirekt abgeleitet von Preisen. Zu den Bewertungsmethoden gehören die Verwendung der jüngsten Geschäftsvorfälle zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern sowie der Vergleich mit dem aktuellen beizulegenden Zeitwert eines anderen, im Wesentlichen identischen Finanzinstrumentes. Bei der Analyse von diskontierten cash flows sowie Optionspreismodellen werden alle wesentlichen Parameter direkt oder indirekt von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet. Dabei werden alle Faktoren berücksichtigt, die Marktteilnehmer bei einer Preisfeststellung beachten würden. Die Bewertung ist mit anerkannten wirtschaftlichen Methoden für die Preisfindung von Finanzinstrumenten konsistent. Alle für diese Berechnungsmethoden angewandten Schätzungen spiegeln angemessene Markterwartungen wider und beachten alle Risikofaktoren, die normalerweise in Finanzinstrumenten enthalten sind.

Level 3: Bewertungsmethoden, die zum Großteil nicht am Markt beobachtbare Parameter verwenden. Diese Parameter haben einen wesentlichen Effekt auf die Ermittlung des fair values. In dieser Kategorie werden auch Instrumente ausgewiesen, bei denen die Bewertung durch Anpassung von nicht beobachtbaren Inputfaktoren erfolgt, sofern diese Anpassung erheblich ist.

Die Bewertungsmethoden werden periodisch neu ausgerichtet und auf Validität überprüft, indem Preise von beobachtbaren aktuellen Markttransaktionen oder Preise, die auf verfügbaren, beobachtbaren Marktdaten beruhen, für dasselbe Finanzinstrument verwendet werden.

Wertminderungen

Monatlich findet ein Prozess für die Bewertung der Kreditforderungen mit dem Auftrag an die für das Risiko zuständigen Organisationseinheiten statt, auf Basis aktueller Entwicklungen einen Vorschlag für den Kreditrisikovorsorgebedarf zu machen. Eine Wertminderung liegt vor, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eines Finanzinstrumentes objektive Hinweise auf ein Ereignis vorliegen, das Auswirkungen auf die zukünftigen Zahlungsströme aus dem Finanzinstrument hat und deren Auswirkung verlässlich geschätzt werden kann.

Objektive Hinweise für das Auftreten von Wertminderungen sind z.B. finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners; Umschuldung einer Forderung zu Konditionen, die ansonsten nicht gewährt werden; Indikationen, dass der Schuldner in Insolvenz geht; das Verschwinden eines Wertpapiers von einem aktiven Markt und andere beobachtbare Daten im Zusammenhang mit einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten wie Veränderungen im Zahlungsstand von Kreditnehmern oder wirtschaftliche Bedingungen, die mit den Ausfällen der Gruppe korrelieren.

Für die Berechnung des Vorsorgebedarfes werden zuerst die Vermögenswerte einzeln auf objektive Hinweise auf Wertminderung untersucht. Alle wesentlichen (signifikanten) Vermögenswerte werden auf Basis der erwarteten cash flows bewertet. Finanzielle Vermögenswerte, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, werden einer gemeinsamen Bewertung unterzogen. Dabei werden sie in Gruppen mit vergleichbaren Risikoprofilen zusammengefasst. Alle Vermögenswerte, bei denen kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt, werden im Rahmen der Portfoliowertberichtigung für Wertminderungen, die bereits aufgetreten, aber noch nicht entdeckt wurden, wertberichtigt.

Gemäß den Vorgaben im Konzern-Kreditrisikohandbuch werden Kunden mit einem internen Rating von 4C bis 4E (watchlist loans) und alle anderen Kunden, bei denen sonstige Hinweise ausfallsbedrohender Art bestehen, d.h. dass die vertragskonforme Rückführung gefährdet erscheint, einer intensiveren Prüfung unterzogen. Für un- oder teilbesicherte Engagements wird ein entsprechender Risikovorsorgebedarf erfasst. Bei non performing loans (Ratingklasse 5A – 5E) wird die Angemessenheit der Höhe der Risikovorsorge überprüft.

Der Betrag der Wertminderungen für Vermögenswerte, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wird aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme unter Berücksichtigung von Sicherheiten, abgezinst mit dem Effektivzinssatz des Vermögenswerts, ermittelt. Der Abwertungsbetrag wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Fällt zu einem späteren Zeitpunkt der Grund der Wertminderungen weg, wird der Betrag über die Gewinn- und Verlustrechnung wieder zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen wird der Betrag der Risikovorsorge auf einem eigenen Konto dargestellt. Verbrieft Forderungen werden direkt ab- bzw. zugeschrieben. Bei nicht verbrieften Forderungen erfolgt eine Direktabschreibung dann, wenn der Vermögenswert ausgebucht wird und keine ausreichende Risikovorsorge bis zum Zeitpunkt der Ausbuchung gebildet war.

Die Berechnung der Portfoliowertberichtigung erfolgt für homogene Portfolien. Bei der Berechnung der Höhe dieser Wertberichtigung werden folgende Parameter berücksichtigt:

- die historischen Verluste aus Forderungsausfällen
- die für die Folgeperiode geschätzten Ausfälle
- die geschätzte Zeitdauer zwischen Eintritt eines Ausfalls und Identifizierung des Ausfalls (loss identification period: 30 – 360 Tage)
- die Erfahrung des Managements, ob die aus den historischen Zeitreihen hergeleitete Schätzung der Höhe der Ausfälle größer oder kleiner als die voraussichtlichen Ausfälle in der aktuellen Periode ist.

Bei available for sale Vermögenswerten wird bei Vorliegen einer Wertminderung diese sofort als Abschreibung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die bisher in der available for sale Rücklage erfassten Beträge werden ebenfalls in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Fällt der Wertminderungsgrund weg, werden abgeschriebene Beträge

bei Fremdkapitalinstrumenten wieder erfolgswirksam zugeschrieben. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern im sonstigen Ergebnis.

At fair value through profit or loss Designierung

Es wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Finanzinstrumente unwiderruflich als at fair value through profit or loss zu designieren. Eine Zuordnung zu dieser Kategorie erfolgt, wenn eine der drei folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- Gruppen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten werden nach einer dokumentierten Risikomanagementstrategie und Investitionsstrategie auf fair value Basis gemanagt.
- Durch den fair value Ansatz wird eine Inkonsistenz bei der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten nachweislich verhindert.
- Ein Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat, das grundsätzlich getrennt vom Rahmenvertrag zum fair value anzusetzen wäre.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Bankbuch, die der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet werden, werden Zinsen, Dividenden sowie damit im Zusammenhang stehende Provisionserträge und -aufwendungen in den jeweiligen Positionen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Das Ergebnis aus der Bewertung zum fair value wird getrennt davon im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

Im Kapitel 37) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird für jede Klasse von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Betrag, der der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurde, dargestellt. Die Beschreibung über die Gründe der Designierung ist bei den Notes zu den einzelnen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten enthalten.

Derivate

Derivate werden grundsätzlich mit ihrem Marktwert ergebniswirksam bewertet.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird auch auf credit value adjustments (CVA) bzw. debt value adjustments (DVA) Bedacht genommen. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels CVA bzw. DVA - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko - Rechnung getragen. Das expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation, das die im Konzern 2013 verwendete Methodik ablöst, ermittelt. Mit dem neuen CVA Tool wurde die Berechnungsmethodik an den aktuellen Stand der Diskussion über angemessene mathematische Verfahren angepasst. Da für diese Kontrahenten keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten der Kontrahenten auf internen Ratings des Konzerns.

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die für einen fair value hedge verwendet werden, werden sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Die Marktwertänderung des Grundgeschäftes, die aus dem gesicherten Risiko resultiert, wird ebenfalls im Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst, unabhängig ihrer Zuordnung zu den einzelnen Kategorien gemäß IAS 39. Fair value hedges werden für die Absicherung von Zinsänderungsrisiken bzw. Fremdwährungsrisiken aus festverzinslichen Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten, Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten sowie strukturierten Emissionen verwendet.

Bei einem cash flow hedge wird die Marktwertänderung des Derivates direkt im sonstigen Ergebnis unter Berücksichtigung von latenten Steuern in der hedging Rücklage erfasst. Der ineffektive Teil der Sicherungsbeziehung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Bewertung des Grundgeschäftes erfolgt je nach dessen Zuordnung in die einzelnen Kategorien. Cash flow hedges werden im Konzern für die Absicherung von Zinsrisiken aus variablen Verzinsungen und von Währungsrisiken aus Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten verwendet.

Eingebettete abspaltungspflichtige Derivate werden unabhängig von dem Finanzinstrument, in das sie eingegliedert sind, bewertet, es sei denn, das strukturierte Investment wurde in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Eigene Eigenkapital- und Schuldinstrumente

Eigene Eigenkapitalinstrumente werden mit den Anschaffungskosten bewertet und passivseitig vom Eigenkapital abgesetzt. Rückgekaufte eigene Emissionen werden passivseitig mit dem Rückzahlungsbetrag von den Emissionen abgesetzt. Die Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag und den Anschaffungskosten wird erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

n) Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren und nicht verbrieft sind.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit den Bruttobeträgen vor Abzug von Wertberichtigungen inklusive abgegrenzter Zinsen angesetzt. Der Gesamtbetrag der Risikovorsorgen wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, offen als Kürzungsbetrag auf der Aktivseite der Bilanz nach den Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte ist in der Position Rückstellungen enthalten.

Der erstmalige Ansatz der Forderungen erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer die Forderungen wurden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert.

Finanzierungsleasing

Der Konzern betreibt Finanzierungsleasing sowohl für Immobilien als auch für bewegliche Güter. Dabei ist der Konzern Leasinggeber von einem Leasingobjekt, bei dem die Risiken und Chancen zum Großteil auf den Leasingnehmer übergehen und somit dieser der Eigentümer des Leasinggutes ist. Diese Geschäfte werden in den Forderungen ausgewiesen. Dabei wird statt des Leasingvermögens der Barwert der zukünftigen Zahlungen unter Berücksichtigung etwaiger Restwerte ausgewiesen.

Die Immobilienleasingverträge weisen hauptsächlich eine Laufzeit von 10 bis 20 Jahren auf, Mobilienleasing im Retailbereich im Wesentlichen Laufzeiten zwischen 3 bis 6 Jahren. Der Außenzinssatz der Leasingvereinbarungen wird im Zeitpunkt des Abschlusses der Leasingverträge für die gesamte Leasingdauer fixiert. Aufgrund von Zinsanpassungsklauseln kann der Außenzinssatz an die Entwicklung des Kapitalmarktes angepasst werden.

o) Risikovorsorge

Für die besonderen Risiken des Bankgeschäftes werden Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen gebildet. Für weitere Details verweisen wir auf das Kapitel 3)m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

p) Handelsaktiva und -passiva

In der Position Handelsaktiva werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden, oder die Bestandteil eines Portfolios mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht sind. Die Position Handelspassiva umfasst alle negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Handel dienen. In dieser Position werden keine finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen, die in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert wurden.

Sowohl der erstmalige Ansatz als auch die Folgebewertung erfolgt mit Marktwerten. Die Transaktionskosten werden sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Marktwertveränderungen sowie alle dem Handelsbestand zurechenbaren Zinserträge, Dividendenerträge und Refinanzierungskosten werden im Handelsergebnis dargestellt.

q) Finanzinvestitionen

Unter den Finanzinvestitionen werden alle verbrieften Schuld- und Eigenkapitalinstrumente, sofern sie nicht unter den Anteilen und Beteiligungen erfasst werden, ausgewiesen. Der erstmalige Ansatz der Finanzinvestitionen erfolgt mit den Marktwerten zuzüglich direkt zurechenbarer Transaktionskosten. Die Folgebewertung ist abhängig von der Zuordnung der finanziellen Vermögenswerte zu den Kategorien at fair value through profit or loss, available for sale, loans & receivables und held to maturity.

At fair value through profit or loss

Es werden einige Wertpapiere in diese Kategorie gewidmet und die Marktwertänderungen dieser Wertpapiere werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wie bereits im Kapitel 3)m) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten näher beschrieben.

Available for sale

In diese Kategorie werden alle Finanzinstrumente zugeordnet, die nicht in die Kategorie at fair value through profit or loss, loans & receivables oder held to maturity eingeordnet werden. Auf Grund des fehlenden Fälligkeitstermines werden hier auch alle Eigenkapitalinstrumente eingeordnet, sofern sie nicht der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet wurden. Nicht börsennotierte Aktien, deren Marktwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Alle anderen available for sale Vermögenswerte werden zu Marktwerten bewertet. Die Marktwertänderungen werden direkt im Eigenkapital erfasst, bis die Finanzinvestition verkauft oder wertberichtigt wird und der Bewertungsbetrag aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht wird. Bei Finanzinstrumenten mit festen und bestimmaren Zahlungen wird zusätzlich die Differenz zwischen Anschaffungskosten inklusive Transaktionskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgswirksam nach der Effektivzinsmethode amortisiert. Somit wird nur die Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem fair value in die available for sale Rücklage eingestellt.

Loans & receivables

In die Kategorie loans & receivables werden alle verbrieften Finanzinvestitionen mit festen und bestimmaren Zahlungen klassifiziert, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und die das Unternehmen nicht sofort oder in naher Zukunft veräußern möchte. Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode.

Held to maturity

Es werden Finanzinstrumente in diese Kategorie gewidmet, wenn die Absicht und die Fähigkeit besteht, diese Finanzinstrumente bis zur Fälligkeit zu halten und wenn diese Finanzinstrumente bestimmte oder bestimmare Zahlungen und einen Fälligkeitstermin aufweisen.

Die Bewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Beachtung der Effektivzinsmethode. Jeder Verkauf oder jede Umwidmung eines wesentlichen Teiles aus dieser Kategorie, der nicht nahe beim Tilgungszeitpunkt liegt oder einem einmaligen isolierten Sachverhalt zuzurechnen ist, der sich der Kontrolle des Unternehmens entzieht und von diesem praktisch nicht vorhergesehen werden konnte, führt zu einer Umwidmung aller held to maturity Finanzinvestitionen in die available for sale Kategorie für die folgenden 2 Geschäftsjahre. Im Geschäftsjahr 2014 kam es wie im Vorjahr zu keinen Umwidmungen bzw. Verkäufen eines wesentlichen Teils aus dieser Kategorie.

r) Investment property Vermögenswerte

Sämtliche Grundstücke und Gebäude, die die Definition von investment properties gemäß IAS 40 erfüllen, werden mit dem Marktwert bilanziert. Bei inländischen und ausländischen Grundstücken und Gebäuden erfolgt die jährliche Bewertung im Wesentlichen nach dem Standard der RICS (Royal Institution of Chartered Surveyors). RICS definiert den Marktwert (Verkehrswert) als geschätzten Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden könnte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt. Die Berechnungen sind kapitalwertorientierte Ertragswertrechnungen, die in der überwiegenden Anzahl der Fälle anhand der discounted cash flow Methode auf Basis aktueller Mietzinslisten samt Mietauslaufprofil unter Zugrundelegung von Annahmen über Marktentwicklungen und Zinssätzen erstellt werden. Die verwendeten Renditen werden vom Bewerter definiert und spiegeln die aktuelle Marktsituation und die Vor- und Nachteile des jeweiligen Objektes wider. Für noch nicht fertig gestellte Immobilien im Entwicklungsstadium werden Residualwertverfahren eingesetzt. Für Grundstücke auf welchen keine Entwicklungen in näherer Zukunft erwartet werden, werden auch Vergleichswertverfahren angewendet. Dabei werden Transaktionspreise von ähnlichen Objekten zugrundegelegt, die in der jüngsten Zeit auf dem offenen Markt veräußert wurden. Diese Verkaufspreise werden unter Einbezug entsprechender Vergleichsobjekte analysiert und im Hinblick auf Differenzen mit dem bewerteten Objekt auf der Grundlage von Vergleichselementen wie beispielsweise Größe, Aufteilung, Standort oder Widmung angepasst.

Das Immobilien Portfolio wird ausschließlich von externen Gutachtern bewertet. Die Auswahl von Gutachtern wird unter anderem aufgrund ausgewiesener professioneller Qualifikation und Erfahrung hinsichtlich der jeweiligen Standorte und Kategorien der bewerteten Objekte vorgenommen. Als unabhängige Gutachter der ausländischen investment properties wurden Colliers International, Cushman & Wakefield und DTZ beauftragt. In Österreich wurden Gutachten von Heimo Kranewitter und PKF Hotelexperts GmbH eingeholt. Das Entgelt für den externen Gutachter ist ein fixer Betrag und hängt nicht vom festgestellten Marktwert des bewerteten Objektes ab.

Da für die Bewertung der investment property Vermögenswerte Parameter herangezogen werden, welche nicht auf Marktdaten basieren, erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie. Die bewertungsrelevanten Annahmen und Parameter werden zu jedem Bewertungsstichtag aktualisiert, was zu erheblichen Wertschwankungen der Wertansätze führen kann.

Die Mietverhältnisse bestehen gegenüber gewerblichen Bestandsnehmern und sind aufgrund des vielfältigen Bestands und der geografischen Streuung unterschiedlich. In der Regel haben die Mietverhältnisse eine längerfristige Laufzeit bis zu 10 Jahren und sind mit Kauttionen besichert. Es werden marktübliche Indexanpassungen berücksichtigt, umsatzabhängige Mieten bestehen nicht. Für einige Objekte wurden Kaufoptionen eingeräumt.

Die Mieterträge werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

s) Beteiligungen

Es werden Tochterunternehmen gegründet und Beteiligungen aus strategischen Gründen und als Finanzbeteiligungen erworben. Bei den strategischen Beteiligungen handelt es sich um Gesellschaften, die die Geschäftsfelder abdecken und um Gesellschaften, die geschäftsunterstützend wirken.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird, werden nach der Equity Methode bewertet. Alle übrigen Beteiligungen werden mit dem ihnen beizulegenden Wert angesetzt. Die Ermittlung des beizulegenden Werts erfolgt durch Bezugnahme auf Marktpreise auf aktiven Märkten oder, soweit keine aktiven Märkte bestehen, anhand von Bewertungsverfahren. Zu den Bewertungsverfahren gehören insbesondere discounted cash flow-Verfahren und Multiplikatorverfahren. Soweit discounted cash flow Verfahren zur Anwendung gelangen, beruhen die verwendeten

Abzinsungssätze auf jeweils aktuellen Empfehlungen des Fachsenats der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder sowie internationalen Finanzinformationsdienstleistungsunternehmen und liegen im Geschäftsjahr 2014 zwischen 5,6 % und 8,1 % (2013: 7,5 % - 9,9 %). Die bei der Berechnung verwendete Marktrisikoprämie liegt wie 2013 bei 5,75 %, die herangezogenen Beta-Werte zwischen 0,66 und 1,1 (2013: 0,97 - 1,25). Für Illiquidität werden Abschläge bis zu 20 % und für andere Preisrisiken bis zu 32 % vorgenommen. Zusätzliche Länderrisiken waren nicht zu berücksichtigen. Ergänzend werden Verfahren angewendet, bei denen beizulegende Werte durch Anpassung beobachtbarer Marktdaten ähnlicher Finanzinstrumente ermittelt werden. Jene Beteiligungen, bei denen der beizulegende Wert nicht zuverlässig bestimmbar ist, sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Bei Wertminderungen werden entsprechende Abwertungen vorgenommen. Fällt der Grund der Wertminderung weg, erfolgt die Zuschreibung erfolgsneutral unter Beachtung von latenten Steuern direkt im Eigenkapital.

t) Immaterielles und materielles Anlagevermögen

Der Ausweis der immateriellen Vermögenswerte erfolgt mit den jeweiligen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen bzw. um Wertminderungen. Diese Position umfasst vor allem entgeltlich erworbene Firmenwerte und Software.

Ein Geschäfts- oder Firmenwert wird nicht linear abgeschrieben, sondern stattdessen gemäß IAS 36 einmal jährlich auf Wertminderung geprüft oder, falls Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hinweisen, dass eine Wertminderung stattgefunden haben könnte, auch häufiger. Dieser impairment Test wird für die jeweiligen cash generating units (CGUs), welchen Firmenwerte zugerechnet sind, durchgeführt. Leasinggegenstände, die dem operating lease dienen, werden dem Konzern zugerechnet und unter den Sachanlagen ausgewiesen. Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die – soweit es sich um abnutzbare Vermögenswerte handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer vermindert werden.

Bei dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen, bei Wegfall dieses Abschreibungsgrundes werden Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten durchgeführt.

Die Nutzungsdauer entspricht dem tatsächlichen Nutzungverschleiß und beträgt für:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (Möbel)	max. 10 Jahre
EDV-Hardware (inkl. Rechenmaschinen etc.)	max. 5 Jahre
EDV-Software	max. 4 Jahre
Fahrzeuge	max. 5 Jahre
Tresoranlagen, Panzerschränke	max. 20 Jahre
Gebäude, Umbauten	max. 50 Jahre
Mietrechte	max. Laufzeit des Mietrechtes

Die Mietverträge für operating lease Vermögenswerte haben eine durchschnittliche Laufzeit von 4 Jahren und betreffen im Wesentlichen Fahrzeuge. Der Leasingnehmer kann den Vertrag vorzeitig kündigen; eine Übernahme des Leasingobjekts nach Vertragsbeendigung (auch bei vorzeitiger Kündigung) durch den Leasingnehmer ist ausgeschlossen.

Die Leasingerlöse von operating lease Vermögenswerten werden linear entsprechend der Vertragslaufzeit erfolgswirksam vereinnahmt und gemeinsam mit den Abschreibungen in den Erträgen aus Zinsen und ähnlichen Erträgen dargestellt.

u) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

In diesen Positionen werden sowohl die laufenden als auch die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Gemäß IAS 12 wird die latente Steuerabgrenzung nach der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode ermittelt. Dabei wird eine Steuerabgrenzung auf alle temporären Unterschiede zwischen dem steuerlichen Wertansatz eines Vermögenswertes oder Schuldpostens und dem Wertansatz im IFRS Abschluss gebildet. Die Berechnung der latenten Steuern in den einzelnen einbezogenen Unternehmen erfolgt mit den zum Bilanzstichtag gültigen oder bereits angekündigten landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird je Unternehmen vorgenommen.

Aktive latente Steuern unter anderen auf noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge werden dann bilanziert, wenn es wahrscheinlich ist, dass in derselben Gesellschaft in Zukunft ausreichend zu versteuernde Gewinne vorhanden sein werden bzw. wenn in ausreichendem Umfang steuerpflichtige temporäre Differenzen vorhanden sind. Der Beurteilungszeitraum beträgt bis zu 4 Jahre. Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge oder andere Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren Verwertbarkeit nicht ausreichend gesichert ist, werden wertberichtigt. Eine Abzinsung für latente Steuern wird nicht vorgenommen.

v) Sonstige Aktiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Vermögenswerten in dieser Position ausgewiesen werden. Im Falle von Wertminderungen werden Wertberichtigungen gebildet. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle positiven Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit dem Marktwert bewertet werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt im sonstigen Ergebnis erfasst werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

w) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

Ein langfristiger Vermögenswert (oder eine Veräußerungsgruppe) ist als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird.

Damit dies der Fall ist, muss der Vermögenswert (die Veräußerungsgruppe) im gegenwärtigen Zustand zu Bedingungen, die für den Verkauf derartiger Vermögenswerte (oder Veräußerungsgruppen) gängig und üblich sind, sofort veräußerbar sein und eine solche Veräußerung muss höchstwahrscheinlich sein.

Diese Kriterien sind dann erfüllt, wenn die notwendigen Gremialbeschlüsse vorliegen, die Vermögenswerte ohne wesentlicher Modifikation oder Umstrukturierung verkauft werden können, mit der Vermarktung der Vermögenswerte begonnen wurde und zum Bilanzstichtag entweder ein verbindliches Angebot oder bereits ein unterschriebener Vertrag vorliegen und das Closing innerhalb von 12 Monaten erwartet wird. Vorzeitig, direkt durch den Schuldner getilgte Kredite, erfüllen auch wenn die vorzeitige Tilgung durch einen Abschlag auf den Kreditbetrag von der ÖVAG initiiert wurde, nicht die Definition einer Verkaufstransaktion.

Eine Veräußerungsgruppe umfasst zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte, andere Vermögenswerte und Schulden, die zusammen in einer einzigen Transaktion verkauft werden. Nicht zur Abgangsgruppe gehören daher jene Verbindlichkeiten, welche mit dem Erlös aus dem Verkauf der Abgangsgruppe getilgt aber nicht übertragen werden.

Ein aufgegebenen Geschäftsbereich ist ein Unternehmensbestandteil, der bereits veräußert wurde oder als zur Veräußerung gehalten eingestuft wird und einen gesonderten, wesentlichen Geschäftszweig oder geographischen Geschäftsbereich darstellt, Teil eines einzelnen, abgestimmten Plans zur Veräußerung eines wesentlichen Geschäftszweigs oder geographischen Geschäftsbereichs ist, oder ein Tochterunternehmen darstellt, das ausschließlich mit der Absicht der Wiederveräußerung erworben wurde.

Im Konzern stellt ein aufgegebenen Geschäftsbereich ein berichtspflichtiges Segment dar. Auch ein wesentlicher Geschäftszweig oder ein geographischer Geschäftsbereich, der an den Vorstand berichtet wird und einen bedeutenden Effekt auf die finanzielle Situation des Konzerns hat, wird bei Vorliegen aller Voraussetzungen als aufgegebenen Geschäftsbereich dargestellt. Stellt der Konzern die Geschäftstätigkeit in einem einzelnen Land ein, handelt es sich nur dann um einen aufgegebenen Geschäftsbereich, wenn bestimmte Größenkriterien überschritten sind. Stellt der Konzern die Geschäftstätigkeit in einer ganzen Region ein, dann handelt es sich unabhängig von den oben dargestellten Größenkriterien immer um einen aufgegebenen Geschäftsbereich. Um eine Region handelt es sich dann, wenn diese gesondert im Geschäftsbericht in der Regionalverteilung der Gesamtforderungen auf die strategischen Geschäftsfelder dargestellt wird.

Nach der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten sind langfristige Vermögenswerte oder Vermögensgruppen mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen. Wertminderungsaufwendungen werden ergebniswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand erfasst.

Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen und zugehörige Verbindlichkeiten, die als zur Veräußerung gehalten eingestuft werden, werden in der Bilanz getrennt von anderen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten dargestellt.

Für einen aufgegebenen Geschäftsbereich ist in der Gesamtergebnisrechnung das Ergebnis nach Steuern des aufgegebenen Geschäftsbereichs und das Ergebnis nach Steuern, das bei der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder bei der Veräußerung der Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die den aufgegebenen Geschäftsbereich darstellen, zu erfassen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres ist entsprechend anzupassen.

x) Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie der verbrieften Verbindlichkeiten erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet.

y) Sozialkapital

Bei beitragsorientierten Plänen (defined contribution plans) stellen die Beiträge an den Fonds einen Aufwand der laufenden Periode dar. Ungleichmäßig verteilte Beitragszahlungen werden periodengerecht abgegrenzt.

Der ÖVAG Konzern hat einzelnen Mitarbeitern leistungsorientierte Pläne (defined benefit plans) für die Höhe der späteren Versorgungsleistung zugesagt. Diese Pläne sind teilweise unfunded, d.h. die zur Bedeckung benötigten Mittel verbleiben im Unternehmen, die Bildung der Rückstellung erfolgt im ÖVAG Konzern. Im ÖVAG Konzern wurden in den Vorjahren Pensionsansprüche von Mitarbeitern auf Pensionskassen übertragen, die als ausgelagertes Vermögen – Planvermögen – dargestellt sind. Außergewöhnliche, unternehmens- oder planspezifische Risiken bzw. erhebliche Risikokonzentration sind keine zu erblicken.

Für die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen werden gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik der Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei der Abfertigungsverpflichtung werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden direkt im sonstigen Ergebnis erfasst. Nachzuverrechner Dienstzeitaufwand wird im Zeitpunkt der Planänderung sofort erfolgswirksam erfasst. Alle Aufwendungen und Erträge in Zusammenhang mit leistungsorientierten Plänen werden im Personalaufwand erfasst.

Parameter zur Berechnung der Sozialkapitalverpflichtungen

	2014	2013	2012	2011	2010
Zinssatz Pensionsrückstellung	1,60 %	3,00 %	3,00 %	4,50 %	4,25 %
Zinssatz Abfertigungsrückstellung	2,00 %	3,00 %	3,00 %	4,50 %	4,25 %
Zinssatz Jubiläumsrückstellung	1,80 %	3,00 %	3,00 %	4,50 %	4,25 %
Zinssatz Planvermögen	1,60 %	3,00 %	3,00 %	4,25 %	4,25 %
Künftige Gehaltssteigerungen	3,50 %	3,50 %	3,50 %	3,50 %	3,50 %
Künftige Pensionssteigerungen	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Fluktuationsabschläge	keine	keine	keine	keine	keine

Als Rechnungsgrundlagen werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafel AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler&Pagler, Angestelltenbestand verwendet. Da der Rückstellungsbedarf für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, unwesentlich ist, wird auf eine Anpassung der Parameter und biometrischen Grundwerte auf die Verhältnisse in den Ländern dieser Tochtergesellschaften verzichtet.

Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Für Dienstnehmer, die nicht in Österreich beschäftigt sind, wurden die lokal üblichen Alterspensionsgrenzen für die Berechnung herangezogen.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

z) Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem vergangenen Ereignis eine gegenwärtige Verpflichtung entstanden und es wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen erforderlich ist. Sie werden in Höhe der wahrscheinlichsten voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Dabei werden Kostenschätzungen von Vertragspartnern, Erfahrungswerte und finanzmathematische Berechnungsmethoden verwendet. Liegt nur eine mögliche Verpflichtung vor und kommt es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss bzw. ist keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich, so wird eine Eventualverpflichtung ausgewiesen. Eine Abzinsung wird nicht vorgenommen.

In den Risikorückstellungen werden Kreditrisikovorsorgen für Eventualverbindlichkeiten (insbesondere Finanzgarantien) ausgewiesen. Die anderen Rückstellungen enthalten Vorsorgen für Rechtsstreitigkeiten, Restrukturierungen sowie Risiken aus Immobilienprojekten. Die Dotierung und Auflösung von Risikorückstellungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Risikovorsorgen erfasst. Die Dotierung und Auflösung der Restrukturierungsrückstellung erfolgt in der Position Restrukturierungsaufwand, während die Aufwendungen und Erträge aller anderen Rückstellungen vorwiegend im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst sind.

aa) Sonstige Passiva

Zur periodenrichtigen Darstellung von Erträgen und Aufwendungen werden Rechnungsabgrenzungsposten gebildet, die gemeinsam mit sonstigen Verbindlichkeiten in dieser Position ausgewiesen werden. Darüber hinaus enthält diese Position auch alle negativen Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die mit den Marktwerten angesetzt werden. Die Marktwertänderungen werden – mit Ausnahme von Derivaten für cash flow hedges, die direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden – im Ergebnis aus Finanzinvestitionen gezeigt.

bb) Nachrangkapital

Der erstmalige Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt mit dem Marktwert zuzüglich aller direkt zurechenbaren Transaktionskosten. Die Folgebewertung erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode, außer diese Verbindlichkeiten wurden der Kategorie at fair value through profit or loss zugeordnet. Bei verlusttragenden Instrumenten ist der Rückzahlungsbetrag gemäß IAS 39 AG 8 in der Folgeperiode regelmäßig anzupassen. Für die Ermittlung des Buchwertes der finanziellen Verbindlichkeiten werden die zukünftig erwarteten cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert. Für die Berechnung der zukünftigen cash flows wird bei den Ergänzungskapitalanleihen die aktuellste Planung zu Grunde gelegt. Für Instrumente, die nach lokalem Recht Eigenkapital darstellen und daher von der Kapitalherabsetzung betroffen sind, wird der Kurs nach Kapitalherabsetzung verwendet. Sind die zukünftigen cash flows nicht verlässlich bestimmbar, werden der Bewertung gemäß IAS 39.9 die vertraglichen cash flows über die gesamte Laufzeit zugrunde gelegt. Die Differenz zwischen dem ursprünglich passivierten Betrag und dem so berechneten Barwert wird im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt. Die Effektivverzinsung wird im Zinsaufwand erfasst.

Verbriefte oder unverbrieftete finanzielle Verbindlichkeiten werden dann dem Nachrangkapital zugeordnet, wenn die Verbindlichkeit im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Unternehmens erst nach den Verbindlichkeiten der anderen nicht nachrangigen Gläubiger befriedigt werden muss.

Ergänzungskapital beinhaltet in den Vertragsbedingungen zusätzlich zur Nachrangigkeit auch eine ergebnisabhängige Zinszahlung. Zinsen dürfen nur soweit ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss vor Rücklagenbewegung des emittierenden Unternehmens gedeckt sind. Weiters nehmen Ergänzungskapitalanteile auch am Verlust teil. Der Rückzahlungsbetrag wird durch laufende Verluste gemindert. Eine Tilgung zum Nominale kann erst dann wieder erfolgen, wenn die evidenzmäßig erfassten Verluste durch Gewinne aufgefüllt werden.

cc) Eigenkapital

Als Eigenkapital werden jene emittierte Finanzinstrumente ausgewiesen, die keine vertragliche Verpflichtung beinhalten, flüssige Mittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben oder finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten mit einem anderen Unternehmen zu potenziell nachteiligen Bedingungen für den Emittenten auszutauschen.

Das Kapitalmanagement erfolgt auf Basis des aufsichtsrechtlichen Kapitals. Für Details verweisen wir auf Kapitel ff) Eigenmittel nach österreichischem BWG und Kapitel 52)c) Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess.

dd) Kapitalrücklagen

Im Falle von Kapitalrücklagen werden gemäß IAS 32 die Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion unter Berücksichtigung von latenten Steuern abgesetzt, sofern es sich dabei um zusätzliche, der Eigenkapitaltransaktion direkt zurechenbare Kosten handelt. Weiters wird hier auch der Unterschied zwischen Nominale und Rückkaufswert von eigenen Aktien abgesetzt, sofern er in den Kapitalrücklagen Deckung findet. Sind nicht genügend Kapitalrücklagen vorhanden, wird der Betrag von den Gewinnrücklagen abgesetzt.

ee) Gewinnrücklagen

In den Gewinnrücklagen werden alle gesetzlichen, satzungsmäßigen und freien Gewinnrücklagen i.e.S., die Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG, die un versteuerten Rücklagen und alle sonstigen nicht ausgeschütteten Gewinne dargestellt.

ff) Eigenmittel

Das Unternehmen unterliegt externen Kapitalanforderungen, die auf der CRD IV und der CRR der Europäischen Union beruhen (Basel III). Die darin festgelegten Regeln für Kapitalquoten sind die zentrale Steuerungsgröße im Konzern. Mit

diesen Quoten wird das aufsichtsrechtliche Kapital ins Verhältnis zu Kredit-, Markt- und operationellem Risiko gesetzt. Demgemäß orientiert sich die risk/return-Steuerung des Konzerns an einem Geschäft bzw. letztlich an dem einer organisatorischen Einheit zugeordneten Kapital und dem daraus zu erwirtschaftenden Ertrag unter Beachtung der entsprechenden Risikogesichtspunkte.

Das Kreditrisiko wird ermittelt, indem bilanzielle und außerbilanzielle Engagements entsprechend ihrem relativen Risikogehalt mit dem einem Kontrahenten zuzuordnenden Risikogewicht multipliziert werden. Die Verfahren zur Ermittlung der risikorelevanten Parameter (Obligo, Risikogewicht) orientieren sich an regulatorisch vorgegebenen Prozentsätzen (Standardansatz). Hinzu kommt ein Eigenkapitalbedarf für die Anpassung der Kreditbewertung bei Derivatgeschäften, der sich aus regulatorisch vorgegebenen Werten ableitet und im Besonderen das Kontrahentenrisiko aus dem Derivatgeschäft abbildet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns wird ebenfalls nach dem Standardansatz gerechnet. Das Erfordernis für das operationelle Risiko ergibt sich aus der Multiplikation der Betriebserträge mit den für die jeweiligen Geschäftsfelder gültigen Prozentsätzen.

Das aufsichtsrechtliche Kapital ist in folgende drei Bestandteile aufgeteilt:

- Hartes Kernkapital – Common Equity Tier I (CET1)
- Zusätzliches Kernkapital – Additional Tier I (AT1)
- Ergänzungskapital – Tier II (T2)
- Die ersten beiden Komponenten bilden zusammen das Tier I-Kapital.

Das CET1 besteht aus dem Aktien- und Partizipationskapital, das die Anforderungen der CRR erfüllt. Diese sind: Bilanzierung und gesonderte Offenlegung als Eigenkapital, keine zeitliche Befristung, volle Verlusttragung, Verringerung nur durch Liquidation oder Rückzahlung ohne besondere Anreizmechanismen, keine Ausschüttungspflichten und Ausschüttungen sind nicht an das Nominale gekoppelt. Für bestehendes Partizipationskapital, das die Kriterien von CET1 nicht erfüllt, gelten Übergangsbestimmungen, sodass bis zum Jahr 2021 jedes Jahr 10 Prozentpunkte weniger angerechnet werden; ab dem Jahr 2022 kann dieses Kapital nicht mehr angerechnet werden. Staatliches Partizipationskapital ist bis zum 31. Dezember 2017 als CET1 anrechenbar. Weiters werden Kapital- und Gewinnrücklagen und sonstige Rücklagen sowie jene Minderheitenanteile, die zur Abdeckung des regulatorischen Kapitalerfordernisses dienen, dem CET1 zugerechnet. Wesentliche Abzugsposten bilden immaterielle Vermögenswerte und Firmenwerte, aktive latente Steuern und Beteiligungen an anderen Kreditinstituten.

Hybrides Kapital wird entsprechend den Übergangsbestimmungen entweder als AT1 oder T2 zugerechnet. T2 bildet sich weiters aus langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Die Mindesteigenmittelquote (Summe aus Tier I und II) beträgt 8 % und setzte sich für 2014 wie folgt zusammen: CET1 mindestens 4 %, Tier I mindestens 5,5 %. Diese aufsichtsrechtlich relevanten Grenzen wurden im ÖVAG Konzern in der gesamten Berichtsperiode eingehalten und übererfüllt.

Ab 2015 gelten 4,5 % CET1 und 6 % Tier I als Mindestvorschriften für Kernkapital. Ab 2016 muss zusätzlich in Jahresritten bis 2019 ein Kapitalerhaltungspuffer von 2,5 Prozentpunkten aufgebaut werden, der aus CET1-Kapitalien bestehen muss.

Aus dem JRAD-Verfahren, einem von den Aufsichtsbehörden tourlich durchgeführten Verfahren zur Einschätzung der Kapitaladäquanz eines Institutes, können sich regulatorisch höhere Quoten ergeben. Derzeit gilt für den Volksbanken-Kreditinstitute-Verbund eine Mindesteigenmittelquote von 13,6 %. Die EZB hat aus ihrem jüngsten JRAD-Verfahren eine CET1-Quote für den Verbund von 14,63 % angekündigt, gleichzeitig aber in Aussicht gestellt, die vorgesehene Quote nach erfolgreicher Restrukturierung zu überprüfen.

Die Darstellung der bankrechtlichen Eigenmittel des Konzerns erfolgt im Kapitel 37) Eigenmittel.

gg) Treuhandgeschäfte

Geschäfte, in denen ein in den Abschluss einbezogenes Unternehmen als Treuhänder oder in anderer treuhändischer Funktion agiert und somit Vermögenswerte auf fremde Rechnung verwaltet oder platziert, werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Provisionszahlungen aus diesen Geschäften werden im Provisionsüberschuss dargestellt.

hh) Pensionsgeschäfte

Im Rahmen echter Pensionsgeschäfte werden Vermögenswerte an einen Vertragspartner verkauft und gleichzeitig vereinbart, diese an einem bestimmten Termin zu einem vereinbarten Kurs zurückzukaufen. Die Vermögenswerte verbleiben, da keine Chancen und Risiken mit übertragen werden, in der Bilanz und werden nach den Regeln der jeweiligen Bilanzposten bewertet. Gleichzeitig wird eine Verpflichtung in Höhe der erhaltenen Zahlung passiviert.

ii) Eventualverpflichtungen

Unter den Eventualverpflichtungen werden mögliche Verpflichtungen ausgewiesen, bei denen es wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss kommen wird oder bei denen keine zuverlässige Schätzung der Verpflichtung möglich ist. Für Akzente und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln werden im Rahmen der Risikorückstellungen Vorsorgen gebildet, wenn es voraussichtlich zu Inanspruchnahmen kommen wird.

Verpflichtungen aus Finanzgarantien werden erfasst, sobald der Konzern Vertragspartei wird, d.h. im Zeitpunkt der Annahme des Garantieangebots. Der erstmalige Ansatz der Finanzgarantien erfolgt mit dem fair value. Grundsätzlich entspricht der fair value dem Wert der vereinbarten Prämie.

Unter den sonstigen Eventualverpflichtungen werden die Haftsummenzuschläge bei Beteiligungen an Genossenschaften ausgewiesen.

Im Rahmen der Folgebewertung wird regelmäßig überprüft, ob eine bilanzielle Erfassung im Abschluss erforderlich ist

jj) Geldflussrechnung

Die Ermittlung der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der netto cash flow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Jahresergebnis nach Steuern und vor Fremdanteilen ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren. Weiters werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht der operativen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden. Diese Zahlungen werden bei den cash flows aus Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit erfasst. Die in der Geldflussrechnung gesondert dargestellten Zins-, Dividenden- und Steuerzahlungen betreffen ausschließlich das operative Geschäft.

Dem cash flow aus Investitionstätigkeit werden cash flows aus langfristigen Vermögenswerten wie held to maturity Wertpapiere, Beteiligungen und Anlagevermögen zugeordnet. Im cash flow aus Finanzierungstätigkeit sind alle Zahlungsströme der Eigentümer sowie Veränderungen im Nachrangkapital und den Minderheitenanteilen erfasst. Als Zahlungsmittelbestand wurde die Barreserve definiert, die neben dem Kassenbestand die Guthaben bei Zentralnotenbanken umfasst. Diese Guthaben setzen sich aus der gesetzlich zu haltenden Mindestreserve und kurzfristigen Veranlagungen bei verschiedenen Notenbanken zusammen.

4) Zinsüberschuss

EUR Tsd.	2014	2013
Zinsen und ähnliche Erträge	532.090	713.773
Zinsen und ähnliche Erträge aus	496.075	670.771
Barreserve	354	1.147
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kreditinstituten	44.419	59.534
Kredit- und Geldmarktgeschäften mit Kunden	259.930	357.090
Festverzinslichen Wertpapieren	93.053	123.187
Derivaten des Bankbuches	98.320	129.813
Laufende Erträge aus	20.412	23.301
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.532	2.449
Sonstigen verbundenen Unternehmen	1.587	6.409
Sonstigen Beteiligungen	17.293	14.443
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	15.602	19.701
Mietträge investment property	11.573	13.594
Erträge von operating lease Verträgen	4.029	6.107
Mietträge	18.728	23.657
Abschreibungen	-14.699	-17.550
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-329.139	-525.187
Einlagen von Kreditinstituten (inkl. Zentralbanken)	-92.066	-144.386
Einlagen von Kunden	-59.259	-75.100
Verbrieften Verbindlichkeiten	-149.714	-265.677
Nachrangkapital	-24.903	-34.098
Derivaten des Bankbuches	-3.197	-5.926
Zinsüberschuss	202.951	188.586

Darstellung des Zinsüberschusses nach IAS 39 Kategorien:

EUR Tsd.	2014	2013
Zinsen und ähnliche Erträge	532.090	713.773
Zinsen und ähnliche Erträge aus	496.075	670.771
Finanziellen Vermögenswerten at fair value through profit or loss	818	3.028
Derivaten des Bankbuches	98.320	129.813
Finanziellen Vermögenswerten nicht at fair value through profit or loss	396.937	537.930
Finanzielle Vermögenswerte available for sale	72.050	85.733
Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten	308.068	425.974
Hievon Finanzierungsleasing	130.819	160.421
Hievon Barwerteffekt aus Risikovorsorge	3.143	2.059
Finanzielle Vermögenswerte held to maturity	16.819	26.223
Laufende Erträge aus	20.412	23.301
Finanziellen Vermögenswerten at fair value through profit or loss	525	780
Finanziellen Vermögenswerten available for sale	19.887	22.521
Erträge von operating lease Verträgen und investment property	15.602	19.701
Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus	-329.139	-525.187
Derivaten des Bankbuches	-3.197	-5.926
Finanzverbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	-325.942	-519.261
Zinsüberschuss	202.951	188.586

5) Risikovorsorge

EUR Tsd.	2014	2013
Zuführung zu Risikovorsorgen	-121.560	-184.584
Auflösung von Risikovorsorgen	123.530	219.087
Zuführung zu Risikorückstellungen	-3.919	-3.795
Auflösung von Risikorückstellungen	1.904	8.676
Direktabschreibungen von Forderungen	-39.586	-66.253
Erträge aus dem Eingang von abgeschrieben Forderungen	2.073	3.407
Risikovorsorge	-37.557	-23.462

6) Provisionsüberschuss

EUR Tsd.	2014	2013
Provisionserträge	64.442	73.577
aus dem Kreditgeschäft	9.832	16.932
aus dem Wertpapiergeschäft	44.557	44.685
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	4.843	4.830
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	5.210	7.129
Provisionsaufwendungen	-44.128	-43.331
aus dem Kreditgeschäft	-18.169	-19.978
aus dem Wertpapiergeschäft	-24.770	-22.147
aus dem Girogeschäft und Zahlungsverkehr	-1.041	-989
aus dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft	-148	-217
Provisionsüberschuss	20.314	30.246

In den Provisionserträgen sind keine Erträge und in den Provisionsaufwendungen keine Aufwendungen aus at fair value through profit or loss gewidmeten Finanzinvestitionen enthalten.

Für die Verwaltung von Treuhandverträgen wurden Provisionserträge in Höhe von EUR 3 Tsd. (2013: EUR 6 Tsd.) im Provisionsüberschuss erfasst.

7) Handelsergebnis

EUR Tsd.	2014	2013
Aktienbezogene Geschäfte	7.643	-1.828
Währungsbezogene Geschäfte	3.106	6.461
Zinsbezogene Geschäfte	15.964	3.801
Handelsergebnis	26.714	8.434

8) Verwaltungsaufwand

EUR Tsd.	2014	2013
Personalaufwand	-130.541	-133.902
Löhne und Gehälter	-103.107	-99.765
Gesetzlich vorgeschriebener Sozialaufwand	-22.687	-23.647
Freiwilliger Sozialaufwand	-1.702	-1.718
Aufwand für Altersvorsorge	-4.607	-6.048
Dotierung Abfertigungs- und Pensionsrückstellung	1.562	-2.724
Sachaufwand	-105.060	-104.544
Abschreibungen auf Anlagevermögen	-11.547	-11.336
planmäßig (-)	-10.155	-11.336
außerplanmäßig (-)	-1.392	0
Verwaltungsaufwand	-247.148	-249.783

Im Personalaufwand sind Aufwendungen für beitragsorientierte Versorgungspläne in Höhe von EUR 2.283 Tsd. (2013: EUR 2.153 Tsd.) enthalten.

Im Verwaltungsaufwand sind Aufwendungen für die Verwaltung von investment property Vermögenswerte in Höhe von EUR 3.134 Tsd. (2013: EUR 2.807 Tsd.) ausgewiesen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für den Konzernabschlussprüfer KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfung und Steuerberatungsgesellschaft betragen in Summe EUR 2.927 Tsd. (2013: EUR 2.491 Tsd.). Davon entfallen EUR 1.906 Tsd. (2013: EUR 2.032 Tsd.) auf die Prüfung des Konzernabschlusses sowie von Abschlüssen einzelner verbundener Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, EUR 417 Tsd. (2013: EUR 354 Tsd.) auf andere Beratungsleistungen, EUR 0 Tsd. (2013: EUR 12 Tsd.) auf Steuerberatungsleistungen und EUR 604 Tsd. (2013: EUR 93 Tsd.) auf sonstige Leistungen.

Angaben über Bezüge von Organen

EUR Tsd.	2014	2013
Gesamtbezüge		
Mitglieder des Aufsichtsrates	105	115
Vorstandsmitglieder	1.946	2.085
Frühere Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sowie ihrer Hinterbliebenen	581	571
Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen Vorstandsmitglieder		
Vorstandsmitglieder	820	1.141
hierfür für beitragsorientierte Versorgungspläne	239	263

Die Vorstände beziehen keine erfolgs- oder leistungsabhängigen Vergütungen. Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder setzen sich aus einem fixen Grundgehalt und sonstigen Bezügen (z.B. Sachbezüge) zusammen. Für die Vorstandsmitglieder existiert weder ein Stock-Option-Programm noch ein Aktienübertragungsprogramm.

Grundsätze der Altersversorgung und deren Voraussetzungen:

Die Altersversorgung ist bei allen Vorstandsmitgliedern beitragsorientiert gestaltet. Der Pensionskassen-Kollektivvertrag für gewerbliche Kreditgenossenschaften wurde für die Vorstandsmitglieder anwendbar gemacht. Teilnahmeberechtigt sind alle in einem aufrechten Vertrags- und Mandatsverhältnis stehenden Vorstandsmitglieder der ÖVAG.

Grundsätze für Anwartschaften und Ansprüche des Vorstands im Falle der Beendigung der Funktion:

Alle Verträge der Vorstandsmitglieder unterliegen dem System der „Abfertigung Neu“. Zusätzlich besteht eine D&O-Versicherung (Directors und Officers Versicherung).

Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter

	Durchschnittlich beschäftigte Mitarbeiter		Mitarbeiteranzahl zum Ultimo	
	2014	2013	31.12.2014	31.12.2013
Inland	1.073	1.122	1.035	1.101
Ausland	602	755	282	752
Mitarbeiter gesamt	1.675	1.876	1.317	1.853

Aus dem Verkauf von Tochtergesellschaften resultiert ein Rückgang von 464 Mitarbeitern.

9) Sonstiges betriebliches Ergebnis

EUR Tsd.	2014	2013
Sonstige betriebliche Erträge	156.791	313.708
Entkonsolidierungsergebnis aus dem Abgang von Tochterunternehmen	-3.276	-7.627
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-202.721	-94.228
Sonstige Steuern	-33.185	-55.189
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-82.391	156.665

Der Ertrag aus der Anpassung des Buchwertes des PS 2008 und der Ergänzungskapitalanleihe gemäß IAS 39 AG 8 beträgt für die Berichtsperiode EUR 43.746 Tsd. (2013: EUR 88.989 Tsd.). Weiteres ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen das Ergebnis aus dem Rückkauf des Tier II Kapitals in Höhe von EUR 531 Tsd. (2013: sonstiger betrieblicher Aufwand EUR 25.989 Tsd.) sowie aus dem Rückkauf von Emissionen in Höhe von EUR 25.197 Tsd. enthalten.

Gemäß der Vereinbarung vom 27. Februar 2012 hat die Republik Österreich am 15. März 2013 eine Asset-Garantie (Ausfallsbürgschaft) zu Gunsten der ÖVAG im Höchstbetrag von EUR 100 Mio. abgegeben. Die Wirksamkeit dieser Asset-Garantie ist bis maximal 31. Dezember 2015 befristet. Die unverzinsliche Forderung aus der Übernahme von Ausfällen wird aufgrund ihrer Langfristigkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst. Die in dieser Asset-Garantie inkludierte Besserungsvereinbarung stellt eine Verbindlichkeit dar, die ebenfalls abgezinst auf den Berichtsstichtag erfasst wird. Aufgrund der geplanten Zurücklegung der Bankkonzession, der Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft nach

§ 162 BaSAG und der geplanten Abwicklung geht der Vorstand von einer Rückzahlungsverpflichtung aus. Die Beträge aus der Veränderung der geschätzten cash flows der Forderung sowie der Verbindlichkeit aus der Besserungsvereinbarung werden saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis dargestellt und betragen im Geschäftsjahr 2014 EUR -56 Mio. (2013: EUR 69 Mio.). Die Zinsen aus dem Abzinsungseffekt werden im Zinsüberschuss erfasst.

Mietkäufe sowie Betriebskosten und Versicherungszahlungen, die an Kunden weiterverrechnet werden, werden saldiert in Höhe von EUR 155.960 Tsd. (2013: EUR 186.262 Tsd.) im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen, da eine Saldierung besser den wirtschaftlichen Gehalt dieser Geschäftsvorfälle widerspiegelt.

Im Geschäftsjahr 2014 wird im Entkonsolidierungsergebnis das Ergebnis aus dem Verkauf bzw. der Liquidation von neun Gesellschaften im Segment Immobilien, den Gesellschaften aus dem VBLI Teilkonzern, sowie der Volksbank Malta dargestellt. Im Vorjahr ist hier die Entkonsolidierung von zehn Gesellschaften aus dem Segment Immobilien enthalten. Weiters wird im sonstigen betrieblichen Aufwand die Bewertung von IFRS 5 Vermögensgruppen in Höhe von EUR -37.418 Tsd. ausgewiesen.

In den sonstigen Steuern wird die Bankenabgabe in Höhe von EUR 37.360 Tsd. (2013: EUR 45.594 Tsd.) erfasst.

Im Geschäftsjahr 2014 sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Leerstellungskosten aus investment property Vermögenswerten in unwesentlichem Ausmaß enthalten.

10) Ergebnis aus Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	2014	2013
Ergebnis aus Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-1.849	-12.638
Bewertung Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-1.849	-12.638
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	34	3.261
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	-1.882	-15.899
Ergebnis aus fair value hedges	6.104	1.213
Bewertung Grundgeschäfte	5.762	69.499
Forderungen Kreditinstitute und Kunden	4.549	-23.374
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	151.365	-104.640
Verbindlichkeiten Kreditinstitute und Kunden	-49.435	78.992
Verbriefte Verbindlichkeiten	-100.717	118.522
Bewertung Derivate	342	-68.286
Ergebnis aus sonstigen Derivaten Bankbuch	-21.866	-19.785
währungsbezogen	-4.301	6.332
zinsbezogen	-13.175	-626
kreditbezogen	226	-4.550
sonstige	-4.615	-20.940
Ergebnis aus available for sale Finanzinvestitionen (inklusive Beteiligungen)	-12.932	14.096
realisierte Gewinne / Verluste	11.400	33.128
Zuschreibungen	46	156
Abschreibungen (impairments)	-24.378	-19.189
Ergebnis aus loans & receivables Finanzinvestitionen	-534	-11.140
realisierte Gewinne / Verluste	-72	-10.758
Zuschreibungen	0	13
Abschreibungen (impairments)	-462	-395
Ergebnis aus held to maturity Finanzinvestitionen	12.407	2.559
realisierte Gewinne / Verluste	12.407	2.559
Ergebnis aus operating lease und investment property Vermögenswerten sowie sonstigen Finanzinvestitionen	-27.220	-23.218
realisierte Gewinne / Verluste	-4.926	7.676
Wertveränderungen investment property	-22.294	-30.894
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-45.889	-48.913

Im Geschäftsjahr 2014 wurden aus der available for sale Rücklage EUR 10.024 Tsd. (2013: EUR 16.799 Tsd.) in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

EUR Tsd.	2014	2013
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-39.905	-62.104
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	-1.849	-12.638
Fair value hedges	6.104	1.213
Sonstige Derivate Bankbuch	-21.866	-19.785
Investment property Vermögenswerte	-22.294	-30.894
Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht zum fair value bewertet werden und Ergebnis aus Finanzinvestitionen, die nicht erfolgswirksam zum fair value bewertet werden	-5.985	13.191
Realisierte Gewinne / Verluste	18.809	32.605
Available for sale Finanzinvestitionen	11.400	33.128
Loans & receivables Finanzinvestitionen	-72	-10.758
Held to maturity Finanzinvestitionen	12.407	2.559
Operating lease Vermögenswerte und sonstige Finanzinvestitionen	-4.926	7.676
Zuschreibungen	46	169
Available for sale Finanzinvestitionen	46	156
Loans & receivables Finanzinvestitionen	0	13
Abschreibungen	-24.840	-19.583
Available for sale Finanzinvestitionen	-24.378	-19.189
Loans & receivables Finanzinvestitionen	-462	-395
Ergebnis aus Finanzinvestitionen	-45.889	-48.913

11) Steuern vom Einkommen

EUR Tsd.	2014	2013
Laufende Steuern vom Einkommen	-12.089	-15.280
Latente Steuern vom Einkommen	-1.929	-7.778
Steuern vom Einkommen der laufenden Periode	-14.018	-23.058
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden fortgeführter Geschäftsbereich	726	-1.345
Steuern vom Einkommen aus Vorperioden	726	-1.345
Steuern vom Einkommen	-13.292	-24.403

Die folgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen errechnetem und ausgewiesenem Steueraufwand

EUR Tsd.	2014	2013
Jahresergebnis vor Steuern - fortgeführter Geschäftsbereich	-190.512	-64.290
Jahresergebnis vor Steuern - aufgegebenem Geschäftsbereich	-275.189	15.308
Jahresergebnis vor Steuern - Gesamt	-465.701	-48.982
Errechneter Steueraufwand 25 %	-116.425	-12.245
Steuereffekte		
aus steuerbefreiten Beteiligungserträgen	-21.015	-7.487
aus Investitionsbegünstigungen	837	76
aus sonstigen steuerbefreiten Erträgen	-1.821	-1.028
aus Beteiligungsbewertungen	-26.642	11.105
aus nicht zu versteuernden Bewertungsergebnissen	1.724	-16.944
aus Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	3.682	38.993
aus Nichtansatz von aktiven latenten Steuern	260.175	11.267
aus Wiederansatz von aktiven latenten Steuern	-84.015	-4.175
aus Steuersatzänderungen	-4	326
aus abweichenden Steuersätzen Ausland	-3.103	-4.483
aus sonstigen Unterschieden	624	7.652
Ausgewiesene Ertragsteuern	14.018	23.058
Effektive Steuerquote - fortgeführter Geschäftsbereich	-7,36 %	-35,87 %
Effektive Steuerquote - inklusive aufgegebenem Geschäftsbereich	-3,01 %	-47,07 %

Durch die hohen Wertberichtigungen auf aktive latente Steuern bzw. den Nichtansatz von aktiven latenten Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge weichen die effektiven Steuerquoten stark vom gesetzlichen Steuersatz in Österreich ab.

Die Steuersatzänderungen resultieren zum Großteil aus Änderungen in der Slowakei.

EUR Tsd.	2014			2013		
	Ergebnis vor Steuern	Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern	Ergebnis vor Steuern	Ertrag- steuern	Ergebnis nach Steuern
Neubewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen (IAS 19)	-15.327	3.829	-11.498	-1.649	415	-1.233
Währungsrücklage	11.863	0	11.863	-11.666	0	-11.666
Available for sale Rücklage	-41.365	6.123	-35.242	79.012	-10.896	68.117
Hedging Rücklage	-177	44	-133	-1.045	277	-768
Veränderung latenter Steuern auf unbesteuerter Rücklage	0	823	823	0	372	372
Veränderung aus Unternehmen bewertet at equity	-20.514	430	-20.083	4.071	-671	3.401
Summe sonstiges Ergebnis	-65.520	11.249	-54.271	68.723	-10.502	58.222

Angaben zur Konzernbilanz

12) Barreserve

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Kassenbestand	1.168	1.382
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1.350.078	1.761.070
Barreserve	1.351.246	1.762.453

13) Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 3.812.548 Tsd. (2013: EUR 5.798.139 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
täglich fällig	580.497	714.307
bis 3 Monate	1.063.598	1.404.874
bis 1 Jahr	410.151	298.976
bis 5 Jahre	1.399.204	3.333.550
über 5 Jahre	359.098	46.432
Forderungen an Kreditinstitute	3.812.548	5.798.139

14) Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden in Höhe von EUR 4.134.053 Tsd. (2013: EUR 7.081.347 Tsd.) sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
täglich fällig	601.086	207.219
bis 3 Monate	462.708	255.837
bis 1 Jahr	583.867	1.746.889
bis 5 Jahre	1.886.670	3.742.008
über 5 Jahre	599.721	1.129.394
Forderungen an Kunden	4.134.053	7.081.347

Angaben zum Leasinggeschäft

EUR Tsd.	bis 1 Jahr	bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
2014				
Bruttoinvestitionswert	543.831	985.330	121.702	1.650.863
Abzüglich unverzinster geleisteter Kautionen	-515	-3.943	-1.167	-5.625
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-95.394	-163.570	-19.081	-278.046
Nettoinvestitionswert	447.922	817.817	101.453	1.367.192
Nicht garantierte Restwerte				3.797
2013				
Bruttoinvestitionswert	1.027.105	1.711.546	248.280	2.986.931
Abzüglich unverzinster geleisteter Kautionen	-4.064	-4.778	-3.026	-11.868
Abzüglich noch nicht realisierter Finanzerträge	-127.819	-168.416	-29.366	-325.601
Nettoinvestitionswert	895.222	1.538.353	215.888	2.649.463
Nicht garantierte Restwerte				13.893

Der Nettoinvestitionswert ist in den Positionen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten enthalten.

Der Nettoinvestitionswert entspricht dem fair value der Finanzierungsleasinggeschäfte, da den Verträgen variable Zinssätze zugrunde liegen.

15) Risikovorsorge

EUR Tsd.	Einzelwert- berichtigung Kreditinstitute	Einzelwert- berichtigung Kunden	Portfolio- wertberichtigung	Gesamt
Stand am 01.01.2013	703	882.950	183.392	1.067.045
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-3.790	0	-3.790
Währungsumrechnung	0	-7.635	-161	-7.795
Umgliederungen	0	-34.348	-180	-34.528
Barwerteffekt	0	-2.059	0	-2.059
Verbrauch	0	-211.361	0	-211.361
Auflösung	0	-99.172	-119.915	-219.087
Zuführung	0	184.407	177	184.584
Stand am 31.12.2013	703	708.993	63.313	773.009
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-95.778	-4.748	-100.526
Währungsumrechnung	0	-5.456	-77	-5.534
Umgliederungen	0	-21.747	0	-21.747
Barwerteffekt	0	-3.143	0	-3.143
Verbrauch	0	-229.960	0	-229.960
Auflösung	0	-72.127	-51.403	-123.530
Zuführung	0	121.466	94	121.560
Stand am 31.12.2014	703	402.247	7.178	410.128

In den Forderungen an Kunden sind zinslos gestellte Forderungen in Höhe von EUR 309.568 Tsd. (2013: EUR 406.930 Tsd.) enthalten. Die darauf entfallende Zinszuschreibung ist in der Zuführung im Ausmaß von EUR 4.779 Tsd. (2013: EUR 7.708 Tsd.) enthalten. In der Zeile Umgliederungen sind neben Umgruppierungen von Rückstellungen auch Umgliederungen in die Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt enthalten. Die Portfoliowertberichtigungen betreffen zur Gänze Forderungen an Kunden.

16) Handelsaktiva

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	147.528	109.947
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	14.938	26.655
Positive Marktwerte aus derivativen Geschäften	1.487.892	1.490.790
aktienbezogene Geschäfte	26.886	39.401
währungsbezogene Geschäfte	1.140	2.337
zinsbezogene Geschäfte	1.459.866	1.449.052
Handelsaktiva	1.650.358	1.627.392

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	15.886	7.364
bis 1 Jahr	14.035	16.305
bis 5 Jahre	51.570	57.123
über 5 Jahre	66.037	29.155
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	147.528	109.947

17) Finanzinvestitionen

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	20.542	51.976
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.571	42.897
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8.970	9.080
Finanzinvestitionen available for sale	2.227.802	2.283.393
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.170.198	2.216.571
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.604	66.822
Finanzinvestitionen loans & receivables	187.182	255.945
Finanzinvestitionen held to maturity	366.574	831.425
Finanzinvestitionen	2.802.099	3.422.739

In der Position Finanzinvestitionen held to maturity sind Zinsabgrenzungen in Höhe von EUR 4.417 Tsd. (2013: EUR 11.459 Tsd.) berücksichtigt.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	119.713	250.303
bis 1 Jahr	237.566	444.668
bis 5 Jahre	959.270	1.137.180
über 5 Jahre	1.418.976	1.514.687
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.735.525	3.346.838

Wertpapieraufgliederung gemäß BWG

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Börsennotierte Wertpapiere	2.647.272	3.243.128
Festverzinsliche Wertpapiere	2.646.496	3.236.709
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	775	6.418
Dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere	2.325.008	3.282.728
Rediskontfähige Wertpapiere	2.198.268	2.669.794

In der Position dem Anlagevermögen gewidmete Wertpapiere werden alle Wertpapiere erfasst, die der Konzern beabsichtigt länger als ein Jahr im Bestand zu haben.

Finanzinvestitionen bewertet at fair value through profit or loss

Finanzinvestitionen werden in die Kategorie at fair value through profit or loss designiert, weil der Konzern diese Finanzinvestitionen auf Marktwertbasis gemäß seiner Investitionsstrategie verwaltet. Das interne Berichtswesen und die Ergebnismessung erfolgen für diese Wertpapiere auf Marktwertbasis.

Umwidmung von available for sale in loans & receivables

Gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im Geschäftsjahr 2008 Wertpapiere der Kategorie available for sale in die Kategorie loans & receivables umgegliedert. Diese Wertpapiere entsprachen bei der erstmaligen Erfassung der Definition für die Kategorie loans & receivables und wurden damals in die Kategorie available for sale gewidmet. Die Umwidmung zu loans & receivables wurde zum 1. Juli 2008 vorgenommen. Der fair value zum Zeitpunkt der Umwidmung wurde als neuer Buchwert für diese Wertpapierbestände angesetzt.

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013	01.07.2008
Buchwert	27.120	106.754	1.140.363
Fair value	28.002	108.218	1.140.363
Available for sale Rücklage mit Umwidmung	-76	-4.724	-79.177
Available for sale Rücklage ohne Umwidmung	-861	-6.009	-79.177

Durchschnittlicher Effektivzinssatz - geordnet nach Währungen

	EUR	USD	GBP	JPY	Gesamt
Durchschnittlicher Effektivzinssatz 2014	1,50 %	1,21 %	2,59 %	0,00 %	1,21 %
Durchschnittlicher Effektivzinssatz 2013	2,54 %	1,69 %	4,17 %	0,00 %	2,07 %

18) Investment property Vermögenswerte

EUR Tsd.	Investment properties
Anschaffungswerte 01.01.2013	378.318
Währungsumrechnung	-1.441
Zugänge inklusive Umbuchungen	84.462
Abgänge inklusive Umbuchungen	-98.232
Anschaffungswerte 31.12.2013	363.107
Veränderungen im Konsolidierungskreis	15.132
Währungsumrechnung	-480
Zugänge inklusive Umbuchungen	5.512
Abgänge inklusive Umbuchungen	-89.750
Anschaffungswerte 31.12.2014	293.521

EUR Tsd.	Investment properties
2013	
Anschaffungswerte 31.12.2013	363.107
kumulierte Ab- und Zuschreibung	-110.697
Buchwert 31.12.2013	252.410
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-35.205
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	4.310
Buchwert 01.01.2013	286.806
2014	
Anschaffungswerte 31.12.2014	293.521
kumulierte Ab- und Zuschreibung	-85.195
Buchwert 31.12.2014	208.326
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-28.229
Zuschreibungen des Geschäftsjahres	5.935

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen erfasst. Von diesen Bewertungen betrifft ein Betrag von EUR -23.244 Tsd. (2013: EUR -32.926 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen investment property Vermögenswerte.

Im Geschäftsjahr 2014 gingen bei den investment property Vermögenswerten Buchwerte in Höhe von EUR 12.206 Tsd. (2013: EUR 52.119 Tsd.) ab.

Unter Investment properties werden 15 bereits fertiggestellte Objekte (2013: 20) mit Buchwerten von EUR 176.199 Tsd. (2013: EUR 199.528 Tsd.) sowie ein in Bau befindliches Objekt mit einem Buchwert in Höhe von EUR 5.250 Tsd. (2013: zwei in Bau befindliche Objekte mit einem Buchwert in Höhe von EUR 14.615 Tsd.) sowie unbebaute Grundstücke mit einem Buchwert in Höhe von EUR 26.877 Tsd. (2013: EUR 38.267 Tsd.) ausgewiesen, die sowohl in Österreich als auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas stehen. Die in Bau befindlichen Objekte und die unbebauten Grundstücke wurden zum Berichtsstichtag mit dem fair value bewertet.

In die Bewertung der investment property Vermögenswerte werden Parameter herangezogen, die nicht auf Marktdaten basieren, daher erfolgt die Einstufung der als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien in Level 3 der fair value Kategorie.

Die nicht beobachtbaren Inputfaktoren werden von den unabhängigen externen Gutachtern zur Verfügung gestellt und reflektieren die aktuelle Markteinschätzung unter Berücksichtigung der spezifischen Merkmale jedes einzelnen Objekts. Im Folgenden werden die wesentlichen Inputparameter dargestellt, wobei zwischen fertiggestellten Objekten und Objekten in Bau sowie unbebauten Grundstücken unterschieden wird. Für jeden einzelnen Inputparameter wird jeweils der niedrigste Wert (Minimum), der höchste Wert (Maximum) und der mit dem Buchwert gewichtete Durchschnittswert (Durchschnitt) dargestellt. Die Parameterausprägungen beziehen sich daher in aller Regel nicht auf ein und dieselbe Immobilie.

Fertiggestellte Objekte

	2014			2013		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	1.452	38.000	11.053	133	43.894	10.247
Vermietbare Fläche in m ²	3.640	32.411	13.066	101	15.817	8.488
Vermietungsgrad	0,00 %	100,00 %	74,64 %	26,71 %	100,00 %	78,00 %
ERV p.a.* in EUR Tsd.	144	5.052	2.020	11	2.942	1.551
Diskontierungszinssatz	7,40 %	12,00 %	9,20 %	7,20 %	13,49 %	9,19 %

* Estimated rental value (geschätzter Mietwert)

Sensitivitätenanalyse

EUR Tsd. 31.12.2014	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
ERV (10 % Veränderung)	16.580	-16.580
ERV (5 % Veränderung)	8.290	-8.290
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-4.387	4.632
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-8.548	9.531
31.12.2013		
ERV (10 % Veränderung)	19.469	-19.469
ERV (5 % Veränderung)	9.734	-9.734
Diskontierungszinssatz (0,25 % Veränderung)	-5.157	5.446
Diskontierungszinssatz (0,50 % Veränderung)	-10.049	11.205

Objekte in Bau und unbebaute Grundstücke

	2014			2013		
	Minimum	Maximum	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Durchschnitt
Buchwert in EUR Tsd.	40	9.020	2.998	1.700	10.600	6.414
Grundstücksgröße in m ²	5.000	706.500	110.444	7.293	280.001	98.122
Wert pro m ² in EUR	1	694	164	24	1.028	366

Sensitivitätenanalyse

EUR Tsd. 31.12.2014	Buchwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
Grundstückswert (10 % Veränderung)	4.796	-4.796
Grundstückswert (5 % Veränderung)	2.398	-2.398
31.12.2013		
Grundstückswert (10 % Veränderung)	5.772	-5.772
Grundstückswert (5 % Veränderung)	2.886	-2.886

In den Sensitivitätenanalysen sind die investment property Vermögenswerte, die im Geschäftsjahr in den Vermögenswerten zur Veräußerung bestimmt umgegliedert wurden, enthalten.

Der Konzern hat sich bei investment property Vermögenswerten, die von Dritten refinanziert werden, diesen gegenüber zur Instandhaltung der Projekte verpflichtet. Ansonsten bestehen keine weiteren Verpflichtungen investment property Vermögenswerte zu kaufen, zu erstellen, zu entwickeln oder zu erhalten.

19) Anteile an at equity bewerteten Unternehmen

EUR Tsd.	Gemeinschafts- unternehmen	Assoziierte Unternehmen
Buchwert 01.01.2013	0	10.293
Zugänge	123.200	0
Abgänge	0	-4.697
Anteiliges Gesamtergebnis	-49.585	539
Erhaltene Dividende	0	-510
Übernahme Vorjahresverluste	-73.615	0
Buchwert 31.12.2013	0	5.626
Veränderungen im Konsolidierungskreis	19.854	38.886
Zugänge	328.660	0
Anteiliges Gesamtergebnis	-226.480	6.124
Erhaltene Dividende	-187	-1.257
Übernahme Vorjahresverluste	-44.955	0
Abschreibung	-78.929	0
Zuschreibung	56.979	0
Umbuchung in IFRS 5 Vermögenswerte	-33.760	0
Buchwert 31.12.2014	21.181	49.379

Gemeinschaftsunternehmen

Die ÖVAG hält Anteile an folgenden Gemeinschaftsunternehmen. VBI Beteiligungs GmbH (VBI Bet), die 100 % der Anteile an der Volksbank Romania S.A. (VBRO) in Bukarest hält. Weiteres hält die ÖVAG Anteile an der Marangi Immobiliare s.r.l (Marangi), der Viktoria-Volksbanken Vorsorgekasse Aktiengesellschaft (VVBVK) und der Viktoria-Volksbanken Pensionskassen Aktiengesellschaft (VVBPK).

Keine der Gesellschaften notiert an einer Börse.

Die ÖVAG hält 51 % (2013: 51 %) der Anteile an der VBI Bet. Aufgrund des Syndikatsvertrages, welchen die Gesellschafter abgeschlossen haben, kann die Kontrolle nur gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern ausgeübt werden. Insbesondere regelt der Syndikatsvertrag neben der Bestellung der Organe die Restrukturierung und den geplanten Verkaufsprozess der VBRO. Der Geschäftszweck der VBRO ist der Betrieb des Bankgeschäfts in Rumänien, schwerpunktmäßig im Segment Retail, wobei allerdings in der Vergangenheit hauptsächlich Hypothekarkredite vergeben wurden. Die Gesellschafter der VBI Bet stellen aliquot den wesentlichen Teil der Refinanzierung der VBRO zur Verfügung. Am 10. Dezember 2014 wurde der Verkaufsvertrag unterfertigt. Mit dem Closing wird im April 2015 gerechnet, weshalb eine Umgliederung zur Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt (Veräußerungsgruppe) erfolgt ist.

Die ÖVAG hält 50 % der Anteile der Marangi mit Sitz in Aiello del Friuli, Italien. Die Marangi ist Eigentümer eines Outletcenters in der Nähe von Udine.

Die ÖVAG hält an der VVBVK 50 % der Anteile und der Stimmrechte. Gegenstand des Unternehmens ist die Hereinnahme und Veranlagung von Abfertigungsbeiträgen und Selbständigevorsorgebeiträgen (betriebliche Vorsorgekassengeschäft gem. § 1 Abs. 1 (21) BWG). Weiters hält die ÖVAG 47,5 % der Anteile an der VVBPK. Aufgrund der Syndikatsverträge können beide Gesellschaften nur gemeinsam mit dem Partner beherrscht werden. Die Gründung beider Gesellschaften erfolgt vor dem Hintergrund, auf das Kundenpotential und die Vertriebswege der Syndikatspartner und des Volksbanken-Verbundes zurückzugreifen und die Produktpalette der Partner zu erweitern.

Die Marangi, die VVBVK sowie die VVBPK werden im Geschäftsjahr 2014 erstmals at equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen der VBI Bet gemeinsam mit der VBRO gesondert und die der anderen drei unwesentlichen Gesellschaften insgesamt dargestellt, wobei die Vorjahresangaben für die im Vorjahr nicht einbezogenen Gesellschaften in den Vergleichszahlen 2013 der nachfolgenden Tabelle nicht dargestellt sind:

Zusatzinformationen zu den Gemeinschaftsunternehmen

EUR Tsd.	VBI Bet + VBRO		Übrige Unternehmen	
	2014	2013	2014	2013
Aktiva				
Barreserve	533.833	569.294	1	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	116.464	188.616	3.486	0
Forderungen an Kunden (brutto)	1.930.989	2.547.103	1.423	0
Risikovorsorge	-218.399	-665.516	0	0
Finanzinvestitionen	333.878	377.049	27.980	0
Sonstige Aktiva	63.902	75.564	81.797	0
Summe Aktiva	2.760.667	3.092.109	114.687	0
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	907.803	1.586.870	36.769	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.047.549	995.461	8.925	0
Nachrangkapital	161.088	161.493	0	0
Sonstige Passiva	483.172	63.499	17.793	0
Eigenkapital	161.055	284.786	51.200	0
Summe Passiva	2.760.667	3.092.109	114.687	0
Gesamtergebnisrechnung				
Zinsen und ähnliche Erträge	147.576	188.349	7.553	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-64.549	-84.256	-809	0
Zinsüberschuss	83.027	104.093	6.744	0
Risikovorsorge	-45.836	-122.456	0	0
Jahresergebnis vor Steuern	-428.660	-104.524	3.179	0
Steuern vom Einkommen	980	630	-303	0
Jahresergebnis nach Steuern	-427.681	-103.893	2.876	0
Sonstiges Ergebnis	-17.051	6.813	0	0
Gesamtergebnis	-444.732	-97.080	2.876	0

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2014	2013	2014	2013
Anteiliger Verlust der Periode	0	0	0	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	0	0	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0	-33.940	0	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0	-11.015	0	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2014	2013	2014	2013
Eigenkapital	161.055	284.786	51.200	0
Anteilsquote	51,00 %	51,00 %	n.a.	n.a.
Anteiliges Eigenkapital	82.138	145.241	25.194	0
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-21.950	0	0	0
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0	44.955	0	0
Bewertungen Vorjahre	-252.196	-252.196	-5.194	0
Umgliederungen Buchwert	226.950	62.000	0	0
Buchwert 31.12.2014	34.942	0	20.000	0
hievon Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	33.760			

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da die Übrigen Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden. In der Zeile Bewertungen Vorjahre sind die Ergebnisse aus den Vorjahren von den im Geschäftsjahr 2014 erstmalig einbezogenen Unternehmen erfasst. Hier wur-

den die Vorjahresbewertungen nicht nachgeholt. Bei den Umgliederungen Buchwert sind für die Folgejahre zugesagte Kapitalerhöhungen erfasst.

Die VBRO ist zum 31. Dezember 2014 in der Position Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt enthalten. Die Darstellung des nicht erfassten anteiligen Verlusts wurde für die Vergleichszahlen angepasst. Das hatte keine Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung.

Assoziierte Unternehmen

Die ÖVAG hält Anteile an folgenden assoziierten Unternehmen. An der Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen (GEHA), an der IMMO-Bank Aktiengesellschaft (IMMO-Bank), an der VBV delta Anlagen Vermietung Gesellschaft m. b. H (VBV delta) und an der TPK-24 Sp.z.o.o. (TPK-24).

An der GEHA mit Sitz in Klagenfurt hält die ÖVAG 30,86 % (2013: 30,17 %). Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist der Betrieb des Bankgeschäfts sowie das bankmäßige Vermittlungs- und Dienstleistungsgeschäft.

An der Immo-Bank mit Sitz in Wien hält die ÖVAG 22,87 % (2013: 22,87 %). Der Hauptgeschäftszweck der Gesellschaft ist die Finanzierung von Wohnbaugenossenschaften und großvolumigen Wohnbauten, wobei die Refinanzierung über Wohnbauanleihen erfolgt.

Die VBV delta mit einem Anteil der ÖVAG von 40 % (2013: 40 %) und Sitz in Wien sowie die TPK-24 mit einem Anteil der ÖVAG von 30 % (2013: 30 %) mit Sitz in Warschau sind im Geschäftsbereich Immobilienentwicklung tätig.

Die GEHA, die IMMO-Bank und die TPK-24 werden im Geschäftsjahr 2014 erstmals at equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Im Folgenden werden die Finanzinformationen für alle Gesellschaften gemeinsam dargestellt, da keine Gesellschaft aufgrund der, der ÖVAG zurechenbaren anteiligen Finanzinformationen, als wesentlich eingestuft wird. Die im Vorjahr nicht at equity einbezogenen Gesellschaften wurden auch in der Darstellung der Finanzvergleichsinformationen exkludiert.

Zusatzinformationen zu den assoziierten Unternehmen

EUR Tsd.	2014	2013
Aktiva		
Barreserve	5.349	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	490.866	1.724
Forderungen an Kunden (brutto)	1.575.271	0
Risikovorsorge	-23.574	0
Finanzinvestitionen	182.952	0
Sonstige Aktiva	117.328	22.063
Summe Aktiva	2.348.192	23.787
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	393.779	6.448
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	898.394	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	722.518	0
Nachrangkapital	48.247	0
Sonstige Passiva	47.454	3.276
Eigenkapital	237.799	14.064
Summe Passiva	2.348.192	23.787
Gesamtergebnisrechnung		
Zinsen und ähnliche Erträge	44.949	2.674
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16.967	-193
Zinsüberschuss	27.982	2.481
Risikovorsorge	3.868	0
Jahresergebnis vor Steuern	39.206	1.912
Steuern vom Einkommen	-13.185	-425
Jahresergebnis nach Steuern	26.022	1.486
Sonstiges Ergebnis	-1.167	0
Gesamtergebnis	24.855	1.486

Nicht erfasster anteiliger Verlust

EUR Tsd.	2014	2013
Anteiliger Verlust der Periode	0	0
Anteilige Veränderung sonstiges Ergebnis der Periode	0	0
Kumulierter Verlust zum Stichtag	0	0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis zum Stichtag	0	0

Überleitungsrechnung

EUR Tsd.	2014	2013
Eigenkapital	237.799	14.064
Anteilsquote	n.a.	n.a.
Anteiliges Eigenkapital	67.542	5.626
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	0	0
Nicht erfasster anteiliger Verlust	0	0
Bewertungen Vorjahre	-18.163	0
Umgliederungen Buchwert	0	0
Buchwert 31.12.2014	49.379	5.626

In der Überleitungsrechnung wird vom anteiligen Eigenkapital auf den Buchwert übergeleitet. Da die Übrigen Unternehmen zusammengefasst sind, kann die Anteilsquote nicht angegeben werden. In der Zeile Bewertungen Vorjahre sind die Ergebnisse aus den Vorjahren von den im Geschäftsjahr 2014 erstmalig einbezogenen Unternehmen erfasst. Hier wurden die Vorjahresbewertungen nicht nachgeholt.

Aufgrund von gesetzlichen Regelungen im Genossenschaftsgesetz (GenG) erhält die ÖVAG im Falle der Kündigung (nicht bei Liquidation oder Veräußerung) des Geschäftsanteils an der GEHA nur die Einlage zurück. Eine etwaige Dividende der GEHA und der IMMO-Bank ist insoweit limitiert, als die bankaufsichtlichen Regelungen zu berücksichtigen sind und das Eigenkapital einen bestimmten Betrag nicht unterschreiten darf.

20) Anteile und Beteiligungen

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen	22.234	27.660
Anteile an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	30.561	76.276
Sonstige Beteiligungen	174.655	255.596
Anteile und Beteiligungen	227.451	359.531

Eine Liste der verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen findet sich in Kapitel 55). Bei den Anteilen und Beteiligungen wurden im Geschäftsjahr Beteiligungen mit einem Buchwert von EUR 55.971 Tsd. (2013: EUR 27.207 Tsd.) veräußert. Das Ergebnis aus diesen Veräußerungen belief sich auf EUR 14.601 Tsd. (2013: EUR 18.092 Tsd.) und wird in der Position Ergebnis aus Finanzinvestitionen dargestellt.

Anteile und Beteiligungen von Unternehmen, deren Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, sind mit den Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Anteile und Beteiligungen mit einem Buchwert in Höhe von EUR 208.171 Tsd. (2013: EUR 310.322 Tsd.) sind mit dem Marktwert bewertet.

Gemäß den geplanten Restrukturierungen des Konzerns werden Geschäfte außerhalb des neuen Kernbereiches (non-core business) gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft. Das schließt auch Anteile und Beteiligungen mit ein.

21) Immaterielles Anlagevermögen

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2013	45.282	3.258	266	48.806
Währungsumrechnung	-141	0	-3	-144
Zugänge inklusive Umbuchungen	3.327	0	30	3.357
Abgänge inklusive Umbuchungen	-2.495	0	-38	-2.534
Anschaffungswerte 31.12.2013	45.973	3.258	254	49.485
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-4.625	-3.258	-78	-7.961
Währungsumrechnung	-67	0	-2	-70
Zugänge inklusive Umbuchungen	3.681	0	68	3.750
Abgänge inklusive Umbuchungen	-3.642	0	-62	-3.704
Anschaffungswerte 31.12.2014	41.320	0	180	41.500

EUR Tsd.	Software	Firmenwerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 31.12.2013	45.973	3.258	254	49.485
kumulierte Zu- und Abschreibung	-32.753	-2.838	-223	-35.814
Buchwert 31.12.2013	13.220	420	32	13.672
Hievon mit unbeschränkter Nutzungsdauer	0	420	0	420
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	13.220	0	32	13.252
planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-3.587	0	-45	-3.632
Buchwert 01.01.2013	13.514	420	34	13.967

Anschaffungswerte	41.320	0	180	41.500
Kumulierte Zu- und Abschreibung	-30.772	0	-163	-30.935
Buchwert 31.12.2014	10.548	0	17	10.565
Hievon mit beschränkter Nutzungsdauer	10.548	0	17	10.565
planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-5.256	0	-98	-5.354
Impairment des Geschäftsjahres	-752	0	-1	-753

Zusammensetzung der Firmenwerte

EUR Tsd.	Buchwert 31.12.2014	Abschreibung 2014	Buchwert 31.12.2013	Abschreibung 2013
Segment Immobilien	0	0	420	0
Gesamt	0	0	420	0

Der im Geschäftsjahr 2013 bestehende Firmenwert im Segment Immobilien betrifft das Objekt Heilbad Sauerbrunn und resultiert aus den passiven latenten Steuern aus der Immobilienbewertung. Die Gesellschaft wurde mit Kaufvertrag vom 1. Juli 2014 veräußert.

22) Sachanlagen

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermö- genswerte	Sonstiges	Gesamt
Anschaffungswerte 01.01.2013	136.089	10.884	29.719	120.369	8.156	305.218
Währungsumrechnung	-201	-75	-66	-967	-134	-1.442
Zugänge inklusive Umbuchungen	12	638	815	24.927	2.349	28.740
Abgänge inklusive Umbuchungen	-72.256	-734	-6.488	-45.019	-2.732	-127.229
Anschaffungswerte 31.12.2013	63.645	10.714	23.979	99.310	7.639	205.287
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-3.885	-2.443	-1.726	-15.557	-3.074	-26.685
Währungsumrechnung	-48	-43	-32	-664	-67	-854
Zugänge inklusive Umbuchungen	3	451	335	19.559	1.056	21.405
Abgänge inklusive Umbuchungen	-8	-2.426	-1.897	-26.641	-1.090	-32.062
Anschaffungswerte 31.12.2014	59.707	6.253	20.659	76.008	4.464	167.091

EUR Tsd.	Grundstücke und Gebäude	EDV- Ausstattung	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Sonstige operating lease Vermö- genswerte	Sonstiges	Gesamt
2013						
Anschaffungswerte 31.12.2013	63.645	10.714	23.979	99.310	7.639	205.287
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-7.346	-9.077	-14.126	-39.581	-3.655	-73.784
Buchwert 31.12.2013	56.299	1.637	9.853	59.730	3.984	131.503
Planmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-3.394	-1.173	-1.766	-17.550	-1.371	-25.254
Außerplanmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	0	0	0	0	0	0
Buchwert 01.01.2013	112.497	2.326	12.142	67.333	3.710	198.008

2014

Anschaffungswerte 31.12.2014	59.707	6.253	20.659	76.008	4.464	167.091
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	-6.771	-5.429	-13.051	-29.315	-2.246	-56.812
Buchwert 31.12.2014	52.937	824	7.608	46.693	2.217	110.279
Planmäßige Abschreibungen des Geschäftsjahres	-1.412	-841	-1.380	-14.604	-1.168	-19.405
Außerplanmäßige Abschreibung des Geschäftsjahres	-182	-28	-429	-95	0	-733

Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren operating lease Verträgen

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	5.465	6.711
bis 1 Jahr	14.738	17.884
bis 5 Jahre	35.707	46.618
über 5 Jahre	12.785	21.557
Künftige Mindestleasingzahlungen	68.695	92.770

23) Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

EUR Tsd.	31.12.2014		31.12.2013	
	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen	Ertragsteuer- ansprüche	Ertragsteuer- verpflichtungen
Laufende Ertragsteuer	20.893	5.973	19.974	14.112
Latente Ertragsteuer	11.605	31.929	32.932	52.399
Ertragsteuer Gesamt	32.498	37.902	52.905	66.511

Die folgende Darstellung zeigt, aus welchen Abweichungen zwischen dem Bilanzansatz nach Steuerrecht und IFRS latente Ertragsteueransprüche und Ertragsteerverpflichtungen entstehen.

EUR Tsd.	2014		2013		Nettoabweichung 2014		
	Ertragsteueransprüche	Ertragsteerverpflichtungen	Ertragsteueransprüche	Ertragsteerverpflichtungen	Gesamt	Über Gewinn- und Verlustrechnung	Über sonstiges Ergebnis
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	941	107	13.126	140	-12.152	-12.176	0
Forderungen an Kunden inklusive Risikovorsorge	9.801	76.113	30.730	24.836	-72.205	-65.890	0
Handelsaktiva	2.433	0	3.860	0	-1.426	-1.426	0
Finanzinvestitionen	430	93.960	578	35.097	-59.011	-46.317	-12.694
Investment property Vermögenswerte	12	7.427	396	7.912	101	1.001	0
Anteile und Beteiligungen	71.145	15.746	2.281	36.333	89.451	70.198	18.817
Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen	259	4	79	142	318	207	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.348	630	19.892	375	-1.799	451	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	33.129	7	31.199	43	1.967	1.967	0
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	68.217	18.275	60.687	13.370	2.625	2.625	0
Handelspassiva	0	129	0	935	806	806	0
Pensions-, Abfertigungs-, und sonstige Rückstellungen	16.038	73.468	12.482	1.501	-68.411	-73.179	3.829
Sonstige Aktiva und sonstige Passiva	221.068	164.940	112.213	176.236	120.150	122.545	44
Übrige Bilanzpositionen	0	13.723	0	14.543	821	-2	823
Verlustvorträge	2.382	0	4.472	0	-2.090	-2.739	0
Latente Steuern vor Verrechnung	444.202	464.526	291.994	311.462	-857	-1.929	10.818
Verrechnung zwischen aktiven und passiven latenten Steuern	-432.598	-432.598	-259.063	-259.063	0	0	0
Ausgewiesene latente Steuern	11.605	31.929	32.932	52.399	-857	-1.929	10.818

Der Restbetrag aus der Nettoabweichung im Jahresvergleich, der sich weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch im sonstigen Ergebnis widerspiegelt, ist vor allem auf Änderungen des Konsolidierungskreises, sowie Währungsdifferenzen zurückzuführen.

Die Verrechnung zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen erfolgt jeweils nur im gleichen Unternehmen.

Für die Prüfung der Verwertung der steuerlichen Verlustvorträge, sowie der Werthaltigkeit anderer aktiver latenter Steuern, wurde ein Zeitraum von bis zu 4 Jahren entsprechend der Konzernsteuerplanung zu Grunde gelegt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 14.727 Tsd. (Steuerbemessungsgrundlage) (2013: EUR 155.972 Tsd.) wertberichtigt sowie aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und andere aktive latente Steuern in Höhe von EUR 1.040.702 Tsd. (2013: EUR 22.708 Tsd.) nicht angesetzt, weil nach Einschätzung des Managements die Verwertbarkeit dieser aktiven latenten Steuern auf Verlustvorträge und andere aktiven latenten Steuern in einem angemessenen Zeitraum (bis zu 4 Jahre) unwahrscheinlich ist. Somit wurden auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von EUR 3.107.029 Tsd. (2013: EUR 2.322.267 Tsd.) keine latenten Steuern gebildet. Von diesen steuerlichen Verlustvorträgen sind EUR 3.071.095 Tsd. (2013: EUR 2.309.658 Tsd.) unbeschränkt vortragsfähig und betreffen vor allem die ÖVAG selbst.

24) Sonstige Aktiva

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Rechnungsabgrenzungsposten	2.076	12.110
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	282.167	208.200
Positive Marktwerte der Derivate im Bankbuch	453.194	394.434
Sonstige Aktiva	737.437	614.744

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Aktiva enthaltenen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2014		31.12.2013	
	Fair value hedge	Cash flow hedge	Fair value hedge	Cash flow hedge
Zinsbezogene Geschäfte	253.839	0	132.956	56
Positive Marktwerte Derivate	253.839	0	132.956	56

25) Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Vermögenswerte, die zur Veräußerung gem. IFRS 5 bestimmt sind, zusammengefasst (im Vorjahr abzüglich Verbindlichkeiten). Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen.

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	317.369	0
Forderungen an Kunden (brutto)	96.030	397.706
Risikovorsorge (-)	-64.597	-42.732
Finanzinvestitionen	0	36.442
Investment property Vermögenswerte	5.434	0
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	33.760	0
Anteile und Beteiligungen	0	31.781
Sonstige Aktiva	33	142.722
Sonstige Passiva	0	-11.261
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	388.029	554.657

Die Anteile und Beteiligungen sind mit dem Marktwert bewertet.

26) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Zentralbanken	99.521	152.100
Sonstige Kreditinstitute	6.082.977	7.554.902
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.182.497	7.707.002

Die Verbindlichkeiten, gegenüber Kreditinstituten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
täglich fällig	4.278.888	4.459.195
bis 3 Monate	665.900	887.316
bis 1 Jahr	129.349	385.863
bis 5 Jahre	832.927	1.231.684
über 5 Jahre	275.433	742.945
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.182.497	7.707.002

27) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Bewertet mit fortgeführten Anschaffungskosten	1.825.079	2.148.440
Spareinlagen	0	201
Sonstige Einlagen	1.825.079	2.148.239
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.825.079	2.148.440

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
täglich fällig	798.089	656.733
bis 3 Monate	39.307	132.925
bis 1 Jahr	36.027	36.414
bis 5 Jahre	356.461	475.913
über 5 Jahre	595.195	846.455
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.825.079	2.148.440

28) Verbriefte Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Anleihen	3.295.644	7.084.825
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.295.644	7.084.825

Die verbrieften Verbindlichkeiten sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	110.324	637.599
bis 1 Jahr	425.774	935.560
bis 5 Jahre	1.545.353	2.802.449
über 5 Jahre	1.214.192	2.709.217
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.295.644	7.084.825

29) Handelspassiva

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Negative Marktwerte aus derivativen Geschäften		
aktienbezogene Geschäfte	36.516	58.755
währungsbezogene Geschäfte	13.421	13.044
zinsbezogene Geschäfte	1.469.868	1.305.910
Handelspassiva	1.519.805	1.377.709

30) Rückstellungen

EUR Tsd.	Risiko- rückstellungen	Andere Rückstellungen	Gesamt
Stand am 01.01.2013	21.205	74.305	95.509
Währungsumrechnung	-4	-6	-10
Umgliederungen	-4.107	1.047	-3.060
Verbrauch	-35	-14.386	-14.421
Auflösung	-8.676	-2.561	-11.237
Zuführung	3.795	35.204	38.999
Stand am 31.12.2013	12.178	93.602	105.779
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-199	-199
Währungsumrechnung	3	-12	-9
Umgliederungen	3.966	-5.553	-1.587
Verbrauch	-1	-30.614	-30.614
Auflösung	-1.904	-13.747	-15.651
Zuführung	3.919	49.992	53.911
Stand am 31.12.2014	18.160	93.469	111.629

Die gebildeten Risikorückstellungen betreffen Vorsorgen für außerbilanzielle Transaktionen insbesondere Haftungen und Garantien. Dabei handelt es sich überwiegend um langfristige Rückstellungen.

In der Position andere Rückstellungen wird für Verpflichtungen vorgesorgt, die wahrscheinlich in Zukunft zu einem Mittelabfluss führen werden. Die im Geschäftsjahr 2011 erstmalig gebildete Restrukturierungsrückstellung erfüllt die Kriterien gemäß IAS 37.10 und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 62.262 Tsd. (2013: EUR 28.841 Tsd.). Da ein Großteil der Restrukturierungsmaßnahmen bis Ende 2015 umgesetzt sein soll, handelt es sich überwiegend um eine kurzfristige Rückstellung. Für Immobilienprojekte und Beteiligungsrisiken sind Vorsorgen in Höhe von EUR 8.584 Tsd. (2013: EUR 33.976 Tsd. – vorwiegend im Segment Immobilien) als langfristige Rückstellungen enthalten. Weitere Vorsorgen wurden für schwebende Rechtsverfahren in Höhe von EUR 10.369 Tsd. (2013: EUR 20.302 Tsd.) sowie für wahrscheinliche Abflüsse aus noch nicht weitergegebenen Zinsanpassungen in Höhe von EUR 1.351 Tsd. (2013: EUR 4.895 Tsd.) gebildet.

31) Sozialkapital

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
Barwert 01.01.2013	88.464	29.399	4.483	122.346
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	502	52	554
Dienstzeitaufwand	862	1.680	336	2.878
Zinsaufwand	2.087	932	145	3.164
Zahlungen	-2.516	-2.473	-399	-5.388
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	2.572	-937	-286	1.349
Barwert 31.12.2013	91.470	29.103	4.331	124.904
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-239	-54	-293
Dienstzeitaufwand	1.133	1.585	311	3.029
Zinsaufwand	2.778	914	138	3.830
Zahlungen	-2.850	-1.477	-219	-4.546
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	14.601	745	124	15.470
Barwert 31.12.2014	107.133	30.631	4.630	142.395

Barwert des Planvermögens

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung
Barwert des Planvermögens 01.01.2013	38.413
Ertrag aus dem Planvermögen	1.243
Beiträge zum Planvermögen	4.696
Auszahlungen	-2.375
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	3
Barwert des Planvermögens 31.12.2013	41.980
Ertrag aus dem Planvermögen	4.889
Beiträge zum Planvermögen	473
Auszahlungen	-2.402
Barwert des Planvermögens 31.12.2014	44.940

Die Pensionsrückstellung wird saldiert mit dem Barwert des Planvermögens in dieser Position ausgewiesen.

Die zu erwartenden Beitragszahlungen an das Planvermögen für das Jahr 2015 beziffern sich auf EUR 572 Tsd.

EUR Tsd.	Pensions- rückstellung	Abfertigungs- rückstellung	Jubiläums- rückstellung	Summe Sozialkapital
31.12.2013				
Sozialkapitalverpflichtung	91.470	29.103	4.331	124.904
Barwert des Planvermögens	-41.980	0	0	-41.980
Bilanzierte Nettoschuld	49.490	29.103	4.331	82.924
31.12.2014				
Sozialkapitalverpflichtung	107.133	30.631	4.630	142.395
Barwert des Planvermögens	-44.940	0	0	-44.940
Bilanzierte Nettoschuld	62.193	30.631	4.630	97.454

Historische Information

EUR Tsd.	2014	2013	2012	2011	2010
Barwert der Verpflichtungen	142.395	124.904	122.346	122.101	119.094
Barwert des Planvermögens	44.940	41.980	38.413	35.769	40.611

Zusammensetzung Planvermögen

EUR Tsd.	31.12.2014			31.12.2013	
	Planvermögen - notiert	Planvermögen - unnotiert	Planvermögen - gesamt	Planvermögen - gesamt	Planvermögen - gesamt
Anleihen Gebietskörperschaften	16.080	469	16.550	15.063	15.063
Anleihen Kreditinstitute	2.684	207	2.891	533	533
Anleihen Sonstige	5.949	849	6.798	7.455	7.455
Aktien EU Länder	6.138	0	6.138	6.526	6.526
Aktien USA und Japan	3.820	0	3.820	5.517	5.517
Aktien Sonstige	3.999	22	4.021	1.861	1.861
Derivate	623	1.213	1.836	1.940	1.940
Immobilien	0	1.341	1.341	1.648	1.648
Festgeld	0	14	14	0	0
Kassenbestand	0	1.531	1.531	1.437	1.437
Gesamt	39.294	5.646	44.940	41.980	41.980

In der Spalte Planvermögen - notiert werden alle Vermögenswerte im Planvermögen dargestellt, die einen an einem aktiven Markt notierten Marktpreis haben.

Sensitivitätenanalyse

Bei Konstanzhaltung der anderen Annahmen hätten bei vernünftiger Betrachtungsweise am Abschlussstichtag möglich gewesene Veränderungen bei einer der maßgeblichen versicherungsmathematischen Annahmen die leistungsorientierte Verpflichtung mit den nachstehenden Beträgen beeinflusst.

EUR Tsd.	Barwertveränderung bei	
	Erhöhung der Annahme	Minderung der Annahme
31.12.2013		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-10.335	12.016
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	2.638	-2.437
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	2.649	-2.501
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	3.660	-3.649
31.12.2014		
Abzinsungssatz (0,75 % Veränderung)	-12.583	14.793
Zukünftige Lohn- und Gehaltssteigerungen (0,50 % Veränderung)	2.789	-2.534
Zukünftige Pensionserhöhungen (0,25 % Veränderung)	2.318	-4.350
Zukünftige Sterblichkeit (1 Jahr Veränderung)	7.931	-4.791

Zum 31. Dezember 2014 lag die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtungen bei den Pensionen bei 17,3 Jahren (2013: 15,7 Jahre) und bei der Abfertigung bei 21,7 Jahren (2013: 23 Jahre).

Obwohl die Analyse die vollständige Verteilung der nach dem Plan erwarteten cash flows nicht berücksichtigt, liefert sie einen Näherungswert für die Sensitivität der dargestellten Annahmen.

32) Sonstige Passiva

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Rechnungsabgrenzungsposten	12.169	14.113
Sonstige Verbindlichkeiten	566.636	224.801
Negative Marktwerte der Derivate im Bankbuch	330.409	315.635
Sonstige Passiva	909.215	554.549

In der nachfolgenden Tabelle sind die in der Position sonstige Passiva enthaltenen negativen Marktwerte der Derivate dargestellt, die für das hedge accounting herangezogen werden.

EUR Tsd.	31.12.2014		31.12.2013	
	Fair value hedge	Cash flow hedge	Fair value hedge	Cash flow hedge
Währungsbezogene Geschäfte	47.225	0	32.314	0
Zinsbezogene Geschäfte	47.973	41	43.381	630
Negative Marktwerte Derivate	95.198	41	75.695	630

33) Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt

In dieser Position werden Verbindlichkeiten, die zur Veräußerung gem. IFRS5 bestimmt sind, zusammengefasst. Der ausgewiesene Betrag setzt sich wie folgt zusammen.

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.405	0
Rückstellungen	1.150	0
Ertragsteuerverbindlichkeiten	6	0
Sonstige Passiva	948	0
Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	5.509	0

Die Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

34) Nachrangkapital

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Nachrangige Verbindlichkeiten	424.462	442.585
Ergänzungskapital	68.684	112.372
Nachrangkapital	493.146	554.957

Das Nachrangkapital wird mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Der Buchwert des Ergänzungskapitals wurde gemäß IAS 39 AG 8 neu berechnet, indem der Barwert durch Abzinsen der geschätzten zukünftigen cash flows mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz ermittelt wurde.

In dieser Position wird hybrides Tier I Kapital mit einem Nominale in Höhe von EUR 57.698 Tsd. (2013: EUR 57.698 Tsd.) ausgewiesen.

Restlaufzeitengliederung

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
bis 1 Jahr	0	18.907
bis 5 Jahre	267.020	235.093
über 5 Jahre	226.126	300.956
Nachrangkapital	493.146	554.957

35) Zahlungsströme Verbindlichkeiten

Darstellung der zukünftigen cash flows der Verbindlichkeiten gegliedert nach ihrer vertraglichen Fälligkeit.

EUR Tsd.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Verbriefte Verbindlichkeiten	Nachrangkapital	Handelspassiva	Derivate im Bankbuch
31.12.2014						
Buchwert	6.182.497	1.825.079	3.295.644	493.146	1.519.805	330.409
Zahlungsabflüsse gesamt	6.267.113	1.885.202	4.072.014	632.049	1.477.383	184.489
bis 3 Monate	4.946.486	838.086	120.332	0	0	26
bis 1 Jahr	131.715	36.836	497.336	21.120	39.657	8.822
bis 5 Jahre	910.470	369.729	1.740.832	337.433	552.989	101.180
über 5 Jahre	278.441	640.552	1.713.513	273.496	884.737	74.461
31.12.2013						
Buchwert	7.707.002	2.148.440	7.084.825	554.957	1.377.709	315.635
Zahlungsabflüsse gesamt	8.308.068	3.486.075	8.337.571	685.673	1.315.836	168.632
bis 3 Monate	5.484.165	1.467.718	650.733	0	0	88
bis 1 Jahr	403.881	92.990	1.110.997	38.340	32.342	37.069
bis 5 Jahre	1.637.342	702.756	3.561.349	324.002	670.101	69.831
über 5 Jahre	782.679	1.222.611	3.014.493	323.331	613.393	61.643

Die Zahlungsströme der Eventualverbindlichkeiten werden in Kapitel 45) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken dargestellt.

36) Eigenkapital

Das Grundkapital der ÖVAG beträgt vor Abzug der eigenen Aktien am 31.12.2014 EUR 577.329 Tsd. Es setzt sich aus folgenden Namensaktien zusammen:

	EUR Tsd.
10 Vinkulierte Namensaktien	0
264.708.208 Namensaktien	577.329
	577.329

Mit 7. April 2009 wurde von der Republik Österreich Partizipationskapital in Höhe von einer Milliarde Euro in Tranchen von je 50 Millionen Euro gezeichnet. Nach der Kapitalherabsetzung im Jahr 2012 beträgt dieses Partizipationskapital EUR 300 Mio. Bezüglich der Verzinsung verweisen wir auf die Tabelle Emissionen des Konzerns in Kapitel 37) Eigenmittel. Die Republik Österreich hat für dieses Partizipationskapital ein Wandlungsrecht. Zum Bilanzstichtag befand sich dieses PS-Kapital zur Gänze im Besitz der Republik Österreich. Das im Geschäftsjahr 2008 emittierte PS-Kapital in Höhe von Nominale EUR 150 Mio. wird in der Position Nachrangkapital ausgewiesen.

Insgesamt verfügt die ÖVAG zum 31. Dezember 2014 über ein im Eigenkapital ausgewiesenes Partizipationskapital im Nennbetrag von EUR 310 Mio. (2013: EUR 310 Mio.). Diese Partizipationsscheine lauten auf Inhaber und entsprechen infolge ihrer Ausgabebedingungen und der erfolgten Einzahlung den Bestimmungen des § 23 Abs. 4 BWG idF vor BGBl 2013/184.

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23. Mai 2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23. Mai 2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs. 7 Satz 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 289 Mio. durch Ausgabe neuer Aktien - allenfalls in mehreren Tranchen – gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt wurden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren (genehmigtes Kapital).

Entwicklung des gezeichneten Kapitals

In Stück	31.12.2014		31.12.2013	
	Aktien	PS	Aktien	PS
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 01.01.	264.010.735	162.153	264.010.889	162.153
Abgang eigener Aktien und Partizipationsscheine	0	0	-154	0
Im Umlauf befindliche Aktien und Partizipationsscheine am 31.12.	264.010.735	162.153	264.010.735	162.153
Eigene Aktien und Partizipationsscheine	697.483	18.296	697.483	18.296
Anzahl Aktien und Partizipationskapital am 31.12.	264.708.218	180.449	264.708.218	180.449

20.449 Stück (2013: 20.449 Stück) der im Umlauf befindlichen und der gesamten Partizipationsscheine weisen ein Nominale von EUR 15 Tsd. je Partizipationsschein auf. Die restlichen Partizipationsscheine haben einen Nennwert von EUR 21,80 pro Schein.

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 15. Dezember 2008, geändert durch die Hauptversammlung vom 20. März 2009 und die Hauptversammlung vom 23. Mai 2013, wurde eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu EUR 156 Mio. durch Ausgabe neuer Stammaktien beschlossen, die nur soweit durchgeführt werden soll, wie die Inhaber des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15. Dezember 2008 ausgegebenen Partizipationskapitals von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Dividendenzahlung inkl. Partizipationskapital

EUR Tsd.	2014	2013
Dividende stimmberechtigtes Kapital	0	0
Dividende nicht stimmberechtigtes Kapital	0	0
Gesamt	0	0

Im Geschäftsjahr 2015 werden keine Schüttungen auf das Aktien- und Partizipationskapital durchgeführt.

Gesamtkapitalrentabilität

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt für das Geschäftsjahr -3,17 % % (2013: -0,35 %) und errechnet sich als Quotient zwischen Ergebnis nach Steuern und Bilanzsumme zum Bilanzstichtag.

Nicht beherrschende Anteile

Gesellschaftsname	Minderheitenanteil		Teilkonzern
	2014	2013	
"VBL POSREDNIK" d.o.o.; Sarajevo	50,00%	50,00%	VBLI
ACP IT-Finanzierungs GmbH; Wien	25,00%	25,00%	Übrige Unternehmen
VB Leasing CZ, spol.s.r.o.; Brno	0,00%	50,00%	VBLI
VB LEASING d.o.o.; Zagreb	50,00%	50,00%	VBLI
VB Leasing doo Beograd; Novi Beograd	50,00%	50,00%	VBLI
VB LEASING POLSKA S.A.; Wroclaw	0,00%	50,00%	VBLI
VB LEASING ROMANIA IFN S.A.; Bukarest, Sector 1	0,00%	50,00%	VBLI
VB Leasing Services, spol. s r.o.; Brno	0,00%	50,00%	VBLI
VB LEASING SK, spol. s.r.o.; Bratislava	50,00%	50,00%	VBLI
VB LEASING Sprostredkovatelská s.r.o.; Bratislava	50,00%	50,00%	VBLI
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	1,11%	1,11%	Übrige Unternehmen
VBL BROKER DE ASIGURARE SRL; Bukarest	0,00%	50,00%	VBLI
VBL SERVICES DOO BEOGRAD; Beograd	50,00%	50,00%	VBLI
VB-Leasing International Holding GmbH; Wien	50,00%	50,00%	VBLI
VB-NEPREMICNINE podjetje za promet z nepremicninami, d.o.o.; Ljubljana	40,00%	40,00%	Übrige Unternehmen
VBS HISA d.o.o.; Ljubljana	50,00%	50,00%	VBLI
VBS Leasing d.o.o.; Ljubljana	50,00%	50,00%	VBLI
Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG; Wien	11,15%	11,15%	Übrige Unternehmen
Volksbank Leasing BH d.o.o.; Sarajevo	50,00%	50,00%	VBLI

In der folgenden Tabelle werden die Finanzinformationen der Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe (VBLI) gesondert und alle anderen Gesellschaften, da sie unwesentlich sind, insgesamt dargestellt.

Zusatzinformation nicht beherrschende Anteile

EUR Tsd.	VBLI Teilkonzern		Übrige Unternehmen	
	2014	2013	2014	2013
Aktiva				
Barreserve	4	25	0	0
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	170.390	35.423	15.702	12.916
Forderungen an Kunden (brutto)	582.645	1.818.242	39.017	38.183
Risikovorsorge (-)	-42.053	-126.902	-293	-269
Finanzinvestitionen	0	0	701	661
Sonstige Aktiva	59.851	106.002	20.453	20.768
Bilanzsumme	770.837	1.832.790	75.580	72.259
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	504.053	1.507.908	5.349	5.729
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.594	4.068	115	86
Sonstige Passiva	23.926	65.057	47.765	47.352
Eigenkapital	241.264	255.757	22.350	19.092
Passiva Gesamt	770.837	1.832.790	75.580	72.259
Gesamtergebnisrechnung				
Zinsen und ähnliche Erträge	102.603	126.932	1.591	1.481
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-29.566	-37.878	-655	-623
Zinsüberschuss	73.038	89.055	936	858
Risikovorsorge	-5.725	-5.161	-42	32
Jahresergebnis vor Steuern	24.867	61.990	4.056	431
Steuern vom Einkommen	-9.940	-12.587	-392	-215
Jahresergebnis nach Steuern	14.927	49.404	3.664	216
Sonstiges Ergebnis	10.522	-10.571	-154	275
Gesamtergebnis	25.449	38.833	3.511	491

37) Eigenmittel

Die gemäß CRR ermittelten Eigenmittel der VB-Holding eGen. Kreditinstitutgruppe zeigen folgende Zusammensetzung:

EUR Tsd.	31.12.2014	30.06.2014
Eingezahlte Kapitalinstrumente (abzüglich eigener Anteile)	0	0
Rücklagen	-288.754	27.478
Anpassungen aufgrund von Übergangsbestimmungen	170.179	170.179
Minderheiten	715.488	920.056
Abzugs- und Korrektuposten	-309.110	-86.936
Übergangsanpassungen am harten Kernkapital	255.255	104.735
Hartes Kernkapital (CET1)	543.057	1.135.511
zusätzliches Kernkapital und zum zusätzlichen Kernkapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente	65.316	67.307
Abzugs- und Korrektuposten	188.449	38.332
Übergangsanpassungen am zusätzlichen Kernkapital	-253.764	-105.639
zusätzliches Kernkapital (AT1)	0	0
Kernkapital (T1=CET1+AT1)	543.057	1.135.511
Ergänzungskapital und zum Ergänzungskapital zählende von Tochterunternehmen begebene Instrumente	714.536	702.840
Abzugs- und Korrektuposten	-13.599	-3.223
Übergangsanpassungen am Ergänzungskapital	-1.491	905
Ergänzungskapital (T2)	699.447	700.522
Eigenmittel	1.242.504	1.836.033
Harte Kernkapitalquote ¹⁾	6,21 %	10,14 %
Kernkapitalquote ¹⁾	6,21 %	10,14 %
Eigenmittelquote ¹⁾	14,20 %	16,39 %
¹⁾ bezogen auf das Gesamtrisiko		

In der Position Offene Rücklagen ist hybrides Tier I Kapital in Höhe von EUR 57.698 Tsd. (2013: EUR 57.698 Tsd.) enthalten.

Die risikogewichteten Beträge gemäß CRR setzen sich wie folgt zusammen:

EUR Tsd.	31.12.2014	30.06.2014
Risikogewichtete Beträge - Kreditrisiko	6.557.224	8.839.766
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	680.194	825.407
Gesamtrisikobetrag operationelle Risiken (OpR)	660.324	850.947
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassungen der Kreditbewertung (CVA)	851.657	685.688
Gesamtrisikobetrag	8.749.400	11.201.808

Die Darstellung der Eigenmittel und der Risikobeträge wurde mit 1. Jänner 2014 auf die neuen Regelungen gemäß CRR umgestellt. Die berichteten Zahlen basieren auf der VB-Holding eGen. Kreditinstitutgruppe. Bis dahin erfolgte die Ermittlung nach Basel II und für die Kreditinstitutgruppe der ÖVAG. Da dadurch kein sinnvoller Vergleich mit dem Vorjahr möglich ist, werden als Vergleichszahlen die Eigenmittel per 30.06.2014 herangezogen.

Emissionen des Konzerns, die entweder in Tier I oder Tier II Kapital enthalten sind

Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungs- datum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
CET1				
Partizipationsschein 1986	Eigenkapital	unbefristet	Dividende	3.488
Partizipationsschein 2006 ¹⁾	Eigenkapital	unbefristet	Durchschnittlicher 3M Euribor + 130Bp	6.735
Partizipationsschein 2008 ¹⁾	Nachrang- kapital	unbefristet	10,00 % p.a.; ab 18.06.2018: 6M Euribor + 100 Bp + initial spread (oder Remarketing)	150.000
Partizipationsschein 2009	Eigenkapital	unbefristet	Dividende: 9,30 % p.a., im 6. Jahr 9,80 % p.a., im 7. Jahr 10,30 % p.a., im 8. Jahr: 11,05 % p.a., ab 9. Jahr: jeweils Vorjah- reszinssatz + 100 Bp p.a., max. 12M Euribor + 1000 Bp	300.000
AT1				
ÖVAG Fixed/Floating Rate Perpet- ual Preferred Securities 2004	Nachrang- kapital	unbefristet	6,00 % p.a.; ab 22.09.2005 10Y-Mid Swap + 10 Bp p.a., Cap 9,01 % p.a.	32.629
Subordinated non-cumulative Limi- ted Recourse Notes	Nachrang- kapital	unbefristet	3M Euribor + 165 Bp p.a.	25.069
Tier II Emission				
Ergänzungskapitalanleihe 04/19	Nachrang- kapital	02.08.2019	5,45 % p.a.	30
Ergänzungskapitalanleihe 05/15	Nachrang- kapital	29.07.2015	6M Euribor + 70 Bp	4.100
Ergänzungskapitalanleihe 05/15	Nachrang- kapital	29.07.2015	4,17 % p.a.	1.000
Ergänzungskapitalanleihe 05/25	Nachrang- kapital	29.07.2025	4,81 % p.a.	1.100
Ergänzungskapitalanleihe 05/18	Nachrang- kapital	29.07.2018	6M Euribor + 72 Bp; ab 29.07.2015: 6M Euribor + 180 Bp	2.900
Ergänzungskapitalanleihe 05/20	Nachrang- kapital	07.09.2020	2006: 3,00 % p.a.; 2007: 3,125 % p.a.; 2008: 3,25 % p.a.; 2009: 3,375 % p.a.; 2010: 3,50 % p.a.; 2011: 3,625 % p.a.; 2012: 3,75 % p.a.; 2013: 3,875 % p.a.; 2014: 4,00 % p.a.; 2015: 4,25 % p.a.; 2016: 4,50 % p.a.; 2017: 5,00 % p.a.; 2018: 6,00 % p.a.; 2019: 7,00 % p.a.; 2020: 8,00 % p.a.	4.685
Ergänzungskapitalanleihe 05/25	Nachrang- kapital	18.08.2025	4,90 % p.a.	500
Ergänzungskapitalanleihe 01/21	Nachrang- kapital	08.03.2021	7,00 % p.a.	15.000
Ergänzungskapitalanleihe 02/22	Nachrang- kapital	20.06.2022	6,70 % p.a.; ab 20.06.2012: 7,00 % p.a.	11.000
Ergänzungskapitalanleihe 02/22	Nachrang- kapital	24.07.2022	10Y CMS, mind. 6,00 % p.a.; ab 24.07.2012: 7,00 % p.a.	4.000
Ergänzungskapitalanleihe 01-21	Nachrang- kapital	06.03.2021	7,00 % p.a.	30.000
ERP Fonds	Nachrang- kapital	31.12.2018	1,00 % p.a.	3.339
Nachrangige FRN Schuldver- schreibungen Volksbank AG 2013 - 2018	Nachrang- kapital	26.07.2018	3M Euribor + 900 Bp	42.757
Nachrangige FRN Schuldver- schreibungen Volksbank AG 2013 - 2019	Nachrang- kapital	26.07.2019	3M Euribor + 900 Bp	5.138
Nachrangige FRN Schuldver- schreibungen Volksbank AG 2013 - 2020	Nachrang- kapital	26.07.2020	3M Euribor + 900 Bp	801

Name	Ausweis IFRS	Rückzahlungs- datum	Bedingungen	Nominale in EUR Tsd.
Nachrangige FRN Schuldverschreibungen Volksbank AG 2013 - 2024	Nachrang- kapital	26.07.2024	3M Euribor + 900 Bp	29.633
Nachrangige FRN Schuldverschreibungen Volksbank AG 2013 - 2025	Nachrang- kapital	26.07.2025	3M Euribor + 900 Bp	16.997
Nachrangige Nullkuponanleihe 06/16	Nachrang- kapital	03.10.2016	0 % p.a.	20.000
Nachrangiger CMS Floater to Fix 07/17	Nachrang- kapital	30.03.2017	10Y CMS; ab 30.03.2012: 6,00 % p.a.	3.554
Nachrangiger Merkur Best of Life II Garant 2008-2020	Nachrang- kapital	01.12.2020	0 % p.a.	3.000
Nachrangige Schuldverschreibung 03-23	Nachrang- kapital	25.09.2023	5,72 % p.a.; ab 25.09.2013: 6,00 % p.a.	12.000
Nachrangige Schuldverschreibung 01/21	Nachrang- kapital	15.03.2021	6,50 % p.a.; ab 15.03.2011: 6,75 % p.a.	15.000
Subordinated Lower Tier II Notes due November 2016	Nachrang- kapital	28.11.2016	3M Euribor + 35 Bp; ab 28.11.2011: 3M Euribor + 85 Bp	81.900
Nachrangige Schuldverschreibung 02/22	Nachrang- kapital	25.01.2022	6,35 % p.a.; ab 25.01.2012: 7 % p.a.	30.000
Nachrangige Nullkuponanleihe 07/17	Nachrang- kapital	03.04.2017	0 % p.a.	20.000
Nachrangige Schuldverschreibung 07/27	Nachrang- kapital	08.02.2027	5,27 % p.a.	14.000
Nachrangige Schuldverschreibung 06/26	Nachrang- kapital	19.01.2026	4,05 % p.a.; ab 19.01.2016: 5,00 % p.a.	25.000
Nachrangige Schuldverschreibung 02/22	Nachrang- kapital	18.01.2022	6,35 % p.a.; ab 18.01.2012: 7 % p.a.	3.000
Nachrangige Nullkuponanleihe 06/16	Nachrang- kapital	01.06.2016	0 % p.a.	12.600
Schuldscheindarlehen	Nachrang- kapital	18.01.2017	5,00 % p.a.	3.000
Schuldscheindarlehen	Nachrang- kapital	15.05.2017	4,87 % p.a.	10.000
Schuldscheindarlehen	Nachrang- kapital	30.05.2017	5,01 % p.a.	10.000
Schuldscheindarlehen	Nachrang- kapital	30.05.2017	5,01 % p.a.	10.000
Nachrangige Investkredit FRN 00/20	Nachrang- kapital	14.03.2020	3M Euribor + 53 Bp	5.000
Nachrangige Investkredit Anleihe 01/16	Nachrang- kapital	12.02.2016	6,40 % p.a.	20.000
Nachrangige Euro CMS linked Floating Rate Notes 02/22	Nachrang- kapital	12.04.2022	wenn 10Y CMS < oder = 4,50 %, dann 10Y CMS + 300 Bp; wenn 10Y CMS > 4,50 %, dann 10Y CMS; wenn 10Y CMS > 7,00 %, dann 7,00 % p.a.	4.000

¹⁾ Gemäß Art. 484ff CRR (Bestandsschutz für Kapitalinstrumente) zum 31. Dezember 2014 zu 80 % als CET1 anrechenbar.

Der Konsolidierungskreis nach IFRS weicht vom Konsolidierungskreis nach CRR ab, da nach IFRS auch branchenfremde sonstige Unternehmen einbezogen werden. Nach CRR werden Gesellschaften der Finanzbranche, die einer Beherrschung unterliegen bzw. wo eine Kapitalmehrheit vorliegt, vollkonsolidiert. Somit sind die VBRO und die VBI Beteiligungs GmbH weiterhin Mitglied im Konsolidierungskreis gemäß CRR und werden für Zwecke der Eigenmittel- und Eigenmittelerfordernissberechnung vollkonsolidiert. Institute, Finanzinstitute und Anbieter von Nebendienstleistungen, die der Beherrschung unterliegen, aber für die Darstellung der Kreditinstitutsgruppe gemäß Artikel 19 (1) CRR nicht wesentlich sind, werden von den Eigenmitteln abgezogen. Bei gemeinsamer Leitung von Tochterunternehmen mit Fremdgesellschaftern wird eine Quotenkonsolidierung vorgenommen. Anteile an Unternehmen der Finanzbranche mit einem Anteil zwischen 10 % und 50 %, bei denen keine gemeinsame Leitung gegeben ist, werden ebenfalls von den Eigenmitteln abgezogen, sofern sie nicht freiwillig anteilsmäßig einbezogen werden. Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbran-

che zu weniger als 10 % werden im Rahmen der Anrechenbarkeit gemäß Artikel 46 CRR von den Eigenmitteln abgezogen. Alle anderen Beteiligungen werden zu ihren Buchwerten in die Bemessungsgrundlage einbezogen.

Alle Kreditinstitute, die einer Beherrschung unterliegen oder bei denen eine Kapitalmehrheit vorliegt, werden in den Konsolidierungskreis nach CRR einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2014 gab es keine substanziellen, praktischen oder rechtlichen Hindernisse bezüglich der Übertragung von Eigenmitteln oder der Rückzahlung von Verbindlichkeiten zwischen dem übergeordneten Institut und den ihm nachgeordneten Instituten.

38) Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die nachfolgende Tabelle stellt die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in den einzelnen Kategorien und ihre fair values dar.

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2014							
Barreserve	0	0	0	0	1.351.246	1.351.246	1.351.246
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	3.812.548	3.812.548	
EWB zu Forderungen an KI	0	0	0	0	-703	-703	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	3.811.845	3.811.845	3.780.230
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	4.134.053	4.134.053	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-402.247	-402.247	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	3.731.806	3.731.806	3.639.844
Handelsaktiva	1.650.358	0	0	0	0	1.650.358	1.650.358
Finanzinvestitionen	0	20.542	366.574	2.227.802	187.182	2.802.099	2.810.190
Beteiligungen	0	0	0	227.451	0	227.451	227.451
Derivative Instrumente Bankbuch	453.194	0	0	0	0	453.194	453.194
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	348.802	348.802	345.598
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	2.103.552	20.542	366.574	2.455.253	9.430.882	14.376.802	14.258.110
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	6.182.497	6.182.497	6.143.030
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	1.825.079	1.825.079	1.719.538
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	3.295.644	3.295.644	3.261.715
Handelsspassiva	1.519.805	0	0	0	0	1.519.805	1.519.805
Derivative Instrumente Bankbuch	330.409	0	0	0	0	330.409	330.409
Nachrangkapital	0	0	0	0	493.146	493.146	396.534
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	0	0	3.405	3.405	155
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	1.850.214	0	0	0	11.799.771	13.649.985	13.371.187

EUR Tsd.	Held for trading	At fair value through profit or loss	Held to maturity	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Buchwert gesamt	Fair value
31.12.2013							
Barreserve	0	0	0	0	1.762.453	1.762.453	1.762.453
Forderungen an Kreditinstitute (KI)	0	0	0	0	5.798.139	5.798.139	
EWB zu Forderungen an KI	0	0	0	0	-703	-703	
Forderungen an KI abzüglich EWB	0	0	0	0	5.797.436	5.797.436	5.641.889
Forderungen an Kunden (KU)	0	0	0	0	7.081.347	7.081.347	
EWB zu Forderungen an KU	0	0	0	0	-708.993	-708.993	
Forderungen an KU abzüglich EWB	0	0	0	0	6.372.354	6.372.354	6.280.427
Handelsaktiva	1.627.392	0	0	0	0	1.627.392	1.627.392
Finanzinvestitionen	0	51.976	831.425	2.283.393	255.945	3.422.739	3.426.480
Beteiligungen	0	0	0	359.531	0	359.531	359.531
Derivative Instrumente Bankbuch	394.434	0	0	0	0	394.434	394.434
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt		34.850		33.373	354.974	423.196	419.181
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	2.021.826	86.826	831.425	2.676.297	14.543.161	20.159.535	19.911.787
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	7.707.002	7.707.002	7.613.995
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	0	0	2.148.440	2.148.440	2.043.646
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0	7.084.825	7.084.825	7.172.449
Handelsspassiva	1.377.709	0	0	0	0	1.377.709	1.377.709
Derivative Instrumente Bankbuch	315.635	0	0	0	0	315.635	315.635
Nachrangkapital	0	0	0	0	554.957	554.957	483.160
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	1.693.344	0	0	0	17.495.224	19.188.568	19.006.594

EWB = Einzelwertberichtigung

In den Finanzinvestitionen sind held to maturity Wertpapiere und Wertpapiere der Kategorie loans & receivables mit einem Buchwert von EUR 299.750 Tsd. (2013: EUR 498.842 Tsd.) enthalten, die mit EUR 13.348 Tsd. (2013: EUR 26.881 Tsd.) über dem Marktwert bewertet sind, da kein objektiver Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 14.907 Tsd. (2013: EUR 20.021 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 19.280 Tsd. (2013: EUR 49.209 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann. Im Geschäftsjahr wurden mit Anschaffungskosten bewertete Instrumente mit einem Buchwert in Höhe von EUR 10.437 Tsd. (2013: EUR 690 Tsd.) veräußert. Dabei wurde ein Ergebnis von EUR 689 Tsd. (2013: EUR 2.890 Tsd.) realisiert. Der beizulegende Zeitwert ist nicht verlässlich ermittelbar, da für diese Titel kein aktiver Markt besteht und eine angemessene Einschätzung der Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Eintritts unterschiedlicher Zeitwertschätzungen nicht möglich ist. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Vermögenswerte die im Sektor begeben wurden. Diese Finanzinvestitionen werden im Zuge des Restrukturierungsprozesses veräußert bzw. abgespalten werden.

Einige Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten sind Kategorien zugeordnet, in denen sie nicht erfolgswirksam mit dem fair value bewertet werden. Sie sind aber Grundgeschäfte zu fair value hedges bezüglich des Zinsrisikos und des Währungsrisikos. Daher werden diese Finanzinstrumente bezüglich des gehedgten Zinssatzes und des gehedgten Währungsrisikos bewertet.

Buchwerte der Grundgeschäfte zu fair value hedges

EUR Tsd.	Zinsrisiko		Währungsrisiko	
	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten	Available for sale	Fortgeführte Anschaffungskosten
31.12.2014				
Forderungen an Kreditinstitute	0	393.985	0	0
Forderungen an Kunden	0	67.596	0	73.549
Finanzinvestitionen	1.535.081	32.266	105.500	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.535.081	493.848	105.500	73.549
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	497.224	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	697.418	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	2.083.252	0	46.898
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	3.277.894	0	46.898

31.12.2013

Forderungen an Kreditinstitute	0	351.334	0	0
Forderungen an Kunden	0	493.068	0	71.731
Finanzinvestitionen	1.678.588	48.820	96.319	0
Finanzielle Vermögenswerte	1.678.588	893.222	96.319	71.731
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	672.851	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	877.578	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	3.834.462	0	20.241
Finanzielle Verbindlichkeiten	0	5.384.891	0	20.241

Die nachfolgende Tabelle ordnet alle zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt
31.12.2014				
Handelsaktiva	30.988	1.619.370	0	1.650.358
Finanzinvestitionen	1.863.081	358.784	11.571	2.233.436
At fair value through profit or loss	5	13.466	7.071	20.542
Available for sale	1.863.076	345.319	4.500	2.212.895
Anteile und Beteiligungen	0	0	208.171	208.171
Derivative Instrumente Bankbuch	0	453.194	0	453.194
Gesamt	1.894.069	2.431.349	219.741	4.545.159
Handelspassiva	0	1.519.805	0	1.519.805
Derivative Instrumente Bankbuch	0	330.409	0	330.409
Gesamt	0	1.850.214	0	1.850.214
31.12.2013				
Handelsaktiva	41.507	1.585.885	0	1.627.392
Finanzinvestitionen	1.921.850	393.366	132	2.315.348
At fair value through profit or loss	8.253	43.591	132	51.976
Available for sale	1.913.596	349.775	0	2.263.372
Anteile und Beteiligungen	0	0	310.322	310.322
Derivative Instrumente Bankbuch	0	394.434	0	394.434
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	68.222	68.222
Gesamt	1.963.357	2.373.685	378.677	4.715.719
Handelspassiva	0	1.377.709	0	1.377.709
Derivative Instrumente Bankbuch	0	315.635	0	315.635
Gesamt	0	1.693.344	0	1.693.344

Finanzinvestitionen available for sale in Höhe von EUR 14.907 Tsd. (2013: EUR 20.021 Tsd.) und Anteile und Beteiligungen in Höhe von EUR 19.280 Tsd. (2013: EUR 49.209 Tsd.) sind mit Anschaffungskosten bewertet, da deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

In den Finanzinvestitionen at fair value through profit and loss sind bestimmte illiquide Fondsanteile an Privat Equity Gesellschaften in Höhe von EUR 7.071 Tsd. (2013: EUR 132 Tsd.) und in Anteilen und Beteiligungen in Höhe von EUR 3.579 Tsd. (2013: EUR 36.749 Tsd.) enthalten. 2013 waren EUR 34.850 Tsd. in der Position als finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt erfasst. Die Marktkurse werden vom externen Fondsmanagement auf Basis der für diese Finanzinstrumente branchenüblichen EVCA Bewertungsrichtlinien ermittelt und tourlich zur Verfügung gestellt. Ein hausinternes Monitoring der Preise erfolgt durch das Asset Management. In der Vergangenheit wurden keine signifikanten Wertabweichungen festgestellt, die auf wesentliche Unsicherheiten bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes hindeuten.

Für die Beschreibung der Bewertungsverfahren für Anteile und Beteiligungen verweisen wir auf die Ausführungen in Kapitel 3(s) Beteiligungen.

Bei der Berechnung der Marktwerte für Level 2 Finanzinvestitionen verwendet die ÖVAG keine nicht auf beobachtbaren Marktdaten basierenden Bewertungskurse. Systemseitig angelieferte Kursinformationen werden bei nicht aktiv gehandelten Positionen auf Basis sekundär verfügbarer Marktdaten wie etwa Credit Spreads oder auf aktiven Märkten zustande gekommener Transaktionen in vergleichbaren Produkten überprüft und bei Bedarf an diese angepasst.

Im Jahr 2014 konnten Finanzinstrumente mit einem Buchwert von EUR 94.753 Tsd. (2013: EUR 67.083 Tsd.), die zum 31. Dezember 2013 noch mit Level 2 Marktwerte bewertet wurden, aufgrund gesteigerter Handelstätigkeit in Level 1 Finanzinstrumente umgliedert werden. Demgegenüber stehen Umgliederungen von Level 1 in Level 2 in Höhe von EUR 60.919 Tsd. (2013: EUR 75.135 Tsd.) aufgrund rückläufiger Handelsaktivität in den Märkten.

Darstellung der Entwicklung der Level 3 Marktwerte von finanziellen Vermögenswerten

EUR Tsd.	Finanzinvestitionen at fair value through profit or loss	Anteile und Beteiligungen	Available for sale	Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	Gesamt
Stand 01.01.2013	66.725	312.409	0	0	379.134
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	5.561	0	0	5.561
Umwidmung in Level 3	2.645	67.651	1.592	0	71.887
Zugänge	1.408	9.100	0	0	10.509
Abgänge	-20.115	-17.946	0	0	-38.061
Bewertung					
über die Gewinn- Verlustrechnung	-15.682	-12.549	0	0	-28.230
über sonstiges Ergebnis	0	-22.123	0	0	-22.123
Umgliederung	-34.850	-31.781	-1.592	68.222	0
Stand 31.12.2013	132	310.322	0	68.222	378.677
Veränderung im Konsolidierungskreis	0	-45.974	0	0	-45.974
Umwidmung in Level 3	0	0	7.772	0	7.772
Zugänge	0	30.336	0	0	30.336
Abgänge	0	-12.582	0	-59.855	-72.437
Bewertung					
über die Gewinn- Verlustrechnung	-114	-3.816	-15.587	-3.401	-22.917
über sonstiges Ergebnis	0	-70.208	12.315	2.179	-55.715
Umgliederung	7.053	93	0	-7.146	0
Stand 31.12.2014	7.071	208.171	4.500	0	219.741

Die in der oben abgebildeten Tabelle dargestellten Bewertungen sind in der Position Ergebnis aus Finanzinvestition (Gewinn- und Verlustrechnung) bzw. in der available for sale Rücklage (Sonstiges Ergebnis) erfasst. Von den Bewertungen, die über die Gewinn- und Verlustrechnung erfasst sind, betrifft ein Betrag von EUR -18.455 Tsd. (2013: EUR -28.649 Tsd.) die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen finanziellen Vermögenswerte.

Für die Sensitivitätsanalysen für die Marktwerte Level 3 bei der Position Anteile und Beteiligungen erfolgt die Ermittlung werterhöhender und wertmindernder Effekte bei alternativen Bewertungsszenarien durch Variation von Ertragsschätzun-

gen und ertragsabhängigen Parametern innerhalb einer Bandbreite von 5 % bis 20 %. Dabei ergibt sich bei einer vorteilhaften Bewegung eine Veränderung der Marktwerte in Höhe von EUR 19.964 Tsd. (2013: EUR 34.961 Tsd.) und bei einer unvorteilhaften Bewegung eine Veränderung in Höhe von EUR -19.913 Tsd. (2013: EUR -34.990 Tsd.).

Die Entwicklung von Sensitivitätsanalysen für die fair values von investment property (IAS 40) sind in Note 18) Investment property Vermögenswerte dargestellt.

Für Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wird der beizulegende Zeitwert nur für die Zwecke der Anhangsangabe berechnet und hat keinen Einfluss auf die Konzernbilanz und die Konzerngesamtergebnisrechnung. Die nachfolgende Tabelle ordnet die Marktwerte aller nicht zum fair value bewerteten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten den verschiedenen fair value Hierarchien zu.

EUR Tsd.	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte 31.12.2014
31.12.2014					
Barreserve	0	1.351.246	0	1.351.246	1.351.246
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	3.812.548
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	-703
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	1.430	3.778.800	3.780.230	3.811.845
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	4.134.053
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-402.247
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	3.639.844	3.639.844	3.731.806
Festverzinsliche Wertpapiere loans & receivables	0	182.220	0	182.220	187.182
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	132.247	247.379	0	379.626	366.574
Finanzinvestitionen	132.247	429.599	0	561.846	553.756
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	41	345.557	345.598	348.802
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	132.247	1.782.316	7.764.201	9.678.764	9.797.456
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	6.143.030	6.143.030	6.182.497
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	1.719.538	1.719.538	1.825.079
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	12.185	3.249.530	3.261.715	3.295.644
Nachrangkapital	0	0	396.534	396.534	493.146
Finanzielle Verbindlichkeiten zur Veräußerung bestimmt	0	0	155	155	3.405
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	12.185	11.508.787	11.520.972	11.799.771

EUR Tsd. 31.12.2013	Level 1	Level 2	Level 3	Gesamt FV	Buchwerte 31.12.2013
Barreserve	0	1.762.453	0	1.762.453	1.762.453
Forderungen an Kreditinstitute (brutto)	0	0	0	0	5.798.139
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0	-703
Forderungen an Kreditinstitute abzüglich Einzelwertberichtigung	0	3.634	5.638.254	5.641.889	5.797.436
Forderungen an Kunden (brutto)	0	0	0	0	7.081.347
Einzelwertberichtigung zu Forderungen an Kunden	0	0	0	0	-708.993
Forderungen an Kunden abzüglich Einzelwertberichtigung	0	0	6.280.427	6.280.427	6.372.354
Festverzinsliche Wertpapiere loans & receivables	0	241.582	0	241.582	255.945
Festverzinsliche Wertpapiere held to maturity	368.873	480.656	0	849.529	831.425
Finanzinvestitionen	368.873	722.238	0	1.091.111	1.087.370
Finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	350.959	350.959	354.974
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	368.873	2.488.325	12.269.640	15.126.838	15.374.593
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	7.613.995	7.613.995	7.707.002
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	2.043.646	2.043.646	2.148.440
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	7.172.449	0	7.172.449	7.084.825
Nachrangkapital	0	483.160	0	483.160	554.957
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	7.655.609	9.657.641	17.313.250	17.495.224

Für Finanzinstrumente, welche überwiegend kurzfristig sind, stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des fair values dar.

Für langfristige Finanzinstrumente erfolgt die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts durch Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme. Für Aktiva werden Zinssätze verwendet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken (insbesondere geschätzte Ausfälle bei Forderungen aus dem Kreditgeschäft) hätten erzielt werden können. Im Fall der Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, mit denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag aufgenommen oder emittiert hätten werden können.

Da der Handel mit Eigenemissionen der ÖVAG zum Jahresende 2014 nahezu zum Erliegen kam, mussten zur Marktbeurteilung teilweise Inputfaktoren verwendet werden, welche nicht auf beobachtbare Marktdaten beruhen. Daher wurde die Bewertungshierarchie für das Nachrangkapital sowie einen Teil der verbrieften Verbindlichkeiten der ÖVAG von Level 2 auf Level 3 angepasst.

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente werden den drei Kategorien der IFRS fair value Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – Mit notierten Preisen in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Finanzinstrument ist.

Level 2 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Level 3 – Mit Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und die einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

39) Cash flow hedges

Im Rahmen des cash flow hedge accountings werden Zinsswaps und Caps & Floors eingesetzt, um das Zinsrisiko von variabel verzinsten Finanzinvestitionen und -verbindlichkeiten abzusichern.

Zeiträume, in denen die Zahlungsströme voraussichtlich eintreten werden

EUR Tsd.	Zinsbezogene Geschäfte	
	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	-523	-529
bis 1 Jahr	-1.364	-1.408
bis 5 Jahre	-1.578	-1.667
über 5 Jahre	0	-1
Gesamt	-3.466	-3.605

Zeiträume, in denen die Zahlungsströme voraussichtlich die Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen werden

EUR Tsd.	Zinsbezogene Geschäfte	
	31.12.2014	31.12.2013
bis 3 Monate	-523	-529
bis 1 Jahr	-1.364	-1.408
bis 5 Jahre	-1.578	-1.667
über 5 Jahre	0	-1
Gesamt	-3.466	-3.605

Im Berichtsjahr wurden erfolgswirksame Veränderungen in Höhe von EUR -578 Tsd. (2013: EUR -1.058 Tsd.) aus der hedging Rücklage gebucht. Bei den cash flow hedges werden keine wesentlichen Ineffizienzen festgestellt.

40) Derivate

Derivative Finanzinstrumente

2014 EUR Tsd.	Nominale			Summe	Marktwerte 31.12.2014
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	3.541.231	16.131.107	9.308.024	28.980.362	228.050
Caps & Floors	257.256	1.066.317	816.450	2.140.023	3.041
Futures – zinsbezogen	99.400	0	0	99.400	0
Interest Rate Swaps	3.115.075	14.815.890	8.406.574	26.337.540	231.087
Swaptions	69.500	248.900	85.000	403.400	-6.078
Währungsbezogene Geschäfte	2.263.246	1.817.366	640.488	4.721.100	-115.763
Cross Currency Swaps	246.070	1.767.552	632.540	2.646.162	-115.920
Devisen Optionen	41.377	45.651	0	87.028	156
FX Swaps	1.943.210	0	7.714	1.950.923	0
Devisentermingeschäfte	32.590	4.163	235	36.987	0
Kreditbezogene Geschäfte	198.946	981.204	0	1.180.150	-115
Sonstige Geschäfte	494.102	578.138	136.943	1.209.183	-21.300
Futures – indexbezogen	14.415	0	0	14.415	0
Optionen	479.687	578.138	136.943	1.194.767	-21.300
Gesamtsumme	6.497.525	19.507.816	10.085.455	36.090.795	90.872

2013 EUR Tsd.	0			Summe	31.12.2013
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte	3.819.088	20.885.626	12.284.437	36.989.151	314.908
Caps & Floors	495.242	2.300.213	1.084.164	3.879.619	14.013
Futures – zinsbezogen	89.200	0	0	89.200	0
Interest Rate Swaps	3.013.728	18.293.013	11.042.273	32.349.015	307.418
Swaptions	220.918	292.400	158.000	671.318	-6.523
Währungsbezogene Geschäfte	3.083.676	1.696.190	516.807	5.296.673	-85.378
Cross Currency Swaps	380.177	1.646.647	516.249	2.543.073	-94.928
Devisen Optionen	37.000	42.604	558	80.162	1.221
FX Swaps	2.619.326	94	0	2.619.420	8.755
Devisentermingeschäfte	47.173	6.844	0	54.017	-426
Kreditbezogene Geschäfte	457.004	1.212.529	0	1.669.533	1.076
Sonstige Geschäfte	656.496	1.092.969	171.067	1.920.533	-38.726
Futures - indexbezogen	17.652	0	0	17.652	0
Optionen	638.844	1.092.969	171.067	1.902.881	-38.726
Gesamtsumme	8.016.264	24.887.314	12.972.311	45.875.890	191.880

Alle derivativen Finanzinstrumente sind – ausgenommen Futures – OTC-Produkte.

41) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögenswerte in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 2.139.561 Tsd. (2013: EUR 4.453.621 Tsd.), jener der Verbindlichkeiten auf EUR 279.915 Tsd. (2013: EUR 1.160.603 Tsd.).

42) Treuhandgeschäfte

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kunden	171.465	239.039
Finanzinvestitionen	731	1.031
Verwaltetes Fondsvermögen	2.707.750	2.591.550
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	4	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	171.465	239.039
Verbriefte Verbindlichkeiten	727	727
Sonstige Passiva	0	300
Verwaltetes Fondsvermögen	2.707.750	2.591.550

43) Nachrangige Vermögenswerte

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	2.000	83.110
Forderungen an Kunden	132	86.447
Finanzinvestitionen	43.926	55.858

44) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Als Sicherheiten übertragene Vermögenswerte		
Forderungen an Kunden	277.700	425.187
Finanzinvestitionen	77.350	71.350
Verpflichtungen, für die Vermögenswerte übertragen wurden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	355.050	496.537

Im Rahmen von Unternehmensrefinanzierungen durch die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) werden Kundenforderungen in Höhe von EUR 95 Mio. (2013: EUR 156 Mio.) als Sicherheiten gestellt. Diese Forderungen sind durch Ausfallgarantien des Bundes, durch Privatversicherungen und Wechselbürgschaften garantiert. Die OeKB kann diese Kundenforderungen bei vertragskonformer Leistung des Konzerns nicht weiterverpfänden oder veräußern.

Weiteres werden für Globaldarlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) Finanzinvestitionen in Höhe von EUR 54 Mio. (2013: EUR 71 Mio.) als Sicherheiten abgetreten. Die EIB hat ebenfalls keine Möglichkeit bei vertragskonformer Leistung die Sicherheiten zu verwerten oder weiterzuverpfänden.

Die restlichen Kundenforderungen werden im Rahmen von Refinanzierungen durch die Landeskreditbank Baden-Württemberg und die KfW Bankengruppe als Sicherheiten gestellt. Die Modalitäten sind dieselben wie bei der OeKB.

45) Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Eventualverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen	487.712	738.512
Sonstiges (Haftsumme)	37.347	36.694
Kreditrisiken		
Kreditrisiken aus noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen	6.176.718	4.535.675
Sonstiges	0	3.703

Darstellung der zukünftigen cash flows der Eventualverbindlichkeiten nach ihrer vertraglichen Fälligkeit und bei den Garantien auch nach der erwarteten Fälligkeit.

EUR Tsd.	Kreditzusagen	Garantien - vertraglich vereinbart	Garantien erwartet
31.12.2014			
Buchwert	6.176.718	487.712	
Zahlungsabflüsse gesamt	6.176.718	487.712	14.313
bis 3 Monate	1.865.867	487.648	0
bis 1 Jahr	4.310.850	64	4.294
bis 5 Jahre	0	0	10.019
31.12.2013			
Buchwert	4.535.675	738.512	
Zahlungsabflüsse gesamt	4.535.675	738.512	12.070
bis 3 Monate	1.384.908	738.512	0
bis 1 Jahr	3.150.767	0	0
bis 5 Jahre	0	0	12.070

Bei den Kreditrisiken wurde bei der Darstellung der vertraglichen Laufzeit auf das Ende abgestellt. Bei der Darstellung der vertraglich vereinbarten Garantien wird die erste vertragliche Möglichkeit der vollen Inanspruchnahme dargestellt, während in der Spalte der erwarteten Garantien, die vom Management in den verschiedenen Laufzeiten erwartete Inanspruchnahme angegeben wird.

Für Finanzgarantien, bei denen es nach Einschätzung des Managements zu einem Zahlungsabfluss kommen wird, wurde in Höhe des wahrscheinlichen Zahlungsabflusses unter Berücksichtigung von eventuell vorhandenen Sicherheiten eine Vorsorge in den Rückstellungen für außerbilanzielle Risiken in Höhe von EUR 14.313 Tsd. (2013: EUR 12.070 Tsd.) gebildet.

46) Pensionsgeschäfte und andere übertragene Vermögenswerte

Zum Bilanzstichtag 31.12.2014 und zum 31.12.2013 bestanden keine Rücknahmeverpflichtungen aus echten Pensionsgeschäften (Repurchase Agreements) als Pensionsgeber.

Es werden in der Bilanz keine weiteren finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, bei denen die wesentlichen Chancen und Risiken zurückbehalten wurden.

47) Angaben über Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

EUR Tsd.	Gegenüber verbundenen nicht konsoli- dierten Unter- nehmen	Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Gegenüber Unternehmen, die als Aktionär signifikanten Einfluss auf die Konzernmutter	Gegenüber assozierten Unternehmen
31.12.2014				
Forderungen an Kreditinstitute	0	70.872	511.855	0
Forderungen an Kunden	25.143	48.795	40.463	0
Risikovorsorge (-)	-1.341	-30.756	0	0
Schuldverschreibungen	0	0	113.133	862.077
Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt	0	0	317.328	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	317.847	463.020	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15.714	11.901	26.395	373
Verbindlichkeiten aus Garantien und Haftungen	0	1.344	465	0
Geschäftsvorfälle	45.566	1.429.066	823.573	255
31.12.2013				
Forderungen an Kreditinstitute	0	660.669	827.161	0
Forderungen an Kunden	43.872	164.904	0	0
Risikovorsorge (-)	-3.878	-44.275	0	0
Schuldverschreibungen	0	69.104	0	778.595
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	1.009.141	13.829	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.727	29.664	2.318	209
Verpflichtungen aus Garantien und Haftungen	0	2.088	0	0
Geschäftsvorfälle	70.942	2.186.044	1.161.559	279

Der Betrag der Geschäftsvorfälle stellt den Durchschnittsbestand der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und an Kunden dar und berechnet sich aus dem jeweiligen Stand an den Quartalsstichtagen im Berichtszeitraum, der Vorzeichen unabhängig aufgerechnet wird.

Verrechnungspreise zwischen dem ÖVAG Konzern und nahestehenden Unternehmen orientieren sich an den marktüblichen Gegebenheiten. Zum Bilanzstichtag bestehen wie im Vorjahr keine sonstigen Verpflichtungen des ÖVAG Konzerns für nicht konsolidierte Tochtergesellschaften oder assoziierte Unternehmen.

Die Volksbanken Holding eGen und die Republik Österreich üben als Aktionäre signifikanten Einfluss auf die Österreichische Volksbanken-AG aus.

Im Geschäftsjahr gewährte Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Aufsichtsrates

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Aushaftender Gesamtbetrag	7	26
Geleistete Rückzahlungen	24	19
Zinszahlungen	0	0

Als Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen gelten im ÖVAG Konzern die Mitglieder des Vorstandes sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates des Mutterunternehmens. Es wurden keine Verträge mit Schlüsselpersonen abgeschlossen.

Zum 31.12.2014 sind in den Forderungen an Kreditinstitute Verrechnungen mit Sektorinstituten in Höhe von EUR 2.541.793 Tsd. (2013: EUR 4.064.671 Tsd.) und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Verrechnungen in Höhe von EUR 4.453.536 Tsd. (2013: EUR 5.359.206 Tsd.) enthalten.

48) Angaben zum Hypothekenbankgeschäft gem. Pfandbriefgesetz einschließlich fundierter Bankschuldverschreibungen

EUR Tsd.	Deckungserfordernis		Überdeckung
	Deckungsdarlehen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
31.12.2014			
Bankschuldverschreibungen	1.814.244	1.507.050	307.194
Gesamt	1.814.244	1.507.050	307.194
31.12.2013			
Bankschuldverschreibungen	1.476.644	1.221.450	255.194
Gesamt	1.476.644	1.221.450	255.194

Im Deckungserfordernis für verbrieftete Verbindlichkeiten wurde die sichernde Überdeckung in Höhe von 2 % vom Nennwert der in Umlauf befindlichen Pfandbriefe und der in Umlauf befindlichen Bankschuldverschreibungen berücksichtigt.

49) Vertriebsstellen

	31.12.2014	31.12.2013
Inland	1	1
Ausland	0	1
Vertriebsstellen gesamt	1	2

50) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im Jänner und Februar 2015 konnte im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitigen Rückführungen von Krediten im Ausmaß von ca. EUR 115 Mio. durchgeführt werden.

Im Zeitraum der Bilanzerstellung wurden im Bereich Immobilien weitere Verkaufstransaktionen umgesetzt. Die Verkaufsprozesse für die Beteiligungen an der VB Leasing International Gruppe, der VB Factoring Bank AG, der Volksbank Invest Kapitalanlage gmbH, der Immo Kapitalanlage AG sowie der VB Leasing Finanzierung Gruppe wurden begonnen. Aufgrund der bestehenden Unsicherheiten wurden für diese Beteiligungen keine IFRS 5 Umgliederungen vorgenommen.

Am 15. Jänner 2015 hat die SNB überraschend den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro aufgegeben. Zusätzlich hat die SNB den Zinssatz für Guthaben auf ihren Girokonten um 0,5 Prozentpunkte auf -0,75 % gesenkt. Auf den Devisenmärkten erfuhr der Schweizer Franken noch am gleichen Tag eine massive Aufwertung (EUR/CHF Wechselkurs erreichte einen Tiefstand von 0,8500), bevor er sich auf einem Niveau knapp um die Parität einpendelte.

Der ÖVAG Konzern hatte zu diesem Zeitpunkt nur unwesentliche Handelspositionen und somit keine nennenswerten Ergebnisauswirkungen im Handelsergebnis. Aufgrund der zwischenzeitlichen Erholung des Kurses hatte die Aufhebung des Mindestkurses keine wesentliche Auswirkung auf die RWAs und die Liquidität des Konzerns.

Der ÖVAG Konzern hielt zum Zeitpunkt des Erlasses des Schuldenmoratoriums der FMA vom 1. März 2015 eine Senior Unsecured Anleihe der HETA mit einem Nominale von EUR 20 Mio. und einer Laufzeit bis 9. April 2043. Die bestehende Wertberichtigung wurde im Jahr 2014 erhöht. Im März 2015 wurde die Anleihe ohne Verlust veräußert.

Weiters hält die ÖVAG EUR 60 Mio. Anleihen der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken AöR. Wien (Pfandbriefstelle). Gemäß § 2 Pfandbriefstelle-Gesetz haften die Mitgliedsinstitute (mit Ausnahme HETA) und Gewährträger der Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle. Aufgrund der bestehenden Haftungsstruktur wurde zum 31. Dezember 2014 keine Risikovorsorge für diese Anleihen gebildet.

Anfang Februar 2015 hat Fitch ein Downgrade der ÖVAG von BBB- auf B vorgenommen. Dieser Schritt war durch den Beschluss zur Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft, und der damit entzogenen staatlichen Unterstützung

im Rating, zu erwarten. Der Volksbanken-Verbund wird von Fitch weiterhin als systemrelevant betrachtet und getrennt von der ÖVAG behandelt, wodurch dieser die staatliche Unterstützung im Rating bis auf weiteres behält.

Die Ratingherabstufung von Fitch hatte wie auch die Herabstufungen von Moody's Anfang August und Ende März 2014 keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation des ÖVAG Konzerns.

51) Segmentberichterstattung

Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Segmentdarstellung angepasst. Der ÖVAG Konzern hat nun sechs Geschäftssegmente, die den strategischen Geschäftsfeldern entsprechen. Die Segmente Finanzierung, Financial Markets und Allgemein stellen die Geschäftsfelder dar, die zum Kernbereich der ÖVAG gehören. Der Non-core Bereich wird in den Segmenten Non-core Business, Non-core Retail sowie Non-core Bankbuch/Allgemein dargestellt. Diese Geschäftsfelder bieten unterschiedliche Produkte und Dienstleistungen an und werden gemäß der internen Management- und Berichtsstruktur unterschiedlich gesteuert. Diese Steuerung setzt auf der Darstellung einer Geschäftseinheit als Profit-Center auf, was bedeutet, dass alle Ergebnisse einer Geschäftseinheit zugerechnet werden, unabhängig davon, ob diese in der Geschäftseinheit als eigene Rechtseinheit selbst oder in der Konzernmutter erwirtschaftet werden. Die zukünftigen Änderungen durch den Transformationsprozess sind hier noch nicht abgebildet.

Für jedes Geschäftsfeld wird zumindest quartalsweise an den Vorstand und die Managementebene Bericht erstattet. Basis der Berichterstattung sind die nach IFRS erstellten Einzelabschlüsse der Tochtergesellschaften und auf Grund der Marktzinsmethode zurechenbaren Ergebnisse. Die Verrechnungspreise für Veranlagungen, Refinanzierungen oder erbrachte Dienstleistungen zwischen Unternehmenseinheiten entsprechen marktüblichen Gegebenheiten. Die Konzern-Overhead-Kosten werden nach den Schlüsseln Solvabilitäts-Bemessungsgrundlage und Kosten auf die Geschäftsfelder aufgeteilt. Konzernprojektkosten werden ebenfalls den Geschäftsfeldern zugeordnet. Die Umlagen im Bereich Zinsüberschuss wurde gegenüber dem Vorjahr geändert. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Für die Segmentberichterstattung werden dieselben Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze angewendet wie im Konzernabschluss. Die Steuerung der Geschäftsfelder erfolgt nach den in der Segmentberichterstattung angeführten Gewinn- und Verlustrechnung Positionen sowie den angeführten Bilanzwerten. Da die Steuerung unter anderem nach dem Zinsüberschuss erfolgt, werden Zinserträge und Zinsaufwendungen nicht separat angeführt.

Finanzierung

Das Segment Finanzierung umfasst die Profit-Center Konsortialfinanzierung, Wohnbau- und Modellfinanzierung sowie die VB Leasing Finanzierung Gruppe mit dem Mobilienleasing im Inland und die VB Factoring Bank.

Financial Markets

Das Profit-Center Group Treasury ist neben der Liquiditätsbeschaffung auf Geld- und Kapitalmärkten für das Management des ÖVAG Handelsbuches verantwortlich und bietet im Rahmen von Treasury Sales alle gängigen Geldmarktprodukte für Kunden an. Ebenfalls hier zugeordnet ist das Profit-Center Volksbank Investments, das unter anderem für die Verwaltung von Investmentfonds und die Ausgabe von Garantie-Zertifikaten zuständig ist, sowie die Immo KAG und das Bankbuch.

Allgemein

Hier werden alle übrigen Aktivitäten abgebildet, die keinem der anderen Unternehmensbereiche eindeutig zuordenbar sind. Ebenfalls hier erfasst sind die Ergebnisse der VB Services für Banken GmbH und von Holdinggesellschaften, die Beteiligungen des Kerngeschäftes halten.

Non-core Business

Im Segment Non-core Business werden die im Geschäftsjahr 2013 noch getrennt ausgewiesenen Segmente Non-core Unternehmen und Non-core Immobilien zusammengefasst. Es besteht aus den Profit-Centern Corporate Customer, Erneuerbare Energien, sowie den Bereiche Immobilienfinanzierung und -kredite, das Immobilienleasing und die internationale Projektentwicklung von gewerblichen Immobilien der VB Real Estate Services Gruppe. Weiters ist hier auch das Immobilien Asset Management der Europolis Gruppe (Selini) zugeordnet, das als aufgegebenen Geschäftsbereich erfasst ist.

Non-core Retail

Das Segment Non-core Retail besteht aus den Geschäftsfeldern Mobilienleasing CEE sowie Banken CEE. Im Geschäftsfeld Mobilienleasing CEE wird die VB Leasing International Gruppe mit ihren Aktivitäten in Mittel- und Osteuropa dargestellt. Banken CEE besteht aus der Volksbank Romania.

Non-core Bankbuch/Allgemein

In diesem Segment werden Teile des Bankbuches, die gemäß ihrem Tilgungsprofil abgebaut oder verkauft werden sollen, dargestellt. Weiters werden hier auch die Volksbank Malta Limited sowie Holdinggesellschaften von Beteiligungen im Non-core Bereich zugeordnet.

Konsolidierung

Die Konsolidierungssachverhalte werden getrennt von den übrigen Aktivitäten in der Spalte Konsolidierung ausgewiesen. Die Positionen enthalten Beträge aus Konsolidierungen, die nicht innerhalb eines Segments durchgeführt werden.

Die sekundäre Segmentberichterstattung orientiert sich an den Märkten, in denen der ÖVAG Konzern tätig ist. Dabei werden alle Aktivitäten mit Schwerpunkt Österreich sowie Mittel- und Osteuropa dargestellt. Übrige Märkte, da sie keinen wesentlichen Anteil ausmachen, werden zum Segment Sonstiges zusammengefasst. Im Segment Mittel- und Osteuropa sind keine Länder enthalten, die einzeln dargestellt wesentlich sind. Die geographische Segmentberichterstattung orientiert sich grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft. Die Ergebnisse der ÖVAG selbst werden der Region zugeordnet, in der der Ertrag generiert wird. Alle Konsolidierungen, die nicht innerhalb der Regionen Mittel- und Osteuropa sowie Sonstige Märkte vorzunehmen sind, sind im Bereich Österreich enthalten. Aufgrund der Anpassung der Segmentdarstellung nach Geschäftsfeldern ergaben sich auch Verschiebungen bei den Vorjahreszahlen in der Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten.

a) Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

EUR Tsd.	Finanzierung	Financial Markets	Allgemein	Non-core Business	Non-core Retail	Non-core Bankbuch /Allgemein	Konsolidierung	Gesamt
Zinsüberschuss								
1-12/2014	34.443	37.592	2.446	36.159	73.133	22.306	-3.128	202.951
1-12/2013	32.974	-58.466	7.222	68.302	89.140	54.580	-5.165	188.586
Risikovorsorge								
1-12/2014	-7.532	7.416	-55	-26.523	-5.725	-5.139	0	-37.557
1-12/2013	-9.709	-7.151	8.846	-4.864	-5.161	-5.424	0	-23.462
Provisionsüberschuss								
1-12/2014	4.814	18.340	5.276	-909	4.228	-11.920	485	20.314
1-12/2013	6.198	20.529	6.541	162	5.292	-10.256	1.780	30.246
Handelsergebnis								
1-12/2014	2	25.608	0	753	-655	1.006	0	26.714
1-12/2013	198	6.055	0	29	2.197	-46	0	8.434
Verwaltungsaufwand								
1-12/2014	-47.344	-67.056	-37.865	-52.637	-40.983	-11.494	10.231	-247.148
1-12/2013	-37.938	-58.442	-40.419	-63.478	-47.669	-12.394	10.558	-249.783
Restrukturierungsaufwand								
1-12/2014	0	0	-35.515	0	0	0	0	-35.515
1-12/2013	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis								
1-12/2014	5.436	17.478	838	4.044	-5.339	-97.259	-7.588	-82.391
1-12/2013	4.572	80.965	10.753	11.320	16.983	39.245	-7.172	156.665
Ergebnis aus Finanzinvestitionen								
1-12/2014	243	-34.458	-5.185	-18.190	299	11.403	0	-45.889
1-12/2013	366	-1.382	7.439	-37.859	1.294	-18.770	0	-48.913
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity								
1-12/2014	0	187	6.219	423	1.182	0	0	8.010
1-12/2013	0	0	539	0	0	0	0	539
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches								
1-12/2014	0	0	0	0	-275.189	0	0	-275.189
1-12/2013	0	0	0	15.308	-126.601	0	0	-111.293
Jahresergebnis vor Steuern								
1-12/2014	-9.939	5.106	-63.843	-56.880	-249.049	-91.097	0	-465.701
1-12/2013	-3.340	-17.892	921	-11.080	-64.525	46.934	0	-48.982
Steuern vom Einkommen inklusive Steuern eines aufgegebenen Geschäftsbereiches								
1-12/2014	-974	-356	2.429	-4.170	-9.940	-282	0	-13.292
1-12/2013	-117	10.798	6.545	-9.961	-12.588	-19.079	0	-24.403
Jahresergebnis nach Steuern								
1-12/2014	-10.912	4.750	-61.413	-61.050	-258.988	-91.379	0	-478.993
1-12/2013	-3.457	-7.094	7.466	-21.041	-77.113	27.855	0	-73.385
Bilanzsumme								
31.12.2014	2.089.971	14.314.009	897.102	1.301.256	772.383	1.522.566	-5.771.965	15.125.323
31.12.2013	2.535.110	16.595.061	912.994	2.678.799	2.028.063	2.379.189	-6.225.109	20.904.109
Forderungen an Kunden								
31.12.2014	2.111.340	1.054.233	80	1.255.938	582.645	23.448	-893.632	4.134.053
31.12.2013	2.543.842	1.672.728	11	2.298.525	1.818.242	176.947	-1.428.948	7.081.347
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen								
31.12.2014	0	0	34.993	34.386	1.182	0	0	70.560
31.12.2013	0	0	5.626	0	0	0	0	5.626
Verbindlichkeiten Kunden								
31.12.2014	36.484	2.005.499	14	64.669	1.594	0	-283.181	1.825.079
31.12.2013	45.592	2.413.756	13	105.566	4.068	10.590	-431.146	2.148.440
Verbriefte Verbindlichkeiten inklusive Nachrangkapital								
31.12.2014	267.408	3.962.335	0	217.980	0	422.511	-1.081.444	3.788.790
31.12.2013	356.969	7.003.748	0	482.121	0	605.457	-808.515	7.639.781

b) Segmentberichterstattung nach regionalen Märkten

EUR Tsd.	Österreich	Mittel- und Osteuropa	Sonstige Märkte	Gesamt
Zinsüberschuss				
2014	99.461	77.819	25.671	202.951
2013	30.242	94.317	64.027	188.586
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft				
2014	-10.698	-19.713	-7.146	-37.557
2013	-1.146	-7.402	-14.915	-23.462
Provisionsüberschuss				
2014	29.171	3.763	-12.621	20.314
2013	36.233	4.179	-10.166	30.246
Handelsergebnis				
2014	24.185	1.015	1.514	26.714
2013	6.589	1.901	-56	8.434
Verwaltungsaufwand				
2014	-187.253	-44.479	-15.416	-247.148
2013	-181.331	-51.684	-16.768	-249.783
Restrukturierungsaufwand				
2014	-35.515	0	0	-35.515
2013	0	0	0	0
Sonstiges betriebliches Ergebnis				
2014	21.667	12.048	-116.106	-82.391
2013	100.350	16.835	39.481	156.665
Ergebnis aus Finanzinvestitionen				
2014	-32.244	-26.192	12.546	-45.889
2013	-1.617	-23.499	-23.797	-48.913
Ergebnis aus Unternehmen bewertet at equity				
2014	7.587	515	-91	8.010
2013	539	0	0	539
Ergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches				
2014	0	-275.189	0	-275.189
2013	0	-111.293	0	-111.293
Jahresergebnis vor Steuern				
2014	-83.638	-270.414	-111.649	-465.701
2013	-10.143	-76.644	37.805	-48.982

Langfristige Vermögenswerte (das sind Investment property Vermögenswerte, Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen) in Höhe von EUR 218.756 Tsd. (2013: EUR 227.496 Tsd.) werden in Mittel- und Osteuropa gehalten.

52) Risikobericht

Allgemein

Die Übernahme und professionelle Steuerung der mit den Geschäftsaktivitäten verbundenen Risiken ist eine Kernfunktion jeder Bank. Die ÖVAG erfüllt die zentrale Aufgabe der Implementierung und Betreuung der Prozesse und Methoden zur Identifikation, Steuerung, Messung und Überwachung aller bankbetrieblichen Risiken sowohl auf ÖVAG-Konzernebene als auch als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG der Österreichischen Volksbanken-AG und der Primärinstitute des Volksbankensektors. Der Steuerungsfokus und damit auch das Reporting liegt hierbei auf Verbundebene inklusive ÖVAG Konzern als Bestandteil des Verbundes.

Dazu werden basierend auf verbundweit und somit auch konzernweit gültigen risikopolitischen Grundsätzen die folgenden unterschiedlichen Risiken im Rahmen der jährlich vom Vorstand vorgegebenen Risikostrategie adressiert:

- Kreditrisiken (Ausfall-, Bonitätsänderungs-, Konzentrations-, Kontrahentenausfall-, Transferrisiko, Risiko aus FX Krediten und Krediten mit Tilgungsträgern und makroökonomisches Risiko)
- Marktrisiko (Marktrisiko Handelsbuch, FX Risiko offener Devisenpositionen, Zinsänderungs- und Credit Spread Risiko)
- Beteiligungsrisiko (Ausfall-, Abwertungs- und FX-Risiko)
- Operationelles Risiko
- Strukturelles Liquiditätsrisiko
- Sonstige Risiken (Strategisches Risiko, Reputations-, Eigenkapitalrisiko und Business Risk)

In Ihrer Funktion als Zentralorganisation des Verbundes hat die ÖVAG sicherzustellen, dass der Kreditinstitute-Verbund über Verwaltungs-, Rechnungs- und Kontrollverfahren für die Erfassung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken und der Vergütungspolitik und -praktiken (§ 39 Abs. 2 BWG) verfügt. Die dafür erforderlichen Weisungsrechte der Zentralorganisation sind mit Jahresende 2012 in Kraft gesetzt worden. Mit der Harmonisierung und Neuausrichtung der im Risikomanagement bisher in der ÖVAG und den Volksbanken eingesetzten Methoden, Prozesse und Systeme wurde im Jahr 2012 gemäß dem Grundsatz „Ein Verbund – ein System“ begonnen und 2014 weitgehend abgeschlossen. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt im Risikomanagement 2014 bildeten die aufsichtsrechtlichen Anforderungen und Aufgaben des Supervisory Risk Assessments, des Asset Quality Reviews und des Stress Tests im Zuge des Comprehensive Assessments der EZB.

Aktuelle Entwicklungen

Vor allem im 4. Quartal 2014 wurden weitreichende Entscheidungen zur Neustrukturierung des Verbundes getroffen, die auch die Aktivitäten im Risikomanagement beeinflusst haben bzw. noch beeinflussen werden. Neben der Beschleunigung der geplanten Fusionsaktivitäten bei den Primärbanken begannen die Vorbereitungen für die geplante Spaltung der ÖVAG Mitte 2015. Nicht mehr zum Kerngeschäft gehörende Aktivitäten sollen abgebaut werden (Abbaueinheit). Die restlichen Teile der ÖVAG werden an die Volksbank Wien-Baden übertragen, die zukünftig auch die Rolle der Zentralorganisation des Verbundes wahrnehmen wird.

Für die Abbaueinheit wurde an Konzepten gearbeitet, die ein bankübliches Risikomanagement auch in der künftigen Abbaugesellschaft sicherstellen werden. Sämtliche Entscheidungen in den Abbauportfolien werden weiterhin dem 4-Augen-Prinzip unterliegen. Sämtliche Einzelentscheidungen zum Abbau unterliegen damit in der Beurteilung der Bestmöglichkeit der Kontrolle durch ein unabhängiges Risikomanagement. Jeder Antrag hat auch die Beurteilung der gesamten Kundenbeziehung und die Auswirkungen der Einzelentscheidung auf die Abbaustrategie beim betroffenen Kunden darzustellen.

Laufende, mindestens jährliche Bonitäts- und Kreditbeurteilungen gehören zu den Verfahren, die ebenfalls über das Risikomanagement sichergestellt werden. Auch die Second Opinion zu Limitanträgen von Veranlagungen im Liquiditätspuffer gehört zum Aufgabenbereich des künftigen Risikomanagements. Daneben kommt dem Zins-, dem Währungs- und dem Liquiditätsrisikomanagement aufgrund der spezifischen Situation der Abbaugesellschaft eine besondere Rolle zu.

Obwohl die zukünftigen Organisationsstrukturen noch nicht final definiert sind, geht die ÖVAG davon aus, dass die betreffenden Verfahren auch für die Abbaugesellschaft im Wesentlichen aufrecht erhalten werden. Das Risikomanagement der Abbaugesellschaft wird sich wesentlich an den derzeit in der ÖVAG und im Volksbanken-Verbund im Einsatz befindlichen Methoden und Auswertungen orientieren. Ebenso wird sich die Abbaugesellschaft der Risikomanagementsysteme und -verfahren bedienen, die in der ÖVAG und im Verbund im Einsatz sind. Das gilt mit der Einschränkung, dass

- sämtliche, den Volksbanken-Verbund betreffenden Verfahren nicht anwendbar sein werden, weil die ÖVAG als Abbaugesellschaft kein Teil des Volksbanken-Verbundes mehr sein wird und dem entsprechenden Konsolidierungskreis nicht angehören wird; und
- sämtliche auf §§ 39, 39a BWG bezogenen internen Verfahren, insbesondere zur Beurteilung, Steuerung und Überwachung bankgeschäftlicher und bankbetrieblicher Risiken und zur Ermittlung des ökonomischen Kapitalerfordernisses nicht formal bankaufsichtsrechtlich zu verstehen sind, sondern als materielle Risikomanagementstandards, wie sie die Abbaugesellschaft zur Identifikation, Steuerung und Begrenzung ihrer verbleibenden Risiken einsetzen wird.

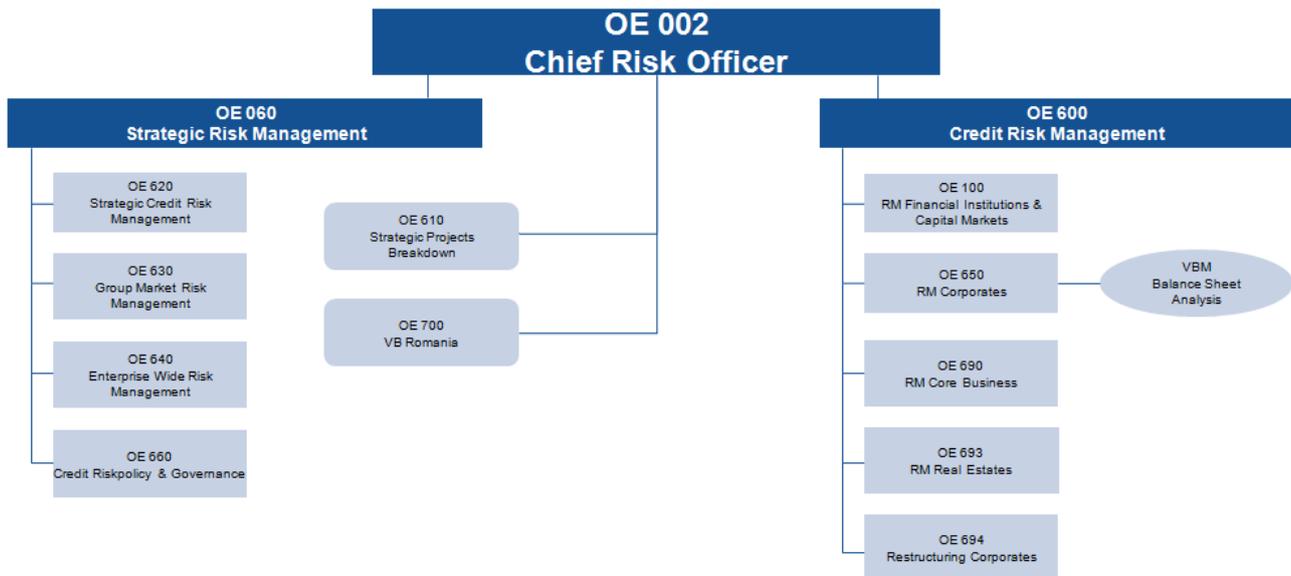
Die nachfolgende Darstellung bildet die Risikoberichterstattung ab, wie sie im Berichtsjahr und voraussichtlich bis Mitte 2015 bestehen wird.

a) Risikomanagementstruktur und Risikopolitische Grundsätze

Risikomanagementstruktur

Der ÖVAG Konzern hat alle erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen getroffen, um dem Anspruch eines modernen Risikomanagements zu entsprechen, wie sie beispielsweise in den Mindeststandards an das Kreditgeschäft formuliert sind. Es gibt eine klare Trennung zwischen Markt und Risikobeurteilung, -messung und -kontrolle. Diese Aufgaben werden aus Gründen der Sicherheit und zur Vermeidung von Interessenskonflikten von unterschiedlichen Organisationseinheiten wahrgenommen.

Alle Risikoagenden werden von Dkfm. Michael Mendel in seiner Funktion als Konzernrisikovorstand geleitet. In seinem Vorstandsbereich sind sämtliche zentral gesteuerten und geregelten strategischen und operativen Risikomanagementaktivitäten des ÖVAG Konzerns konzentriert. Die aktuelle Struktur des Ressort Mendel ist im folgenden Organigramm abgebildet. Neben den Risikomanagementbereichen sind die Bereiche Non Core Business Corporate Customers, Run-Down Immobilien und Workout Immobilien im Ressort 2 angesiedelt.



Risikopolitische Grundsätze

Die risikopolitischen Grundsätze umfassen die innerhalb des ÖVAG Konzerns als Teil des Volksbanken-Verbundes gültigen Normen im Umgang mit Risiken und werden zusammen mit dem Risikoappetit vom ZO-Vorstand festgelegt. Ein verbund- und konzernweit einheitliches Verständnis zum Risikomanagement ist die Basis für die Entwicklung eines Risikobewusstseins und einer Risikokultur im Unternehmen.

Klare Organisationsstrukturen: Besonderes Augenmerk wird auf die Trennung von Risikoübernahme (risk-taking) einerseits und die Risikoberechnung sowie die Vorgabe der Risikonormen andererseits (Riskcontrolling/Riskmanagement) gelegt. Eine Funktionstrennung innerhalb des ÖVAG Konzerns stellt die Vermeidung von Interessenskonflikten sicher.

Systeme und Methoden: Einheitliche Risikomessmethoden sind die Basis zur Vergleichbarkeit und Aggregation der Risiken im ÖVAG Konzern. Sie sind zudem ein wichtiges Element in der konzerninternen Entwicklung effizienter Limitstrukturen und der Berechnung von Limitausnutzungen. Auf einheitliche Risikomanagementsysteme wird auch in Hinblick auf Kosteneffizienz und Ressourcenschonung großes Augenmerk gelegt. Notfallplanungen stellen die erforderliche Verfügbarkeit der Systeme sicher.

Limitwesen: Grundsätzlich unterliegen im ÖVAG Konzern alle mess- und steuerbaren Risiken einer Limitstruktur, die einer permanenten operativen Überwachung unterliegt. Es gilt der Grundsatz: Kein Risiko ohne Limit. Risiken, für die bisher in der Theorie keine hinreichend genauen Messmethodiken und -instrumente zur Verfügung stehen, werden entweder auf Grund regulatorischer Eigenmittelerfordernisse, konservativer Berechnungsmethoden unter Berücksichtigung von Stressannahmen, oder in Form von Sicherheitspuffern in die Überlegungen einbezogen, wobei in diesen Fällen das Vorsichtsprinzip zur Anwendung kommt.

Risikoreporting: Ein zeitnahes, regelmäßiges und umfassendes Risikoreporting ist unter anderem in Form eines Verbund-Risikoreports implementiert. Dieser ist wichtiger Bestandteil für die Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung des Risikos innerhalb des Konzerns. Er wird quartalsweise erstellt und deckt alle relevanten Risikoarten ab. Der Risikobericht informiert den ZO-Vorstand periodisch über die Entwicklung der Risikotragfähigkeit und der Risikosituation des Konzerns und umfasst im Schwerpunkt die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zu den adressierten Risikokategorien, ergänzt durch kurze Lageeinschätzungen und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen. Bei der Erstellung des Reports wird besonderes Augenmerk auf die Datenqualität gelegt, um aussagekräftige Ergebnisse zu gewährleisten.

Prozesse: Grundlage des Risikomanagements sind funktionierende Prozesse. Die Entwicklung und die Integration dieser Prozesse in die täglichen Geschäftsabläufe ist daher zentrale Aufgabe des Risikomanagements im ÖVAG Konzern.

Einführung neuer Produkte: Eine einheitliche Vorgangsweise für die Einführung neuer Produkte im ÖVAG Konzern ist implementiert. Neben der adäquaten Erfassung aller Risiken, dem korrekten Eingang in das Controlling und die Bilanzierung steht hier die Abbildung in den zentralen Systemen des Konzerns im Vordergrund. Einheitliche aussagekräftige Risikoreports und ein korrektes externes Meldewesen werden dadurch gewährleistet.

Ein effizienter systemunterstützter Genehmigungsprozess für Produkte des ÖVAG Treasury ist implementiert und wird kontinuierlich verbessert und weiterentwickelt. Die korrekte Abbildung sämtlicher Risiken in den Risikomanagementsystemen steht hierbei im Vordergrund. Besonderes Augenmerk wird auf das Vorhandensein einer unabhängigen Bewertungsmöglichkeit gelegt. Dies gilt auch für geschlossene Positionen. Somit werden die gesetzlichen Vorgaben zur Darstellung des Kontrahentenausfallrisikos und die Anforderungen des Collateral Managements erfüllt.

Backtesting: Da Schätzungen der Größen Probability of Default (PD), Loss given Default (LGD), Exposure at Default (EAD) und Credit Conversion Factor (CCF) sowie Value at Risk (VaR) immer auf Vergangenheitswerten aufbauen, muss ihre Akkuranz tourlich mittels Rückvergleichen (Backtesting) validiert werden. Backtestingreports werden jedenfalls für das Kredit- und das Marktrisiko erstellt. Die Frequenz des Reportings hängt von der Risikoart ab, erfolgt aber zumindest jährlich. Das Ergebnis wird zeitnah dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Alarmierende Ergebnisse (z.B. eine statistisch gesehen zu hohe Anzahl an Ausreißern) führen umgehend zu einer Analyse der Berechnungsmethoden oder der Modelle.

Stresstesting: Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken werden regelmäßigen Stresstests unterzogen, wobei die Krisenszenarien derart gestaltet werden, dass das Eintreten von sehr unwahrscheinlichen aber nicht unmöglichen Ereignissen simuliert wird. Anhand dieser Vorgehensweise können u.a. atypische tail losses erkannt und analysiert werden – diese Methodik stellt insbesondere im Falle von fat tails eine hilfreiche Ergänzung der VaR Methodik dar.

Neben diesen risikoartenspezifischen Stresstests und Sensitivitätsanalysen werden regelmäßig auch risikoartenübergreifende Stresstests durchgeführt. Dabei werden zuerst volkswirtschaftliche Krisenszenarien (mildes und schweres Rezessionsszenario) definiert und daraus die geänderten Risikoparameter für die einzelnen Risikokategorien und Geschäftsfelder abgeleitet. Neben der Risikoseite werden auch die Effekte der Krisenszenarien auf die Risikodeckungsmassen ermittelt. In einer gestressten Risikotragfähigkeitsrechnung werden schließlich die verschiedenen Auswirkungen der Krisenszenarien auf die Risikotragfähigkeit zusammengefasst und analysiert. Zusätzlich werden auch periodische Reverse-Stresstests und portfoliospezifische Stresstests durchgeführt.

b) Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden ÖVAG intern gemäß der Basel II/III Logik in drei Säulen geteilt. Säule 1 Mindestkapitalanforderungen regelt die Ermittlung der Mindestkapitalerfordernisse für Kreditrisiken, Marktrisiken sowie operationelle Risiken. Säule 2 Aufsichtsrechtliche Kontrolle definiert Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken im Rahmen des sogenannten ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process – siehe auch Punkt c)). Säule 3 Offenlegung legt die Offenlegung für Marktteilnehmer fest.

Säule 1 Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der ÖVAG als ZO des Verbundes verfolgt gemäß Vorstandsbeschluss nicht nur die Erfüllung der Mindestanforderungen, sondern künftig unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit auch die Umsetzung interner Modelle, um damit die Risikomanagementsysteme für alle Risikoarten kontinuierlich zu verbessern. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen gelten für das ÖVAG Einzelinstitut, den VB Holding Konzern sowie den Verbund gemäß § 30a BWG nicht jedoch für den ÖVAG Konzern, wobei der VB Holding Konzern als meldepflichtige Einheit im Wesentli-

chen dem ÖVAG Konzern entspricht. Soweit im Folgenden quantitative Angaben in Bezug auf aufsichtsrechtliche Kennzahlen dargestellt werden, beziehen sich diese auf den VB Holding Konzern.

Derzeit kommen folgende Methoden zur Berechnung des Mindestkapitalerfordernisses je Risikoart zur Anwendung:

- Kreditrisiko: Standardansatz. Im Zusammenhang mit der Bildung des Kreditinstitute-Verbunds gemäß § 30a BWG kam es per 30. September 2012 zu einem Rückstieg vom IRB-Ansatz auf den Standardansatz. Mit der Genehmigung für diesen Rückstieg durch die FMA war die Auflage verbunden, alle Risikomanagementsysteme „IRB-fit“ zu belassen.
- Marktrisiko: Standardansatz.
- Operationelles Risiko: Standardansatz.

Säule 2 Internal Capital Adequacy Assessment Process

Der Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) verpflichtet Banken, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten. Dabei können bankintern entwickelte Methoden und Verfahren angewendet werden. Bei der Ausgestaltung, der für die Umsetzung des ICAAP erforderlichen Strategien, Methoden und Systeme, spielt die Größe und Komplexität der Geschäftstätigkeit eine wesentliche Rolle (Proportionalitätsprinzip). Die Umsetzung des ICAAP wird unter Punkt c) näher erläutert.

Säule 3 Offenlegung

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gem. Verordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Durchführung des Bankwesengesetzes betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (EU Verordnung Nr. 575 / 2013 Teil VIII Offenlegung) auf der institutseigenen Homepage unter Konzern / Investor Relations / Risikomanagement sowie im Geschäftsbericht nachgekommen.

c) Risikostrategie und interner Kapitaladäquanzprozess

Für den ÖVAG Konzern als Teil des Verbundes gemäß § 30a BWG gilt die Verbund-Risikostrategie welche – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) – jährlich durch den ZOVorstand neu bewertet und festgelegt wird. Sie bildet die Grundlage für einen verbund- und damit auch konzernweit einheitlichen Umgang mit Risiken. In der Risikostrategie werden allgemeine und verbund- und konzernweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für das Risikomanagement sowie die Ausgestaltung entsprechender Prozesse und organisatorischer Strukturen verständlich und nachvollziehbar festgelegt und dokumentiert. Weiterentwicklungen in Bezug auf die angewandten Methoden zur Messung und Steuerung der Risiken fließen über den jährlichen Aktualisierungsprozess in die Risikostrategie ein.

Internationaler Best Practise folgend ist der ICAAP als revolvierender Steuerungskreislauf aufgesetzt. Dieser startet mit der Definition einer Risikostrategie, durchläuft dann den Prozess der Risikoidentifikation, -quantifizierung und -aggregation, und schließt mit der Bestimmung der Risikotragfähigkeit, der Kapitalallokation und Limitierung bis hin zur laufenden Risikoüberwachung. Die einzelnen Elemente des Kreislaufes werden mit unterschiedlicher Frequenz durchlaufen (täglich für die Risikomessung Marktrisiko Handelsbuch, monatlich für die Erstellung der Risikotragfähigkeitsrechnung, jährlich für Risikoinventur und Risikostrategie). Alle im Kreislauf beschriebenen Aktivitäten werden zumindest jährlich auf ihre Aktualität und ihre Angemessenheit hin geprüft und bei Bedarf an die aktuellen Rahmenbedingungen angepasst.

Diesem Prinzip folgend erhebt der ÖVAG Konzern im Rahmen der verbundweit durchgeführten Risikoinventur regelmäßig, welche Risiken im laufenden Bankbetrieb im Konzern vorhanden sind und welche Bedeutung bzw. welches Gefahrenpotential diese Risiken für den Konzern haben. Dabei wird nicht nur eine quantitative Einschätzung der einzelnen

Risikoarten vorgenommen, sondern es werden auch die vorhandenen Methoden und Systeme zur Überwachung und Steuerung der Risiken beurteilt (qualitative Beurteilung).

Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zusammengefasst, und für den Verbund sowie jedes zugeordnete Kreditinstitut und den ÖVAG Konzern ausgewertet. Die Ergebnisse der Risikoinventur fließen in die Risikostrategie ein.

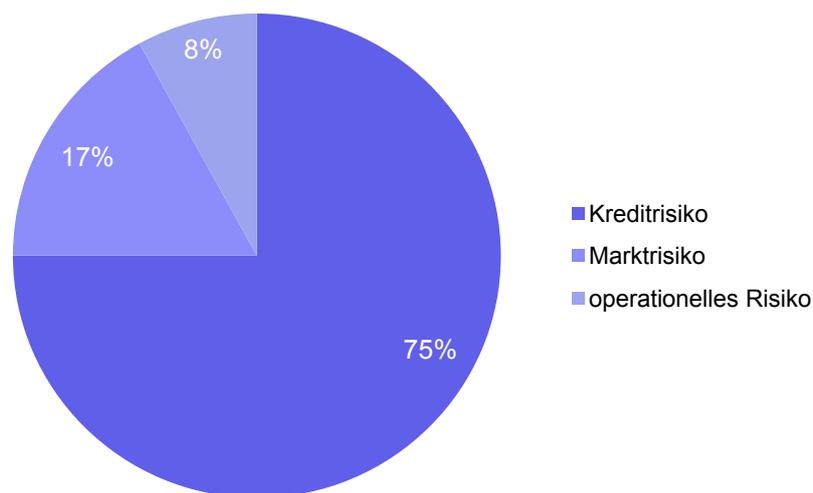
Basis der quantitativen Umsetzung des ICAAP ist die Risikotragfähigkeitsrechnung. Mit ihr wird die jederzeit ausreichende Deckung der eingegangenen Risiken durch adäquate Risikodeckungsmassen nachgewiesen und auch für die Zukunft sichergestellt. Zu diesem Zweck werden auf der einen Seite alle relevanten Einzelrisiken aggregiert. Diesem Gesamtrisiko werden dann die vorhandenen und vorab definierten Risikodeckungsmassen gegenübergestellt und die Einhaltung der vom ZO-Vorstand beschlossenen verbundweit gültigen Gesamtbankrisikolimits auf monatlicher Basis überwacht und der Risikobericht erstellt.

Bei der Bestimmung der Risikotragfähigkeit können unterschiedliche Zielsetzungen verfolgt werden, die sich in den drei Sichtweisen widerspiegeln.

- Regulatorische Sicht (Einhaltung der regulatorischen Eigenmittelquoten)
- Ökonomische Liquidationssicht
- Ökonomische Going Concern Sicht

Die regulatorische Sicht vergleicht die Summe aller aufsichtsrechtlich mit Kapital zu unterlegenden Risiken nach vorgegebenen Risikomessmethoden und definierten Risikodeckungsmassen (basierend auf CRR/CRD IV, SolvaV und BWG). Die Sicherstellung der regulatorischen Risikotragfähigkeit stellt, da gesetzlich vorgegeben, eine Mindestanforderung dar.

Per 31. Dezember 2014 ergibt sich für den VB Holding Konzern folgende Zusammensetzung der regulatorischen Gesamtrisikoposition:

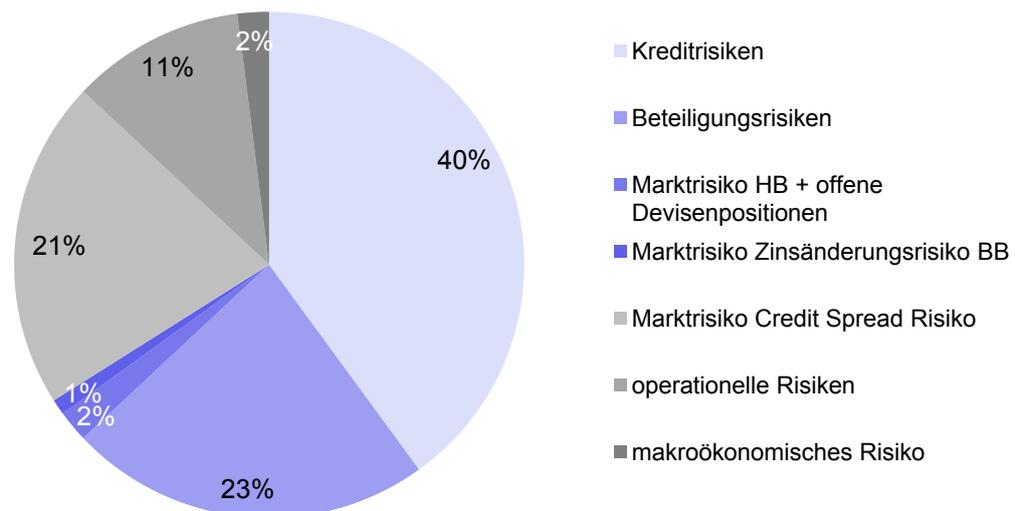


In der ökonomischen Liquidationssicht steht die Sicherung der Gläubigeransprüche im Liquidationsfall im Vordergrund. Bei dieser Sichtweise werden die Risikodeckungsmassen auf Basis des „internen“ Kapitals definiert. Dieses baut auf der regulatorischen Definition auf, umfasst aber noch zusätzliche Bestandteile wie z.B. den nicht testierten unterjährigen Jahresüberschuss. Auch bei der Bestimmung der Gesamtrisikoposition wird auf „interne“ Verfahren, in der Regel Value at Risk, abgestellt. Dabei wird nicht nur auf die regulatorisch mit Eigenmitteln zu unterlegenden Risiken abgestellt, son-

dem es werden alle im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich erachteten und quantifizierbaren Risiken in die Betrachtung mit einbezogen.

Bei der Risikoquantifizierung in der Liquidationssicht wird ein vom Zielrating der Bank abgeleitetes Konfidenzniveau von 99,9 % mit einer Haltedauer von 1 Jahr verwendet.

Per 31. Dezember 2014 ergibt sich für den VB Holding Konzern folgende Zusammensetzung der Gesamtrisikoposition in der ökonomischen Liquidationssicht:



In der Going-Concern-Sicht soll der Fortbestand einer geordneten Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Die Going-Concern Betrachtung stellt auf eine Deckung von Risiken durch kurzfristig verfügbares Kapital im täglichen Geschäft ab. Kleinere, mit hoher Wahrscheinlichkeit auftretende Risiken sollen verkraftet werden können, ohne den laufenden Geschäftsbetrieb zu gefährden. Als Risikodeckungsmasse werden daher im Wesentlichen nur stille Reserven, der im laufenden Geschäftsjahr erzielte Jahresüberschuss/-Verlust sowie der Plangewinn/Planverlust für die nächsten 12 Monate angesetzt. Bei der Risikoquantifizierung wird dafür auf ein moderates Konfidenzniveau von 95 % und einer Haltedauer von 1 Jahr abgestellt.

Die ökonomische Risikotragfähigkeitsrechnung wird als maßgebliche Sichtweise im Rahmen der Steuerung verstanden, da durch die Verbindung von Risikomessung und Ertragsrechnung die risikoadjustierte Ertragsteuerung ermöglicht wird. Standard-Performance-Messmethoden wie der Return on Equity (ROE) werden durch den aussagekräftigen, risikoadäquaten Return on Economic Capital (ROEC) ergänzt, wodurch Geschäftsbereiche in ihrer Performance vergleichbarer werden und damit die Grundlage für eine wertorientierte Banksteuerung gelegt wird.

d) Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Ausfallrisiko aus Beteiligungen (siehe auch Kapitel h) Beteiligungsrisiko)
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das Tilgungsträgerisiko
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das Transferisiko der Cross-Border Finanzierungen

- das makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Unter dem allgemeinen Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer des ÖVAG Konzerns sind, entstehen können.

Unter dem Ausfallrisiko aus Beteiligungen werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Forderungen entstehen bei denen der ÖVAG Konzern als Eigenkapitalgeber fungiert.

Unter Kontrahentenausfallrisiko (Counterparty-Risk) versteht der ÖVAG Konzern das Risiko, dass ein Geschäftspartner in einem over the counter (OTC) Derivategeschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommt und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Derivategeschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für den ÖVAG Konzern eintritt.

Unter Tilgungsträgerrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein Tilgungsträger der angespart wird um eine Forderung zu tilgen nicht die gewünschte Performance zeigt und schließlich nicht ausreicht die betreffende Finanzierung abzudecken. Diese Lücke zwischen erwarteten Ansparvolumen und aushaftenden Betrag bei Laufzeitende dient als Orientierung des potentiellen Verlusts.

Das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten entsteht auf Grund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Transferrisiko entsteht bei Forderungen, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen. Im Falle eines Moratoriums werden Geldflüsse aus einem Land unterbunden, obwohl der Kreditnehmer zahlungswillig und auch –fähig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür wird als zusätzlicher Aufschlag auf die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit modelliert.

Unter dem makroökonomischen Risiko wird die Gefahr quantifiziert, die sich aus einem wirtschaftlichen Abschwung ergibt. Das Ratingmigrationsrisiko (oder auch Bonitätsänderungsrisiko oder nur Migrationsrisiko) ist für Verluste verantwortlich, die sich aus Bonitätsabwertungen der ausfallbehafteten Forderungen ergibt. Hierbei sind mögliche Verluste noch nicht schlagend geworden jedoch signifikant gestiegen, woraus sich potentiell Ausfälle ergeben können.

Unter Konzentrationsrisiko wird jenes Risiko verstanden, dass auf Grund eines Ausfalls eines Kunden, die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde. Organisation und Risikostrategie

Organisation und Risikostrategie

In allen Einheiten des ÖVAG Konzerns, die Kreditrisiko generieren, ist eine strenge Trennung von Vertriebs- und Risikomanagementeinheiten gegeben. Sämtliche Einzelfallentscheidungen werden unter strenger Beachtung des 4-Augen-Prinzips getroffen, wobei für die Zusammenarbeit zwischen den Risikomanagementeinheiten in den Tochtergesellschaften und dem Risikomanagement auf Konzernebene eindeutige Abläufe festgelegt wurden. Bei großvolumigen Geschäften sind Prozesse etabliert, durch die die Einbindung des operativen Konzernrisikomanagements und des Konzernvorstandes in die Risikoanalyse bzw. Kreditentscheidung sichergestellt werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Limitsysteme, welche die Entscheidungskompetenzen der einzelnen Konzerneinheiten in einen Rahmen fassen.

Zur Messung und Steuerung des Kreditrisikos ist auch die Entwicklung von ausgereiften Modellen sowie von Systemen und Prozessen, die auf das bankindividuelle Portfolio zugeschnitten sind, notwendig. Dadurch soll einerseits die Kreditentscheidung strukturiert und verbessert werden, andererseits bilden diese Instrumente bzw. deren Ergebnisse auch die

Grundlage für das Portfoliomanagement. Im Zuge der Implementierung dieser Systeme wurde im ÖVAG Konzern insbesondere darauf geachtet, dass alle im Konzern eingesetzten Ratingsysteme eine vergleichbare Ausfallswahrscheinlichkeit (PD) aufweisen und mit der VB Masterskala, die insgesamt 25 Ratingstufen umfasst, verbunden sind. Das verwendete PD-Band ermöglicht nicht nur den Vergleich interner Ratings mit den Klassifizierungen externer Ratingagenturen, sondern vor allem den Vergleich der Bonitätseinstufung über Länder und Kundensegmente hinweg.

Generelle Weisung Risikomanagement Kreditrisiko

Die „Generelle Weisung Risikomanagement Kreditrisiko“ (GW RM Kreditrisiko) regelt verbundweit und damit auch für den ÖVAG Konzern verbindlich das Kreditrisikomanagement. Dies umfasst die bestehenden Prozesse und Methoden zur Steuerung, Messung und Überwachung der Kreditrisiken im Verbund.

Ziel der GW RM Kreditrisiko ist es, allgemeine und verbundweit konsistente Rahmenbedingungen und Grundsätze für die Messung und den Umgang mit Kreditrisiken sowie die Ausgestaltung von Prozessen und organisatorischen Strukturen verständlich und nachvollziehbar zu dokumentieren. Das Handbuch bildet die Grundlage für die Operationalisierung der Risikostrategie hinsichtlich der Komponente Kreditrisiko und setzt dabei, ausgehend von den jeweiligen Geschäftsschwerpunkten, die grundsätzlichen Risikoziele und Limite, an denen sich Geschäftsentscheidungen orientieren müssen, fest. Die GW RM Kreditrisiko gilt für alle Mitglieder des Kreditinstituts-Verbundes gemäß §30a BWG.

Die Vorstände und Geschäftsführer aller Verbundmitglieder haben im Rahmen ihrer allgemeinen Sorgfaltspflicht im Interesse der Gesellschaften ausnahmslos und uneingeschränkt dafür Sorge zu tragen, dass die GW RM Kreditrisiko im jeweiligen Unternehmen formal und faktisch Geltung erlangt. Geltung erlangt GW RM Kreditrisiko entweder durch gänzliche Inkraftsetzung im Bereich der Gesellschaft oder durch Übernahme der Inhalte der GW RM Kreditrisiko in ein eigenes Kreditrisikohandbuch der Gesellschaft. Jegliche Abweichungen und Sonderregelungen zu der GW RM Kreditrisiko sind vorab mit der Organisationseinheit „Strategisches Risikomanagement“ (OE 060) in der ÖVAG als ZO abzustimmen und im jeweils lokalen Kreditrisikohandbuch zu dokumentieren. Im Zuge der Abstimmung sind die Abweichungen im Risikomanagement der Zentralorganisation, dem Delegiertenrat und der Früherkennung (ÖGV) mitzuteilen und zu begründen.

Kreditportfolio und Credit Value at Risk

Der Begriff ökonomisches Kapital bezeichnet das aus betriebswirtschaftlicher Sicht als Ergebnis einer Risikoschätzung notwendige Risikokapital. Dieses wird wie auch das regulatorische Kapital zur Abdeckung eines über den erwarteten Verlust hinausgehenden unerwarteten Verlustes gehalten. Die Berechnung des für das Kreditrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarfes erfolgt über die Credit Value at Risk (CVaR) Methodik. Der ÖVAG Konzern hat sich zu diesem Zweck für eine analytische Berechnungsmethode, basierend auf einem versicherungsmathematischen Ansatz, entschieden. Im Detail wird für die Modellierung der Kreditrisiken im Kreditportfolio ein weiterentwickeltes und den internen Erfordernissen angepasstes CreditRisk+ Modell herangezogen.

Der CVaR wird auf Konzernebene seit dem 1. Quartal 2010 für folgende Aufgaben eingesetzt:

- Breakdown des CVaRs auf einzelne Geschäftsfelder und Kunden
- Erkennen von Portfoliokonzentrationen
- Analyse der Entwicklung des CVaR in Bestands- und Neugeschäft
- Analyse des marginalen Beitrags einzelner Kunden
- Identifikation der wesentlichen Treiber hinter CVaR Veränderungen (Neugeschäft, EAD, Besicherung, Verlustquote, Ausfallsrate, Risikofaktor,...)

Der CVaR für das Kreditrisiko wird im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch noch für folgende Zwecke verwendet:

- Ermittlung des ökonomischen Kapitals
- Herstellen der Vergleichbarkeit der Risikosituation für unterschiedliche Risikoarten (z.B. Kreditrisiko und Marktrisiko)

- Grundlage für die Berechnung risikoadjustierter Erfolgskennzahlen (z.B. ROEC)
- Basis für Kapitalallokation

Die Ergebnisse des CVaR dienen dazu, zusätzliche Informationen für die Portfolioanalyse und -steuerung zu gewinnen. Ein entsprechender quartalsweiser Report wird erstellt.

Wichtigstes Ziel für den Einsatz der Kreditrisiko-Methoden und Instrumente ist die Verlustvermeidung durch Früherkennung von Risiken. Dabei wird insbesondere berücksichtigt, dass die Systeme in erster Linie eine Unterstützung für die handelnden Personen darstellen. Neben der Qualität der Methoden wird daher größter Wert auf die Ausbildung, Qualifikation und Erfahrung der Mitarbeiter gelegt.

Operatives Risikomanagement und –controlling

Limitierung

Die Überwachung, Steuerung und Begrenzung des Risikos von Einzelengagements und von Klumpenrisiken erfolgt anhand folgender Limite:

- Kreditlimite für Einzelkunden
- Kreditlimite für Gruppen verbundener Kunden (GvKs)
- Portfoliolimite

Für die Limitbestimmung wird bei den Einzelkunden und den Gruppen verbundener Kunden zwischen Staaten, Banken und Anderen, worin Unternehmens- als auch Retailkunden subsumiert werden, unterschieden. Die Limite werden in Abhängigkeit der Ratingstufe bzw. der Eigenmittel der Gegenpartei, der maximalen Restlaufzeit des Geschäftes sowie der Eigenmittel bzw. der Ertragskraft des Konzerninstitutes gesetzt. Im Unternehmens- und Retailbereich beziehen sich die Limite in der Regel auf den eingeräumten Rahmen nach Abzug von Sicherheiten (Blankorisiko). Die Überwachung der Limitierungen auf Einzelgeschäftsebene erfolgt kontinuierlich im operativen Risikomanagement der Teilinstitute und wird anhand zentraler Auswertungen unterstützt.

Im Zusammenhang mit Portfoliolimitierungen werden derzeit im ÖVAG Konzern hauptsächlich Länderrisikolimite verwendet, die das Transferrisiko limitieren sollen. Auf Basis externer Ratings sowie der Geschäftsstrategie erfolgt eine Ländereinteilung nach Risikogruppen und Märkten.

Konzentrationen

Die konzernweite Quantifizierung und Bewertung von Konzentrationen erfolgt einerseits über die monatlich erstellte CVaR-Berechnung und andererseits vierteljährlich im Zuge der Erstellung des Verbundrisikoberichtes und umfasst beispielhaft Konzentrationen auf Einzelkundenebene für Unternehmen, Banken und der öffentlichen Hand. Ergänzend gibt das Konzentrationsrisiko die Auswirkungen einer Konzernsicht anstatt der Einzelkundenbetrachtung wieder.

Die Geschäftstätigkeit im ÖVAG Konzern wird hauptsächlich von den ZO-Funktionen bestimmt, damit entstehen Konzentrationsrisiken in Bezug auf Refinanzierungen der Primärinstitute des Volksbanken Verbundes (siehe Note 47).

Die 25 größten Posten in den Forderungen gegenüber Unternehmenskunden des ÖVAG Konzerns weisen einen Gesamtrahmen von EUR 1,3 Mrd. auf. Das entspricht einem Anteil von 9,4 % am Gesamtportfolio. Mit EUR 664 Mio. EUR entspricht der besicherte EAD dieser Top 25 Unternehmen 51 % des Gesamtrahmens. Von diesen EUR 1,3 Mrd. entfallen EUR 686 Mio. auf Österreich, EUR 167 Mio. auf Ungarn und EUR 120 Mio. auf Polen. Diese 25 Unternehmenskunden verteilen sich mit EUR 920 Mio. auf klassische Unternehmensfinanzierung, EUR 329 Mio. auf Spezialfinanzierung und mit EUR 45 Mio. auf die Kategorie Vereine, Versicherungen und Leasing.

Darüberhinaus verweisen wir auf die in Note 1 erläuterten Risiken im Abbauportfolio.

Ratingsysteme

Konzernweit werden standardisierte Modelle zur Bonitätsbestimmung (die VB Ratingfamilie) und zur Bestimmung der Verlusthöhe im Ausfall angewendet. Die erwartete Ausfallswahrscheinlichkeit jedes Kunden wird über die VB Ratingfamilie geschätzt und über die VB Masterskala ausgedrückt. Das Konzept der VB Masterskala erlaubt es, Kreditnehmer über Regionen und Kundengruppen hinweg bonitätsmäßig zu vergleichen.

Die Ratingklassen der Ratingstufe 5 decken die konzernweit zur Anwendung kommenden Ausfallsgründe für einen Kredit ab und werden auch zum Reporting nichtperformender Kredite (Non-performing loans, NPL) herangezogen. Als Problemkredite werden Kredite aus Teilen der Ratingstufe 4 sowie Kredite mit mehr als 60 Tagen Überfälligkeit definiert. Eine genaue Darstellung der Ratingmethoden ist in der aufsichtlichen Offenlegung auf der Homepage der ÖVAG zu finden.

Forbearance

Aufgrund der EBA FINAL draft Implementing Technical Standards on Supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures under article 99(4) of Regulation (EU) No 575/2013 (EBA/ITS/2013/03/rev1 Stand 24/07/2014) fallen alle Kredite und Schuldverschreibungen sowie gegebene widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen in sämtlichen Bewertungskategorien mit Ausnahme von held for trading Positionen unter den Anwendungsbereich des supervisory reporting on forbearance and non-performing exposures. Unter Forbearance werden Zugeständnisse verstanden, die der Kreditgeber dem einzelnen Kreditnehmer aus wirtschaftlichen Gründen im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten des Kreditnehmers macht, ansonsten aber nicht gewähren würde. Forborne Kreditengagements werden den Kategorien performing forborne Kreditengagements und non-performing forborne Kreditengagements zugeordnet. Aus der Kategorisierung leiten sich die Regelungen für die anschließende Engagementsüberwachung (besondere Überwachungsvorschriften im Kreditinstitute Verbund) und die Kriterien, welche zur Gesundung führen, ab.

Bezogen auf die Kundenkredite wurden für einen Gesamtbuchwerte von insgesamt EUR 412.852 Tsd. Zugeständnisse aus wirtschaftlichen Gründen vereinbart. Dieser Betrag betrifft performing forborne Kreditengagements mit EUR 68.810 Tsd. und non-performing forborne Kreditengagements mit EUR 344.042 Tsd.; für die non-performing forborne Kreditengagements wurden Wertberichtigungen von EUR 184.196 Tsd. gebildet.

Die Entscheidung, wann ein Geschäft nicht mehr als forborne eingestuft wird, erfolgt anhand fest vorgegebener Kriterien, die kumulativ erfüllt sein müssen. Für Kunden der Intensivbetreuung wird die Entscheidung im Rahmen der tourlichen Überwachung getroffen, für Sanierungsfälle im Rahmen der laufenden Engagementüberwachung.

Kontrahentenausfallrisiko

Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Value Adjustments (CVA) bzw. Debt Value Adjustment (DVA) - als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko - Rechnung getragen. Das Expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Da für diese Kontrahenten keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads verfügbar sind basieren die Ausfallswahrscheinlichkeiten auf internen Ratings des Volksbanken Verbundes.

Mit den wichtigsten Kontrahenten der ÖVAG bestehen rechtlich abgesicherte Nettingvereinbarungen, die seit Ende 2009 sowohl für das interne Risikomanagement als auch für die Berechnung der Eigenmittelerfordernisse Berücksichtigung finden. Die ÖVAG verwendet kein internes Modell zur Berechnung des Kontrahentenausfallrisikos.

Die Höhe der Kontrahentenlimite (off-balance Limite) für Derivategeschäfte mit Banken und Finanzinstituten ist abhängig von folgenden Kriterien:

- interne Bonitätseinstufung
- Höhe der Eigenmittel des Kontrahenten
- Höhe der eigenen Eigenmittel
- Intensität der Geschäftsbeziehung mit dem Kontrahenten (strategisch wichtig, einige wenige Geschäfte, sporadisch)
- Bestehen rechtlich durchsetzbarer Netting Vereinbarungen

Die Laufzeiten der eingeräumten off-balance Limite werden unter Berücksichtigung der Kontrahentenausfallrisiken festgelegt.

Die Überwachung der nach unterschiedlichen Laufzeitbändern geführten Kontrahentenlimite für die Handelsbereiche wird in der Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement durchgeführt. Die Anrechnung von derivativen Geschäften an die off-balance Linien erfolgt, wie oben bereits erwähnt, nach dem Prinzip positiver Marktwert plus laufzeitabhängiges add-on bei Kontrahenten ohne rechtlich durchsetzbarer Nettingvereinbarung. Liegen gültige Nettingvereinbarungen vor, werden positive und negative Marktwerte genettet und etwaiges cash collateral berücksichtigt.

Bei institutionellen Kontrahenten ohne Netting richtet sich die Höhe der add-ons nach Artikel 274 CRR. Unter Anwendung des off-balance Nettings erfolgt die add-on Berechnung nach Artikel 298 CRR. Bei Nichtbanken kommen konservative Aufschläge für das interne Risikomanagement zur Anwendung.

Die Anrechnung der getätigten Geschäfte an die Limite erfolgt naturgemäß realtime. Ausnutzungs- und etwaige Überziehungsreports werden den betroffenen Kreditabteilungen sowie dem Handel täglich zur Verfügung gestellt.

Collateral Management im Derivatehandel

Im Rahmen des internen Risikomanagements findet für Geschäfte, die auf Basis von Rahmenverträgen (ISDA – International Swaps and Derivatives Association, österreichischer oder deutscher Rahmenvertrag) und Credit Support Annex (CSA)-Verträgen abgeschlossen wurden, ein täglicher Abgleich der Marktwerte der derivativen Geschäfte mit derzeit 87 Partnern statt. Überschreiten die Marktwerte bestimmte vertraglich festgelegte Schwellenwerte, müssen diese Überhänge mit Collateral abgedeckt werden. Repo Geschäfte mit derzeit 86 Vertragspartnern werden ebenso hinsichtlich der Höhe der Sicherheiten überprüft. Nach den abgestimmten Margin Calls erfolgt der Sicherheitentransfer meist in Form von Cash oder ausgewählten Staatsanleihen in Euro. Auf Grund der Ratingstufe der ÖVAG werden vereinzelt Independent Amounts von den Vertragspartnern gefordert. Im Jahr 2014 sind EUR 15 Mio. als zusätzliche Cash Collateral hinterlegt worden. Bei einer Verschlechterung des Ratings kann es zu weiteren Independent Amount Forderungen kommen.

Kreditrisikoreporting

Das Kreditrisikoreporting erfolgt monatlich mit dem Zweck, stichtagsbezogen eine detaillierte Darstellung des bestehenden Kreditrisikos des ÖVAG Konzerns und auch des Kreditinstituts-Verbund gemäß §30a BWG zu geben. Entsprechende Reports werden für den Konzern, die wesentlichen Konzerneinheiten und die wesentlichen Geschäftsfelder erstellt. Die Informationen fließen auch in die Kreditrisikoteile des Verbundrisikoberichts ein.

Die Berichte umfassen die quantitative Darstellung der steuerungsrelevanten Informationen zum Kreditrisiko, die durch eine kurze Lageeinschätzung und gegebenenfalls weitere qualitative Informationen ergänzt werden. Folgende Analysen sind Bestandteil des Reports:

- Portfolioverteilungen – monatlich
- Neugeschäftsentwicklung – monatlich
- Bonitätsverteilungen – monatlich
- Non-performing loans – monatlich
- Kreditrisikokonzentrationen – quartalsweise

- Ländergruppenanalyse – quartalsweise
- Kundensegmente (Kundensegmentsplit) – quartalsweise
- Branchenverteilungen (Kommerz) – quartalsweise
- Wesentliche CVaR Informationen – quartalsweise

Diese Analysen werden nach verschiedenen Größen und Kennziffern dargestellt: Blankoexposure, Gesamtrahmen, erwarteter Verlust, gebildete Risikovorsorge, Standardrisikokosten, Non-performing Loans, CVaR, etc. Die wichtigsten Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Geschäftsfelder zum Bilanzstichtag und im Vergleich zum Vorjahr werden in den folgenden Tabellen dargestellt und stellen Exzerpte aus dem Konzern-Risikoreport dar.

Bei den nachfolgenden Tabellen sind jeweils die Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt inkludiert.

Darstellung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden aufgeteilt nach Kreditqualität und Zuordnung zu den einzelnen Risikokategorien

	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Buchwert brutto	8.360.001	13.277.192
Risikovorsorge	474.725	815.741
Buchwert netto	7.885.276	12.461.451
Einzelwertberichtigung		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	98	774
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	9.921	149.135
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	4.694	20.041
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	779.000	1.022.926
Risikokategorie 6 (NR)	0	3
Buchwert brutto	793.713	1.192.879
Risikovorsorge	467.546	752.428
Buchwert netto	326.166	440.451
> 90 Tage und <= 180 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	64	29.442
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	64	29.442
> 180 Tage und <= 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	16.369	1.332
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	16.369	1.332
> 365 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	0	0
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	0	0
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	0	0
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	0	0
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	28.792	54.587
Risikokategorie 6 (NR)	0	0
Buchwert brutto	28.792	54.587
Weder überfällig noch wertberichtigt		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	321.402	4.463.744
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	3.930.659	1.426.567
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	2.717.710	5.160.545
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	471.288	798.383
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	68.297	118.704
Risikokategorie 6 (NR)	11.707	31.008
Buchwert brutto	7.521.062	11.998.951
Portfoliowertberichtigung	7.178	63.313
Gesamt-Buchwert netto	7.885.276	12.461.451

Die Einteilung in die einzelnen Risikokategorien erfolgt nach den im Verbund geltenden internen Ratingstufen. Forderungen der Risikokategorie 1 weisen die höchste Bonität (niedrigste erwartete Ausfallsrate) auf während Forderungen der Risikokategorie 4 die niedrigste Bonität aufweisen und Forderungen der Risikokategorie 5 ausgefallene Forderungen darstellen (Non-performing loans, NPLs). Die Risikokategorie 6 (NR) fast alle nicht ausgefallenen Forderungen zusam-

men, die keiner der anderen Risikokategorien 1 – 4 zugeordnet sind. Das sind vorwiegend kleine Exposures, die unterhalb der Ratingpflicht liegen. Diese Kategorie umfasst Kunden unterschiedlichster lebender Ratings und ist im Gegensatz zu den anderen Risikokategorien keinem bestimmten Risiko zuzuordnen. Entsprechend erklärt sich auch die Verteilung der Risikovorsorgen. Zu beachten ist, dass der Buchwert brutto der einzelwertberichtigten Forderungen nicht der Summe der nicht ordnungsgemäß bedienten (NPLs) Forderungen entspricht. Verbessert sich bei einem ausgefallenen Kunden das Rating, wird der Kunde in eine bessere (performende) Ratingkategorie zugeordnet, die Wertberichtigung entsprechend vermindert und der Kunde nicht mehr als NPL geführt.

Die ausgefallenen Kredite oder NPLs werden der Risikokategorie 5 zugeordnet und nach Ausfallsgrund den einzelnen Ratingstufen zugeordnet. So stellt zum Beispiel die Ratingstufe 5A jene Kreditnehmer dar, die mehr als 90 Tage überfällig sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der nicht performenden Kredite auf die Ausfallsratingstufen

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden 31.12.2014		31.12.2013	
	Brutto	Netto	Brutto	Netto
Einzelwertberichtigung				
Rating 5A	336	115	389	98
Rating 5B	371.901	208.588	483.924	248.035
Rating 5C	188.572	67.381	276.663	118.258
Rating 5D	210.759	37.791	260.818	54.401
Rating 5E	7.433	4.113	1.132	121
Gesamt	779.000	317.988	1.022.926	420.913
Mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt				
Rating 5A	7.631	7.631	33.857	33.857
Rating 5B	31	31	1.344	1.344
Rating 5C	36.488	36.488	41.264	41.264
Rating 5D	1.040	1.040	8.896	8.896
Rating 5E	37	37	1	1
Gesamt	45.225	45.225	85.361	85.361
Weder überfällig noch wertberichtigt				
Rating 5A	348	348	9.599	9.599
Rating 5B	30.917	30.917	73.288	73.288
Rating 5C	34.841	34.841	30.617	30.617
Rating 5D	1.621	1.621	5.171	5.171
Rating 5E	570	570	30	30
Gesamt	68.297	68.297	118.704	118.704
Gesamt-Buchwert	892.522	431.510	1.226.991	624.979

Die nachfolgende Tabelle stellt die Brutto- und Nettobuchwerte der Forderungen nach ihrer jeweiligen Risikokategorie dar.

EUR Tsd.	Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	
	Brutto	Netto ¹⁾
31.12.2014		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	321.402	321.402
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	3.930.757	3.933.153
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	2.727.631	2.719.898
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	475.982	474.783
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	892.522	431.510
Risikokategorie 6 (NR)	11.707	11.707
Gesamt	8.360.001	7.892.454
31.12.2013		
Risikokategorie 1 (1A - 1E)	4.463.744	4.463.744
Risikokategorie 2 (2A - 2E)	1.427.341	1.427.168
Risikokategorie 3 (3A - 3E)	5.309.680	5.253.853
Risikokategorie 4 (4A - 4E)	818.424	811.273
Risikokategorie 5 (5A - 5E)	1.226.991	537.788
Risikokategorie 6 (NR)	31.011	30.938
Gesamt	13.277.192	12.524.764

¹⁾Die Nettobuchwerte sind ohne Abzug der Portfoliowertberichtigung abgebildet.

Die Einzelwertberichtigungen in der Risikokategorie 5 decken in der Regel nicht den gesamten Bruttowert der ausfallenden Forderungen ab, da Sicherheiten berücksichtigt aber sonstige Vorsorgen (Portfoliovorsorgen) nicht berücksichtigt werden und es zudem im Bereich der Restrukturierungsfälle nicht immer zu einer vollständigen Wertberichtigung der ausgefallenen Forderung kommen muss (Going concern Überlegung bei der Bildung der Risikovorsorge).

Die nachfolgende Tabelle stellt den Anteil der ausgefallenen und nicht ausgefallenen Forderungen an den Gesamtforderungen dar.

EUR Tsd.	Forderungen gesamt		Forderungen im Ausfall		Forderungen lebend	
	Aushaftung	Unbesichert	Unbesichert	Risiko-vorsorge	Unbesichert	Erwarteter Verlust
31.12.2014						
C - Finanzierung	2.146.773	532.514	70.951	60.621	459.251	9.210
C - Financial Markets	3.716.258	3.156.140	2.209	2.064	3.153.932	9.624
C - Bankbuch	67.825	67.825	0	0	67.825	27
C - Allgemein	316	316	0	0	316	0
NC - Unternehmen	389.727	231.636	156.810	138.878	74.826	1.561
NC - Immobilien	1.025.922	478.154	322.095	219.240	154.780	3.843
NC - Leasing CEE	734.204	278.606	42.175	40.693	233.385	4.653
NC - Bankbuch	278.976	278.976	1.744	703	277.232	1.941
NC - Allgemein	0	0	0	0	0	0
Gesamt	8.360.001	5.024.166	595.983	462.199	4.421.546	30.859
31.12.2013						
C - Finanzierung	2.570.794	965.608	53.505	47.791	912.103	20.521
C - Financial Markets	5.535.970	5.185.002	3.495	3.937	5.181.507	6.416
C - Bankbuch	66.432	66.432	0	0	66.432	361
C - Allgemein	21	21	0	0	21	0
NC - Unternehmen	693.745	403.371	182.176	172.243	221.194	5.248
NC - Immobilien	2.113.733	961.481	351.329	270.140	610.152	17.017
NC - Leasing CEE	1.856.389	485.796	100.758	96.695	385.038	12.570
NC - Bankbuch	318.216	318.216	10.703	4.240	307.513	2.801
NC - Allgemein	121.891	28.333	5.164	6.967	23.169	494
Gesamt	13.277.192	8.414.260	707.131	602.012	7.707.130	65.428

Der Ausfall folgt konzernweit der Definition der österreichischen Solvabilitätsverordnung für Banken, die einen auf internen Ratings basierenden Ansatz bei der Eigenmittelberechnung zur Anwendung bringt. Den ausgefallenen Forderungen

wird die Höhe der gebildeten Einzelwertberichtigungen gegenübergestellt und den performenden Forderungen ist der über das nächste Jahr erwartete Verlust gegenübergestellt. Der Expected Loss ergibt sich aus den internen Bonitätseinstufungen, der wirtschaftlichen Besicherungssituation und der daraus abgeleiteten erwarteten Verlusthöhe bei Ausfall. Im Allgemeinen kommt es bei den Forderungen im Ausfall zu Risikovorsorgen, die unter dem unbesicherten Obligo liegen, weil es neben den Vorsorgen aus Einzelwertberichtigungen auch noch pauschalierte EWBs und Portfoliovorsorgen gibt, die in obiger Aufstellung nicht enthalten sind.

Die nachfolgende Tabelle gibt den Gesamtrahmen der besicherten Forderungen nach den einzelnen Sicherheitenkategorien an.

EUR Tsd.	Forderungen an Kredit-	Forderungen an Kredit-
	institute und Kunden 31.12.2014	institute und Kunden 31.12.2013
Sicherheiten zu einzelwertberechtigten Forderungen		
Barreserve	7.199	9.475
Wertpapiere	920	3.024
Hypotheken	162.399	280.414
Garantien	56.440	65.068
Mobilien	11.362	69.917
Sonstige	6.964	5.603
Sicherheiten zu Forderungen, die mehr als 90 Tage überfällig aber nicht wertberichtigt sind		
Barreserve	0	6
Wertpapiere	3	0
Hypotheken	20.924	39.143
Garantien	0	17.606
Mobilien	21	25
Sonstige	29	29
Sicherheiten zu Forderungen, die weder überfällig noch wertberichtigt sind		
Barreserve	45.204	62.004
Wertpapiere	21.931	40.587
Hypotheken	1.065.445	1.712.901
Garantien	409.961	381.115
Mobilien	894.203	1.744.247
Sonstige	632.829	431.767
Wert der Sicherheiten gesamt	3.335.835	4.862.931

Die wichtigste Besicherungsform im Kreditgeschäft ist die Hypothek. Mobiliensicherheiten stammen aus den Leasingeinheiten des Konzerns und stellen im Wesentlichen Privat PKWs dar.

Die folgende Tabelle zeigt die Regionalverteilung bezogen auf die Ausnutzung und verteilt auf die strategischen Geschäftsfelder.

EUR Tsd.	EU Mittel- und					Sonstige	Gesamt
	Österreich	EWR inkl. Schweiz	Osteuropa	Nicht EU Europa	USA und Kanada		
31.12.2014							
C - Finanzierung	1.932.686	131.148	19.878	7.322	69	55.671	2.146.773
C - Financial Markets	2.677.633	439.825	571.842	505	19.904	6.549	3.716.258
C - Bankbuch	0	67.825	0	0	0	0	67.825
C - Allgemein	316	0	0	0	0	0	316
NC - Unternehmen	169.957	131.538	73.758	11.253	0	3.220	389.727
NC - Immobilien	83.828	86.029	756.089	82.909	0	17.068	1.025.922
NC - Leasing CEE	91	102.000	368.639	260.216	0	3.258	734.204
NC - Bankbuch	2.000	19.809	0	255.493	971	703	278.976
NC - Allgemein	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	4.866.511	978.173	1.790.206	617.697	20.944	86.470	8.360.001

31.12.2013

C - Finanzierung	2.262.330	192.300	48.430	10.531	0	57.203	2.570.795
C - Financial Markets	4.319.666	253.750	939.984	873	10.765	10.932	5.535.970
C - Bankbuch	0	66.432	0	0	0	0	66.432
C - Allgemein	21	0	0	0	0	0	21
NC - Unternehmen	274.153	214.015	161.942	21.667	18.748	3.220	693.745
NC - Immobilien	346.972	221.113	1.440.548	97.562	0	7.538	2.113.733
NC - Leasing CEE	84	4	1.606.210	248.550	0	1.540	1.856.389
NC - Bankbuch	0	57.952	725	255.561	864	3.114	318.216
NC - Allgemein	156	120.253	214	196	1.072	0	121.891
Gesamt	7.203.381	1.125.820	4.198.054	634.940	31.449	83.547	13.277.192

Die Verteilung des Forderungsportfolios auf die wesentlichen Regionen, die konzernintern zu Steuerungs Zwecken verwendet werden, zeigt keine Verschiebung in der regionalen Verteilung. Schon 2013 befindet sich der größte Teil des Volumens in Österreich. 2014 verringert sich das Volumen signifikant, die regionale Verteilung bleibt jedoch erhalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung des Portfolios nach Geschäftsfeldern und nach Kundensegmenten.

EUR Tsd.	Öffentliche					Spezial-		Gesamt
	Hand	Banken	Corporates	Retail KMU	Retail Privat	finanzierung-	nicht	
31.12.2014								
C - Finanzierung	33.577	97.033	1.126.265	391.684	410.357	85.546	2.312	2.146.773
C - Financial Markets	551	3.335.110	375.533	3.296	1.769	0	0	3.716.258
C - Bankbuch	67.825	0	0	0	0	0	0	67.825
C - Allgemein	316	0	0	0	0	0	0	316
NC - Unternehmen	6.541	42	208.463	5.864	1.095	167.722	0	389.727
NC - Immobilien	1.697	10.094	379.743	3.165	959	628.985	1.279	1.025.922
NC - Leasing CEE	2.774	112.776	6.562	456.381	152.662	3	3.046	734.204
NC - Bankbuch	703	257.494	20.779	0	0	0	0	278.976
NC - Allgemein	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	113.983	3.812.548	2.117.346	860.390	566.842	882.256	6.636	8.360.001

31.12.2013

C - Finanzierung	30.140	110.443	1.433.008	393.849	434.728	166.072	2.555	2.570.795
C - Financial Markets	20.144	5.373.548	136.286	2.416	3.576	0	0	5.535.970
C - Bankbuch	66.432	0	0	0	0	0	0	66.432
C - Allgemein	21	0	0	0	0	0	0	21
NC - Unternehmen	8.860	0	469.896	11.602	1.175	202.210	0	693.745
NC - Immobilien	3.522	22.322	980.951	4.166	959	1.094.798	7.015	2.113.733
NC - Leasing CEE	5.840	27.217	135.726	1.529.944	157.654	9	0	1.856.389
NC - Bankbuch	1.428	255.561	61.227	0	0	0	0	318.216
NC - Allgemein	1	9.048	90.310	0	21.693	840	0	121.891
Gesamt	136.388	5.798.139	3.307.404	1.941.977	619.785	1.463.929	9.570	13.277.192

Die Geschäftsfelder stellen dabei die konzernintern zu Steuerungszwecken verwendete Einteilung des Forderungsportfolios dar, während die Einteilung nach Kundensegmenten den im Bankwesengesetz definierten Kundengruppierungen entspricht.

Kreditsicherheiten

Verwendung von Kreditsicherheiten

Die Verwendung von Kreditsicherheiten sowie deren Management werden als bedeutender Bestandteil des Kreditrisikomanagements im ÖVAG Konzern gesehen. Sie stellen neben der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers den wesentlichen Faktor für die Bestimmung des Kreditrisikos eines Engagements dar. Die primäre Bedeutung von Kreditsicherheiten liegt in der Vorsorge für nicht vorhersehbare Zukunftsrisiken des Kreditengagements und somit in der Begrenzung des Verlustrisikos eines Kreditengagements im Falle einer Insolvenz oder Restrukturierung.

Die im ÖVAG Konzern zum Einsatz kommenden Sicherheitenarten und deren Behandlung werden umfassend in zwei Dokumenten, dem Wirtschaftlichen Konzernsicherheitenkatalog und dem Basel II Sicherheitenhandbuch, dargestellt.

Dort erfolgt eine Kategorisierung sowohl nach rechtlichem Sicherungsgeschäft als auch nach der zugrunde liegenden Güterart. Dabei ist jeder Sicherheitenart die Information zugeordnet, ob sie grundsätzlich als wirtschaftlich taugliche bzw. aufsichtlich anerkannte Sicherheit gilt und somit zur Reduktion des ökonomischen Risikos und/oder des regulatorischen Mindesteigenmittelerfordernisses herangezogen werden kann.

Eine Schlüsselanforderung bei der Auswahl von Sicherheiten im ÖVAG Konzern ist die in der Art gegebene Kongruenz mit der zu besichernden Kreditforderung. Werden für ein Kreditengagement Sicherheiten bestellt, sind diese nach konzernweit verbindlichen Bewertungsregeln objektiv zu bewerten. Darüber hinaus bestehen klar definierte Richtlinien und Prozesse für die Bestellung, Verwaltung und Verwertung von Kreditsicherheiten. Jede Kreditsicherheit wird regelmäßig auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei die Periodizität im Wesentlichen von der Sicherheitenart abhängt und konzernweit einheitlich geregelt ist.

Bewertung von Kreditsicherheiten

Ausgangspunkt für die Berücksichtigung von Sicherheiten im Rahmen des Kreditvergabeprozesses ist jeweils der aktuelle Markt-, Verkehrs-, Nominal- oder Rückkaufswert. Auf diesen Wert werden in der Folge jeweils die korrespondierenden Abschläge im Rahmen der Credit Risk Mitigation angewendet. Die jeweilige Bewertung der unterschiedlichen Sicherungsarten erfolgt grundsätzlich auf Basis folgender Ausgangswerte:

Sicherheit	Ausgangswert
Finanzielle Sicherheit	Marktwert / Nominalwert
Immobilien-sicherheit	Marktwert / Verkehrswert
Sonstige Sicherheiten	Marktwert
Forderungen aus Lieferungen und Leistung	Nominalwert
Lebensversicherung	Rückkaufswert
Garantien	Nominalwert
Kreditderivate	Nominalwert

Die initiale Bewertungsmethode einer Kreditsicherheit wird gemeinsam mit dem Bewertungsergebnis für die laufende Überprüfung in geeigneter Weise dokumentiert.

Die wichtigsten Arten von Besicherungen

Kreditsicherheiten sollen mit der Art der zu besichernden Kreditforderung korrespondieren. Als solches sollen Investitionskredite grundsätzlich durch die zu finanzierenden Vermögenswerte besichert werden, sofern diese werthaltig sind und dem Sicherungsgeber auf Kreditlaufzeit zur Verfügung stehen. Bei der Auswahl von Kreditsicherheiten wird auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis geachtet und somit auf vornehmlich werthaltige, wenig bearbeitungs- und kostenintensive

sowie auf tatsächlich verwertbare Kreditsicherheiten zurückgegriffen. Aus diesem Grund werden Sachsicherheiten, wie beispielsweise Immobiliensicherheiten und finanzielle Sicherheiten, wie Bar- oder Wertpapiersicherheiten, eine bevorzugte Stellung eingeräumt.

Verteilung persönlicher Sicherheiten im Portfolio des ÖVAG Konzerns:

Sicherheiten EUR Tsd.	Angerechneter Wert	
	31.12.2014	31.12.2013
Finanzielle Sicherheiten	549.510	397.448
Immobiliensicherheiten	1.248.768	2.032.458
Sonstige Sicherheiten	932.384	1.823.730
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	58.178	66.291
Lebensversicherungen	78.442	79.215
Garantien	466.402	463.789
Kreditderivate	2.151	0
Gesamt	3.335.835	4.862.931

Immobiliensicherheiten sind die mit Abstand wichtigste Sicherheitenart im ÖVAG Konzern. Bei den sonstigen Sachsicherheiten handelt es sich um Mobilien im Leasinggeschäft. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

Die Anerkennungsfähigkeit einer persönlichen Sicherheit ist wesentlich von der Qualität des Sicherungsgebers abhängig und von seinem Naheverhältnis zum Kreditnehmer.

Nach dem durch die persönliche Sicherheit eingeräumten Recht werden im ÖVAG Konzern die folgenden Haftungsinstrumente anerkannt:

Persönliche Sicherheiten

Abstrakte Garantien
Bürgen- und Zahlerhaftung (gemäß § 1357 ABGB)
Ausfallbürgschaft (gemäß § 1356 ABGB)
Wechselbürgschaft
Strenge Patronatserklärung

Verteilung persönlicher Sicherheiten im Portfolio der ÖVAG:

Persönliche Sicherheiten EUR Tsd.	Angerechneter Wert	
	31.12.2014	31.12.2013
Abstrakte Garantien	441.463	356.732
Bürgschaft	2.858	33.386
Solidarbürgschaft/Bürge und Zahlerhaftung gem. § 1357 ABGB	7.733	27.505
Subsidiarbürgschaft/Ausfallbürgschaft gem. § 1356 ABGB*	981	34.098
Wechselbürgschaft gemäß Wechselgesetz/Avalbürgschaft (Solidarbürgschaft)	7.573	8.848
Patronatserklärung streng	5.794	3.219
Gesamt	466.402	463.789

* nur von bzw. mit Rückhaftung von staatlichen Stellen

Bei den persönlichen Sicherheiten kommt der abstrakten Garantie die größte Bedeutung zu. Persönliche Sicherheiten gemäß § 1356 und § 1346 ABGB werden nur angerechnet, wenn sie von staatlichen Stellen gewährt oder mit Rückhaftung staatlicher Stellen versehen sind. Die ausgewiesenen Werte stellen den angerechneten Wert der Sicherheiten dar (nach Bewertung und Deckelung durch die Höhe der besicherten Forderung).

e) Marktrisiko

Definition

Marktrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Vermögensposition aufgrund von Veränderungen im Preis/Kurs wertbestimmender Marktrisikofaktoren verändert. Die ÖVAG unterscheidet folgende Untergruppen des Marktrisikos:

- Marktrisiko im Handelsbuch
- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Allgemeines Credit Spread Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Optionsrisiken

Organisation und Risikostrategie

Marktrisiko im Handelsbuch

Die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken der Handelsabteilungen des ÖVAG Konzerns wird von der unabhängigen Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement wahrgenommen, die im Bereich strategisches Risikomanagement angesiedelt ist. Neben der täglichen Risiko- und Ertragsdarstellung, der Vorgabe der Limitstruktur auf Basis des vom Vorstand zur Verfügung gestellten ökonomischen Kapitals zählen die Administration der Front-Office Systeme, das CSA Management, die Weiterentwicklung der Risikomesssysteme und die Überwachung der Marktrisiko- und Kontrahentenlimite zu den Hauptaufgaben der Abteilung.

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist ein normaler Bestandteil des Bankgeschäftes und stellt eine wichtige Einkommensquelle dar. Allerdings können übertriebene Zinsrisikowerte eine signifikante Bedrohung für die Ertrags- und Kapitalsituation darstellen. Dementsprechend ist ein wirkungsvolles Risikomanagement, das das Zinsänderungsrisiko abgestimmt auf den Geschäftsumfang überwacht und begrenzt, wesentlich für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Die funktionale Trennung zwischen den Einheiten, welche Zinsänderungsrisiken eingehen und jenen, die diese Risiken überwachen, ist gegeben.

Das Asset-Liability Komitee (ALCO) ist das Koordinationsgremium für die Steuerung der ALM-Prozesse und wird auf Basis der Geschäftsordnung quartalsweise oder bei Bedarf auch kurzfristig abgehalten.

Das Asset-Liability-Management (ALM) ist verantwortlich für die Angemessenheit der ALM-Organisation, leitet die Sitzungen des ALCO und erarbeitet die für die Entscheidung relevanten Grundlagen und Auswertungen.

Die Gruppe Marktrisiko Bankbuch ist für die Vorgabe der Risikomessmethoden und deren laufende Weiterentwicklung verantwortlich. Ebenso fällt die Ausarbeitung von Auswertungen und Analysen, Vornahme von Parametereinstellung und die Limitüberwachung in ihren Zuständigkeitsbereich. Die erstellten Reports dienen dem ALCO als Entscheidungsgrundlage für die Steuerung.

Zum Ultimo stellen sich die Zinssensitivitäten – Auswirkung der Verschiebung der Zinskurve um einen Basispunkt – des ÖVAG Konzerns aufgegliedert nach den wichtigsten Währungsräumen wie folgt dar:

EUR Tsd. Währung	31.12.2014	31.12.2013
EUR	91	388
USD	-10	-1
CHF	-271	-83
JPY	0	-3
GBP	-2	-2
Sonstige	-40	-49
Gesamt	414	527

Hier wird innerhalb der Währungen saldiert (positiv und negativ) aber vorzeichenneutral über die Währungen hinweg addiert.

Erklärtes Ziel des Zinsrisikomanagements ist es, alle wesentlichen Zinsänderungsrisiken aus Aktiva, Passiva und Außerbilanzpositionen des Bankbuches zu erfassen. Dafür ist es notwendig, sowohl den Einkommenseffekt als auch den Barwerteffekt von Zinsänderungen mit Simulationsszenarien in Form von statischen und dynamischen Reports, welche zusätzlich das Neugeschäft einbinden, zu analysieren.

Folgende Zinsrisiken treten im ÖVAG Konzern auf:

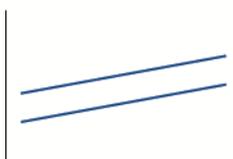
Zinsbindungsfristenrisiko (repricing risk)

Das Zinsbindungsfristenrisiko entsteht aufgrund zeitlicher Unterschiede in der Restlaufzeit (zinsfixe Instrumente) bzw. in der Laufzeit bis zum nächsten Zinsfestsetzungszeitpunkt (zinsvariable Instrumente) von Forderungs-, Verbindlichkeiten- und off-balance Positionen. Es äußert sich darin, dass Veränderungen des Zinses zu Änderungen des aktuellen Barwertes und des zukünftigen Ertrages der Banken führen.

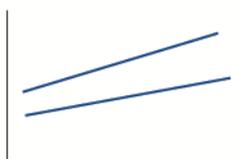
Zinskurvenrisiko (yield curve risk)

Das Zinskurvenrisiko ergibt sich aus nachteiligen Änderungen in einer Zinsstrukturkurve: z.B.

Parallelverschiebung



Änderung der Steigung



Änderung der Krümmung



Zinsanpassungs-Basisrisiko (basis risk)

Das Basisrisiko resultiert in diesem Zusammenhang aus nicht perfekten Korrelationen eingennommener und aufgewendeter Zinsraten verschiedener Finanzinstrumente bei an sonst gleichen Merkmalsausprägungen wie z.B. gleiche Fristigkeiten.

Optionsrisiken (Explizites/Implizites Risiko von Optionalitäten)

Eine Option ist das Recht, aber nicht die Pflicht, des Optionsinhabers zu kaufen, zu verkaufen und in einer anderen Art die cash flows eines Finanzkontrakts zu verändern. Optionen können allein stehend oder in andere Finanzinstrumente eingebettet sein.

Unter dem impliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus in Forderungs-, Verbindlichkeits- und off-balance Positionen ein gebetteten Optionen verstanden.

Beispiele für implizite Optionen sind

- Anleihen mit call-Klauseln – vorzeitiges Rückkaufsrecht der Anleihe
- Anleihen mit put-Klauseln – vorzeitiges Rückgaberecht der Anleihe
- Einlagen mit Kündigungsrecht – z.B. non-maturity Einlageninstrumente

Unter dem expliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus allein stehenden, zinsbezogenen Optionen bezeichnet (asymmetrische Zinsderivate).

Beispiele für explizite Optionen sind

- Cap & Floor
- Option auf eine Anleihe
- Swaption

Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich die Werte offener Forderungen / Verbindlichkeiten in einer Fremdwährung durch Schwankungen der Wechselkurse ungünstig verändern.

Credit Spread-Risiko

Besonderes Augenmerk wird dem Credit Spread-Risiko im Strategischen Bankbuch (Strategische Bankbuchpositionen - SBBP) gewidmet. Dieses umfasst im Wesentlichen sämtliche Bonds, Credit Default Swaps und Verbriefungen. Darüber hinaus werden Credit Linked Notes, Fonds, Schuldscheindarlehen, Syndicated Loans, Investment- und Hedgefonds sowie Aktien im Nostro-Bestand des ÖVAG Konzerns ebenfalls erfasst. Die Positionen des SBBP werden quartalsweise im Rahmen des Risikoreportings dem Vorstand zur Kenntnis gebracht. Das Reporting SBBP gliedert sich darin in einen Bestands- und in einen Risikoteil.

Das Bestandsreporting SBBP beschreibt die Assets hinsichtlich ihrer Markt- und Buchwerte und stellt sie in Strukturanalysen nach unterschiedlichen Merkmalsausprägungen, wie z.B. Assetklassen, IFRS- und UGB-Treatments, Bonitäten, Sektoren oder Laufzeiten dar. Sämtliche Bestände sind für den jeweiligen Quartalsultimo dargestellt.

Portfoliostruktur nach IAS 39 Kategorien

EUR Tsd.	Bond	Verbriefung	Syndicated loan & SSD	Fund & Equity	CLN, LPN & CL-SSD	Gesamt
31.12.2014						
At fair value through profit or loss	11.519	0	1.900	0	0	13.419
Available for sale	2.108.691	0	0	0	0	2.108.691
Held to maturity und loans & receivables	338.510	208.113	0	348.247	0	894.869
Gesamt	2.458.720	208.113	1.900	348.247	0	3.016.979

EUR Tsd.	Bond	Verbriefung	Syndicated loan & SSD	Fund & Equity	CLN, LPN & CL-SSD	Gesamt
31.12.2013						
At fair value through profit or loss	34.315	13.777	0	2.532	0	50.623
Available for sale	2.164.695	2.680	0	4.943	0	2.172.318
Held to maturity und loans & receivables	809.662	261.843	384.364	0	195	1.456.064
Gesamt	3.008.671	278.300	384.364	7.475	195	3.679.005

Der bilanzielle Teil des Strategischen Bankbuchs entspricht dem kapitalmarktfähigen Teil der Finanzinvestitionen. Zusätzlich des außerbilanziellen Teils der Strategischen Bankbuchpositionen beinhalten die Werte im SBBP Reporting nur teilweise Zinsabgrenzungen. Im Strategischen Bankbuch werden gehaltenes Partizipationskapital, nicht kapitalmarktfähig

hige Bonds sowie kurzlaufende Staatspapiere nicht erfasst, da diese mehr aus technischen oder regulatorischen Erfordernissen und weniger aus strategischen Überlegungen heraus gehalten werden.

Bilanzielles Exposure im Öffentlichen Sektor in Peripheriestaaten zum 31.12.2014

EUR Tsd.	available for sale		held to maturity		Gesamt	
	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert	Buchwert	Marktwert
Italien	143.779	143.779	20.000	25.663	163.779	169.442
Ungarn	44.710	44.710	0	0	44.710	44.710
Portugal	43.702	43.702	0	0	43.702	43.702
Spanien	41.229	41.229	0	0	41.229	41.229
Gesamt	273.420	273.420	20.000	25.663	293.420	299.083

Außerbilanzielles Exposure (CDS) im Öffentlichen Sektor in Peripheriestaaten zum 31.12.2014

EUR Tsd.	Verkaufte Sicherheit		Gekaufte Sicherheit		Gesamt	
	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert	Nominale	Marktwert
Ungarn	37.355	-229	-65.591	424	-28.237	195
Portugal	38.000	-313	-38.000	332	0	20
Italien	48.000	-195	-48.000	189	0	-6
Gesamt	123.355	-736	-151.591	945	-28.237	208

Das Exposure gegenüber europäischen Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien) sowie Ungarn und Slowenien schlägt sich mit rund 10% des Gesamtexposures der Strategischen Bankbuchpositionen zu Buche. Hievon hält die ÖVAG das größte Exposure gegenüber Italien gefolgt von Ungarn, Portugal und Spanien. Gegenüber den Staaten Griechenland und Irland beinhalten die Strategischen Bankbuchpositionen kein Exposure.

Portfolioverteilung nach Bonität

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
1A	1.258.350	1.314.363
1B-1C	423.258	386.051
1D-2A	204.422	506.422
2B-3A	921.823	1.156.529
3B-4E (NIG)	205.458	301.684
5A-5E (Default)	1.768	11.423
kein Rating	1.900	2.532
Gesamt	3.016.979	3.679.005

Portfolioverteilung nach Sektoren

EUR Tsd.	31.12.2014	31.12.2013
Finanzsektor	1.488.317	1.438.979
Öffentlicher Sektor	1.018.784	1.484.515
Unternehmen	299.866	469.736
keine Sektorzuordnung	210.013	285.775
Gesamt	3.016.979	3.679.005

Verbriefungen und teilweise Fund & Equity werden aufgrund ihrer möglicherweise in unterschiedlichen Sektoren befindlichen Einzelbestandteile in der Zeile keine Sektorzuordnung erfasst.

Die Risikoberechnung wird seit 2009 für die Assetklassen Bonds und Credit Default Swaps erstellt. Seit 2013 inkludiert die Risikoberechnung zusätzlich die Assetklassen Verbriefungen, Fonds, Loans, Schuldscheindarlehen und Credit Linked Notes. Die Berechnung des CS-VaR basiert auf einer historischen Simulation. Der Umfang der zugrundeliegenden Marktindizes wurde im Bereich der Staaten um Einzelindizes erweitert. Der Credit Spread-Value at Risk findet Eingang in das Risikoreporting und die Risikolimitierung der SBBP sowie im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung in die Risikotragfähigkeitsrechnung und den Gesamtbankrisikostresstest. Die monatliche Risikolimitierung der SBBP wurde im Jahr

2014 für die Assetklassen Bonds, Credit Default Swaps, Verbriefungen und CLN durchgeführt, die mit 31.12.2014 in die RTFR Limitierung integriert wurde und dort aufgegangen ist.

Für die Berechnung des Credit Spread Risikos im Strategischen Bankbuch wird das Portfolio anhand der Kriterien Währung, Bonität und Sektor in 30 Risikocluster gegliedert, wobei Titel, die dem Finanz- und dem Euro-Unternehmenssektor zugeordnet sind, noch eine Differenzierung gemäß Seniorität erfahren. Darüber hinaus werden für den Euro-Raum spezifische Covered-Risikoindizes verwendet und 15 europäische Staaten mit individuellen Risikoclustern abgebildet. Auf Basis entsprechender Marktindizes und einer risikolosen Zinskurve wird für jeden Cluster der systemische Credit Spread gemessen. Diese historisch auf Tagesbasis verfügbaren Daten werden ab dem Jahr 2009 für die Berechnung herangezogen. Basierend auf diesen werden die monatlichen Veränderungen im Credit Spread berechnet, woraus mittels einer historischen Simulation der Credit Spread-Value at Risk ermittelt wird.

Für die Darstellung des Credit Spread Risikos im Risikoreport wird der Value at Risk der Liquidationssicht (99,9%-Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Jahr) und der Going-Concern-Sicht (95%-Konfidenzniveau, Haltedauer 1 Jahr, ausschließlich für available-for-sale und fair-value-for-profit-and-loss gewidmete Portfoliobestandteile) ausgewiesen. Als zweites Risikokonzept ist analog für die oben beschriebenen Risikocluster und -faktoren eine Sensitivitätsanalyse (normiert) auf Basis eines 10 Bp-Shifts implementiert und im Risikoreporting SBBP dargestellt.

Für den ÖVAG Konzern ergeben sich per 31.12.2014 folgende Risikokennzahlen:

EUR Tsd. 31.12.2014	Credit Spread Value at Risk	10 Basispunkte-Shift
ÖVAG Konzern	259.212	20.320

Neben dem Bestands- und Risikoreporting nimmt die Durchführung diverser Stresstests eine bedeutende Stellung im Risikomanagement für die SBBP ein. Hierbei sind für das Risikomanagement die verbundweit einheitlichen Vorgaben aus dem volkswirtschaftlichen Konzernresearch maßgeblich. Über ein multivariates Faktormodell werden aus der Historie die Implikationen des makroökonomischen Umfeldes auf die Credit Spreads geschätzt. Mittels dieses geschätzten Zusammenhanges werden aus den makroökonomischen Vorgaben die gestressten Ausprägungen für die Credit Spreads errechnet. Auf diese Weise können Stresstestergebnisse auf ökonomischer Basis zur Verfügung gestellt werden, die in den ökonomischen Gesamtbankrisikostresstest einfließen. Die Stresstests finden halbjährlich statt. Weiters werden drei historische Stress-Szenarien basierend auf historischen EBA-Stress-Szenarien (Rezession 2001, Subprime-Krise und Europäische Staatenkrise) berechnet, die ebenfalls im Risikoreporting abgebildet sind.

Alle hier beschriebenen Modelle sind im Strategischen Risikomanagement Gegenstand regelmäßiger Backtestings und werden in Zusammenarbeit mit anderen maßgeblichen Stellen laufend weiterentwickelt.

Risikomanagement und Risikocontrolling

Marktrisikomanagement im Handelsbuch

Kernstück der Risikoüberwachung stellt die tägliche Schätzung des möglichen Verlustes dar, welcher durch ungünstige Marktbewegungen entstehen kann. Diese Value at Risk Berechnungen werden in den Risikomanagementsystemen MUREX und KVaR+ nach der Methode der historischen Simulation durchgeführt.

Bei der historischen Simulation werden jeweils auf die aktuelle Ausprägung der Risikofaktoren die historisch beobachteten Veränderungen aufgeschlagen. Dadurch erhält man hypothetische Ausprägungen der Marktrisikofaktoren, welche als Basis für die Ermittlung des Value at Risks dienen.

Im nächsten Schritt wird das aktuelle Portfolio mit den zuvor generierten Szenarien bewertet. Dadurch erhält man hypothetische Portfoliowerte, welche zur Berechnung der profit and loss-Verteilung herangezogen werden, indem die Diffe-

renzen zwischen hypothetisch künftigem und aktuell beobachtetem Portfoliowert gebildet werden. Der VaR resultiert durch Anwendung des entsprechenden Quantils auf die empirisch ermittelte profit and loss-Verteilung.

Die in der ÖVAG verwendete Zeitreihenlänge entspricht der gesetzlichen Mindestanforderung von einem Jahr, die Höhe des VaR resultiert aus dem 1 % Quantil der hypothetischen profit and loss-Verteilung.

Die folgende Tabelle zeigt den VaR im Handelsbuch für das Jahr 2014, aufgeteilt nach Risikoarten:

EUR	31.12.2014	Durchschnitt	Maximum	Minimum
Zinsen	308.571	324.850	491.798	155.171
Währungen	3.088	4.289	8.928	1.204
Sustanzwerte (Aktienkurse)	57.525	96.769	191.817	57.525
Commodity	40.431	58.254	91.060	33.901
Volatilität (Optionsrisiko)	46.382	58.794	163.639	38.327
Gesamt	376.063	377.158	532.628	218.896

Die Plausibilität und Verlässlichkeit der VaR Kennzahlen wird durch Rückvergleiche (Backtesting) täglich überprüft. Dabei werden die prognostizierten Verluste ex post mit den tatsächlich eingetretenen Handelsergebnissen verglichen. Eine Ausnahme (Ausreißer) liegt dann vor, wenn ein negatives Handelsergebnis den vom Modell ermittelten potenziellen Risikobetrag übersteigt.

Die Rückvergleiche in der ÖVAG basieren auf hypothetischen Handelsergebnissen, bei denen von einem konstant gehaltenen Portfolio ausgegangen wird. Dabei wird am Folgetag eine Neubewertung des der VaR-Berechnung zugrunde liegenden Portfolios mit aktuellen Marktrisikofaktoren durchgeführt. Im Jahr 2014 kam es zu einem Backtesting Ausreißer.

Zentrales Element der Marktrisikosteuerung bildet eine vom Vorstand genehmigte Limitstruktur, welche die Risiko- und Treasurystrategie widerspiegelt.

Neben dem VaR werden zusätzlich noch eine Reihe weiterer Risikokennziffern bis auf Abteilungsebene täglich errechnet. Diese umfassen im Wesentlichen Zinssensitivitäten und Optionsrisikokennziffern (Delta, Gamma, Vega, Rho).

Volumenlimite für sämtliche Währungen begrenzen das Liquiditätsrisiko. Zusätzlich existieren noch Management- Action-Triggers und Stop-Loss-Limite. Es stehen die Frontoffice- und Risikomanagementsysteme MUREX, Kondor+, KVAR+, und Bloomberg TOMS für das tägliche Risikocontrolling zur Verfügung. Als Unterstützung für die Bewertung von strukturierten Produkten wird zusätzlich der externe Preisrechner UnRisk verwendet.

Stresstesting

Da Ergebnisauswirkungen von Extremsituationen durch den VaR nicht abgedeckt werden können, werden monatlich bzw. anlassbezogen umfangreiche Stresstests über alle Portfolios des Handelsbuches durchgeführt. Die Ergebnisse, die ebenfalls durch Limite begrenzt sind, werden zumindest vierteljährlich im Rahmen eines Expertengremiums analysiert und ausführlich dokumentiert.

Diese Krisentests sind sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur. Mittels qualitativer Kriterien werden zwei wichtige Ziele der Krisentests hervorgehoben: Einerseits erhält man eine Abschätzung, ob die Eigenmittel der Bank potenzielle große Verluste absorbieren können, andererseits können notwendige Maßnahmen ergriffen werden, mit denen die Bank ihr Risiko vermindern und ihr Eigenkapital erhalten kann.

Quantitative Standards, betreffen die Plausibilität der gewählten Szenarien denen die Bank im Zuge krisenhafter Markt- ereignisse ausgesetzt sein kann.

Die ÖVAG wendet unterschiedliche Methoden der Szenariengenerierung an, wobei diese in zwei Kategorien - portfoliounabhängige und portfolioabhängige Methoden - eingeteilt werden:

Portfoliounabhängige Szenarien, wie bspw. Parallelshifts, Kurvendrehungen oder auch Rekonstruktionen historischer Krisen, werden bei jedem Krisentest unverändert auf das aktuelle Portfolio angewendet.

Portfolioabhängige Szenarien versuchen möglichst unvorteilhafte Auswirkungen für das aktuelle Portfolio zu finden. In der ÖVAG werden solche Szenarien subjektiv und empirisch gesucht. Die ÖVAG hat ein Expertengremium aus Vertretern des Handels und des Marktrisikomanagements gebildet, welches verschiedene, grundsätzlich unwahrscheinliche aber doch mögliche Szenarien konstruiert und diskutiert, die einen entscheidenden Einfluss auf das Portfolio haben würden. Extreme Entwicklungen des Marktes werden im Expertengremium der ÖVAG eingehend besprochen und analysiert, um einen möglichen Anpassungsbedarf der Expertenszenarien zu identifizieren.

Bewertungen

Sämtliche Positionen des Handelsbuches werden in den Frontoffice- und Risikomanagementsystemen MUREX, Kondor+, Bloomberg TOMS und UnRisk geführt bzw. bewertet. Diese verfügen über eine Realtime-Marktdatenanbindung, wodurch eine Bewertung mit aktuellen Marktpreisen gewährleistet wird. Produkte ohne direkte Preisquotierung werden über verschiedene Pricingmodelle unter Verwendung aktueller Marktparametern bewertet.

Durch die oben beschriebenen Systeme ist eine tägliche, unabhängige Bewertung der Handelsbuchpositionen sichergestellt.

Wichtiger Bestandteil des Risikomanagements sind straff organisierte, effiziente Prozesse und Abläufe. Eine besondere Stellung nimmt hierbei der ebenfalls in der Verantwortung der Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement stehende Prozess „Einführung neuer Treasury-Produkte“ ein.

Sämtliche Regeln und organisatorische Abläufe im Zusammenhang mit der Messung und Überwachung der Marktrisiken sind im Marktrisikohandbuch der ÖVAG zusammengefasst.

Zinsrisiko im Bankbuch

Das Risikomesssystem erfasst alle wesentlichen Formen der Zinsänderungsrisiken wie z.B. Basis- und Optionsrisiken. Alle zinssensitiven Positionen des Konzerns werden einbezogen. Das Risikoreporting findet monatlich statt oder aber ad hoc, wenn immer dies notwendig ist. Das Ziel des Risikomanagements besteht darin, die Zinsänderungsrisiken der Bank innerhalb bestimmter, von der Bank selbst festgelegter Parameter zu halten.

Positionen mit unbestimmter Zinsbindung, dies sind vor allem die Bodensatzprodukte Spargelder und Giroeinlagen, aber auch Darlehen ohne Laufzeitende, werden mittels Fiktionen in die Risikomessung einbezogen. Die Annahmen wurden durch statistischer Analysen oder Erfahrungswerte ermittelt bzw. durch Expertenmeinungen gebildet. Die getroffenen Annahmen werden dokumentiert, stetig eingehalten und regelmäßig auf ihre Gültigkeit überprüft. Abweichungen, sofern sie sachlich gerechtfertigt sind, werden ebenso dokumentiert und angezeigt. Zur Approximation des Basisrisikos innerhalb der Gap Ablauf-Reports werden Produkte (Interest Rate Swaps, Bonds, Darlehen), deren Zinsbindung ungleich der Zinsanpassung und größer/gleich ein Jahr ist, über replizierende Fixzinsportfolios in die Laufzeitbänder gestellt. Dies sind jene Positionen mit einer Zinsbindung an die Sekundärmarktrendite (SMR) oder an einen Constant Maturity Swap (CMS).

Risikoreports

Ein Baustein des Reportings ist der Gap Report, welcher auch die Basis für die Zinsrisikostatistik nach der Methode Zinsbindungsbilanz bildet. Zur Ermittlung der Gaps werden zinssensitive Produkte nach ihren Restlaufzeiten bzw. ihren

Zinsfestsetzungszeitpunkten den entsprechenden Laufzeitbändern zugeordnet. Nach Ermittlung der Nettopositionen und deren Gewichtung mit den zugehörigen Gewichtungsfaktoren erhält man erste Risikokennzahlen. Wird nun das so ermittelte Barwertrisiko im Verhältnis zu den anrechenbaren Eigenmitteln gesetzt, erhält man eine weitere Risikokennzahl.

Zusätzlich wird ein Gap Report, welcher das Basisrisiko z.B. von Positionen, welche an die Sekundärmarkttrendite gebunden sind, durch replizierende Fixzinsportfolios approximiert, erstellt.

Um weitere Kennzahlen zu erhalten werden zusätzlich Barwert Reports erstellt. Neben Parallelverschiebungen kommen auch Drehungen der Zinskurven zum Einsatz. Diese Szenarien und Stresstests werden regelmäßig auf ihre Gültigkeit geprüft und können ergänzt oder ersetzt werden.

Derzeit werden folgende Szenarien durchgeführt

- Parallelverschiebung um +1 Bp, +10 Bp, +25 Bp und +50 Bp
- Parallelverschiebung um –1 Bp, –10 Bp, –25 Bp und –50 Bp

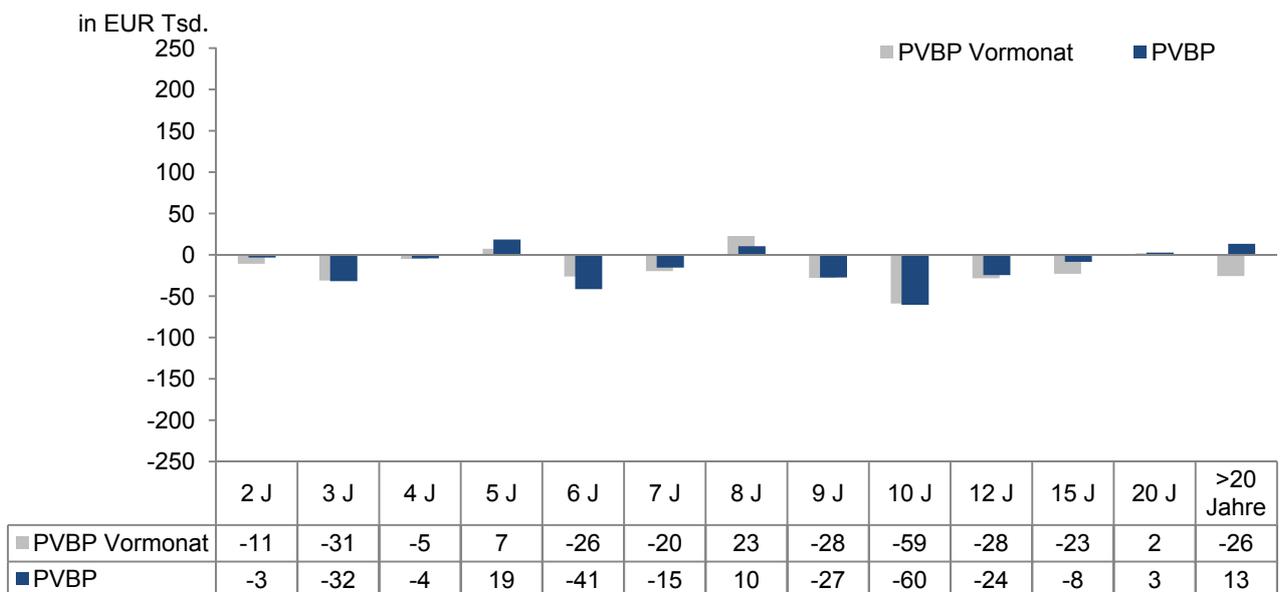
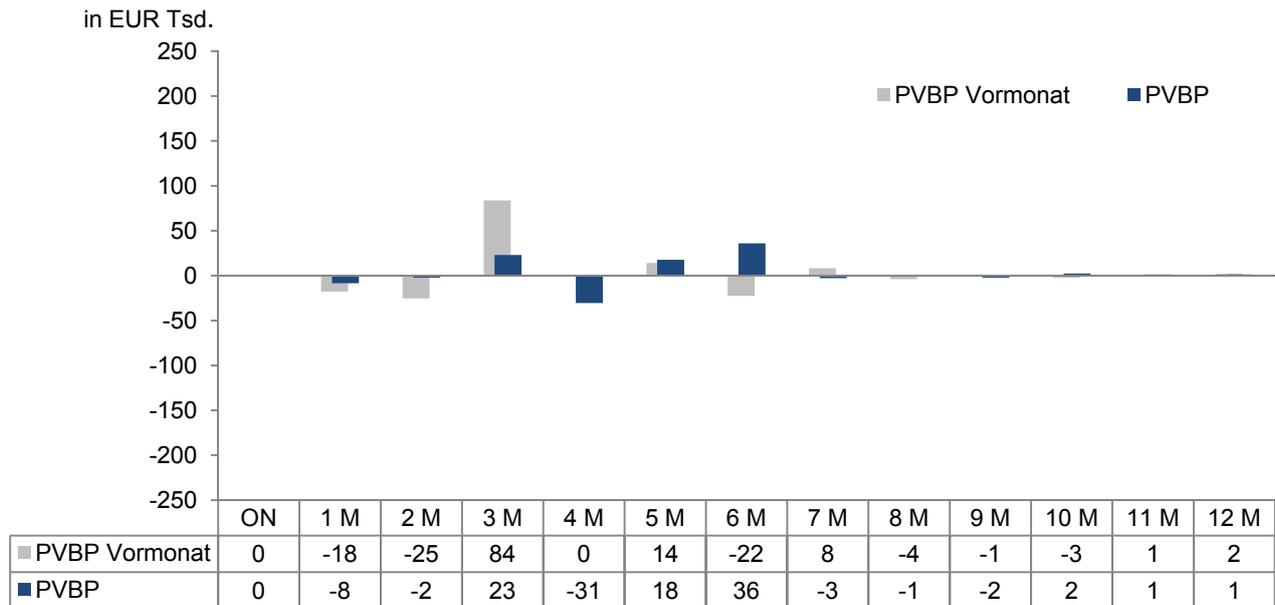
Unter Stresstesting wird die Entwicklung von Szenarien für extreme Marktbedingungen verstanden. Zinsschocks, die zu außerordentlichen Verlusten des Institutes führen können, sind ein fixer Bestandteil der Stresstests im Risikomanagement.

- Derzeit werden folgende Stresstests durchgeführt
- Parallelverschiebung um +100 Bp und +200 Bp
- Parallelverschiebung um –100 Bp und –200 Bp
- Drehung / Geldmarkt +100 Bp
- Kapitalmarkt –100 Bp
- Im Rahmen des ICAAP werden halbjährlich Gesamtbank-Risikostresstests durchgeführt. Die angewandten Szenarien (milde und schwere Rezession) werden vorab festgelegt und überprüft.

Neben dem durch die Aufsicht definierten Maximallimit in Höhe von 20 % der anrechenbaren Eigenmittel bei einem standardisierten Zinskurvenshift von 200 Bp auf Basis der Zinsrisikostatistik werden zur internen konzernweiten Risikobeschränkung weitere, vielfach erheblich geringere Limite definiert und überwacht.

In der ÖVAG erfolgt die Limitierung mittels Zinssensitivitätslimits (PVBPs) und Gapvolumslimits für die Hauptwährungen (EUR, USD, CHF).

Weiters werden PVBP (Present Value of a Basis Point) in den jeweiligen Time Buckets gerechnet, sowie darauf aufbauend mehrere Szenarien. Nachfolgende Grafik veranschaulicht das PVBP Risiko getrennt nach Laufzeiten unter einem Jahr und über einem Jahr.



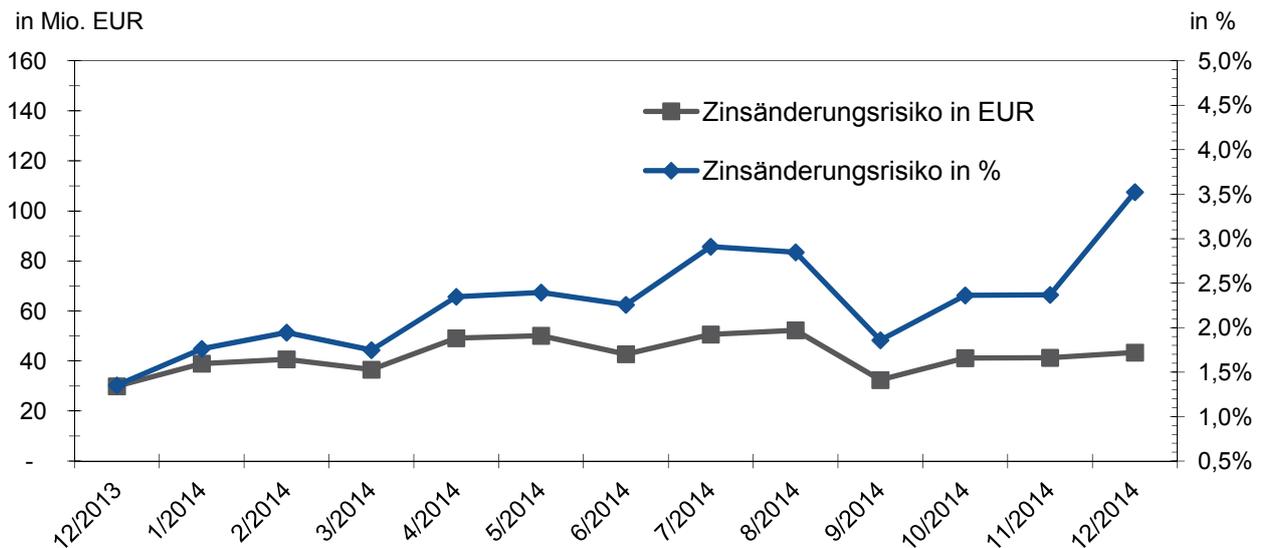
Gap Report

Das absolute Zinsänderungsrisiko hat sich im Vergleich zum Vorjahr von EUR 29,9 Mio. (1,35 % der Eigenmittel des ÖVAG Konzerns zum 31.12.2013) auf EUR 43,4 Mio. (3,49 % der Eigenmittel des VB Holding Konzerns) erhöht.

Zum Vergleichszeitraum betragen die Veränderungen absolut EUR 13,5 Mio. bzw. im Verhältnis zu den Eigenmittel eine Erhöhung um 2,14 Prozentpunkte. Die Grafik stellt die Verteilung des Zinsänderungsrisikos bei einem Shift von +200 Bp auf die vier Hauptwährungen dar.

Zinsrisikoentwicklung

Die Grafik zeigt das barwertige Zinsänderungsrisiko (aufsichtsrechtliche Betrachtung nach OeNB Standardverfahren) in Mio. EUR (linke Skala) sowie im Verhältnis zu den anrechenbaren Eigenmittel (rechte Skala) im Zeitablauf. Im Geschäftsjahr 2014 zeigt sich ein stabiles und im Verhältnis zu den Eigenmittel geringes Zinsänderungsrisiko. Die maximale Auslastung im Geschäftsjahr 2014 lag bei 3,49 % (Dezember 2014), die kleinste Ausnützung lag bei 1,35 % (Dezember 2013).



Auswirkung einer Zinsänderung auf das Zinsergebnis

EUR Tsd.	Shift +100 Bp	Shift -100 Bp
31.12.2014		
Geschäftsjahr 2014	-1.184	1.184
Durchschnitt der Periode	141	-141
Maximum der Periode	3.942	3.142
Minimum der Periode	-3.142	-3.942
31.12.2013		
Geschäftsjahr 2013	57	57
Durchschnitt der Periode	-2.797	2.797
Maximum der Periode	57	4.962
Minimum der Periode	-4.962	-57

f) Operationelles Risiko

Definition

Der ÖVAG Konzern definiert operationelles Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen eintreten. Über die bankgesetzlichen Vorschriften hinausgehend werden in der ÖVAG ebenso Rechtsrisiken in der Risikobetrachtung berücksichtigt.

Organisation und Risikostrategie

Zur Messung operationeller Risiken werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden verwendet. Das für das Management operationeller Risiken verantwortliche Linienmanagement wird dabei durch die im Strategischen Risikomanagement angesiedelten ORIKS-Ansprechpartner unterstützt. In periodisch stattfindenden Treffen des ORIKS-Teams (Teilnehmer: Nominierte aus Geschäftsbereichen inkl. Compliance und Rechtsabteilung) werden OpRisk- und Ereignisdaten sowie risikosteuernde Maßnahmen (z.B. Interne Kontrollen) behandelt. Weiters ermöglicht eine enge Zusammenarbeit mit dem Security-, Safety- und Versicherungsmanagement ermöglichen eine optimale und umfassende Steuerung operationeller Risiken.

Operatives Risikomanagement und -controlling

Abgeleitet aus der Risikostrategie gelten in der ÖVAG folgende Grundsätze und Prinzipien im OpRisk Management:

- Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.
- Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich in der Plattform BART, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben, Nutzen daraus zu ziehen. Seit 2004 werden operationelle Ereignisse konzernweit in einheitlicher Form erfasst. Die daraus resultierende Transparenz über eingetretene Ereignisse ermöglicht eine aus der Historie abgeleitete Risikobewertung.
- Die Methoden, Systeme und Prozesse im OpRisk Management müssen unter Einhaltung von Konzernvorgaben, dem Proportionalitätsprinzip folgend, an das jeweilige Institut angepasst werden.
- Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich, in Form von OpRisk-Klausuren bewertet. An dieser Stelle seien exemplarisch Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/Schulungen, die Sicherstellung von Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität der Kunden- und Unternehmensdaten sowie die betriebliche Notfallplanung aber auch insbesondere die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten sowie die Beachtung des 4-Augenprinzips als Steuerungsmaßnahmen angeführt. Operationelle (Rest-) Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch die Geschäftsleitung akzeptiert werden.
- Die Effizienz des operationellen Risikomanagements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt

Ein Schwerpunkt 2014 lag in der Implementierung des OpRisk-Konzeptes im Volksbanken-Verbund nach § 30a BWG und die Vereinheitlichung der Berechnung der Kapitalunterlegung im Verbund, vom bisherigen kombinierten Ansatz (ÖVAG-Konzern, VB Wien, Immo Bank, Ärzte Bank und start: Bausparkasse wendeten den Standardansatz, die restlichen Verbundmitglieder wendeten den Basisindikatoransatz an), auf den Standardansatz. Gemeinsam mit Primärbankvertretern wurden die Methoden, Systeme (z.B. einheitliche Plattform für die Ereignisdatensammlung, Reports zur einheitlichen Betriebsertragszuordnung zu Basel Geschäftsfeldern, ...) und Richtlinien überarbeitet. Parallel dazu wurden Schulungen und Bewusstseinsmaßnahmen über die Volksbank Akademie durchgeführt.

g) Liquiditätsrisiko

Definition

Unter Liquiditätsrisiko wird die Gefahr verstanden, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können bzw. die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von cash flows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

Organisation und Strategie

Den gesetzlichen Vorgaben, Trennung Markt und Marktfolge, entsprechend wird das Liquiditätsmanagement und -steuerung im Sinne einer ganzheitlichen ALM-Betrachtung im Bereich Financial Markets & Group Treasury durchgeführt. Die Überwachung und Limitierung des Liquiditätsrisikos sowie die methodischen Vorgaben der Risikomessung werden vom Risikomanagement wahrgenommen.

ALM Liquiditätsmanagement

Das ALM Liquiditätsmanagement umfasst die Teilbereiche Operatives Liquiditätsmanagement, Liquiditätssteuerung und -strategie und ist sowohl für die operative Liquiditätssteuerung, das kurzfristige Reporting als auch das langfristige, stra-

tesische Liquiditätsmanagement verantwortlich. Das Liquiditätsmanagement ist die zentrale Stelle im Konzern und im Verbund für alle Liquiditätsfragen. Dazu gehören im Besonderen das Pricing von Liquidität (Transferpricing), das konzern- und verbundweite zentrale Management von Collateral, die Festsetzung der Fundingstruktur, die Disposition der verfügbaren liquiden Mittel und die Verantwortung über die Einhaltung der Refinanzierungsstrategie.

Zusätzlich wird das Liquiditätsmanagement durch die Liquiditäts- und Fundingstrategie, das Liquiditätshandbuch und das Liquiditätsnotfallshandbuch dokumentiert.

Operatives Risikomanagement und -controlling

Operatives Liquiditätsmanagement

Im operativen Liquiditätsmanagement werden unter Einsatz verschiedener implementierter Instrumentarien sowie Tools die Einhaltung der Vorgaben des Risikomanagements, der gesetzlichen Vorschriften, das tägliche Reporting sowie die Liquiditätsversorgung im kurzfristigen Bereich des Konzerns und des Verbundes sichergestellt.

Das operative Liquiditätsmanagement umfasst folgende wesentliche Aufgaben.

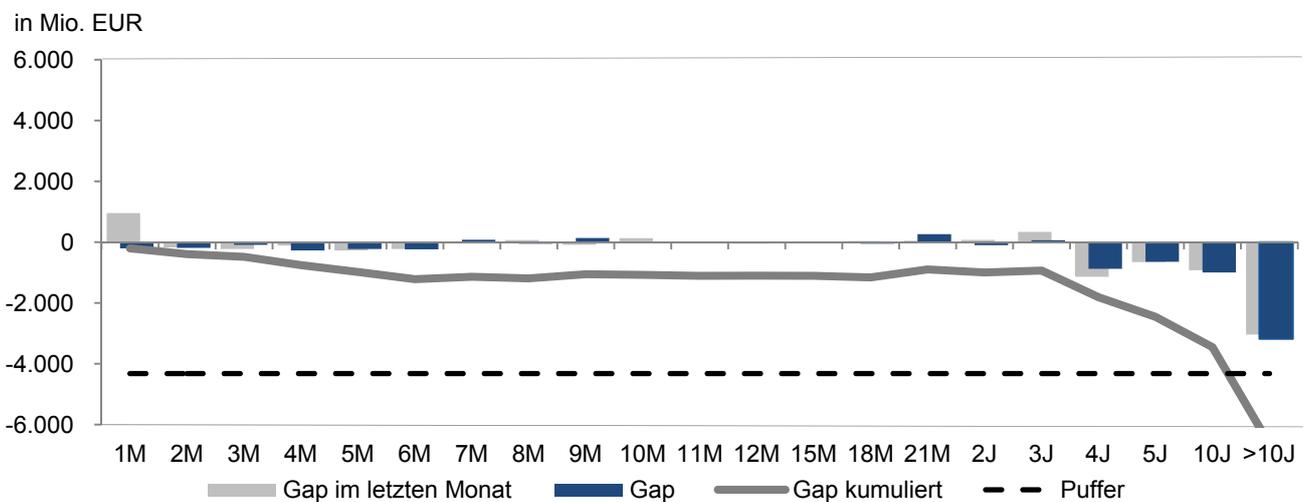
1. Im Cash-Management wird unterstützt durch ein real-time Cash-Management-System, das Settlement aller Transaktionen des Verbundes sowie Disposition der von der ÖVAG unterhaltenen Bankverbindungen in allen Währungen sichergestellt. Ein Abgleich der Cash-Flows aus dem Cash-Management und der täglichen Liquiditätsplanung wird intraday durchgeführt. Zu den weiteren Aufgaben des Cash-Managements zählen das Monitoring diverser Zahlungsverkehrsplattformen inkl. der TARGET II – Plattform.
2. Collateralmanagement ECB-fähiger Collaterals (eligible Bonds sowie Credit Claims) der ÖVAG und des Verbundes und die Veranlassung/Nutzung der ECB Refinanzierungsmöglichkeiten ermöglicht, unter Berücksichtigung der Planungsdaten und Cash-Management-Erfordernisse sowie der regulatorischen Erfordernisse gem. § 25 BWG, die optimale Nutzung des Sicherheitenbestandes.
3. Eine tägliche Liquiditätsvorschau für die nächsten 31 Tage und wöchentlich für die nächsten 12 Monate für alle relevanten Währungen wird mittels eines Planungstools erstellt. Dieses Tool ermöglicht weiters eine Vorschau-rechnung unter Einbeziehung des Verbundes auf Basis von Netto cash flows auf Produktebene. Die tägliche Modellierung der cash flows wird auf Produktebene durchgeführt und beinhaltet markt-, instituts- und produkt-spezifische Gegebenheiten sowie eine tägliche Bewertung aller in Fremdwährung abgebildeten Positionen um den Liquiditätsbedarf aus Währungsschwankungen abbilden zu können.
4. Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen des § 25 BWG und der CEBS-Leitlinien für die ÖVAG und auf Verbundebene im Zusammenhang mit dem Management der ECB-Collaterals und der Überwachung der liquiden Mittel sind ein weiterer Bestandteil des operativen Liquiditätsmanagements.
5. Das Monitoring der Refinanzierungspositionen des Verbundes in allen Währungen sowie das mit Genehmigung des § 30a BWG von der ÖVAG in Kraft gesetzte „Kontrollsystem Liquidität“ für die Verbundbanken – u.a. Liquiditätsmeldungen, Refinanzierungssteuerung, Collateralnutzung, Frühwarnsystem – sind ein weiterer Bestandteil des operativen Liquiditätsmanagements.
6. Planung und Einhaltung der Mindestreservevorschriften (Erfüllung) für die ÖVAG und den Volksbanken-Verbund unter Berücksichtigung der Liquiditätsplanung sowie das regelmäßige Reporting an den Vorstand ergänzen den Aufgabenbereich.

Liquiditätsrisikomanagement

Risikoreports

Zur Darstellung des strukturellen Liquiditätsrisikomanagements der Bank erstellt die Abteilung Marktrisiko Bankbuch einen Liquidity Gap Report. Sowohl deterministische und stochastische Kapital cash flows wie auch Zins cash flows von on- und off-balance sheet Produkten werden dabei berücksichtigt. Die cash flows werden zunächst in ihrer Ursprungswährung berechnet bzw. modelliert und anschließend aggregiert und auf EURO umgerechnet. Mit der GAP-Methodik werden aus den kumulierten Zahlungsströmen Über- und Unterdeckungen identifiziert und analysiert. Der Report visualisiert die netto cash flows pro Laufzeitband, den kumulierten cash flow sowie den Liquidity Buffer. Der Liquidity Buffer entspricht dem Belehnwert der unbelasteten bei den Zentralbanken hinterlegten und akzeptierten Assets bzw. Collaterals.

Liquidity Gap Report ÖVAG Konzern per 31. Dezember 2014 in EUR Mio.



Durch Addition von in flows und (negativen) out flows ergibt sich der Gap als Nettozahlungsfluss per Laufzeitband. Der Zeitpunkt, an dem zum ersten Mal ein negativer kumulierter Gap nicht mehr durch den Liquiditätspuffer (frei verfügbare Assets, die als strichlierte Linie dargestellt sind) ausgeglichen werden könnte, ist die Survival Period. Die Survival Period ist wie in der Abbildung dargestellt größer als 10 Jahre.

Neben dem Real Case Szenario werden zusätzlich Stress Szenarien gerechnet. Wie von CEBS vorgegeben handelt es sich dabei um einen Banken-, einen Markt- und einem kombinierten-Stress. Der Liquidity Buffer wird in diesen Fällen hinsichtlich seiner ausreichenden Deckung gestresst.

Die Limitierung des strukturellen Liquiditätsrisikos erfolgt im Real Case Szenario und in den Stress Szenarien mittels der Structural Survival Period und der Net Concentration Ratio. Die Structural Survival Period beschreibt jene Periode bis zu der das Institut fähig ist seine fälligen Auszahlungen durch Einzahlungen und den Liquidity Buffer zu bedienen. Zusätzliche Funding Maßnahmen sind hier nicht berücksichtigt und würden die Structural Survival Period verlängern. Die Net Concentration Ratio ist der netto cash flow der cash in flows und cash out flows für ein bestimmtes Laufzeitband im Verhältnis zum Liquidity Buffer.

LCR & NSFR

Als Antwort auf die Finanzmarktkrise und den einhergehenden Liquiditätsproblemen von Kreditinstituten hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht neue Mindeststandards für das Liquiditätsrisiko in Form der Rahmenvereinbarung „Basel III: Internationale Rahmenvereinbarung über Messung, Standards und Überwachung in Bezug auf das Liquiditätsrisiko“ entwickelt. Die Rahmenvereinbarung wurde im Dezember 2010 in finaler Version veröffentlicht. Kern der Rah-

menvereinbarung sind die beiden Liquiditätskennzahlen Liquidity Coverage Ratio (LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR). Das Ziel der LCR ist die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von Banken unter Stressbedingungen. Die NSFR zielt auf die strukturelle, mittel- bis langfristige Liquiditätsposition von Banken ab und soll die von Banken eingegangene Liquiditätsfristentransformation begrenzen.

Die Rahmenvereinbarung wird im Rahmen von „CRD IV / CRR I“ europaweit umgesetzt. Die European Banking Authority (EBA) veröffentlicht zudem einen technischen Durchführungsstandard für die beiden Liquiditätskennzahlen, in dem die aufsichtsrechtliche Berichterstattung für die LCR und NSFR geregelt sind. Auf Basis von Meldetemplates werden in dem technischen Durchführungsstandard die wichtigsten Merkmale für die Berichterstattung erläutert.

Seit 31.03.2014 wird die LCR & NSFR an die Aufsicht gemeldet und ist integrierter Bestandteil in der Risikosteuerung und dem Risikoreporting.

Mit Stichtag 31.12.2014 beträgt die LCR im ÖVAG Konzern 98 % und ist somit bereits jetzt über den gesetzlichen Anforderungen, welche ab 2018 einzuhalten wären. (Anmerkung: Für die aufsichtsrechtliche Erfüllung ist eine Quote von 60 % ab dem 3. Quartal 2015 vorgesehen).

h) Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht der ÖVAG Konzern das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung ausfällt oder an Wert verliert. Da dieses Risiko für den Konzern wesentlich ist wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in folgende Ausprägungen unterteilt:

- Ausfallrisiko von Beteiligungen
- Abwertungsrisiko von Beteiligungen
- FX-Risiko aus Beteiligungen

Das Ausfallrisiko von Beteiligungen wird über das Credit Value at Risk Modell berechnet und im Zuge des Kreditrisikoreportings auch reportet (siehe Kapitel d) Kreditrisiko) wobei nicht nur klassische Beteiligungen sondern auch Kredite an diese Beteiligungen, die der IAS 24 Related Parties Definition entsprechen, in dieser Risikoart berücksichtigt werden.

Das Abwertungsrisiko von Beteiligungen wird mittels Abschlägen von den Buchwerten der Beteiligungen in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Das FX-Risiko aus Beteiligungen beschreibt das Risiko der Wertänderung konsolidierter Kernkapitalbestandteile in Nicht-EUR-Währungen aufgrund von Wechselkursschwankungen und wird mittels Value at Risk über das interne Marktrisiko modell berechnet.

Die ÖVAG hält durchgerechnet eine 51 %ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A. Am 10. Dezember 2014 wurden gemeinsam mit der Groupe BPCE, der DZ Bank AG und der WGZ Bank die Anteile an der VBRO an die rumänische Banca Transilvania S.A. verkauft und die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Seit 17. März 2015 liegen uns die Genehmigung der Rumänischen Nationalbank und der Wettbewerbsbehörde vor, sodass aus heutiger Einschätzung das Closing voraussichtlich Anfang April 2015 stattfinden wird. Die Refinanzierungslinien gegenüber der VBRO konnten im Geschäftsjahr 2014 um EUR 0,3 Mrd. auf EUR 0,5 Mrd. rückgeführt werden (31.12.2013: EUR 0,8 Mrd.). Von den Refinanzierungslinien sind EUR 82 Mio. nachrangig. Die at equity bewertete Beteiligung wird zum 31. Dezember 2014 als aufgegebenen Geschäftsbereich und die Refinanzierungslinien als Vermögenswerte zur Veräußerung bestimmt dargestellt.

Darüber hinaus hält die ÖVAG durchgerechnet eine 4,64 %ige Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft. Der Buchwert dieser Beteiligung entspricht einem Anteil von 69,55 % an dem Posten Anteile und Beteiligungen und stellt somit ein Konzentrationsrisiko dar. Diese Beteiligung soll gemäß dem Restrukturierungsplan der ÖVAG bis Ende des Jahres 2016 abgegeben werden

i) Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich der ÖVAG Konzern dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht der ÖVAG Konzern die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für den ÖVAG Konzern, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

Zur Abschirmung der sonstigen Risiken wird daher über das ökonomische Gesamtbankrisikolimit ein Kapitalpuffer definiert.

53) Vollkonsolidierte verbundene Unternehmen ¹⁾

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
"VBL POSREDNIK" d.o.o.; Sarajevo	SO	50,00%	50,00%	1
"VBV iota" - IEB Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
3V-Immobilien Errichtungs-GmbH; Wien	HD	100,00%	100,00%	35
ACP IT-Finanzierungs GmbH; Wien	FI	75,00%	75,00%	150
ARIANA TURIST VILE d.o.o.; Zagreb	SO	100,00%	100,00%	1.156
ATIUMCO LIMITED; Limassol	SO	100,00%	100,00%	1
AWP Liegenschaftsverwaltung GmbH; Wien	HD	100,00%	100,00%	145
Dexagon Ingatlanfejlesztő Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00%	100,00%	2
Duna Tower Ingatlanhasznosító és Kereskedelmi Kft.; Budapest	SO	100,00%	100,00%	42
Grieshofgasse 11 Liegenschaftsverwaltungs GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Hemera Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	49
IC Beta d.o.o.; Krapina	FI	100,00%	100,00%	3
IC Investment Corporation Limited; Msida, Malta	HD	100,00%	100,00%	7
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH; Wien	SH	100,00%	100,00%	35
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH; Wien	SH	100,00%	100,00%	35
Immo Kapitalanlage AG; Wien	KIFI	100,00%	100,00%	5.000
IMMOINVEST, s.r.o.; Bratislava	SO	100,00%	100,00%	33
Immopol Logis Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	24
Immopol Omega Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	48
IMMOROM ALPHA SRL; Bucharest	SO	100,00%	100,00%	9
IMMOROM BETA SRL; Bucharest	SO	100,00%	100,00%	2.751
IMMOROM DELTA SRL; Bucharest	SO	100,00%	100,00%	3.251
Imobilia Omikron s.r.o.; Praha 8	FI	100,00%	100,00%	8
INPROX Karlovac d.o.o.; Krapina	SO	100,00%	100,00%	14
INPROX Ústí nad Labem, s.r.o.; Praha 8	FI	100,00%	100,00%	4
Investkredit Funding Ltd.; St. Helier - JERSEY	HD	100,00%	100,00%	10
Investkredit International Bank p.l.c.; Sliema	SO	100,00%	100,00%	7.500
Investkredit-IC Holding alpha GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Investkredit-IC Holding beta GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Kalvin-Center Kft.; Budapest	SO	100,00%	100,00%	12
LAND SIBIU TWO s.r.l.; Bucharest	SO	100,00%	100,00%	20.396
Leasing - west Gesellschaft m.b.H. & Co. Kommanditgesellschaft; Kufstein	FI	100,00%	100,00%	1.124
Leasing-west Gesellschaft m.b.H.; Kufstein	FI	100,00%	100,00%	36
Leasing-west GmbH, BRD; Kiefersfelden	FI	100,00%	100,00%	51
Markovo Tepe Mall EOOD; Sofia	SO	100,00%	100,00%	150
Mithra Holding Gesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00%	100,00%	18
Mithra Unternehmensverwaltung Gesellschaft m.b.H.; Wien	HD	100,00%	100,00%	18
ÖVAG FINANCE (JERSEY) LIMITED; St. Helier - JERSEY	HD	100,00%	100,00%	0
Piaggio Investments Limited; Limassol	SO	100,00%	100,00%	7
PPI ONE Ltd.; Limassol	SO	100,00%	100,00%	117
Premium Office One Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	3.243
PRI FIVE Limited; Limassol	SO	100,00%	100,00%	2
Protea Létesítményszervező Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00%	100,00%	2
R 6 Offices sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	49
REWO 10 Limited; Limassol	SO	100,00%	100,00%	3
REWO Unternehmensverwaltung GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	18
RO REWO 90 Limited; Limassol	SO	100,00%	100,00%	2
ROGER jedna s.r.o.; Bratislava	SO	100,00%	100,00%	913
Selene Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	49
Skalea Investments Limited; Limassol	SO	100,00%	100,00%	2

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
Themis Development Sp. z o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	49
UBG-Bankenbeteiligungs Gesellschaft m.b.H.; Wien	SH	100,00%	100,00%	18
Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Wien	SO	100,00%	100,00%	73
UVB-Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VB Factoring Bank Aktiengesellschaft; Salzburg	KI	100,00%	100,00%	2.907
VB LEASING d.o.o.; Zagreb	FI	50,00%	50,00%	10.286
VB Leasing doo Beograd; Novi Beograd	FI	50,00%	50,00%	5.343
VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB LEASING SK, spol. s.r.o.; Bratislava	FI	50,00%	50,00%	4.149
VB LEASING Sprostredkovateľská s.r.o.; Bratislava	SO	50,00%	50,00%	5
VB Real Estate Development Baross Ingatlan Kft.; Budapest	SO	100,00%	100,00%	11
VB Real Estate Holding eins GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Holding Euphemia GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VB Real Estate Holding Zeta GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Holding zwei GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing Alpha GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing Delta GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing Dike GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing eins GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing Gamma GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing Ismene GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing Penta GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	35
VB Real Estate Leasing Psi GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing RAI GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing sechs GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Leasing Viribus GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing Ziel GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	18
VB Real Estate Services Czechia s.r.o.; Praha 8	FI	100,00%	100,00%	4
VB Real Estate Services GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	3.270
VB Real Estate Services Polska Spółka z.o.o.; Warszawa	FI	100,00%	100,00%	94
VB Real Estate Zeta Ingatlankezelő Bt.; Budapest	FI	100,00%	100,00%	0
VB Services für Banken Ges.m.b.H.; Wien	HD	99,00%	99,00%	327
VB Technologie Finanzierungs GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	100
VBCS Beteiligungsverwaltung Ges.m.b.H.; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VB-Holding Aktiengesellschaft; Wien	SO	100,00%	100,00%	73
VBI Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VBKA-Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VBL SERVICES DOO BEOGRAD; Beograd	FI	50,00%	50,00%	81
VB-Leasing International Holding GmbH; Wien	SO	50,00%	50,00%	5.603
VB-NEPREMICNINE podjetje za promet z nepremicninami, d.o.o.; Ljubljana	SO	60,00%	60,00%	956
VBS HISA d.o.o.; Ljubljana	FI	50,00%	50,00%	626
VBS Leasing d.o.o.; Ljubljana	FI	50,00%	50,00%	28.973
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
VBV Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VBZ Váci u. 37 Irodaközpont Kft; Budapest	SO	100,00%	100,00%	11
Verwaltungsgenossenschaft der IMMO-BANK eG; Wien	SO	89,00%	89,00%	3.915
VIBE-Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H.; Wien	KIFI	100,00%	100,00%	2.500
Volksbank Leasing BH d.o.o.; Sarajevo	FI	50,00%	50,00%	2.124
VOME Holding GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Wroclaw Office Park One Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	100,00%	100,00%	49

¹⁾ bei allen vollkonsolidierten Unternehmen liegt Kontrolle vor.

54) Beteiligungsunternehmen bewertet at equity

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Nennkapital Stimmrecht	EUR Tsd.
IMMO-Bank Aktiengesellschaft; Wien	KI	22,87%	22,87%	11.835
Marangi Immobiliare s.r.l.; Milano	SO	50,00%	50,00%	10
TPK-24 Sp.z.o.o.; Warszawa	SO	30,00%	30,00%	41.084
VBV delta Anlagen Vermietung Gesellschaft m.b.H.; Wien	SO	40,00%	40,00%	36
VICTORIA-VOLKSBANKEN Vorsorgekasse AG; Wien	KIFI	50,00%	50,00%	1.500
VBI Beteiligungs GmbH; Wien	SO	51,00%	51,00%	35
Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen; Klagenfurt	KI	30,86%	30,86%	31.111
Volksbank Romania S.A.; Bukarest	KI	51,00%	51,00%	643.437
VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen Aktiengesellschaft; Wien	SO	47,50%	47,50%	5.087

55) Nichtkonsolidierte verbundene Unternehmen

Gesellschaftsname; Sitz	GesArt*	Anteil am Kapital	Anteil am Nennkapital Stimmrecht	Nennkapital in EUR Tsd.
Espalier Holdings Ltd., Zypern; Nicosia	SO	100,00%	100,00%	2
EURINCASSO Gesellschaft m.b.H.; Salzburg	HD	100,00%	100,00%	36
Helii Dunakeszi Kft. "v.a."; Budapest	SO	100,00%	100,00%	2
IC Malta A.M. Company Limited; Malta	SO	100,00%	100,00%	7
ICL Alpha Vagyonkezelő Kft "v.a."; Budapest	SO	100,00%	100,00%	10
IKIB Epsilon GmbH; Wien	HD	100,00%	100,00%	54
IMMO - MANAGEMENT ADRIANA S.R.L.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	3.931
Immoconsult Ares Leasinggesellschaft m.b.H.; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Immopol Alpha Sp.z.o.o.; Warschau	FI	100,00%	100,00%	12
IMMOPOL EPSYLON Sp. z o.o. "w likwidacji"; Warschau	SO	100,00%	100,00%	1
Immopol Sigma spzoo "w likwidacji"; Warschau	SO	100,00%	100,00%	64
Immorent-VBV Grundverwertungsgesellschaft m.b.H.; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
Imobilia Kappa s.r.o. v likvidaci; Prag	SO	100,00%	100,00%	4
Imobilia Zeta spol. s.r.o. v likvidaci; Prag	SO	100,00%	100,00%	4
INPROX Martin, spol. s.r.o.; Bratislava	FI	100,00%	100,00%	7
INPROX Zilina, spol. s r.o.; Bratislava	FI	100,00%	100,00%	7
Invest Equity International Holding Limited; Sliema	SO	100,00%	100,00%	150
Invest Mezzanine Capital Management GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Kastanjer d.o.o.; Zagreb	SO	100,00%	100,00%	3
Land Herodot S.R.L.; Bukarest	SO	100,00%	100,00%	3.298
Levade S.A.; Luxemburg	HD	100,00%	100,00%	70
OBI Eger Ingatlankezelő Kft.; Budapest	FI	80,00%	80,00%	10
OBI Miskolc Ingatlankezelő Kft.; Budapest	FI	80,00%	80,00%	10
OBI Veszprém Ingatlankezelő Korlátolt Felelősségű Társaság; Budapest	FI	80,00%	80,00%	10
PLUYETTE INVESTMENTS LIMITED; Limassol	SO	100,00%	100,00%	2
Premium Office Two Sp.z.o.o.; Warschau	SO	100,00%	100,00%	59
PREMIUMRED REAL ESTATE MANAGEMENT LIMITED; Limassol	SO	100,00%	100,00%	1
SHELF INVESTMENT Kft.; Budapest	FI	100,00%	100,00%	10
VB ManagementBeratung GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing Beta GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Leasing FMZ eins GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	35
VB Real Estate Leasing Indigo GmbH; Wien	FI	100,00%	100,00%	36
VB Real Estate Services Slovakia, s.r.o.; Bratislava	FI	100,00%	100,00%	266
VBV eins Anlagen Vermietung GmbH in Liqu.; Wien	FI	100,00%	100,00%	35
VBV zeta Beteiligungen Anlagen Vermietung GmbH; Wien	SO	100,00%	100,00%	35
Verwaltungsgenossenschaft der Volksbank Wien e. Gen.; Wien	HO	79,86%	79,86%	2.602

*Abkürzung GesArt

KI	Kreditinstitut
FI	Finanzinstitut
KIFI	Institut
HD	bankbezogener Hilfsdienst
SO, SH, HO	sonstige Unternehmen

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht, und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 27. März 2015



Mag. Dr. Stephan Koren
 Generaldirektor
 Unternehmensplanung & Finanzen, Legal & Compliance,
 Personal, Marketing & Kommunikation
 Revision, Credit Services



Dkfm. Michael Mendel
 Generaldirektor-Stellvertreter
 Risikomanagement, Non-Core Business



Dr. Rainer Borns
 Vorstandsdirektor
 Verbundstruktur
 Vertrieb Volksbanken, Organisation/IT



Mag. Christoph Raninger
 Vorstandsdirektor
 Markt
 Financial Markets & Group Treasury
 Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen
 Capital Markets, Product & Sales
 Kommerzgeschäft

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bericht zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft,
Wien,

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Dieser Konzernabschluss umfasst die Konzernbilanz zum 31. Dezember 2014, die Gesamtergebnisrechnung, die Konzerngeldflussrechnung und die Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Konzernanhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Konzernbuchführung sowie für die Aufstellung eines Konzernabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Konzernabschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Konzernabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und der vom International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) der International Federation of Accountants (IFAC) herausgegebenen International Standards on Auditing (ISAs) durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standards einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Konzernabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Konzernabschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoerschätzung berücksichtigt der Konzernabschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Konzernabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen des Konzerns abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage des Konzerns und der Zahlungsströme des Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRSs), wie sie in der EU anzuwenden sind und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführungen des Vorstands im Konzernanhang zur Unternehmensfortführung, insbesondere zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen aus dem Kapitalplan, zu den Risiken aus dem beschleunigten Abbau von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie zu bestehenden Länderrisiken.

Aussagen zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Konzernlagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Konzerns erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Konzernlagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Konzernabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 27. März 2015

KPMG Austria AG
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

Mag. Walter Reiffenstahl
Wirtschaftsprüfer

EINZELABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSBANKEN-AG

178	Bilanz zum 31. Dezember 2014
180	Gewinn- und Verlustrechnung
182	Anhang
213	Lagebericht
232	Bilanzeid
233	Bestätigungsvermerk

Bilanz zum 31. Dezember 2014

	31.12.2014		31.12.2013	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
Aktiva				
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken		1.351.229.530,48		1.761.883
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind		1.060.745.353,99		1.188.228
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	449.013.137,35		615.318	
b) sonstige Forderungen	3.805.408.920,06	4.254.422.057,41	5.310.810	5.926.128
4. Forderungen an Kunden		3.202.378.958,91		5.897.684
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	88.300.815,55		88.538	
b) von anderen Emittenten	2.112.597.704,43	2.200.898.519,98	2.500.819	2.589.357
darunter: eigene Schuldverschreibungen EUR 944.405.299,57 (Vorjahr: TEUR 656.641)				
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		174.452.628,48		486.675
7. Beteiligungen		33.486.602,97		29.549
darunter: an Kreditinstituten EUR 7.538.704,32 (Vorjahr: TEUR 9.718)				
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		477.904.681,38		1.056.492
darunter: an Kreditinstituten EUR 26.933.481,75 (Vorjahr: TEUR 86.646)				
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		9.771.014,23		11.886
10. Sachanlagen		6.911.119,42		9.329
darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden EUR 197.999,69 (Vorjahr: TEUR 207)				
11. Eigene Aktien oder Anteile		61.551,80		65
darunter: Nennwert EUR 1.920.097,08 (Vorjahr: TEUR 1.920)				
12. Sonstige Vermögensgegenstände		2.062.187.533,00		1.766.268
13. Rechnungsabgrenzungsposten		143.840.667,84		221.544
		14.978.290.219,89		20.945.088
Posten unter der Bilanz				
Auslandsaktiva		4.192.228.852,38		6.883.205

	31.12.2014		31.12.2013			
	EUR	EUR	EUR	TEUR	TEUR	TEUR
Passiva						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig	4.290.566.453,45			4.574.921		
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.552.691.364,83		5.843.257.818,28	2.402.631	6.977.552	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		0,00			201	
b) sonstige Verbindlichkeiten						
aa) täglich fällig	1.012.926.177,81			1.302.472		
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.023.693.734,19	2.036.619.912,00	2.036.619.912,00	1.337.775	2.640.247	2.640.448
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	2.936.264.833,86			5.450.091		
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	1.432.047.294,90		4.368.312.128,76	2.383.772	7.833.863	
4. Sonstige Verbindlichkeiten			1.688.122.659,58			1.634.299
5. Rechnungsabgrenzungsposten			2.764.188,74			7.575
6. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Abfertigungen	20.303.492,00			11.262		
b) Rückstellungen für Pensionen	70.084.535,48			30.824		
c) Steuerrückstellungen	5.000.000,00			13.750		
d) sonstige	468.948.312,91		564.336.340,39	252.666	308.502	
7. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00			464.606
8. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			594.756.388,33			153.453
9. Partizipationskapital 2008			0,00			150.000
10. Gezeichnetes Kapital			880.816.919,50			887.552
11. Gewinnrücklagen						
a) gesetzliche Rücklage	5.629.969,29			5.630		
b) Rücklage für eigene Aktien	64.905,22		5.694.874,51	65	5.695	
12. Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG ¹⁾			289.846.860,35			289.847
13. Bilanzverlust						
a) Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-408.411.507,24			-184.720		
b) Jahresverlust	-887.933.848,31		-1.296.345.355,55	-223.691	-408.412	
14. Unversteuerte Rücklagen			107.485,00			107
			14.978.290.219,89			20.945.088
Posten unter der Bilanz						
1. Eventualverbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten			670.294.470,62			913.880
2. Kreditrisiken			6.289.365.617,12			4.696.016
darunter Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften EUR 0,00 (Vorjahr: TEUR 0)						
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften			171.465.049,31			237.848
4. Anrechenbare Eigenmittel gem. Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ²⁾			284.431.684,52			1.466.141
5. Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtrisikobetrag) ³⁾			6.779.560.115,03			777.916
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 Abs 1 lit a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013						
gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			-2,00%			-
gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			-2,00%			-
gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013			4,20%			-
6. Auslandspassiva			1.764.481.901,33			2.180.223

1) 31.12.2013: Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG (in der zum 31.12.2013 geltenden Fassung)

2) 31.12.2013: Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14 BWG (in der zum 31.12.2013 geltenden Fassung), darunter: Eigenmittel gemäß § 23 Abs 14 Z 7 BWG (in der zum 31.12.2013 geltenden Fassung)

3) 31.12.2013: Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 BWG (in der zum 31.12.2013 geltenden Fassung) darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs 1 Z 1, 4 und 5 BWG (in der zum 31.12.2013 geltenden Fassung) in Höhe von TEUR 719.766

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

		2014		2013	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR	
1. Zinsen und ähnliche Erträge		387.866.812,02		604.809	
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	100.192.115,93		130.025		
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-336.631.484,80		-516.339	
I. NETTOZINSERTRAG		51.235.327,22		88.470	
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen		452.427.362,85		59.321	
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.762.424,56		6.654		
b) Erträge aus Beteiligungen	3.085.670,70		2.763		
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	446.579.267,59		49.904		
4. Provisionserträge		34.812.065,69		42.823	
5. Provisionsaufwendungen		-35.825.401,65		-35.657	
6. Erträge aus Finanzgeschäften		20.931.527,79		19.992	
7. Sonstige betriebliche Erträge		287.494.974,23		259.631	
II. BETRIEBSERTRÄGE		811.075.856,13		434.581	
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	-51.353.980,56		-52.706		
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-12.402.418,35		-12.565		
cc) sonstiger Sozialaufwand	-1.079.395,55		-968		
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-4.633.839,16		-5.642		
ee) Veränderung der Pensionsrückstellung	-39.260.965,48		370		
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-29.446.277,92		-2.142		
	-138.176.877,02		-73.653		
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-97.806.672,12	-235.983.549,14	-83.097	-156.750	
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		-7.444.704,60		-5.319	
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-357.486.606,52		-54.558	
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-600.914.860,26		-216.627	
IV. BETRIEBSERGEBNIS		210.160.995,87		217.955	
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		-394.988.372,61		-259.731	
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		158.713.410,09		100.068	
13. Wertberichtigungen auf und Veräußerungsverluste aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen		-846.122.347,38		-266.296	
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf und Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen		13.445.986,71		25.205	
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (= ÜBERTRAG)		-858.790.327,32		-182.798	

	2014		2013	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (= ÜBERTRAG)		-858.790.327,32		-182.798
15. Steuern vom Einkommen		3.082.734,74		11.311
16. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15 auszuweisen		-32.226.255,73		-52.493
VI. JAHRESFEHLBETRAG		-887.933.848,31		-223.980
17. Rücklagenbewegung		0,00		289
darunter: Auflösung der Haftrücklage gemäß § 23 Abs 6 BWG	0,00		0	
VII. JAHRESVERLUST		-887.933.848,31		-223.691
18. Verlustvortrag		-408.411.507,24		-184.720
VIII. BILANZVERLUST		-1.296.345.355,55		-408.412

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (im Folgenden kurz „ÖVAG“) wurde vom Vorstand in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Beurteilung Unternehmensfortführung

Allgemein

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2011 erfolgte gemeinsam mit den Eigentümern und der Republik Österreich eine Stabilisierung der ÖVAG im Wesentlichen durch eine Kapitalerhöhung sowie die Bildung eines Haftungsverbandes (Volksbanken-Kreditinstituteverband gemäß § 30a BWG). Der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan sieht den Abbau wesentlicher Teile des in- und ausländischen Kreditportfolios (ausgenommen im Wesentlichen das Konsortialgeschäft mit den Volksbanken), wesentlicher Teile des Bankbuchs und die Abgabe von Beteiligungen, wie etwa der VB Romania S.A. oder der VB-Leasing International Holding GmbH, vor.

Diese Vorgaben der Europäischen Kommission wurden zügig und konsequent umgesetzt. Dementsprechend wurde die Bilanzsumme der ÖVAG von EUR 31,5 Mrd. per 31.12.2011 auf EUR 15,0 Mrd. per 31.12.2014 vermindert.

Darüber hinaus hat der Vorstand der ÖVAG eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbandes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbandes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95% für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing-out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbandes deutlich verbessert werden konnte,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Dennoch hat der Vorstand der ÖVAG im Jahresabschluss 2013 darauf hingewiesen, dass er aufgrund steigender Kapitalanforderungen seitens der Aufsichtsbehörden und des gleichzeitigen Verlusts von Kapitalbestandteilen wegen des Phasing-outs im Rahmen des Basel III Regimes mittelfristig Gefahren für die Unternehmensfortführung der ÖVAG und des Verbandes sieht.

Ergebnis des Comprehensive Assessments und Kapitalplan

Im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtsgagenden über 130 europäische Kreditinstitute hat die Europäische Zentralbank (EZB) diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests („Comprehensive Assessment“) unterworfen. Der österreichische Volksbanken-Verband und damit auch die ÖVAG unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verband errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbandes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst

nach dem Prüfungstichtag für das Comprehensive Assessments (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review hatten für die ÖVAG keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt. Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG:

Der Vorstand hat, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbunds erfüllt, sollen an die Volksbank Wien-Baden AG übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbanken-Verbund zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es, den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden.

Neben dieser Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes und der ÖVAG sind im Wesentlichen nachfolgende Maßnahmen im Kapitalplan enthalten:

- weiterer Abbau des Non-Core Portfolios,
- Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren,
- Umsetzung einer Verbriefungstransaktion,
- Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie
- weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

JRAD Beschluss

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitallücke ergibt sich gemäß dem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass der ÖVAG in ihrer aktuellen Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63% CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Spaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehenen CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und geht daher davon aus, dass sich die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringert und damit eine Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben ist. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass, wenn die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Zur Umsetzung der geplanten Spaltung und Herstellung der Abbaugesellschaft wurde ein umfangreiches Transformationsprojekt aufgesetzt, das im Wesentlichen mit der Spaltung im Juli 2015 abgeschlossen sein soll. Mit einem derartigen Projekt sind naturgemäß zahlreiche Risiken und Unsicherheiten insbesondere auch in Zusammenhang mit behördlichen, aufsichtsrechtlichen und gremialen Genehmigungen verbunden, die eine Umsetzung verhindern können. Weiters bestehen zahlreiche Rechtsunsicherheiten u.a. aufgrund neuer europäischer und nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dem Mechanismus zur Bankenabwicklung („SRM“) und dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken („BaSAG“). Darüber hinaus bedarf es auch weitreichender Beschlüsse in den Generalversammlungen der lokalen Volksbanken. Der Vorstand geht jedoch derzeit davon aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen im Kapitalplan, insbesondere die Neustrukturierung des Verbundes, herausfordernd, aber machbar ist. Weiters werden intensive Anstrengungen unternommen, damit die erforderlichen Genehmigungen der jeweiligen Behörden erteilt werden können. Aufgrund der wesentlichen Umstrukturierung und des stark veränderten Risikoprofils des neuen Verbundes geht der Vorstand davon aus, dass die vorgeschriebene SREP-Quote neu ermittelt wird und dann im neu strukturierten Verbund eingehalten werden kann.

Abbauportfolio

Neben den mit dem Transformationsprojekt verbundenen Risiken bestehen Risiken aus dem noch verbleibenden Abbau. Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt. Der Vorstand weist insbesondere auf die Risiken aufgrund der wesentlich verschlechterten Lage in Osteuropa und hier insbesondere in Russland hin. Die ÖVAG ist hier mit der Refinanzierung der Sberbank Europe AG und durch die Beteiligung an der Raiffeisen Bank International AG (über die Anteile an der Raiffeisen Zentral Bank Österreich AG) indirekt investiert. Weiters verfügt die ÖVAG über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge schlagend werden.

Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die außerordentliche Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einen Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG gefasst und somit dem vom Vorstand eingeschlagenen Weg zugestimmt. Zur Herstellung dieser Abbaugesellschaft werden die Zentralorganisations- und Spitzeninstitutsfunktionen an die Volksbank Wien-Baden AG abgespalten. Für die damit verbundenen Vermögenswerte und Verpflichtungen wird weiterhin von der Unternehmensfortführung ausgegangen.

Die nach der Spaltung verbleibenden Vermögenswerte sollen weitgehend bis Ende 2017 abgebaut werden. Dadurch kommt es für diese Portfolios zu Änderungen in der Bewertung, welche bei den jeweiligen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben werden. Aufgrund der Restrukturierung waren erhöhte Vorsorgen für die damit einhergehenden Kosten notwendig. Die Auswirkung auf die Gewinn- und Verlustrechnung wird in der Folge dargestellt:

	Auswirkung 2014
Kreditabschläge / Risikovorsorgen Non-Core Portfolien	303.000.000,00
Asset Garantie (Rechtsrisiken)	100.000.000,00
Umwidmung Wertpapiere vom Anlagevermögen ins Umlaufvermögen	50.393.125,94
Redimensionierung (Sozialplan)	18.508.178,14
Restrukturierung (Beratungs-, sonstige Dienstleistungen)	13.486.014,00
Auflösungskosten Derivate	9.000.000,00
Nachschussverpflichtung Pensionskasse	6.861.222,70
Abwertung von Wertpapieren im Anlagevermögen wegen nicht dauerhafter Wertminderung (gemildertes Niederstwertprinzip)	5.384.205,01
Verkürzung Restnutzungsdauer für Handelssystem Murex	1.769.412,54
	508.402.158,33
Änderung der Bewertungsmethode Personalrückstellungen von UGB auf IAS 19	42.339.638,78
	550.741.797,11

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei den Vermögenswerten und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewandt. Die Bilanzierung der vom Abbau betroffenen Assets geht grundsätzlich von der Annahme eines kontrollierten Abbaus entsprechend der zugrunde gelegten Laufzeiten der Vermögensgegenstände aus. Sofern ein beschleunigter Abbau vorgesehen ist, wurde dies durch Abwertung auf den voraussichtlich erzielbaren Verkaufspreis bzw. durch Bildung von Vorsorgen für verkaufsbedingte Abschläge entsprechend berücksichtigt. Diese allfälligen Abschläge wurden dabei im Einzelfall ökonomisch im Vergleich zur Eigenkapitalentlastung evaluiert.

Dem Vorsichtsgrundsatz wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr 2014 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, einschließlich der Risiken aus dem beschlossenen Abbau, wurden, soweit bekannt, berücksichtigt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Gemäß der Asset Garantie übernimmt die Republik Österreich mit Wirkung ab 31.12.2012 (einschließlich dieses Tages) die Haftung als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB für von der Bank ausgewählte Forderungen (Forderungspool) bis zu einem Haftungshöchstbetrag von EUR 100 Mio. Die Haftung bezieht sich ausschließlich auf den zum 31.12.2012 wertberichtigten Teil der Forderung.

Die Inanspruchnahme der Haftung durch die ÖVAG kann durch schriftliche Zahlungsaufforderung an die Republik Österreich frühestens zum 31.12.2015 bis 31.1.2016 erfolgen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind

- Nachweis der Uneinbringlichkeit oder formellen Insolvenz des Schuldners
- Unterschreiten einer bestimmten Mindest-Eigenmittelquote im ÖVAG-Konzern ohne Volksbanken-Verbund per 31.12.2015

Das jährliche Haftungsentgelt für die Asset Garantie beträgt 10 % der Höhe der besicherten Forderungen per annum, maximal jedoch vom Haftungshöchstbetrag berechnet. Die Primärbanken haften für die an die Republik Österreich von der ÖVAG zu entrichtenden Haftungsentgelte.

Die ÖVAG ist verpflichtet, dem Bund die aufgrund der Ausfallsbürgschaft von diesem gezahlte Beträge zu ersetzen. Diese Zahlungsverpflichtung besteht insoweit und solange nicht, als durch eine Rückzahlung die konsolidierte Common Equity Tier 1 Quote (Basis konsolidierte Eigenmittel der ÖVAG Kreditinstitutsgruppe) unter 10 % oder den zu diesem Zeitpunkt aufsichtsbehördlich vorgeschriebenen höheren Prozentsatz fallen würde oder eine solche Zahlung keine Deckung im ausschüttungsfähigen Bilanzgewinn findet.

Aufgrund der geplanten Zurücklegung der Bankkonzession, der Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft nach § 162 BaSAG und der geplanten Abwicklung bestehen Rechtsrisiken in Verbindung mit der Ausfallsbürgschaft, die bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht final geklärt werden konnten. Dadurch wurde für diese eine Rückstellung erforderlich.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern wurden Einzelwertberichtigungen bzw. pauschale Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. Vom Wahlrecht des § 57 Abs 1 BWG wurde per 31.12.2014 nicht Gebrauch gemacht. Die per 31.12.2013 vorhandene Vorsorge wurde im Geschäftsjahr 2014 unterjährig zur Gänze verwendet.

Die Fremdwährungsbeträge wurden zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Die Valutenbestände wurden zum Valuten-Mittelkurs umgerechnet.

Das Kriterium der Zuordnung zum Anlagevermögen ist die Absicht, ein Wertpapier dauerhaft im Bestand zu halten. Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere wurden wie Anlagevermögen, die Wertpapiere des Umlaufvermögens nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der Änderung des Geschäftsmodells und der damit einhergehenden fehlenden langfristigen Nutzung gemäß § 198 UGB der Abbaugesellschaft zugeordneten Wertpapiere, wurde im Jahr 2014 eine vermehrte unternehmensrechtliche Umwidmung von Wertpapieren des Anlagevermögens ins Umlaufvermögen notwendig. Weiters wurde vom Wahlrecht gemäß § 204 Abs 2 UGB bei nicht dauernder Wertminderung bei Finanzanlagen Gebrauch gemacht.

Das Verbriefungsportfolio wird einer laufenden Werthaltigkeitsanalyse unterzogen. Die Feststellung eines potentiellen Abwertungsbedarfs erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden für alle Verbriefungstransaktionen die potentiellen Verluste in den zugrundeliegenden Verbriefungsportfolien geschätzt und zum Sicherheitenpuffer der jeweiligen Verbriefungstranche in Verhältnis gesetzt. Danach werden alle Positionen, welche eine potentielle Wertminderung aufweisen, einer detaillierten Cashflow-Analyse unterzogen, um einen etwaigen Abwertungsbedarf zu quantifizieren.

In Hinblick auf eine konzerneinheitliche Bewertungsmethodik wird seit dem Geschäftsjahr 2011 der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens über die Laufzeit verteilt zugeschrieben.

Für alle wesentlichen Beteiligungen der ÖVAG erfolgt jährlich eine Beurteilung der Bewertung. Bei Auftreten negativer Entwicklung einer Gesellschaft oder von Beteiligungen einer Holding wird diese Beurteilung auch anlassbezogen durchgeführt. Der Wert einer Beteiligung wird dabei auf Basis der Planungszahlen der Beteiligung grundsätzlich mittels der Discounted Cash Flow Methode bzw Discounted Earnings Methode ermittelt und dem aktuellen Buchwert gegenübergestellt. Der Diskontierungszinssatz wird auf Basis aktueller Vergleichsdaten festgelegt. Sollten nicht ausreichend Informationen für eine Discounted Cash Flow Bewertung verfügbar sein, werden auch andere Verfahren zur Überprüfung der Wertansätze herangezogen. Ein allfälliger negativer Unterschied wird gemäß den Bewertungsprinzipien nach UGB/BWG behandelt. Ist der Wert der Beteiligung nach einer vorgenommenen Abschreibung wieder höher, wird eine Zuschreibung auf den aktuellen Wert, jedoch maximal bis zur Höhe der historischen Anschaffungskosten vorgenommen. Aufgrund des geplanten beschleunigten Abbaus wurden für individuelle Discounts, Ratingmigration und Besicherungswertänderungen bei Immobilienleasingfinanzierungen und Eigenobjekten zusätzliche Vorsorgen gebildet.

Die Bewertung des Sachanlagevermögens (Grundstücke, Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung) erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Die Abschreibungssätze betragen bei den unbeweglichen Anlagen 2,0% bis 2,5%, bei den beweglichen Anlagen 10% bis 33% und bei den immateriellen Wirtschaftsgütern 25%. Außerplanmäßige Abschreibungen des Sachanlagevermögens werden aufgrund von voraussichtlicher dauernder Wertminderung vorgenommen.

Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wird die volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte wird die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Geringwertige Vermögensgegenstände mit einem Einzelanschaffungswert bis EUR 400,00 werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Die Verpflichtungen aus dem Bankgeschäft werden mit dem Rückzahlungsbetrag am Bilanzstichtag angesetzt.

Emissionskosten, Zuzählungsprovisionen und Agio- und Disagiobeträge für die verbrieften Verbindlichkeiten werden auf die Laufzeit der Schulden verteilt.

Seit dem Jahr 1996 besteht mit der VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen AG (nachfolgend kurz „Victoria Pensionskasse“) ein Pensionskassenvertrag. Infolge der Verschmelzung der Investkredit auf die ÖVAG wurde der Pensionskassenvertrag der Investkredit mit der Valida Pension AG mit Ausnahme der Pensionisten und der vor dem 1.1.2012 bereits ausgeschiedenen Mitarbeitern übernommen und in Folge ein Teil der Ansprüche auf die Victoria Pensionskasse übertragen. In Abhängigkeit der Performance beider Pensionskassen kann es zu Nachschussverpflichtungen kommen.

Die Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen können laut dem Fachgutachten „Grundsätze ordnungsgemäßer Bilanzierung von Abfertigungsverpflichtungen nach den Vorschriften des Rechnungslegungsgesetzes“ (KFS/RL 2/3) für den UGB-Abschluss entweder auf Basis des Teilwertverfahrens oder nach den Vorschriften des IAS 19 (Projected Unit Credit Method) erfolgen. Im Jahr 2014 wurde die Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen und Abfertigungen vom Teilwertverfahren auf IAS 19 umgestellt. Aus der Umstellung ergab sich ein Ergebniseffekt in Höhe von EUR –42.339.638,78.

Der Ansatz für die Sozialkapitalrückstellung wird gemäß Anwartschaftsbarwertverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik als Barwert der Gesamtverpflichtung sowie die in der Periode hinzuverdienten Ansprüche ermittelt. Bei den Abfertigungsverpflichtungen werden sowohl ein Ausscheiden wegen des Erreichens der Altersgrenze als auch wegen Berufsunfähigkeit, Invalidität oder Ableben sowie die Hinterbliebenenanwartschaft berücksichtigt.

Für die Bewertung der bestehenden Sozialkapitalverpflichtungen werden Annahmen für Zinssatz, Pensionsantrittsalter, Lebenserwartung und künftige Bezugserhöhungen verwendet. Diese Parameter stellen sich wie folgt dar:

	IFRS 2014	UGB 2013
Rechnungszinssatz: Pensionen	1,60%	2,75%
Rechnungszinssatz: Abfertigungen	2,00%	2,75%
Zinssatz Planvermögen	2,10%	–
Künftige Gehaltssteigerungen	3,50%	3,50%
Künftige Pensionssteigerungen	2,00%	2,00%

Fluktuationsabschläge wurden nicht vorgenommen.

Als Rechnungsgrundlage werden die biometrischen Grundwerte der aktuellsten österreichischen Pensionsversicherungstafeln „AVÖ 2008-P-Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler, Angestelltenbestand“ verwendet. Bei der Berechnung wird generell auf die derzeit gültigen Alterspensionsgrenzen abgestellt und vorausgesetzt, dass die Mitarbeiter das aktive Dienstverhältnis in der Regel mit 65 Jahren bei Männern und 60 Jahren bei Frauen beenden werden. Allfällige Übergangsregelungen werden vernachlässigt. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen beinhaltet anspruchsberechtigte Dienstnehmer, die am Bewertungsstichtag in einem aktiven Dienstverhältnis standen, sowie Bezieher laufender Pensionen. Die Ansprüche sind in Sonderverträgen bzw. Statuten genannt, rechtsverbindlich und unwiderruflich zugesagt.

Weiters wurden für Ansprüche aktiver Pensionisten, welche in eine Pensionskasse ausgelagert wurden, eine Vorsorge für mögliche vertragliche Nachschussverpflichtungen gebildet.

Seit dem Jahr 1992 wird von der Gesellschaft eine Rückstellung für Jubiläumsgelder gebildet. Die Rückstellung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit einem Rechnungszinssatz von 2,25% (2013: 2,75%) berechnet. Es wurde kein Fluktuationsabschlag vorgenommen.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 wurde erstmals eine Betriebsvereinbarung „Sozialplan“ für Personalmaßnahmen berücksichtigt, der auch zum 31.12.2014 weiterhin gültig ist.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

Vom Wahlrecht gemäß § 198 Abs 10 UGB wurde nicht Gebrauch gemacht. Der in der Bilanz nicht angesetzte aktivierbare Betrag an aktiven latenten Steueransprüchen der Gesellschaft beträgt zum 31.12.2014 insgesamt EUR 157.067.956,41 (31.12.2013: TEUR 49.956). Diese resultieren überwiegend aus dem Unterschiedsbetrag zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen bei Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, sowie aus der Siebtelung der steuerlichen Teilwertabschreibung nach § 12 Abs 3 Z 2 KStG.

Die Nominale außerbilanzieller Geschäfte werden in den Posten unter der Bilanz ausgewiesen. Für diese werden bei drohender Inanspruchnahme Rückstellungen gebildet.

Derivative Finanzinstrumente werden wie folgt bewertet und bilanziert:

Derivative Finanzinstrumente des Bankbuchs

Gekaufte Optionen, Futures, Währungsoptionen, Swaptions sowie Caps und Floors, die der Absicherung eigener Emissionen dienen, werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Erhaltene Prämien für Verkaufspositionen werden passiviert, bezahlte Prämien für Kaufpositionen werden aktiviert.

Für Zinsswaps erfolgt eine anteilige Zinsabgrenzung bis zum Bilanzstichtag.

Devisentermingeschäfte und Währungsswaps werden mit dem Devisenmittelkurs bewertet. Die Abgrenzung des Swapsatzes erfolgt aliquot über die Laufzeit.

Ausgleichszahlungen aus Forward Rate Agreements zur Absicherung des Bankbuches werden über die Laufzeit abgegrenzt.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom September 2014 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung werden seit dem Geschäftsjahr 2011 angewendet. Die Absicherung der Zinsrisiken erfolgt ausschließlich durch Micro-Hedges. Für negative Marktwerte von Derivaten wurden grundsätzlich Rückstellungen gebildet, sofern offene Positionen oder keine effektiven Hedgebeziehungen vorlagen.

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs

Derivative Finanzinstrumente des Handelsbuchs umfassen den Optionsteil aus strukturierten Emissionen sowie Handelspositionen von börsengehandelten Futures, Optionen, Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Swaptions, Caps/Floors/Collars und Währungsoptionen. Die Bewertung erfolgt mit dem Marktwert und das Bewertungsergebnis wird erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Erläuterungen zu Bilanzposten

Forderungen an Kreditinstitute

Die ÖVAG hält über zwei Zwischengesellschaften eine durchgerechnete 51%ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A. (kurz: VBRO). Am 10. Dezember 2014 wurden gemeinsam mit der Groupe BPCE, der DZ Bank AG und der WGZ Bank die Anteile an der VBRO an die rumänische Banca Transilvania verkauft und die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Seit 17.03.2015 liegen uns die Genehmigungen der Rumänischen Nationalbank und der Wettbewerbsbehörde vor, sodass aus heutiger Einschätzung das Closing voraussichtlich Anfang April 2015 stattfinden wird. Die daraus entstehenden Aufwendungen wurden im Geschäftsjahr 2014 erfasst. Die Refinanzierungslinien gegenüber der VBRO konnten im Geschäftsjahr 2014 um rd. EUR 0,4 Mrd. auf rd. EUR 0,5 Mrd. rückgeführt werden (31.12.2013: EUR 0,9 Mrd.). Von den Refinanzierungslinien sind EUR 82 Mio. nachrangig.

Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen an und Guthaben bei Kreditinstituten und Forderungen an Kunden

Restlaufzeit	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	TEUR
bis 3 Monate	1.465.063.906,34	2.321.214
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	765.366.677,96	1.087.455
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.405.925.823,12	6.456.666
mehr als 5 Jahre	1.068.110.551,26	1.330.782

Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2014		31.12.2013	
	gegenüber verbundenen Unternehmen EUR	gegenüber Beteiligungen EUR	gegenüber verbundenen Unternehmen TEUR	gegenüber Beteiligungen TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	642.718.856,19	465.567.140,53	938.176	680.889
Forderungen an Kunden	999.088.397,49	65.139.292,67	2.609.085	102.346
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	957.522,02	257.972	4.648
	1.641.807.253,68	531.663.955,22	3.805.234	787.883

Aufgliederung der zum Börsehandel zugelassenen Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen der Bilanzposten 2, 5, 6, 7 und 8 in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere

EUR	Börsennotiert	Nicht börsennotiert
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.032.920.979,90	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.173.960.922,24	9.783.964,05
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	109.034.563,57	0,00
Beteiligungen	0,00	33.486.602,97
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	477.904.681,38

Aufgliederung der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere der Bilanzposten 2, 5 und 6 in Anlage- und Umlaufvermögen

	Anlagevermögen	Umlaufvermögen (inkl. HB)
EUR		
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	868.738.094,57	164.182.885,33
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	923.448.368,49	1.260.296.517,80
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	724.917,25	108.309.646,32

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen erfolgt gemäß Festlegung im Asset Liability Committee.

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert der nicht dem Anlagevermögen (Umlaufvermögen ohne Handelsbuch) gewidmeten zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere beträgt zum 31.12.2014 EUR 34.910.843,71 (31.12.2013: TEUR 19.734).

Sonstige Angaben zu Wertpapieren

Die unterlassenen Zuschreibungen bei Wertpapieren des Umlaufvermögens belaufen sich auf EUR 37.316,22 (31.12.2013: TEUR 2.684). Das Ausmaß der potenziell künftigen steuerlichen Belastungen aus der unterlassenen Zuschreibung beträgt EUR 9.629,09 (31.12.2013: TEUR 671).

Der zeitanteilig abgeschriebene Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 2.999.580,00 (31.12.2013: TEUR 7.615).

Der zeitanteilig zugeschriebene Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Tilgungsbetrag bei Wertpapieren des Anlagevermögens beträgt EUR 2.286.123,58 (31.12.2013: TEUR 5.295).

Bei nachfolgenden Wertpapieren des Anlagevermögens, die über dem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen wurden, ist eine außerplanmäßige Abschreibung unterblieben, da von Halteabsicht und einer vollständigen Bedienung – somit voller Werthaltigkeit – ausgegangen wird. Im Geschäftsjahr 2014 wurden kein Vertragsbruch bzw. keine Zahlungsverzögerungen aufgrund erheblicher finanzieller Schwierigkeiten der Emittenten festgestellt.

	31.12.2014 Marktwert	31.12.2014 Buchwert	31.12.2014 Unterschiedsbetrag
EUR			
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	2.180.185,03	2.255.899,05	-75.714,02
Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere	87.648.600,00	88.020.597,68	-371.997,68
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	704.199,76	724.917,25	-20.717,49
	90.532.984,79	91.001.413,98	-468.429,19

	31.12.2013 Marktwert	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Unterschiedsbetrag
EUR			
Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	98.416.835,93	115.698.917,88	-17.282.081,95
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	14.376.544,97	16.756.409,06	-2.379.864,09
Forderungen an Kunden	17.635.384,18	18.337.222,25	-701.838,07
Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere	726.036.654,58	777.127.012,93	-51.090.358,35
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	704.199,76	724.917,25	-20.717,49
	857.169.619,42	928.644.479,37	-71.474.859,95

Aufgrund fehlender oder ungenügender Marktliquidität ist gegenwärtig die Aussagekraft der Marktwerte vielfach eingeschränkt und daher kein zuverlässiger Maßstab für die effektive Werthaltigkeit der Wertpapiere. Die von inaktiven Märkten betroffenen Wertpapier-Positionen sind Großteils dem Anlagevermögen gewidmet und werden periodisch hinsichtlich notwendiger außerplanmäßiger Abschreibung untersucht. Extern angelieferte Marktwerte werden laufend anhand verfügbarer Marktdaten auf ihre Plausibilität überprüft. Bei abweichenden Einschätzungen erfolgt eine Adaption der Marktbeurteilung durch Rückgriff auf bisher aufgetretene Geschäftsfälle, durch Vergleich mit den aktuellen beizulegenden Zeitwerten eines anderen im Wesentlichen identischen Finanzinstruments oder durch Discounted Cash Flow Methode. Insgesamt sind derart adaptierte Marktwerte von untergeordneter Bedeutung.

Im Geschäftsjahr 2014 gab es wie im Vorjahr keine echten Pensionsgeschäfte.

Das Kreditinstitut führt ein Handelsbuch. Diesem waren im Geschäftsjahr 2014 Wertpapiere mit einem Marktwert von EUR 392.510.828,33 (31.12.2013: TEUR 390.477) und sonstige Finanzinstrumente mit einem Marktwert inklusive Zinsabgrenzung von EUR –30.281.205,92 (31.12.2013: TEUR 123.242) gewidmet.

Dem Anlagevermögen der Abbaugesellschaft sind jene Wertpapiere zugeordnet, die bis Ende 2017 fällig werden und dauerhaft dem Geschäftsbetrieb der Abbaugesellschaft dienen. Im Jahr 2014 wurde für diesen Bestand von dem Wahlrecht gem § 204 Abs 2 UGB Gebrauch gemacht und eine Abschreibung für eine voraussichtlich nicht dauerhafte Wertminderung in Höhe von EUR 5.384.205,01 vorgenommen.

Im Anlagevermögen, das mit der Abspaltung der Zentralorganisationsfunktion auf die VB Wien-Baden übergehen wird, werden weiterhin durch Vorstandsbeschluss gewidmete Wertpapiere ausgewiesen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Für diesen Bestand wurde von dem Wahlrecht gem § 204 Abs 2 UGB nicht Gebrauch gemacht.

Weiters wurden im Jahr 2014 Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt EUR 378.501.102,35 vom Anlagevermögen ins Umlaufvermögen umgewidmet. Die Umwidmung erfolgte aufgrund geänderter Halteabsicht im Zusammenhang mit dem Portfolioabbau in der ÖVAG als Abbaugesellschaft. Durch die Neuordnung zum Umlaufvermögen wurde bei diesen Wertpapieren stille Lasten in Höhe von EUR –50.393.125,94 aufgedeckt.

Vermögensgegenstände nachrangiger Art

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	TEUR
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	106.223.879,66	101.409
Forderungen an Kunden	9.121.971,39	83.629
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21.874.319,20	32.364
	137.220.170,25	217.403

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Zusammensetzung der wesentlichen Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen:

	Anteil ÖVAG %	Jahres- abschluss	Bilanzsumme TEUR	Gesamtes Eigenkapital TEUR	Eigenkapital Anteil ÖVAG TEUR	Jahreserfolg insgesamt TEUR
Verwaltungsgenossenschaft IMMO-Bank eG, Klagenfurt	88,85	30.06.2014	6.360	6.339	5.632	906
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	908	899	899	580
VBV Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	880	844	844	125
Invest Mezzanine Capital Management GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	562	18	18	-1
IKIB Mittelstandsfinanzierungs GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	12.637	12.124	12.124	987
IKIB alpha Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	38.590	30.848	30.848	-685
IKIB beta Beteiligungsholding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	37.432	32.507	32.507	3.203
VOME Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	348	348	348	11
Investkredit International Bank plc, A-Shares, Sliema (Malta)	99,99	31.12.2013	65.538	65.484	65.475	264
Invest Equity International Holding Limited, Sliema (Malta)	100,00	31.12.2013	146	145	145	-5
Investkredit Funding Ltd.	100,00	31.12.2013	8.499	58	58	-45
Investkredit-IC Holding alpha GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	176.509	174.329	174.329	-3.203
Investkredit-IC Holding beta GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	118.267	114.447	114.447	3.261
Leasing West GesmbH & Co KG, Kufstein	99,00	31.12.2013	35.031	2.942	2.912	1.809
VB Factoring Bank Aktiengesellschaft, Salzburg	100,00	31.12.2013	94.366	19.498	19.498	1.453
VICTORIA-VOLKSBANKEN Vorsorgekasse AG, Wien	50,00	31.12.2013	200.442	5.449	2.725	588
Unternehmensbeteiligungs Ges.m.b.H., Wien	100,00	31.12.2013	346.820	344.841	344.841	-83.843
Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien	100,00	31.12.2013	19.160	5.092	5.092	4.362
VB Services für Banken Ges.m.b.H, Wien	98,89	31.12.2013	13.169	1.438	1.422	958
VB ManagementBeratung GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	539	362	362	-80
VBI Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	196.455	196.455	196.455	-61.116
ARZ-Volksbanken Holding GmbH, Wien	68,09	30.06.2014	240	237	162	0
VBKA-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	37	37	37	-2
VIBE-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	138.387	2.034	2.034	661
UVB-Holding GmbH, Wien	100,00	31.12.2013	22	22	22	-1
ARZ-Allgemeines Rechenzentrum GmbH, Innsbruck	25,99	31.12.2013	65.850	8.554	2.223	36
RSV-Beteiligungs-GesmbH, Wien	33,33	31.10.2014	4.015	4.001	1.334	3.469
ÖVAG Finance (Jersey) Limited, St. Helier (Jersey)	100,00	31.12.2013	6.035	91	91	-20
Levade S.A., Luxemburg	100,00	31.12.2013	15.612	70	70	0
Volksbank Gewerbe- und Handelsbank Kärnten eGen, Klagenfurt	30,95	31.12.2013	650.617	34.758	14.781	63
Verwaltungsgenossenschaft der VB Wien rGmbH, Wien	79,86	30.06.2014	11.934	11.891	9.496	184
VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen Aktiengesellschaft, Wien	47,50	31.12.2013	639.024	16.279	7.733	388
VB Victoria Zastupanje u Osigruvanju d.o.o., Zagreb (Kroatien)	25,10	31.12.2009	56	10	3	0
VB Kufstein-Kitzbühl eG. Kufstein	26,11	31.12.2013	1.206.776	69.046	18.029	1.213
VB Obersdorf-Wolkersdorf-Deutsch-Wagram, Obersdorf	30,21	31.12.2013	133.934	8.425	2.545	380
AGCS Gas Clearing and Settlement AG	20,00	31.12.2013	27.777	2.778	556	-212
Volksbanken – Versicherungsdienst – Gesellschaft m.b.H	20,59	31.12.2013	6.119	3.562	734	291
Volksbanken–Beteiligungsgesellschaft m.b.H	25,00	31.12.2013	85.784	312	78	-15
Volksbank Eferding-Grieskirchen reg. Gen.m.b.H.	23,94	31.12.2013	201.817	7.679	1.839	162

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft ist seit 2005 Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Zur Anwendung gelangt die Belastungsmethode, welche bei der Berechnung der Steuerumlage von der steuerlichen Selbstständigkeit des einzelnen Gruppenmitgliedes ausgeht. Des Weiteren ist die Steuerschuld der Gruppenmitglieder am 30. September des Folgejahres an die ÖVAG abzuführen, Steuerforderungen werden entweder in Gruppengewinnjahren von der ÖVAG ausgeglichen, oder das Gruppenmitglied kann in Folgejahren seine Steuerforderungen gegen Steuerverbindlichkeiten gegenrechnen. Ein etwaiger Schlussausgleich von Steuerforderungen wird mit dem Barwert der (fiktiven) zukünftigen Steuerersparnis aus den noch nicht verrechneten Verlustvorträgen des jeweiligen Gruppenmitgliedes abgegolten. Die Diskontierung der Verlustvorträge erfolgt unter Zugrundelegung eines angemessenen Zinssatzes unter Anbindung an den 12-Monats-EURIBOR oder, sollte dieser nicht mehr verfügbar sein, eines vergleichbaren Referenzzinssatzes. Im Geschäftsjahr bestehen zwei Varianten der Gruppenumlagevereinbarung. Jene, die mit Gruppenmitgliedern vor dem Jahr 2010 abgeschlossen wurde, sieht einen Steuersatz in Höhe des Körperschaftsteuersatzes von 25% vor. Ab dem Jahr 2010 abgeschlossene Vereinbarungen sehen auf Grund der bestehenden, hohen Verlustvorträge einen Umlagesatz von 6,25% vor.

Zum 31.12.2014 beträgt die Anzahl der Gruppenmitglieder 27 (31.12.2013: 33). Im Geschäftsjahr 2014 gab es keine neuen Zugänge zur Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG.

Mit nachfolgenden Gesellschaften bestehen zivilrechtliche Ergebnisabführungsverträge. Die Tabelle enthält die Ergebnisübernahmen.

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
VB Factoring Bank Aktiengesellschaft, Salzburg	1.212.509,24	1.465
Invest Mezzanine Capital Management Gesellschaft mbH, Wien	-9.536,23	-1
Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien	—	3.087
Gefinag-Holding AG, Wien	—	1

Der Ergebnisabführungsvertrag mit der Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft m.b.H., Wien wurde im Geschäftsjahr 2014 aufgelöst. Weiters wurde die Gefinag-Holding AG, Wien auf die Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wien verschmolzen.

Die Gewinnübernahmen sind in den Beteiligungserträgen enthalten, Verlustübernahmen werden im Posten „Wertberichtigung auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen.

Anlagevermögen

Die Grundwerte von bebauten Grundstücken betragen EUR 34.328,48 (31.12.2013: TEUR 34). Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf Anlage 1.

Aufgliederung der Sonstigen Vermögensgegenstände

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	1.451.120.540,25	1.306.580
Zinsabgrenzungen	240.324.212,20	318.493
Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	223.661.318,89	47.137
Forderung gegenüber Republik Österreich (Asset Garantie)	100.000.000,00	28.745
Forderungen gegenüber AWS	15.765.156,32	15.765
Forderungen gegenüber Finanzamt	13.311.048,73	20.083
Verrechnungen mit Volksbanken	146,00	0
Sonstige Forderungen	18.005.110,60	29.466
	2.062.187.532,99	1.766.268

Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind Erträge in Höhe von EUR 579.750.687,41 (31.12.2013: TEUR 410.140) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Im Wesentlichen betrifft dies Zinsabgrenzungen, Forderungen aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften, welche mit EUR 128.859.861,07 aus der Kaufpreisstundung gegenüber der Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung resultieren, sowie mit EUR 72.664.663,83 Körperschaftsteueraufwand bedingt durch die Zugehörigkeit zur Gruppe gemäß § 9 KStG.

In den sonstigen Vermögensgegenständen (ausgenommen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente) sind Posten mit Laufzeit von mehr als einem Jahr in Höhe von EUR 11.800.862,97 (31.12.2013: TEUR 14.653) enthalten.

Gliederung der nicht täglich fälligen Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Kunden

Restlaufzeit	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	TEUR
bis 3 Monate	705.222.241,08	975.953
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	201.121.185,63	287.834
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	785.956.192,53	930.427
mehr als 5 Jahre	884.085.479,78	1.546.393

Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2014		31.12.2013	
	gegenüber	gegenüber	gegenüber	gegenüber
	verbundenen Unternehmen	Beteiligungen	verbundenen Unternehmen	Beteiligungen
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.792.074,44	754.748.408,03	173.513	791.681
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	403.643.981,74	13.747.545,79	696.456	21.690
	458.436.056,18	768.495.953,82	869.970	813.371

Aufgliederung der Sonstigen Verbindlichkeiten

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	TEUR
Marktwerte derivativer Finanzinstrumente	1.358.668.358,14	1.260.697
Zinsabgrenzungen	300.051.139,77	348.577
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	9.366.792,29	2.986
Verbindlichkeiten aus der Verrechnung mit Konzerngesellschaften	4.153.717,48	3.596
Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern	3.014.496,93	3.670
Sonstige Verbindlichkeiten	12.868.154,97	14.772
	1.688.122.659,58	1.634.299

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind wesentliche Aufwendungen in Höhe von EUR 313.571.649,54 (31.12.2013: TEUR 352.173) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden. Diese bestehen hauptsächlich aus Zinsabgrenzungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten (ausgenommen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente) sind Posten mit Laufzeit von weniger als einem Jahr in Höhe von EUR 319.919.736,15 (31.12.2013: TEUR 373.432) enthalten.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten mit EUR 3.896.178,36 diverse Weiterverrechnungen von den Volksbanken und mit EUR 2.660.869,79 Aufwendungen in Bezug auf die Lohnverrechnung.

Rückstellungen für latente Steuern

Im Geschäftsjahr 2014 bestand wie im Vorjahr kein Erfordernis einer Rückstellungsdotierung für passive latente Steuern.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Vorsorgen für folgende Verpflichtungen:

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
für Beteiligungsrisiken und sonstige Risiken	196.790.818,00	68.000
für Rechtsrisiken	107.157.996,11	7.533
für drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten	55.313.721,30	55.612
für Redimensionierung (Sozialplan, Transformation)	53.899.477,44	31.697
für Verluste und Risiken aufgrund von Kreditgewährungen und -garantien	22.227.268,55	19.984
für Abschläge Kreditrückzahlung und Derivateauflösung	9.162.900,00	38.409
für ausstehende Eingangsrechnungen	7.475.806,03	6.583
für nicht konsumierte Urlaube	4.382.904,03	4.457
für Personalaufwand und Jubiläumsgelder	3.226.443,62	3.222
für Schadensfälle	232.917,91	10.692
für sonstige Verpflichtungen	9.078.059,92	6.477
	468.948.312,91	252.666

Die Rückstellung für Beteiligungsrisiken betrifft per 31.12.2014 die gebildete Vorsorge für drohende Verluste aus dem Verkauf der Volksbank Romania S.A.; in der Rückstellung für Rechtsrisiken ist per 31.12.2014 die Vorsorge für die Ausfallbürgschaft der Republik Österreich (Asset Garantie) im Umfang von EUR 100.000.000,00 enthalten.

Eigenkapital

Am 31.12.2014 setzte sich das Grundkapital wie folgt zusammen:

	EUR
264.708.208 Namensaktien im Nennbetrag von EUR 2,181	577.328.601,65
10 Vinkulierte Namensaktien im Nennbetrag von EUR 2,181	21,81
	577.328.623,46

Das Grundkapital beträgt unverändert zum Vorjahr EUR 577.328.623,46 und setzt sich aus 264.708.218 Stück Aktien zusammen.

Am Grundkapital sind am 31. Dezember 2014 die nachstehenden Aktionäre beteiligt:

	TEUR	%
Gesellschafter mit einer qualifizierten Beteiligung		
Volksbanken Holding eGen	297.852	51,6
Republik Österreich	250.000	43,3
Sonstige Gesellschafter		
DZ Bank AG	21.879	3,8
Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft	5.317	0,9
Volkskreditbank AG	510	0,1
Streubesitz und eigene Anteile	1.771	0,3
	577.329	100,0

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 15.12.2008, geändert durch die Hauptversammlung vom 20.03.2009 und die Hauptversammlung vom 23.05.2013, wurde eine bedingte Kapitalerhöhung um bis zu EUR 155.547.705,91 durch Ausgabe von Stammaktien beschlossen, die nur soweit durchgeführt werden soll, wie die Inhaber des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15.12.2008 ausgegebenen Partizipationskapitals von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen (bedingtes Kapital).

Mit Hauptversammlungsbeschluss vom 23.05.2013 wurde der Vorstand ermächtigt, bis 23.05.2018 das Grundkapital der Gesellschaft zum Zweck der Einziehung nach § 102a Abs 7 Satz 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 des auf Grund des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15.12.2008 auszugebenden Partizipationskapitals um bis zu EUR 288.664.311,73 durch Ausgabe neuer Aktien – allenfalls in mehreren Tranchen – gegen Barzahlung in Form von Stammaktien zu erhöhen, wobei der Ausgabebetrag, die Ausgabebedingungen und, soweit vorgesehen, der Ausschluss des Bezugsrechtes vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates wie folgt festgesetzt wurden: Der Ausgabebetrag hat sich am Unternehmenswert der Gesellschaft, der nach einer zu diesem Zweck durchzuführenden Unternehmensbewertung zu ermitteln ist, im Zeitpunkt der Durchführung der Kapitalerhöhung zu orientieren (genehmigtes Kapital).

Neben dem Grundkapital verfügte die Gesellschaft am 31.12.2014 über ein Partizipationskapital mit Nennbetrag von TEUR 460.223; von diesem Partizipationskapital befanden sich aufgrund von Rückkäufen aus Drittbesitz Partizipationsscheine mit Nennbetrag von EUR 398.886,65 (31.12.2013: TEUR 399) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,09% (31.12.2013: 0,09%) sowie 697.483 Stück eigene Anteile (31.12.2013: 697.483 Stück) mit einem Anteil am Nennkapital von 0,26% (31.12.2013: 0,26 %) im Portefeuille der Österreichisch Volksbanken-Aktiengesellschaft.

Das im Jahr 2009 begebene Partizipationskapital der Österreichisch Volksbanken-Aktiengesellschaft im Volumen von Nominale EUR 300 Mio. (nach Kapitalherabsetzung) befand sich zum 31.12.2014 zur Gänze im Besitz der Republik Österreich.

Hafrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG

Die Hafrücklage blieb im Jahr 2014 unverändert auf EUR 289.846.860,35.

Eigene Aktien oder Anteile und Partizipationsscheine

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
Eigene Stammaktien	6.974,83	7
Eigene Partizipationsscheine	54.576,97	58
	61.551,80	65

Entwicklung der eigenen Aktien

	Anzahl Stk.	Nennwert EUR	Buchwert EUR
Stand am 31.12.2013	697.483	1.521.210,42	6.974,83
Stand am 31.12.2014	697.483	1.521.210,42	6.974,83

Die Partizipationsscheine im Portefeuille der ÖVAG blieben im Geschäftsjahr unverändert und stellen sich wie folgt dar:

	Anzahl Stk.	Nennwert EUR	Buchwert EUR
Stand am 1.1.2014	18.296	398.886,66	57.930,39
Bewertung	0	0,00	-3.353,42
Stand am 31.12.2014	18.296	398.886,66	54.576,97

Aufgliederung Zu- und Abgänge eigener Aktien

Es gab im Geschäftsjahr 2014 keine Zu- und Abgänge eigener Aktien.

Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine

Es gab im Geschäftsjahr 2014 keine Zu- und Abgänge eigener börsennotierter Partizipationsscheine.

Ergänzungskapital

Die ÖVAG hat in der Vergangenheit Ergänzungskapital im Sinne des § 23 Abs 7 BWG idF vor BGBl 2013/184 begeben, das als Eigenmittelbestandteil aufsichtsrechtlich angerechnet wird. Gemäß den Beschränkungen des § 23 Abs 7 Z 2 BWG idF vor BGBl 2013/184 dürfen Zinsen hierauf nur dann ausbezahlt werden, soweit sie im Jahresüberschuss (vor Rücklagenbewegungen) gedeckt sind. Es ist damit zu rechnen, dass das Ergänzungskapital nicht zum Nominalkurs getilgt werden wird. Durch die Teilnahme des Ergänzungskapitals an den Nettoverlusten während der Laufzeit können je nach Tranche bedeutende Verluste bis hin zum Totalverlust beim Investor anfallen.

Die Bedingungen für das begebene Nachrang- und Ergänzungskapital stellen sich per 31. Dezember 2014 wie folgt dar:

WP-Kennnummer	Bezeichnung	Nominale Stand	Whg	Zinssatz in %	Tilgung	Daueremission	Kündigungsrecht	Bedingung der Nachrangigkeit	Umwandlung in Kapital
AT000B056759	Nachr.Merkur Best of Life II Garant 08-20/Serie 20 - Nullkupon	3.000.000	EUR	0,000	01.12.20	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B053715	Nachr.CMS Floater to fix/Serie136	4.000.000	EUR	6,000	30.03.17	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000435904	5,72%/6% kündbare Nachrangkapital VB Schuldverschreibungen 2003-2023	12.000.000	EUR	6,000	25.09.23	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B052600	VB nachrangige Nullkuponanleihe 2006-2016	12.600.000	EUR	0,000	01.06.16	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B053558	5,27% mehrfachkündb. Nachrang-Anl. 2007-2027	14.000.000	EUR	5,270	08.02.27	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000432661	6,5 % / 6,75 % nachr. Schuldversch. 2001-2011/2021	15.000.000	EUR	6,750	15.03.21	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B052899	Nachrangige Nullkuponanleihe 2006-2016 / Serie 34	20.000.000	EUR	0,000	03.10.16	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B053855	VB Nachr.Nullkuponanl./Serie 150	20.000.000	EUR	0,000	03.04.17	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000432976	6,35/7 % VB Nachrangkapital Schuldverschreibungen 2002-2022/P2	23.000.000	EUR	7,000	18.01.22	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B052055	4,05%/5,00% kündbare nachrangige Anleihe 2006-2026	25.000.000	EUR	4,050	19.01.26	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000432984	6,35% / 7% VB Nachrangkapital Schuldverschreibungen 2002-2022/P3	30.000.000	EUR	7,000	25.01.22	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322383	FRN INVESTKR. ANL.00-20/P	5.000.000	EUR	0,807	14.03.20	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322532	FRN INVESTKR FRN 02-22/2/P NR	4.000.000	EUR	4,627	12.04.22	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322441	6,4% INVESTKR.ANL.01-16/PP	20.000.000	EUR	6,400	12.02.16	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115902	FRN OEVAG NR FRN SV 13-18/S2	42.757.298	EUR	9,085	26.07.18	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115910	FRN OEVAG NR FRN SV 13-19/S3	5.138.120	EUR	9,085	26.07.19	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115928	FRN OEVAG NR FRN SV 13-20/S4	800.788	EUR	9,085	26.07.20	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115936	FRN OEVAG NR FRN SV 13-24/S5	29.632.890	EUR	9,085	26.07.24	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT000B115944	FRN OEVAG NR FRN SV 13-25/S6	16.996.760	EUR	9,085	26.07.25	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322458	7% INVESTKR.ANL.01-21/PP	30.000.000	EUR	0,000	06.03.21	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322557	INVESTKR.ERG.KAP.SV 02/22	11.000.000	EUR	0,000	20.06.22	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322466	7% INVESTKR ANL. 01-21/P	15.000.000	EUR	0,000	08.03.21	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000322581	INVESTKR.ANL.02-22/4PP	5.000.000	EUR	0,000	24.07.22	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000438767	5,45% ÖVAG Kündbare Ergänzungskap. Anleihe 2004-2019	30.000	EUR	0,000	02.08.19	ja	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439765	Step up to 8 % Ergänzungskapital- anleihe 2005-2020	4.685.000	EUR	0,000	07.09.20	ja	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439807	Kündbare 4,90% Ergänzungskapital- anleihe 2005-2025	500.000	EUR	0,000	18.08.25	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439708	10J.FRN Ergänzungskapitalanleihe 2005-2015	4.100.000	EUR	0,000	29.07.15	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439716	4,17% Ergänzungskapitalanleihe 2005-2015	1.000.000	EUR	0,000	29.07.15	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439724	Kündbare 4,81% Ergänzungskapital- anleihe 2005-2025	1.100.000	EUR	0,000	29.07.25	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000439732	Callable 13J.FRN Ergänzungskapital- anleihe 2005-2018	2.900.000	EUR	0,000	29.07.18	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
XS0359925889	Partizipationskapital Emission 2008	150.000.000	EUR	0,000	perpetual	nein	Emittentin	Art. 63 ff CRR	keine
AT0000A018V0	Partizipationskapital Emission 2006	6.735.000	EUR	0,000	perpetual	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
SSD_F102	Signal Krankversicherungs a.G.	10.000.000	EUR	5,010	30.05.17	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine

WP-Kennnummer	Bezeichnung	Nominale Stand	Whg	Zinssatz in %	Tilgung	Daueremission	Kündigungsrecht	Bedingung der Nachrangigkeit	Umwandlung in Kapital
SSD_F103	Iduna Vereinigte Lebensversicherungs a.G.	10.000.000	EUR	5,010	30.05.17	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
SSD_F80	Pensionskasse der Genossenschaftsorganisation VVaG	3.000.000	EUR	5,000	18.01.17	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine
SSD_F99	HDI Lebensversicherung AG	10.000.000	EUR	4,870	15.05.17	nein	ausgeschlossen	Art. 63 ff CRR	keine

Ausweisänderungen aufgrund der CRR

Im Ergänzungskapital sind aufgrund der BWG-Novelle, veröffentlicht im BGBl I 2013/184, welche am 01.01.2014 in Kraft trat, die in den Jahren 2006 und 2008 emittierten Partizipationskapitalien auszuweisen. Aus diesem Grund wird das Partizipationskapital 2008 im Vergleich zum Vorjahr nicht mehr gesondert ausgewiesen und weiters wurde das Partizipationskapital 2006 vom Posten Gezeichnetes Kapital in den Posten Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 umgegliedert. Weiters sind Ergänzungs- und Nachrangkapital, welche nur im Rahmen der Übergangsbestimmung oder überhaupt nicht mehr als Eigenmittel anrechenbar sind, im Posten Verbriefte Verbindlichkeiten auszuweisen. Daher wurden Ergänzungskapital und nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt EUR 143.658.109,44 entsprechend umgegliedert. Weiters waren die verbleibenden nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 362.706.388,33 in den Posten Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 umzugliedern.

Unversteuerte Rücklagen

Die unversteuerten Rücklagen betreffen die Bewertungsreserve aufgrund von Sonderabschreibungen und entwickelten sich wie folgt:

EUR	1.1.2014	Auflösung	31.12.2014
Übertragene Stille Reserven gemäß § 12 Abs. 1 EStG Betriebs- und Geschäftsausstattung	107.485,00	0,00	107.485,00

Zusammensetzung der Eventualverbindlichkeiten

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
Bürgschaften und Haftungen	684.910.219,23	926.551
Akkreditive	1.873.862,43	1.826
ab: Rückstellungen	-16.489.611,04	-14.497
	670.294.470,62	913.880

Zusammensetzung der Kreditrisiken

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
Kreditzusagen	6.289.365.617,12	4.696.016

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

Zum 31.12.2014 wurden unter dem Posten Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 171.465.049,31 (31.12.2013: TEUR 237.848) ausgewiesen.

Ergänzende Angaben

Aufstellung über die Vermögensgegenstände, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten gestellt wurden:

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände		
Forderungen an Kunden	277.699.762,47	425.187
Schuldtitel öffentlicher Stellen, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.891.594.298,73	1.547.994
	2.169.294.061,20	1.973.182
Für folgende Verpflichtungen wurden Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	355.049.762,47	496.537
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.814.244.298,73	1.476.644
	2.169.294.061,20	1.973.182

In den als Sicherheiten übertragenen Vermögensgegenständen ist der Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen in Höhe von EUR 1.814.244.298,73 (31.12.2013: TEUR 1.476.644) enthalten.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen beträgt für das folgende Geschäftsjahr 5.836.137,46 (2013: TEUR 6.648), davon verbundene Unternehmen EUR 3.912.430,32 (2013: TEUR 4.712) und für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 23.751.775,30 (2013: TEUR 28.595), davon verbundene Unternehmen EUR 18.362.152,60 (2013: TEUR 20.193).

Im Jahr 2015 werden Forderungen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von EUR 324.507.519,79 fällig (im Jahr 2013 für 2014: TEUR 571.903).

Begebene Schuldverschreibungen in Höhe von EUR 312.603.357,76 werden im Geschäftsjahr 2015 fällig (im Jahr 2013 für 2014: TEUR 994.432).

Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf Fremdwährungen lauten:

	31.12.2014 EUR	31.12.2013 TEUR
Fremdwährungs-Aktiva	2.060.405.020,79	3.515.096
Fremdwährungs-Passiva	358.175.299,78	370.899

Gesamtkapitalrentabilität

Gemäß § 64 Abs 1 Z 19 BWG idF des BGBl I 2014/184 beträgt die Gesamtkapitalrentabilität minus 5,12% (2013: minus 1,07%). Als Gesamtkapitalrentabilität gemäß BWG ist der Quotient aus Jahresergebnis nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag zu verstehen.

Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013

Gemäß Art 92 CRR muss die ÖVAG zu jedem Zeitpunkt folgende Eigenmittelanforderungen erfüllen:

- a) eine harte Kernkapitalquote von 4,0%,
- b) eine Kernkapitalquote von 5,5% und
- c) eine Gesamtkapitalquote von 8,0%.

Der Gesamtrisikobetrag gemäß Art. 92 Abs. 3 CRR beträgt EUR 6.779.560.115,03.

Die Kapitalquoten errechnen sich wie folgt:

- a) die harte Kernkapitalquote ergibt sich aus dem harten Kernkapital des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft eine harte Kernkapitalquote in Höhe von -2,00% bzw. eine Unterschreitung in Höhe von EUR -406.759.197,14,
- b) die Kernkapitalquote ergibt sich aus dem Kernkapital des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft eine Kernkapitalquote in Höhe von -2,00% bzw. eine Unterschreitung in Höhe von EUR -508.452.598,86 und
- c) die Gesamtkapitalquote ergibt sich aus den Eigenmitteln des Instituts, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtrisikobetrags; folglich ergibt sich für die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft eine Gesamtkapitalquote in Höhe von -4,20% bzw. eine Unterschreitung in Höhe von EUR -257.933.124,68.

Die Nichterfüllung der Ordnungsnormen bis zur Herstellung der Abbaugesellschaft und der damit geplanten Zurücklegung der Konzession wurde der Aufsicht vorab am 3. Dezember 2014 und am 3. Februar 2015 angezeigt. Weiters war die bevorstehende und tatsächliche Nichteinhaltung der Ordnungsnormen Inhalt mehrerer Gespräche mit der Aufsicht seit Herbst 2014.

Eine Vorsorge für eine mögliche Pönalisierung aufgrund der Unterschreitung der Ordnungsnormen wurde nach rechtlicher Analyse nicht gebildet.

Die anrechenbaren Eigenmittel der ÖVAG gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) betragen per 31.12.2014 EUR 284.431.684,52 und stellen sich wie folgt dar:

EUR	31.12.2014
Kernkapital (Tier 1)	
Hartes Kernkapital (Common Equity Tier 1)	
Grund-/Stammkapital	580.816.919,50
ab: eigene Aktien	-61.551,80
Sonstige Rücklagen inkl. gesetzliche Rücklage	295.649.219,86
Übergangsbestimmungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des harten Kernkapitals	425.388.000,00
	1.301.792.587,56
ab: Kürzungsposten	
Verlust laufendes Geschäftsjahr sowie Verlustvortrag	-1.296.345.356,55
Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	-9.771.014,23
Qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors	-5.253.956,23
Instrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen eine wesentliche Beteiligung gehalten wird	-5.944.255,21
Instrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen keine wesentliche Beteiligung gehalten wird	-115.119.697,03
Sonstige Überganganpassungen am harten Kernkapital	-4.935.100,85
	-1.437.369.380,10
	-135.576.792,54
Ergänzungskapital (Tier 2)	
anrechenbare Kapitalinstrumente und nachrangige Darlehen	333.962.253,46
Übergangsbestimmungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des Ergänzungskapitals	121.671.287,87
Sonstige Überganganpassungen am Ergänzungskapital	4.935.100,85
	460.568.642,18
ab: Kürzungsposten	
Eigene Instrumente	-20.936.903,87
Instrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen keine wesentliche Beteiligung gehalten wird	-19.623.261,25
	-40.560.165,12
	420.008.477,06
Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 CRR	284.431.684,52

Angaben gemäß § 237a UGB

Bankbuch

Die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft unterliegt bei Positionen des Bankbuches dem Risiko von Marktwertschwankungen aufgrund von Zins- und Währungsänderungen.

Als wesentliches Mittel zur Absicherung dieser Risiken und zur Steuerung der Bilanzstruktur bedient sich die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft derivativer Finanzinstrumente. Interest Rate Swaps werden als primäre Sicherungsinstrumente für eigene fix verzinste Emissionen genutzt und zur Absicherung gegen Marktwertschwankungen von fix verzinnten Veranlagungen in festverzinsliche Wertpapiere sowie Kundenforderungen verwendet.

Daneben dienen Cross Currency Swaps, Devisentermingeschäfte, Devisenswaps und in Ausnahmefällen Devisenoptionen zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken von Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und Kunden sowie von Emissionen, die auf Fremdwährung lauten.

Die Absicherungsinstrumente im Bankbuch finden im Standardfall direkt mit dem Kontrahenten statt, in wenigen Ausnahmefällen findet ein Transfer ins Handelsbuch statt.

Die Sicherungsbeziehung wird auf die gesamte Laufzeit des Grundgeschäfts abgestellt.

Zur Messung der retrospektiven Effektivität der Bewertungseinheiten wird ausschließlich die Dollar Offset-Methode angewandt. Bei der Dollar-Offset-Methode werden die auf das abgesicherte Risiko zurückführenden Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft zueinander ins Verhältnis gesetzt.

Derivate des Bankbuches, die Sicherungszwecken dienen, werden zu Anschaffungskosten bewertet. Allfällige Prämien werden aktiviert bzw. passiviert und am Ende der Laufzeit erfolgswirksam ausgebucht. Zinsen werden zeitanteilig bilanziert. Für den negativen Überhang zwischen positiven und negativen Marktwerten wird eine entsprechende Vorsorge berücksichtigt.

Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches, die keiner Bewertungseinheit zuzuordnen sind, und ineffektive Teile aus Bewertungseinheiten werden mit ihrem negativen Marktwert abzüglich passivierter Prämien und Abgrenzungen rückgestellt.

Handelsbuch

Alle in den Emissionen des Bankbuchs eingebetteten Derivate werden von der Abteilung Konzern-Marktrisikomanagement überwacht und vom Handel mit entsprechenden Produkten abgesichert.

Im Handelsbuch werden alle finanziellen Vermögenswerte ausgewiesen, die mit einer kurzfristigen Wiederveräußerungsabsicht erworben wurden.

In einer unabhängigen Abteilung des strategischen Risikomanagements ist die Steuerung und Überwachung der Marktrisiken der Handelsbereiche angesiedelt.

Die Bewertung und Bilanzierung der Finanzinstrumente im Handelsbuch erfolgt zum Marktwert.

Marktwertermittlung

Der Marktwert ist jener Betrag, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann. Bei börsennotierten Finanzinstrumenten entspricht der Marktwert dem Kurswert. Wenn kein Kurswert vorhanden ist, werden die zukünftigen Cash-Flows eines Finanzinstruments mit der jeweiligen Zinskurve auf den Bewertungsstichtag diskontiert. Dabei werden international übliche finanzmathematische Verfahren zur Berechnung angewendet.

Die ÖVAG hat sämtliche Handelsbuchpositionen in den Frontoffice- und Risikomanagementsystemen Kondor+ und MUREX abgebildet, welche direkt mit verschiedenen Preisinformationssystemen verbunden sind. Das bedeutet, dass die Marktpreise für verschiedene Produkte in Echtzeit aktualisiert werden. Produkte, die keinen direkten Preis beziehen, werden durch Bewertungsmodelle unter Verwendung von Marktdaten (Marktrisikofaktoren) in dieser Standardsoftware bewertet. Im Mai 2014 wurde Phase 2 des Umstiegs auf MUREX abgeschlossen, seither wird für Zins- und Währungsderivate nur mehr MUREX angewandt.

Strukturierte oder exotische Produkte, deren Modellpreise in der Standardsoftware nicht ermittelt werden können, werden in externen Preisrechnern bewertet, deren Modellergebnisse im Rahmen einer Testphase während der Modellprüfung mit den am Markt handelbaren Preisen verglichen werden.

Diese Tabelle enthält Informationen über die derivativen Finanzinstrumente (Marktwerte inklusive Zinsabgrenzung):

GESAMT		31.12.2014		
TEUR	bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	3.527.629	16.267.307	9.308.024	29.102.960
Caps&Floors	257.256	1.066.317	816.450	2.140.023
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	99.400	0	0	99.400
IRS	3.101.473	14.952.090	8.406.574	26.460.138
Swaptions	69.500	248.900	85.000	403.400
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	2.238.138	1.789.906	640.488	4.668.532
Cross Currency Swaps	246.070	1.767.552	632.540	2.646.162
Devisen Optionen	16.269	18.191	0	34.460
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	1.975.799	4.163	7.948	1.987.910
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	198.946	981.204	0	1.180.150
SONSTIGE GESCHÄFTE	771.737	857.443	224.643	1.853.824
Index-, FX- u. Commodity Futures	14.415	0	0	14.415
Optionen	757.322	857.443	224.643	1.839.408
GESAMTSUMME	6.736.450	19.895.861	10.173.155	36.805.466
hievon intern				
HANDELSBUCH		31.12.2014		
TEUR	bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	3.120.823	13.411.936	7.021.938	23.554.697
Caps&Floors	249.456	1.060.317	812.450	2.122.223
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	99.400	0	0	99.400
IRS	2.726.467	12.198.719	6.124.488	21.049.674
Swaptions	45.500	152.900	85.000	283.400
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	16.269	33.486	14.870	64.625
Cross Currency Swaps	0	15.295	14.870	30.165
Devisen Optionen	16.269	18.191	0	34.460
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	0	0	0	0
SONSTIGE GESCHÄFTE	478.171	555.538	125.498	1.159.206
Index-, FX- u. Commodity Futures	14.415	0	0	14.415
Optionen	463.755	555.538	125.498	1.144.791
SUMME HANDELSBUCH	3.615.262	14.000.960	7.162.306	24.778.528
hievon intern				
BANKBUCH		31.12.2014		
TEUR	bis 1 Jahr	Nominale 1-5 Jahre	über 5 Jahre	Summe
ZINSBEZOGENE GESCHÄFTE	406.806	2.855.372	2.286.086	5.548.263
Caps&Floors	7.800	6.000	4.000	17.800
FRA's	0	0	0	0
Zins Futures	0	0	0	0
IRS	375.006	2.753.372	2.282.086	5.410.463
Swaptions	24.000	96.000	0	120.000
WÄHRUNGSBEZOGENE GESCHÄFTE	2.221.869	1.756.420	625.618	4.603.907
Cross Currency Swaps	246.070	1.752.257	617.670	2.615.997
Devisen Optionen	0	0	0	0
Devisen Termin Geschäfte/FX SWAPS	1.975.799	4.163	7.948	1.987.910
KREDITBEZOGENE GESCHÄFTE	198.946	981.204	0	1.180.150
SONSTIGE GESCHÄFTE	293.567	301.906	99.145	694.617
Index-, FX- u. Commodity Futures	0	0	0	0
Optionen	293.567	301.906	99.145	694.617
SUMME BANKBUCH	3.121.188	5.894.901	3.010.849	12.026.938
hievon intern				

					31.12.2013		
Marktwert	davon Hedge	Sonst. Ford.	Sonstige Verb.	Rückstellung	Marktwert	Sonst. Ford.	Sonstige Verb.
31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013
337.577	337.944	1.621.292	1.500.392	34.982	417.384	1.528.777	1.433.424
3.285	1.100	6.901	4.576	0	15.655	28.423	13.917
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
340.393	336.868	1.614.389	1.487.140	34.982	408.591	1.500.232	1.408.872
-6.101	-23	2	8.676	0	-6.862	123	10.635
-117.639	-47.184	19.951	101.283	9.240	-86.092	23.716	86.936
-122.722	-47.184	13.859	100.366	8.112	-95.463	12.572	13.894
153	0	511	752	0	1.110	1.435	673
4.929	0	5.581	165	1.128	8.262	9.709	72.369
-170	0	2.664	152	2.176	1.043	3.688	180
885	0	47.538	46.738	0	-10.532	68.891	78.001
0	0	0	0	0	0	1.422	0
885	0	47.538	46.738	0	-10.532	67.469	78.001
220.653	290.760	1.691.445	1.648.566	46.398	321.804	1.625.072	1.598.540
		126.330	8.704			11.265	55.917
					31.12.2013		
Marktwert	davon Hedge	Sonst. Ford.	Sonstige Verb.	Rückstellung	Marktwert	Sonst. Ford.	Sonstige Verb.
31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013
-7.274	0	1.573.999	1.470.450	10.746	153.436	1.463.991	1.366.084
2.186	0	6.762	4.576	0	14.407	28.138	13.912
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
-3.454	0	1.567.236	1.459.866	10.746	144.907	1.435.730	1.346.172
-6.006	0	2	6.007	0	-5.877	123	6.000
-13.377	0	13.369	14.134	0	-10.840	12.860	12.485
-13.530	0	12.922	13.527	0	-11.950	11.489	11.957
153	0	447	607	0	1.110	1.371	528
0	0	0	0	0	0	0	0
-9.630	0	41.378	46.738	0	-19.354	39.401	58.755
0	0	0	0	0	0	0	0
-9.630	0	41.378	46.738	0	-19.354	39.401	58.755
-30.281	0	1.628.746	1.531.322	10.746	123.242	1.516.252	1.437.324
		123.760	314			11.265	55.917
					31.12.2013		
Marktwert	davon Hedge	Sonst. Ford.	Sonstige Verb.	Rückstellung	Marktwert	Sonst. Ford.	Sonstige Verb.
31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2013	31.12.2013
344.851	337.944	47.293	29.943	24.236	263.947	64.786	67.340
1.099	1.100	140	0	0	1.248	285	6
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
343.847	336.868	47.154	27.274	24.236	263.684	64.501	62.700
-95	-23	0	2.669	0	-984	0	4.635
-104.262	-47.184	6.582	87.149	9.240	-75.251	10.856	74.451
-109.192	-47.184	937	86.839	8.112	-83.513	1.083	1.937
0	0	64	145	0	0	64	145
4.929	0	5.581	165	1.128	8.262	9.709	72.369
-170	0	2.664	152	2.176	1.043	3.688	180
10.515	0	6.160	0	0	8.823	29.491	19.245
0	0	0	0	0	0	1.422	0
10.515	0	6.160	0	0	8.823	28.068	19.245
250.934	290.760	62.698	117.244	35.653	198.562	108.820	161.217
		2.570	8.391			0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 EUR	2013 TEUR
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	452.427.362,85	59.321
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	2.762.424,56	6.654
b) Erträge aus Beteiligungen	3.085.670,70	2.763
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	446.579.267,59	49.904

In den Erträgen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen sind Substanzausschüttungen in Höhe von EUR 400.203.493,47 enthalten, denen gleich hohe ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibungen gegenüberstehen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gliedern sich wie folgt:

	2014 EUR	2013 TEUR
Sonstige betriebliche Erträge		
Tilgungserlös Hybridanleihen, Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen und dazugehörige Zinsswaps	213.290.004,81	152.341
Weiterverrechnete Personal- und Sachaufwendungen	54.441.342,91	49.900
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	11.630.347,04	27.180
Erträge Termination CDS, Zins- und FX-Optionen	2.338.930,16	0
Erträge aus Auflösung von Zinsswaps ohne Hedge-Beziehung aus anderen Geschäften	1.276.138,66	0
	4.518.210,65	30.210
	287.494.974,23	259.631

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gliedern sich wie folgt:

	2014 EUR	2013 TEUR
Sonstige betriebliche Aufwendungen		
Tilgungsverluste Hybridanleihen, Nachrang- und Ergänzungskapitalanleihen und dazugehörige Zinsswaps	172.579.386,36	0
Vorsorge Ausfallsbürgschaft	100.000.000,00	0
Weiterverrechnete Aufwendungen	27.791.459,42	23.239
Aufwendungen aus Auflösung von Zinsswaps ohne Hedge-Beziehung	23.747.420,07	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33.368.340,67	31.319
	357.486.606,52	54.558

Die weiterverrechneten Aufwendungen enthalten vorwiegend weiterverrechnete Sachkosten, insbesondere für Verbundprojekte und Gemeinschaftswerbung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit EUR 6.534.829,65 die Anpassung des Agios aufgrund der vorzeitigen Rückführung von Krediten der VB Romania S.A., mit EUR 5.900.000,00 Aufwendungen aus einer Besserungsvereinbarung sowie mit EUR 4.701.160,67 den Saldo aus Aufwendungen und Erträgen aus Fondshaftungen.

Bewertungs- und Veräußerungsergebnis

	2014 EUR	2013 TEUR
Bewertungs- und Veräußerungsergebnis	-1.068.951.323,19	-400.753
Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführung zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	-394.988.372,61	-259.731
Kreditgeschäft	-336.215.854,69	-233.772
Wertpapiere des Umlaufvermögens	-58.772.517,92	-25.959
Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	158.713.410,09	100.068
Kreditgeschäft	142.004.695,35	75.149
Wertpapiere des Umlaufvermögens	16.708.714,74	24.919
Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	-846.122.347,38	-266.296
Wertpapiere des Anlagevermögens	-6.070.810,69	-23.120
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	-840.051.536,69	-243.176
Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	13.445.986,71	25.205
Wertpapiere des Anlagevermögens	13.157.060,82	22.314
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	288.925,89	2.891

Die wesentlichen Gründe für die Veränderung in Bezug auf das Vorjahr stellen sich grundsätzlich wie folgt dar:

- Die neu gebildeten Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 290.470.569,41 (2013: TEUR 124.238) enthalten auch Vorsorgen in Höhe von EUR 212.000.000,00 für den beschleunigten Abbau der Non-Core Portfolien.
- Die Abwertungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen im Ausmaß von EUR 839.983.513,19 (2013: TEUR 243.092) betreffen ausschüttungsbedingte Abschreibungen in der Höhe von EUR 400.203.493,47, sowie die Bildung einer Vorsorge für Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 91.000.000,00 für individuelle Discounts, Ratingmigration und Besicherungswertänderungen bei Immobilienleasingfinanzierungen und Eigenobjekten. Zusätzlich erfolgten folgende, wesentliche Abschreibungen:

EUR	2014
VB Romania S.A. (über den direkten Beteiligungsansatz an der VBI Holding GmbH)	298.500.818,00
Raiffeisen Zentralbank AG (über den direkten Beteiligungsansatz an der Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung)	70.000.000,00
VB Leasingfinanzierungsgesellschaft m.b.H. (über den direkten Beteiligungsansatz an der Unternehmensbeteiligungs Gesellschaft mit beschränkter Haftung)	5.000.000,00
VB Factoring Bank Aktiengesellschaft	2.212.506,00
VBV Anlagenvermietungs- und Beteiligungs-GmbH	1.341.407,00
	377.054.731,00

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Der Steuerertrag von EUR 3.082.734,74 (2013: TEUR: 11.311) setzt sich vor allem aus einem Steueraufwand aus der laufenden Körperschaftsteuer in Höhe von EUR 37.391,00 (2013: TEUR 66), einem Körperschaftsteueraufwand aus Vorperioden infolge der Gruppenverrechnung in Höhe von EUR 1.087.726,35, aus einem Körperschaftsteuerertrag aus der laufenden Gruppenverrechnung 2014 in Höhe von EUR 3.472.450,39 sowie aus einer Körperschaftsteuerrückerstattung für Vorjahre in Höhe von EUR 735.401,70 zusammen.

Die Auswirkung aus der Veränderung der un versteuerten Rücklagen auf die Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt EUR 0,00 (2013: TEUR 72).

Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 15. auszuweisen

Im Posten sonstige Steuern in Höhe von EUR 32.226.255,73 (2013: TEUR 52.493) sind im Wesentlichen angefallene Bankabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz mit einem Betrag von EUR 37.359.609,27 (2013: TEUR 45.594) und Erträge in Form von Steuerrückerstattungen aus Vorperioden in Höhe von EUR 7.226.450,65 (2013: TEUR 0) enthalten.

Rücklagenbewegung

	2014		2013	
	EUR Dotierung (-)	EUR Auflösung (+)	TEUR Dotierung (-)	TEUR Auflösung (+)
Gewinnrücklagen / freie Rücklagen	0,00	0,00	0	2
Unversteuerte Rücklage gemäß § 21 Abs. 1 EStG (übertragene Stille Reserven)	0,00	0,00	0	103
Unversteuerte Rücklagen gemäß §§ 8 und 122 EStG (vorzeitige Abschreibungen)	0,00	0,00	0	183
	0,00	0,00	0	288
	0,00		288	

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten und Ergänzungskapital betragen EUR 22.514.714,18 (2013: TEUR 19.776).

In den Jahren 2014 und 2013 gab es keine außerordentlichen Erträge oder Aufwendungen.

Sonstige Angaben

Die Volksbanken Holding registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wien, stellt den Konzernabschluss für den größten und die ÖVAG Wien, für den kleinsten Kreis von Unternehmen auf. Die Konzernabschlüsse sind beim Handelsgericht Wien hinterlegt.

Im Jahr 2014 waren durchschnittlich 648 Angestellte beschäftigt (2013: 674).

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen betragen für Vorstandsmitglieder EUR 820.477,61 (2013: TEUR 1.141).

Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen für Arbeitnehmer betragen EUR 54.012.426,81 (2013: TEUR 6.783); davon resultieren aus der Änderung der Bewertungsmethode EUR 42.339.638,78.

Die im Posten 8 a) ff) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen betreffen mit einem Betrag von EUR 18.508.178,14 Aufwendungen im Zusammenhang mit der Redimensionierung (Sozialplan).

Die im Posten 8 a) ff) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen betragen EUR 28.931.861,59 (2013: TEUR 1.638).

Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen EUR 105.121,10 (2013: TEUR 115).

Die Gesamtbezüge des Vorstandes (ohne Lohnnebenkosten) betragen EUR 1.945.766,50 (2013: TEUR 2.085).

Die im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge (Pensionszahlungen) der früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebenen betragen EUR 581.000,23 (2013: TEUR 571).

Zum 31.12.2014 haften Vorschüsse und Kredite an Mitglieder des Aufsichtsrates in Höhe von EUR 7.210,00 (31.12.2013: TEUR 26) aus. An Rückzahlungen wurden im Jahr 2014 EUR 24.125,00 (2013: TEUR 19) geleistet. Die durchschnittliche Laufzeit beträgt 16 Monate. Die Vorschüsse werden unverzinst zur Verfügung gestellt.

Anlagespiegel 2014

EUR	Anschaffungskosten			
	Stand am 1.1.2014	Zugänge im GJ	Abgänge im GJ	Umbuchungen im GJ
WERTPAPIERE				
in. 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.003.188.950,20	23.882.900,00	-112.938.605,65	-45.378.870,28
in. 3. Forderungen Banken	42.801.183,92	0,00	-202.363,70	0,00
in. 4. Forderungen Kunden	61.957.253,54	0,00	-37.583.327,92	-168.245,93
in. 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinslich Wertpapiere	1.896.619.311,83	80.686.970,00	-710.272.059,77	-326.213.200,38
in 6. Aktien und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere	43.748.328,10	0,00	0,00	0,00
Summe	3.048.315.027,59	104.569.870,00	-860.996.357,04	-371.760.316,59
BETEILIGUNGEN				
a) an Kreditinstituten	9.831.540,90	50,00	-1.577.914,00	18.960.182,33
b) an sonstigen Unternehmen	39.480.000,05	12.390.585,91	-3.929.446,58	-18.960.182,33
Summe	49.311.540,95	12.390.635,91	-5.507.360,58	0,00
ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN				
a) an Kreditinstituten	96.959.840,67	0,00	-57.500.000,00	0,00
b) an sonstigen Unternehmen	2.509.862.126,66	179.928.000,00	-1.452.708,29	0,00
Summe ¹⁾	2.606.821.967,33	179.928.000,00	-58.952.708,29	0,00
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE DES ANLAGEVERMÖGENS				
	28.329.799,32	3.200.888,42	-2.821.193,92	0,00
SACHANLAGEN				
a) Grundstücke und Bauten für den eigenen Geschäftsbetrieb	361.874,22	0,00	0,00	0,00
b) Sonstige Grundstücke und Bauten	312.077,06	0,00	0,00	0,00
c) Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.479.346,81	205.391,16	-3.150.433,64	0,00
Summe	24.153.298,09	205.391,16	-3.150.433,64	0,00
GESAMTSUMME	5.756.931.633,28	300.294.785,49	-931.428.053,47	-371.760.316,59

1) Nach Abzug der pauschalen Risikovorsorge infolge des Strategiewechsels in Höhe von EUR 91.000.000,00 ergibt sich ein Bilanzwert für Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 477.904.681,38

Währungs- umrechnung im GJ	Stand am 31.12.2014	kumulierte Abschreibung 2014	kumulierte Zuschreibungen 2014	Buchwert 31.12.2014	Buchwert 31.12.2013	Abschreibung 2014	Zuschreibungen 2014
0,00	868.754.374,27	-16.279,70	0,00	868.738.094,57	1.003.188.950,20	-16.279,70	0,00
4.305.310,84	46.904.131,06	-1.125.916,70	0,00	45.778.214,36	42.801.183,92	-1.125.916,70	0,00
357.180,81	24.562.860,50	-3.045.187,60	0,00	21.517.672,90	58.896.346,81	-58.668,99	0,00
8.055.807,29	948.876.828,97	-25.428.460,48	0,00	923.448.368,49	1.876.540.565,38	-4.183.339,62	0,00
0,00	43.748.328,10	-3.690.000,00	0,00	40.058.328,10	43.748.328,10	-3.690.000,00	0,00
12.718.298,94	1.932.846.522,90	-33.305.844,48	0,00	1.899.540.678,42	3.025.175.374,41	-9.074.205,01	0,00
0,00	27.213.859,23	-19.772.263,06	97.108,15	7.538.704,32	9.717.505,67	-5.197.000,00	97.108,15
0,00	28.980.957,05	-3.033.058,40	0,00	25.947.898,65	19.831.210,63	-1.290.351,54	0,00
0,00	56.194.816,28	-22.805.321,46	97.108,15	33.486.602,97	29.548.716,30	-6.487.351,54	97.108,15
0,00	39.459.840,67	-12.526.358,92	0,00	26.933.481,75	86.646.041,75	-2.212.560,00	0,00
0,00	2.688.337.418,37	-2.146.366.218,74	0,00	541.971.199,63	969.845.983,35	-607.802.783,65	0,00
0,00	2.727.797.259,04	-2.158.892.577,66	0,00	568.904.681,38	1.056.492.025,10	-610.015.343,65	0,00
0,00	28.709.493,82	-18.938.479,59	0,00	9.771.014,23	11.886.358,40	-5.312.390,52	0,00
0,00	361.874,22	-163.874,53	0,00	197.999,69	206.608,37	-8.608,68	0,00
0,00	312.077,06	-269.879,62	0,00	42.197,44	228.752,41	-186.554,97	0,00
0,00	20.534.304,33	-13.863.382,04	0,00	6.670.922,29	8.893.363,96	-1.937.150,43	0,00
0,00	21.208.255,61	-14.297.136,19	0,00	6.911.119,42	9.328.724,74	-2.132.314,08	0,00
12.718.298,94	4.766.756.347,65	-2.248.239.359,38	97.108,15	2.518.614.096,42	4.132.431.198,96	-633.021.604,80	97.108,15

INHALTSVERZEICHNIS LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage	184
1.1 Geschäftsverlauf	184
1.1.1 Geschäftsverlauf	184
1.1.2 Abbaumaßnahmen	184
1.1.3 Wirtschaftliches Umfeld	184
1.1.4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	185
1.1.5 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel	186
1.2 Bericht über die Zweigniederlassungen	187
1.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	187
1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren	187
1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	188
1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag	189
2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens	190
2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens	190
2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten	192
2.2.1 Aufsichtsrechtliche Anforderungen	192
2.2.2 Kontrahentenrisiko	193
2.2.3 Kreditrisiko	193
2.2.4 Marktrisiko	194
2.2.5 Operationelles Risiko	194
2.2.6 Liquiditätsrisiko	195
2.2.7 Beteiligungsrisiko	195
2.2.8 Volksbank Romania S.A.	195
2.2.9 Sonstige Risiken	196
2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten	196
3 Bericht über Forschung und Entwicklung	196
4 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	196
4.1 Kontrollumfeld	196
4.2 Risikobeurteilung	197
4.3 Kontrollmaßnahmen	197
4.4 Information und Kommunikation	197
4.5 Überwachung	197

LAGEBERICHT

1 Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

1.1 Geschäftsverlauf

1.1.1 Geschäftsverlauf

Die Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) befindet sich seit ihrer Teilverstaatlichung im April 2012 in einem Transformationsprozess, dem ein Restrukturierungsplan und somit Auflagen der EU-Kommission und der Republik Österreich zugrunde liegen. Die ÖVAG ist eine Abbaubank, die so gut wie ihr gesamtes Eigengeschäft im In- und Ausland einstellen oder verkaufen muss.

2012 wurde auch die Umgestaltung des Volksbank-Sektors in einen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG (gemeinsamer Haftungs- und Liquiditätsverbund) beschlossen: Seit 18. September 2012 bilden die Banken der Primärstufe und die ÖVAG nun den Volksbanken-Verbund mit der ÖVAG als Zentralorganisation. In diesem Verbund sind die Aufgaben der ÖVAG klar geregelt: Als Zentralorganisation übernimmt sie weitreichende Steuerungs- und Lenkungsfunktionen und ist u.a. auch für das verbundweite Risiko- und Liquiditätsmanagement zuständig. In ihrer Geschäftstätigkeit beschränkt sie sich nur mehr auf die Bereitstellung und Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden.

1.1.2 Abbaumaßnahmen

Anfang 2014 konnten im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitige Rückführung von Krediten eines Immobilienportfolios im Ausmaß von rund EUR 408 Mio. durchgeführt werden.

Ende Juli erfolgte das Closing des Verkaufsprozesses eines Portfolios von Private Equity Fondsbeteiligungen und Direktbeteiligungen in der DACH-Region und Osteuropa.

Die Sberbank of Russia hat im November 2013 eine Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof gegen die ÖVAG im Zusammenhang mit dem VBI Verkauf eingebracht. Im Verhandlungsweg konnte im April 2014 das Zurückziehen der Klage beim Internationalen Schiedsgerichtshof erreicht werden.

Die Verkaufsprozesse für die Investkredit International Bank plc, die VB Leasing International Gruppe sowie die Volksbank Malta Ltd wurden im Geschäftsjahr 2013 gestartet. Bei der Investkredit International Bank plc konnten im März 2014 die Verträge unterschrieben, der Verkaufsprozess jedoch mangels Closing nicht beendet werden. Mit 13. Oktober 2014 wurde die Banklizenz zurückgelegt und die Liquidation des Unternehmens eingeleitet. Für die Volksbank Malta Ltd wurden die Verträge im April 2014 unterfertigt. Das Closing fand am 25. September 2014 statt.

Nachdem der Mitte 2013 gestartete Prozess für den Verkauf der gesamten VB Leasing International Gruppe zu keinem Ergebnis gekommen ist, wurde der Verkaufsprozess für vier Landesgesellschaften (Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien) gestartet. Im zweiten Quartal 2014 wurden die Verträge über den Verkauf der Landesgesellschaften Polen und Rumänien unterschrieben. Das Closing fand am 9. September 2014 statt. Die Vertragsverhandlungen für den Verkauf der Landesgesellschaften in Tschechien wurden am 11. September 2014 mit dem Signing des Vertrages und dem Closing am 31. Oktober 2014 abgeschlossen. Für die restlichen Gesellschaften der VB Leasing International Gruppe wurde ein neuer Verkaufsprozess gestartet.

Am 27. März 2014 nahm die Rating Agentur Moody's ein Downgrade des ÖVAG Emittenten Ratings von Baa3 auf Ba1 und am 5. August 2014 von Ba1 auf Ba3 vor. Damit werden Senior Unsecured Anleihen der ÖVAG als Investitionen im Sub-Investment-Grade Bereich eingestuft, der für manche institutionelle Anleger außerhalb ihres Investment Profils liegt. Als Konsequenz verkauften einige institutionelle Anleger ihre Anleihen. Auch private Anleger nahmen die Ratingherabstufung zum Anlass ÖVAG Anleihen zu verkaufen. Die Bank hat Anleihen in einem vorab definierten Ausmaß selbst zurückgenommen und konnte dadurch die Kosten des bestehenden Liquiditätsüberschusses reduzieren. Die Ratingherabstufungen von Moody's hatten somit keine unerwarteten Auswirkungen auf die Liquiditätsausstattung des Konzerns.

Für den Verkauf der Volksbank Romania S.A. wurde im April 2014 die Mandatierung einer Investmentbank zur Unterstützung des Verkaufsprozesses vorgenommen. Gemeinsam mit den Miteigentümern konnte die ÖVAG am 10. Dezember 2014 den Kaufvertrag mit der rumänischen Banca Transilvania unterzeichnen. Seit 17.03.2015 liegen uns die Genehmi-

gungen der Rumänischen Nationalbank und der Wettbewerbsbehörde vor, sodass aus heutiger Einschätzung das Closing voraussichtlich Anfang April 2015 stattfinden wird. Gemäß der Restrukturierungsvereinbarung vom 26. April 2012 muss der Verkauf der Volksbank Romania S.A. bis zum 31. Dezember 2015 abgeschlossen sein.

Am 2. Oktober 2014 hat der Vorstand, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbands erfüllt, sollen an eine große regionale Volksbank übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbank-Sektor zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es, den Abbauprozess, der seit zwei Jahren erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG wird für Anfang Juli 2015 angestrebt. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden. Die außerordentliche Hauptversammlung der ÖVAG hat am 23. Dezember 2014 einen Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG gefasst und somit dem vom Vorstand eingeschlagenen Weg zugestimmt.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtsgenden über 130 europäische Kreditinstitute diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests („Comprehensive Assessment“) unterzogen. Der österreichische Volksbanken-Verbund und damit auch die ÖVAG unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verbund errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbundes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungsstichtag für das Comprehensive Assessments (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review hatten für die ÖVAG keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt. Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG. Desweiteren sind Maßnahmen wie weiterer Abbau des Non-Core Portfolios, Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren, Umsetzung einer Verbriefungstransaktion, Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen enthalten.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

Die Ratingagentur Moody's reagierte am 30. Oktober 2014 auf die Ergebnisse des Comprehensive Assessments mit einem Rating-Downgrade der ÖVAG. Das Emittentenrating wurde um zwei Klassen von Ba3 auf B2 zurückgestuft. Da Moody's bereits Ende März 2014 eine Herabstufung in den Sub-Investment Grade Bereich vorgenommen hatte, waren seitens der Investoren kurzfristig keine Reaktionen spürbar.

Bedingt durch die angekündigte Teilung der ÖVAG und die Neuordnung im Verbund hat die Rating Agentur Fitch das Rating der ÖVAG, das bis dato mit dem Rating des Volksbanken-Verbundes ident war, neu bewertet. Das Rating für den Verbund wurde mit A, bei negativem Ausblick bestätigt, das der ÖVAG auf BBB-, ebenfalls mit negativem Ausblick, herabgestuft.

1.1.3 Wirtschaftliches Umfeld

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2014 faktisch nicht gewachsen. Laut Eurostat lag die reale Quartalswachstumsrate in den ersten beiden Quartalen bei jeweils 0%, fiel dann auf -0,1% und erholte sich gemäß Vorausschätzung vom 13.2.2015 im vierten Quartal auf 0,1%. Die für das Gesamtjahr vom Wirtschaftsforschungsinstitut erwartete Rate von 0,3% (Winterprognose EU-Kommission: 0,2%) war auf einen Wachstumsüberhang aus dem Vorjahr zurück zu führen. Aufgrund der schwachen Entwicklung von Realeinkommen und Arbeitsmarkt konnte der private Konsum nur durch ein Absenken der Sparquote konstant gehalten werden. Die Bruttoanlageinvestitionen entwickelten sich etwas stärker, während der Außenbeitrag unerwartet schwach ausfiel, was sowohl auf den Reiseverkehr als auch auf eine schwache

Entwicklung des Welthandels zurück zu führen war. Die Arbeitslosenrate zählte am Jahresende mit 4,9% laut Eurostat aber noch immer zu den niedrigsten der Eurozone, und die Konsumentenpreisinflation war sowohl im Gesamtjahr (1,5% laut EU-Kommission) als auch zu Jahresende 2014 (0,8% laut Eurostat) die höchste im gesamten europäischen Währungsraum. Während die Inflation teilweise auf Gebühren des Staates oder staatsnahen Sektors zurück gingen und damit nicht als Zeichen wirtschaftlicher Dynamik gewertet werden kann, war auch die Entwicklung des Kreditmarktes im europäischen Vergleich recht robust und deutet trotz der Wachstumsschwäche auf eine gewisse Resilienz der österreichischen Wirtschaft hin.

Innerhalb Österreichs verlief die Wirtschaftsentwicklung uneinheitlich. Während die Sachgütererzeugung in den ersten drei Quartalen in der Steiermark, in Oberösterreich, Tirol Vorarlberg und dem Burgenland zunahm, ging sie in den anderen Bundesländern, insbesondere in Wien, zurück. Wien war auch hinsichtlich der Bauproduktion der ersten drei Quartale die schwächste Region, während sich der Tourismus hier bei Weitem am besten entwickelte. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten nahm in allen Bundesländern mit Ausnahme Kärntens zu, wobei Kärnten dennoch den geringsten Anstieg der in allen Bundesländern ansteigenden Anzahl der Arbeitslosen zu verzeichnen hatte. Die positive Preisentwicklung des Wohnimmobilienmarktes setzte sich generell fort, hier kam es jedoch insbesondere in Wien im dritten Quartal zu einer spürbaren Abflachung. Der OeNB-Immobilienpreisindex für Wien war im Quartalsvergleich erstmals seit Langem wieder rückläufig und die Jahreswachstumsrate war mit 2,2% in Wien zwar positiv, aber – ebenfalls erstmals seit Langem – etwas niedriger als im restlichen Österreich, wo 2,5% zu verzeichnen waren.

Auch die Eurozone als Ganze verzeichnete Mitte 2014 einen Wachstumsrückgang, wobei sich das Bruttoinlandsprodukt insgesamt etwas besser entwickelte als in Österreich. Die reale BIP-Wachstumsrate für das Gesamtjahr dürfte laut Winterprognose der EU-Kommission bei 0,8% liegen. 2013 war mit –0,5% noch eine negative Wachstumsrate verzeichnet worden. Maßgeblich für die Schwächephase ab der Jahresmitte waren die zunehmenden geopolitischen Spannungen (IS, Ukraine, damit verbundene Handelsbeschränkungen), der vergleichsweise schwache Welthandel und die zunehmende Verunsicherung von Verbrauchern und Investoren angesichts einer möglicherweise drohenden Deflation und der beschränkten fiskalischen Spielräume. Im Gefolge fallender Preise für Energierohstoffe und einer generell verhaltenen Nachfrage fiel die Inflationsrate des Euroraums im vierten Quartal unter null und setzte diesen Rückgang auch nach dem Jahreswechsel noch fort. Die Unterschiede der nationalen Wachstums- und Inflationsraten waren 2014 nicht mehr so stark ausgeprägt wie in den Jahren zuvor. Insbesondere konnten die „Peripheriestaaten“ wieder etwas bessere Wirtschaftsdaten verzeichnen. Auch in Deutschland verlief die Entwicklung vergleichsweise robust. Für das Gesamtjahr 2014 geht die Europäische Kommission von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,5% aus.

Angesichts der zu niedrigen Inflation in der Eurozone hat die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik 2014 weiter gelockert. Im Juni beschloss der geldpolitische Rat gezielte (zweckgebundene) längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, die Vorbereitung des im späteren Jahresverlauf begonnenen Kaufs von Asset-backed Securities (ABS) und Covered Bonds und die Verlängerung der Vollzuteilung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems wurde im Juni um 10 Basispunkte auf 0,15% und jener für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 35 Basispunkte auf 0,40% gesenkt. Gleichzeitig wurde für die Einlagefazilität ein negativer Zinssatz von –0,10% eingeführt, um den Anreiz für die Verwendung der zur Verfügung gestellten Liquidität für die Kreditvergabe zu erhöhen. Im September wurden die drei Leitzinssätze um weitere 10 Basispunkte auf 0,05% (Hauptrefinanzierung), 0,30% (Spitzenrefinanzierung) bzw. –0,20% (Einlagefazilität) gesenkt.

Die erneute geldpolitische Lockerung und die niedrige europäische Inflation waren mit einem weiteren Rückgang der Marktzinsen und einer spürbaren Abschwächung des Euro zum US-Dollar verbunden. Der Dreimonats-Euribor nahm im Jahresverlauf um 21 Basispunkte auf 0,08% ab, die Rendite der zehnjährigen österreichischen Bundesanleihe fiel um 157 Basispunkte auf 0,71%. Während viele Aktienmärkte von den niedrigen Zinsen und dem fallenden Ölpreis profitierten, litt der österreichische Aktienmarkt unter dem Konflikt in der Ukraine und den Belastungen für den in Zentral- und Osteuropa engagierten Finanzsektor. Der ATX nahm im Jahresverlauf um 15% ab.

In Rumänien setzte sich nach einer vorübergehenden Abschwächung im zweiten Quartal die konjunkturelle Erholung auch 2014 fort. Laut Winterprognose der EU-Kommission sollte im Gesamtjahr eine BIP-Wachstumsrate von 3% erreicht worden sein. Auch hier ist die Teuerung merklich zurückgegangen, was es der Zentralbank ermöglichte, ihren Leitzins auf ein neues Rekord-Tief von 2,50% zu senken.

1.1.4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Nettozinsertrag liegt mit EUR 51,2 Mio. deutlich unter dem Vorjahreswert in Höhe von EUR 88,5 Mio. Die Gründe für die Verringerung sind im Wesentlichen Einmalerträge aus der Auflösung von Zinsswaps im Jahr 2013.

Die Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren haben sich von EUR 6,7 Mio. im Vorjahr auf EUR 2,8 Mio. verringert, was mit dem um 64 % abgebauten Bestand an Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren zu erklären ist. Die Erträge aus Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen sind 2014 mit insgesamt EUR 449,7 Mio. im Vergleich zu EUR 52,7 Mio. im Vorjahr stark angestiegen. Der Großteil dieser Erträge beruht auf Ausschüttungen, denen im gleichen Ausmaß im Posten „Wertberichtigung auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausschüttungsbedingte Abschreibungen gegenüberstehen.

Die Provisionserträge sind um EUR 8,0 Mio. auf EUR 34,8 Mio. zurückgegangen. Der Grund dafür ist im Wesentlichen der Rückgang der Garantieprovisionen aus dem Kreditgeschäft. Die Provisionsaufwendungen sind mit EUR 35,8 Mio. gegenüber EUR 35,7 Mio. im Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Das Ergebnis aus Finanzgeschäften weist einen positiven Saldo in Höhe von EUR 20,9 Mio. auf. Das Ergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um EUR 0,9 Mio. Innerhalb des Finanzergebnisses war ein Anstieg des Handels- und Bewertungsergebnisses aus festverzinslichen Wertpapieren zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um EUR 27,9 Mio. auf EUR 287,5 Mio. angestiegen. In dem Posten sind Tilgungserlöse aus Ergänzungskapitalanleihen, sonstigen Emissionen und Schuldscheindarlehen in Höhe von EUR 42,3 Mio. sowie Erträge aus der Auflösung von dazugehörigen Zinsswaps in Höhe von EUR 171,0 Mio. enthalten, welche auch den Anstieg erklären. Dem entgegen steht der Anstieg bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen um EUR 303,0 Mio. auf EUR 357,5 Mio. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren in Höhe von EUR 143,6 Mio. aus Tilgungsverlusten von Emissionen und Schuldscheindarlehen sowie in Höhe von EUR 29,0 Mio. aus Verlusten aus der Auflösung von dazugehörigen Zinsswaps. Per Saldo konnte somit aus den Rückkäufen und Tilgungen von Emissionen und der Auflösung damit verbundener Derivate ein Ertrag von EUR 40,7 Mio. erzielt werden. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind weiters Aufwendungen aus Rechtsrisiken in Höhe von EUR 100 Mio. betreffend der Ausfallsbürgschaft, sowie Verluste aus der vorzeitigen Auflösung von Zinsswaps ohne Hedge-Beziehung in Höhe von EUR 23,7 Mio. und weiterverrechnete Aufwendungen in Höhe von EUR 27,8 Mio. enthalten.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um EUR 79,2 Mio. auf EUR 236,0 Mio. stark angestiegen. Innerhalb der Verwaltungsaufwendungen sind die Personalaufwendungen um EUR 64,5 Mio. auf EUR 138,2 Mio. angestiegen. Der Grund hierfür liegt in der Umstellung der Bewertungsmethode für Pensions- und Abfertigungsverpflichtungen vom Teilwertverfahren auf IAS 19, sowie einer weiteren Rückstellungsdotierung für den Sozialplan. Die Gehälter verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 1,4 Mio. auf EUR 51,4 Mio. Der Sachaufwand ist um EUR 14,7 Mio. auf EUR 97,8 Mio. angestiegen, was vor allem auf den angestiegenen Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand zurückzuführen ist. Wesentliche Ursachen dafür liegen in den Aufwendungen für die Umstrukturierungsprojekte, aufsichtsrechtlich getriebene Projekte, die benötigten Unterstützungsleistungen für das Comprehensive Assessment (Asset Quality Review und Stresstest der Aufsicht) sowie Erfolgshonorare für den Verkauf von Non-Core Assets.

Das Betriebsergebnis 2014 liegt mit EUR 210,2 Mio. um EUR 7,8 Mio. geringfügig unter jenem des Vorjahres.

Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis stellt sich 2014 mit EUR 1.069,0 Mio. gegenüber dem Vorjahr um EUR 668,2 Mio. wesentlich verschlechtert dar. Dies resultiert ganz wesentlich aus dem Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG. Da die verbleibenden Vermögenswerte weitgehend bis Ende 2017 abgebaut werden sollen, waren entsprechende Wertberichtigungen vorzunehmen. Einzelwertberichtigungen wurden mit EUR 78,5 Mio. gegenüber EUR 124,2 Mio. im Vorjahr gebildet. Darüber hinaus wurden pauschale Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 212,0 Mio. vorgenommen. Abwertungen von Beteiligungen erfolgten in Höhe von EUR 840,0 Mio. gegenüber EUR 243,1 Mio. im Jahr 2013. Ein wesentlicher Teil dieser Abwertungen beruht auf ausschüttungsbedingten Teilwertabschreibungen, die entsprechenden Ausschüttungen spiegeln sich im Posten „Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen“ wider. Von den Abwertungen entfielen EUR 298,5 Mio. auf die

VB Romania S.A. Im Posten „Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen“ ist auch die Dotierung einer Pauschalwertberichtigung für Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 91,0 Mio. enthalten.

Hinsichtlich eines detaillierteren Vergleichs des Bewertungsergebnisses 2014 zum Vorjahr wird auf den Punkt „Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung – Bewertungs- und Veräußerungsergebnis“ im Anhang verwiesen.

Das negative Bewertungsergebnis trug somit wesentlich dazu bei, dass es zu einem negativen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von EUR –858,8 Mio. im Geschäftsjahr 2014 kam, im Vergleich zu EUR –182,8 Mio. im Vorjahr.

Die ÖVAG ist Gruppenträger einer Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG. Der Steuerertrag von EUR 3,1 Mio. setzt sich vor allem aus einem Körperschaftsteueraufwand aus Vorperioden infolge der Gruppenverrechnung in Höhe von EUR 1,1 Mio. aus einem Körperschaftsteuerertrag aus der laufenden Gruppenverrechnung 2014 in Höhe von EUR 3,5 Mio. sowie aus einer Körperschaftsteuerrückerstattung für Vorjahre in Höhe von EUR 0,7 Mio. zusammen.

In den sonstigen Steuern ist im Wesentlichen die Bankenabgabe gemäß Stabilitätsabgabegesetz in Höhe von EUR 37,4 Mio. (2013: EUR 45,6 Mio.) enthalten sowie Erträge in Form von Steuerrückerstattungen und Erträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen in Höhe von EUR 7,2 Mio.

1.1.5 Erläuterungen zu Bilanz und Eigenmittel

Erwartungsgemäß und im Einklang mit den von der Aufsicht vorgegebenen Zielen ist die Bilanzsumme im Jahr 2014 weiter gesunken. Diese verringerte sich von EUR 20,9 Mrd. um 28,5 % auf EUR 15,0 Mrd. Auf der Aktivseite ist der Rückgang überwiegend auf die Verringerung der Posten Forderungen an Kreditinstitute, Anteile an verbundenen Unternehmen, Forderungen an Kunden sowie Schuldverschreibungen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere zurückzuführen. Auf der Passivseite trugen im Wesentlichen die Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten zur Bilanzsummenreduktion bei.

Der planmäßige Abbau des Kundengeschäftes manifestiert sich primär in einer Verringerung der Forderungen an Kunden um 45,7% oder EUR 2,7 Mrd. auf EUR 3,2 Mrd. Auch der Abbau der Schuldverschreibungen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere wurde fortgesetzt und verringerte sich demgemäß um EUR 0,4 Mrd. auf EUR 2,2 Mrd.

Die Verringerung von Anteilen an verbundenen Unternehmen auf EUR 0,5 Mrd. resultiert mit EUR 0,6 Mrd. aus Abwertungen.

Auf der Passivseite war der stärkste Rückgang bei den verbrieften Verbindlichkeiten zu verzeichnen, die um EUR 3,5 Mrd. auf EUR 4,4 Mrd. gesunken sind. Die Verringerung ist im Wesentlichen auf vorzeitige Tilgungen zurückzuführen. Beim Gezeichneten Kapital, beim Nachrangkapital, beim Ergänzungskapital und beim Partizipationskapital waren geänderte Ausweisvorschriften anzuwenden, sodass es zwischen diesen Positionen zu Verschiebungen kam.

Die Erhöhung der Rückstellungen hängt zu einem Großteil mit dem Grundsatzbeschluss zur Änderung des Geschäftsmodells mit dem Ziel der Schaffung einer Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG zusammen.

Gemäß Art 92 CRR muss die ÖVAG zu jedem Zeitpunkt folgende Eigenmittelanforderungen erfüllen:

- a) eine harte Kernkapitalquote von 4,0%,
- b) eine Kernkapitalquote von 5,5% und
- c) eine Gesamtkapitalquote von 8,0%.

Die Bemessungsgrundlage für die Eigenmittelanforderungen ist der Gesamtrisikobetrag, welcher aufgrund weiterer Abbaumaßnahmen um EUR 2,9 Mrd. auf EUR 6,8 Mrd. gesunken ist. Die Mindestanforderungen an die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft in Absolutbeträgen sind ein hartes Kernkapital von EUR 271,2 Mio., ein Kernkapital von EUR 372,9 Mio. und ein Gesamtkapital von EUR 542,4 Mio. Die tatsächliche harte Kernkapitalquote beträgt –2,0%, womit die Eigenmittelanforderungen um EUR 406,8 Mio. untererfüllt werden. Weiters beträgt die tatsächliche Kernkapitalquote –2,0%, womit wiederum die Eigenmittelanforderungen um EUR 508,5 Mio. untererfüllt sind. Die vorgegebene Gesamtkapitalquote von 8% wurde mit EUR 258 Mio. um 3,8 Prozentpunkte unterschritten. Die Nichterfüllung der Ordnungsnormen bis zur Herstellung der Abbaugesellschaft und der damit geplanten Zurücklegung der Konzession wurde der Aufsicht

vorab am 3. Dezember 2014 und am 3. Februar 2015 angezeigt. Weiters war die bevorstehende und tatsächliche Nichteinhaltung der Ordnungsnormen Inhalt mehrerer Gespräche mit der Aufsicht seit Herbst 2014. Eine Vorsorge für eine mögliche Pönalisierung aufgrund der Unterschreitung der Ordnungsnormen wurde nach rechtlicher Analyse nicht gebildet.

1.2 Bericht über die Zweigniederlassungen

Die ÖVAG verfügt über keine Zweigniederlassungen.

1.3 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die bankrechtlichen Eigenmittel der ÖVAG betragen zum 31.12.2014 EUR 284,4 Mio. (31.12.2013 EUR 1,5 Mrd.). Im Vergleich zum Ultimo 2013 konnten die risikogewichteten Aktiva um EUR 3,7 Mrd. auf EUR 4,8 Mrd. (Kreditrisiko) reduziert werden, was insbesondere auf die erfolgreichen Abbaumaßnahmen im Bereich Non-Core Unternehmen, Non-Core Immobilien und bei Bankbuchpositionen zurückzuführen ist.

Die vorhandenen Eigenmittel unterschreiten das regulatorische Erfordernis um EUR 257,9 Mio.

- Die harte Kernkapitalquote sowie die Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko betragen jeweils –2,0% (31.12.2013: 9,4%).
- Die Gesamtkapitalquote liegt bei 4,2% (31.12.2013: 15,1%), bezogen auf das Kreditrisiko bei 6,1% (31.12.2013: 17,2%).

Der Return on Equity (ROE) vor Steuern beträgt im Geschäftsjahr 2014 –262,3% (2013: –20,6%), der ROE nach Steuern –271,2% (2013: –25,3%). Der ROE vor Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Steuern und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres, der ROE nach Steuern errechnet sich als Quotient zwischen Jahresüberschuss/-fehlbetrag und dem Mittelwert des Eigenkapitals zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres.

Die operative Cost-Income-Ratio liegt im Berichtsjahr bei 111,6% (2013: 113,6%). Die Cost-Income-Ratio wird berechnet als Quotient zwischen den Betriebsaufwendungen und der Summe aus Nettozinsenertrag, Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen und aus Provisionserträgen.

Die Risk-Earnings-Ratio liegt im Jahr 2014 bei 488,8% (2013: 158,9%). Die Risk-Earnings-Ratio errechnet sich durch Division des Saldos aus Bildung und Auflösung von Einzelwertberichtigungen durch die Summe aus Nettozinsenertrag und Erträgen aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren.

Die Loan-to-Deposit-Ratio beträgt im Berichtsjahr 157,2% (2013: 223,4%). Die Loan-to-Deposit-Ratio wird errechnet als Quotient zwischen Forderungen an Kunden und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Human Resources

Das Jahr 2014 stand im Zeichen der Neuausrichtung des Konzerns und des Sektors insgesamt. Mit den Beschlüssen die ÖVAG in eine Zentralorganisation für den Volksbanken-Verbund (soll künftig Teil der Volksbank Wien-Baden sein) und eine Abwicklungsgesellschaft zu spalten, sind massive Veränderungen im Personalbereich verbunden. Die notwendige Redimensionierung wird geprägt von unserer gelebten sozialen Verantwortung und wird im Rahmen eines mit den Belegschaftsvertretern verhandelten Sozialplans umgesetzt. Die deutliche Verringerung des Personalstandes wurde und wird durch einvernehmliche Auflösungen gemäß Sozialplan aber auch durch natürliche Abgänge erreicht. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Möglichkeiten auch Augenmerk auf die interne Mobilität (interner Jobmarkt) gelegt. Der Großteil des Mitarbeiterabbaus wird im Jahr 2015 stattfinden.

Zum Ultimo 2014 beschäftigte der ÖVAG-Konzern 1.317 Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente), davon 1.035 im In- und 282 im Ausland (Verkauf der VB Leasing International in Polen, Rumänien und Tschechien). Das sind um 536 Mitarbeiter weniger als zum Jahresende 2013.

Der Rückgang entspricht dem mit den Eigentümern vereinbarten Restrukturierungsprozess.

Das Durchschnittsalter lag im abgelaufenen Jahr bei 41,9 Jahren und liegt damit leicht über dem Wert der vergangenen Jahre. Die Akademikerquote von 41,1% zeigt das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter. Der Frauenanteil ist mit 55% annähernd gleich geblieben. Die Anzahl an Teilzeitbeschäftigten erhöhte sich vorwiegend wegen des gesetzlichen Anspruchs auf Elternteilzeit auf 21,6%.

Gerade in herausfordernden Zeiten sind die Ausbildung und die Intensivierung des Wissens- und Erfahrungsaustausches zentrale Anliegen in der Personalentwicklung. Dabei wird auf Talent-Management und Führungskräfteentwicklung ebenso Augenmerk gelegt wie auf alle wesentlichen Fachthemen. Situationsbedingt lag bei den Führungskräften die Unterstützung im Bereich Trennungsgespräche und Restrukturierung. Neben der Volksbanken Akademie wurden 2014 externe Trainings, spezifische Inhousetrainings und vor allem wieder Schulungen der internen Trainingsinitiative „WIN“ (Wissen intern nutzen) angeboten. Im Schnitt besuchte jeder Inlandsmitarbeiter 2,03 Seminartage, bei den Führungskräften lag die Quote bei 3,73 Tagen.

Unternehmerische Verantwortung und Nachhaltigkeit

Unternehmerische Verantwortung wahrzunehmen bedeutet die Geschäftstätigkeit nachhaltig auszurichten und darzulegen, wie ökologische, soziale und ethische Kriterien in den verschiedensten Bereichen der Bank integriert werden. Mit dem Ausrollen des Nachhaltigkeitsmanagements in die regionalen Volksbanken unterstützt die ÖVAG die Umsetzung genossenschaftlicher Grundwerte in konkrete nachhaltige Ziele und Maßnahmen.

Umweltmanagementdaten

Die Berichterstattung der Umweltmanagementdaten konzentriert sich seit 2012 lediglich auf das Headquarter in der Kolingasse 14-16, 1090 Wien, und einen weiteren Standort in der Peregringasse 2-4, 1090 Wien.

Wärme

100% der beheizten Bürofläche sind mit Fernwärme erschlossen. Die starke Reduktion beim gesamten Wärmebedarf von 2011 auf 2012 erklärt sich durch die Konzentration der Büroflächen auf lediglich zwei Standorte. Der Rückgang des Verbrauchs im Berichtsjahr 2014 resultiert einerseits aus einer Neueinregelung der Steuerungstechnik und andererseits aus den milden Witterungsverhältnissen in den Wintermonaten.

Engergieverbrauch

Einheit	2011	2012	2013	2014
Fernwärmeverbrauch kWh	3.719.780	2.302.070	2.389.480	1.884.940

Geschäftsreisen

Die zurückgelegten Flugkilometer sind seit den Berichtsjahren 2012 und 2013 (je rd. 1.100.000 km) wiederum stark zurückgegangen. 2014 waren es rd. 925.000 km.

Strom

Der Stromverbrauch sank von rd. 3.800.000 kWh (Berichtsjahr 2013) auf rd. 3.550.000 kWh (Berichtsjahr 2014). Die Photovoltaikanlage am Dach der Konzernzentrale lieferte 2014 25.766 kWh grünen Strom.

Abfall und Reinigung

Aufgrund der Vollbelegung der beiden Standorte sind die Abfallzahlen unverändert zu 2013 geblieben.

Papier

Alle Druckerpools in der Konzernzentrale haben als Standardeinstellung doppelseitigen Druck vorgegeben. Für die Stockwerksdrucker wurde weiterhin 100% Umweltschutzpapier mit EU-Ecolabel bezogen. Der Papierverbrauch konnte seit 2012 (54,5 t) um rd. 25% auf 40,5 t im Berichtsjahr 2014 gesenkt werden.

Wesentliche Organisations- und IT-Projekte

Der Schwerpunkt der Arbeiten im Bereich „Organisation/IT“ lag 2014 auf grundlegenden Projekten für die zukünftige Ausrichtung des gesamten Volksbanken-Verbundes.

Das Projekt „Mustermandant“ hat als Ziel die Standardisierung von Prozessen und IT im Volksbankensektor, um einerseits Fusionen zu erleichtern und andererseits um Synergien zu heben und Kosten zu sparen. Die ersten zwei Projektphasen wurden abgeschlossen. Es wurden Einstellungen im Kernbanksystem vereinheitlicht, ein einheitliches Produktangebot wurde eingeführt und neue Betreuungsstrukturen wurden in der ÖVAG geschaffen. Seitdem wurden 16 Volksbanken bereits auf Mustermandant migriert, weitere 14 Volksbanken befinden sich derzeit im Migrationsprozess.

Mit Vertretern von vier Volksbanken (Wien-Baden, Salzburg, Tirol Innsbruck-Schwaz, Vorarlberg) wurden im Hinblick auf die künftige geplante Anzahl von acht regionalen Volksbanken Überlegungen angestellt, welche Funktionen acht Mal und welche nur mehr ein Mal im Volksbanken-Verbund durchgeführt werden sollen. Das klare Ziel dieser vorbereitenden Arbeiten war und ist, dass der Verbund so effizient wie möglich und gleichzeitig für die Kunden so regional wie gewohnt aufgestellt ist (inkl. Erhalt der Entscheidungsgeschwindigkeit für die Kunden). Die Umsetzung wird in den nächsten Jahren u.a. im Rahmen der geplanten Fusionen stattfinden.

Das Projekt „ZiFIRA“ (Zielbild Finanz- und Risikoarchitektur) erarbeitete im Zeitraum von April bis Oktober 2014 ein detailliertes Design und einen zugehörigen Migrationspfad für ein anzustrebendes Zielbild in den Ebenen Facharchitektur, IT-Architektur und Governance-Prozesse für Finanz- und Risikomanagement-Anwendungen. Die Vorgehensweise im Projekt gliederte sich dabei in eine umfangreiche Ist-Erhebungsphase, die Definition von Handlungsbedarfe, die Festlegung einer Zielarchitektur sowie die Erstellung eines Business Case und eines Umsetzungsplans. Ausgehend von einer Vision und den Leitplanken für die Finanz- und Risikoarchitektur wurden für das Zielbild auf fachlicher Seite detaillierte Soll-Berichte und -Prozesse, auf technischer Seite die IT-Architektur mit dem zentralen Ankerpunkt eines neuen Core-Data-Warehouse, im Teilprojekt Governance die notwendigen Abläufe zum bestmöglichen Betrieb und zur Weiterentwicklung dieser neuen Anforderungen und abschließend ein detaillierter Plan zur Umsetzung definiert. Die Wirtschaftlichkeit des Umsetzungsprojektes wurde mittels detailliertem Business Case nachgewiesen. Die umfangreichen Ergebnisse dieses Evaluierungsprojektes wurden mit dem Verbundrechnungszentrum ARZ gemeinsam erarbeitet, eine gemeinsame Umsetzung ist ab dem 2. Halbjahr 2015 geplant.

Das Projekt „Digitalisierung“ – mit 14 priorisierten Handlungsfeldern – wurde im ersten Halbjahr 2014 gestartet. Ziel ist, die Webauftritte der Primärbanken sowie das Verbund-Portal volksbank.at zu modernisieren und im Responsive-Webdesign umzusetzen. Im Vordergrund des Projektes stehen die Harmonisierung der Kundensysteme (Internet-Banking und Mobile-Banking) sowie die Standardisierung der Online-Vertriebsprozesse im Volksbanken-Verbund. Erste wichtige Handlungsfelder wurden bereits 2014 umgesetzt, der Relaunch der Webauftritte ist für 2015 geplant, die Umsetzung aller restlichen Handlungsfelder und damit der Abschluss des Projekts ist für 2016 geplant.

Neben den verbundspezifischen Projekten zählt das Projekt „Umsetzung GMP“ zu den Zukunftsprojekten im Meldewesen. Es befasst sich mit der Implementierung der „Gemeinsamen Meldewesen-Plattform“ (GMP), auf Basis des durch die Austrian Reporting Services GmbH (AuRep) zur Verfügung gestellten IT-Systems „ABACUS“. Die GMP wird die Arbeitsweisen und Prozesse im Meldewesen aller größeren Bankengruppen Österreichs maßgeblich ändern und im Wertpapierbereich mit 1. Juli 2015 produktiv gehen. Im Volksbankensektor wurde im September 2014 mit ARZ und AuRep ein umfangreiches Projektsetup etabliert. Durch die gute Zusammenarbeit dieser Umsetzungspartner konnten Synergien gehoben werden, die einen Projektfortschritt trotz angespannter Ressourcensituation zulassen. Neben der Umsetzung dieser technischen und fachlichen Erfordernisse ist ein weiterer Schwerpunkt des Projekts die organisatorische Änderung des sogenannten Zusammenarbeitsmodells im Volksbankensektor für das Meldewesen in Form einer neuen Dienstleistungsvereinbarung auf Basis der GMP.

1.4 Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Abbaumaßnahmen im Rahmen des Restrukturierungsprozesses

Im Jänner und Februar 2015 konnte im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der Verkauf und die vorzeitigen Rückführungen von Krediten im Ausmaß von rd EUR 115 Mio. durchgeführt werden.

Aufhebung Mindestkurs der Schweizerischen Nationalbank (SNB)

Am 15. Jänner 2015 hat die SNB überraschend den Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro aufgegeben. Zusätzlich hat die SNB den Zinssatz für Guthaben auf ihren Girokonten um 0,5 Prozentpunkte auf –0,75% gesenkt. Auf den Devisenmärkten erfuhr der Schweizer Franken noch am gleichen Tag eine massive Aufwertung (EUR/CHF Wechselkurs erreichte einen Tiefststand von 0,8500), bevor er sich auf einem Niveau knapp um die Parität einpendelte.

Die ÖVAG hatte zu diesem Zeitpunkt nur unwesentliche Handelspositionen und somit keine nennenswerten Ergebnisauswirkungen im Handelsergebnis. Aufgrund der zwischenzeitlichen Erholung des Kurses hatte die Aufhebung des Mindestkurses keine wesentliche Auswirkung auf die RWAs und die Liquidität der Bank.

Schuldenmoratorium Heta Asset Resolution AG (HETA)

Die ÖVAG hielt zum Zeitpunkt des Erlasses des Schuldenmoratoriums der FMA vom 1. März 2015 eine Senior Unsecured Anleihe der HETA mit einem Nominale von EUR 20 Mio und einer Laufzeit bis 9. April 2043. Die bestehende Wertberichtigung wurde im Jahr 2014 erhöht. Im März 2015 wurde die Anleihe ohne Verlust veräußert.

Weiters hält die ÖVAG EUR 60 Mio Anleihen der Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken AöR, Wien (Pfandbriefstelle). Gemäß § 2 Pfandbriefstelle-Gesetz haften die Mitgliedsinstitute (mit Ausnahme der HETA) und die Gewährträger der Mitgliedsinstitute zur ungeteilten Hand für die Verbindlichkeiten der Pfandbriefstelle. Aufgrund der bestehenden Haftungsstruktur wurde zum 31. Dezember 2014 keine Risikovorsorge für diese Anleihen gebildet.

Weitere relevante Ereignisse nach dem Stichtag

Anfang Februar 2015 hat Fitch ein Downgrade der ÖVAG von BBB– auf B vorgenommen. Dieser Schritt war durch den Beschluss zur Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft, und der damit entzogenen staatlichen Unterstützung im Rating, zu erwarten. Der Volksbanken Verbund wird von Fitch weiterhin als systemrelevant betrachtet und getrennt von der ÖVAG behandelt, wodurch dieser die staatliche Unterstützung im Rating bis auf weiteres behält.

Die Ratingherabstufung von Fitch hatte wie auch die Herabstufungen von Moody's Anfang August und Ende März 2014 keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Liquiditätssituation der ÖVAG.

2 Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

2.1 Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Wirtschaftliches Umfeld

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat seine Prognose für das reale Wachstum des österreichischen Bruttoinlandsprodukts im Dezember 2014 auf 0,5 % nach unten revidiert (September: 1,2 %). Während sich auch in den Hochfrequenzindikatoren zum Jahresanfang 2015 zu wenig Belebung abzeichnete, sollte diese im Jahresverlauf über den Exportkanal allmählich auf die österreichische Wirtschaft überspringen. Der internationale Handel sollte von der robusten US-Konjunktur und den günstigen Preisen für Energierohstoffe profitieren. Die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar (und auch zum Schweizer Franken) trägt zu einer erhöhten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Eurozone bei, und die niedrigen Zinsen sollten auch die Investitionstätigkeit unterstützen. Die zunehmende Arbeitslosigkeit und eine verhaltene Reallohnentwicklung dürften in Österreich den Wachstumsbeitrag des privaten Konsums weiterhin beschränken und auch auf der Sparquote lasten. Aufgrund der weiteren Budgetkonsolidierung sollten auch vom staatlichen Konsum nur wenige Wachstumsimpulse kommen. Die expansive Geldpolitik wurde im Jänner 2015 mit dem Beschluss der EZB, ab März auch Staatsanleihen in ihre Wertpapierkäufe aufzunehmen und diese auf 60 Mrd. EUR monatlich auszudehnen, intensiviert. Trotz eines in den USA entstehenden Aufwärtstrends der Renditen – dort ist bereits 2015 eine Anhebung des Leitzinses möglich – sollten die europäischen Staatsanleihen vergleichsweise niedrig bleiben, was sowohl die staatliche Haushaltskonsolidierung als auch die Investitionen vereinfacht.

In Rumänien erwartet die EU-Kommission in ihrer Winterprognose eine leichte Abschwächung des realen BIP-Wachstums, das mit 2,7 % aber noch immer im europäischen Spitzenfeld angesiedelt sein soll. Die Inflation sollte sehr niedrig bleiben und die Arbeitslosenquote leicht zurück gehen.

Die Hauptrisikofaktoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Österreich und Rumänien liegen in einer möglichen Eskalation des Konfliktes in der Ukraine und deren Folgen für die internationale wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sowie den Unsicherheiten, die mit den Verhandlungen über die künftige Finanzpolitik Griechenlands verbunden sind.

Geschäftsentwicklung

Allgemein

Aufgrund der Verlustsituation im Geschäftsjahr 2011 erfolgte gemeinsam mit den Eigentümern und der Republik Österreich eine Stabilisierung der ÖVAG im Wesentlichen durch eine Kapitalerhöhung sowie die Bildung eines Haftungsverbandes (Volksbanken-Kreditinstituteverband gemäß § 30a BWG). Der von der Europäischen Kommission genehmigte Restrukturierungsplan sieht den Abbau wesentlicher Teile des in- und ausländischen Kreditportfolios (ausgenommen im Wesentlichen das Konsortialgeschäft mit den Volksbanken), wesentlicher Teile des Bankbuchs und die Abgabe von Beteiligungen, wie etwa der VB Romania S.A. oder der VB-Leasing International Holding GmbH, vor.

Diese Vorgaben der Europäischen Kommission wurden zügig und konsequent umgesetzt. Dementsprechend wurde die Bilanzsumme der ÖVAG von EUR 31,5 Mrd per 31.12.2011 auf EUR 15,0 Mrd per 31.12.2014 vermindert.

Darüber hinaus hat der Vorstand der ÖVAG eine Reihe von Maßnahmen initiiert, um die Kapitalbasis der ÖVAG auf Einzelinstituts- und Konzernebene und damit Kraft ihrer Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbandes gemäß Verbundvertrag nach § 30a BWG auch die des Volksbanken-Verbandes zu stärken. Hier sei insbesondere erwähnt:

- der Umtausch respektive Rückkauf von Ergänzungs-, Hybrid- und Nachrangkapital, jeweils nach Zustimmung der Aufsicht und der Europäischen Kommission, mit einem Effekt auf das Common Equity Tier 1 (CET1) in Höhe von mehr als EUR 350 Mio.,
- die Einführung einer Sockelbetragslösung von 95% für Genossenschaftskapital, mit der dessen Phasing-out unterbunden werden konnte und damit CET1 im Ausmaß von mehr als EUR 110 Mio. für den Verbund gesichert wurde,
- die Anpassungen der Emissionsbedingungen diverser Tier I- und Tier II-Kapitalien, deren Basel III Tauglichkeit damit sichergestellt wurde und somit als Eigenmittel im Verbund in Höhe von mehr als EUR 100 Mio. erhalten blieben,
- verschiedene RWA-Reduktionsmaßnahmen,
- die Umsetzung substanzieller Abbaumaßnahmen, als deren Resultat die Risikolage der ÖVAG (auf Einzelinstituts- und Konzernebene) und somit indirekt auch jene des Verbandes deutlich verbessert werden konnte,
- die substantielle Verbesserung der Qualität und Aussagekraft des Risikomanagements.

Dennoch hat der Vorstand der ÖVAG im Jahresabschluss 2013 darauf hingewiesen, dass aufgrund steigender Kapitalanforderungen seitens der Aufsichtsbehörden und des gleichzeitigen Verlusts von Kapitalbestandteilen wegen des Phasing-outs im Rahmen des Basel III Regimes mittelfristig Gefahren für die Unternehmensfortführung der ÖVAG und des Verbandes sieht.

Ergebnis des Comprehensive Assessments und Kapitalplan

Im Vorfeld der Übernahme der Aufsichtssachen über 130 europäische Kreditinstitute hat die Europäische Zentralbank (EZB) diese Banken im Jahr 2014 einem Asset Quality Review sowie nachgelagerten umfangreichen Stresstests („Comprehensive Assessment“) unterworfen. Der österreichische Volksbanken-Verband und damit auch die ÖVAG unterlagen als eine von sechs österreichischen Institutsgruppen ebenfalls diesem Assessment. Die von der EZB für den Volksbanken-Verband errechnete aggregierte Kapitalunterdeckung auf Basis der Verhältnisse 2013 beträgt EUR 865 Mio. In diesem Stresstest, der auf dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2013 aufbaute, wurden jedoch die bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen des Jahres 2014, die bereits erfolgte Bildung von Wertberichtigungen, sowie die vom Vorstand am 2. Oktober 2014 vorgestellte Neuordnung des Volksbanken-Verbandes nicht berücksichtigt, da diese Maßnahmen erst nach dem Prüfungsstichtag für das Comprehensive Assessment (31. Dezember 2013) erfolgt sind. Die von der EZB ausgesprochenen Empfehlungen zum Umgang mit Abweichungen aus dem Asset Quality Review hatten für die ÖVAG keine unmittelbare Auswirkung auf die Bilanzierung.

Zur Darstellung der geplanten Maßnahmen zur Abdeckung der Kapitalunterdeckung aus dem Comprehensive Assessment wurde am 10. November 2014 ein Kapitalplan an die EZB übermittelt.

Zentrales Element dieses Kapitalplanes ist die Neuordnung des Volksbanken-Verbundes und die damit verbundene Neustrukturierung der ÖVAG.

Der Vorstand hat, vorbehaltlich behördlicher, aufsichtsrechtlicher und gremialer Genehmigungen, den Grundsatzbeschluss gefasst, die Strukturen der ÖVAG neu zu ordnen. Das Spitzeninstitut ÖVAG soll geteilt werden. Jene Aufgaben, die die ÖVAG aufgrund gesetzlicher Vorgaben als Zentralorganisation des Volksbanken-Haftungsverbunds erfüllt, sollen an die Volksbank Wien-Baden AG übertragen werden. Ebenfalls übertragen werden Servicefunktionen, die die ÖVAG dem Volksbanken Verbund zur Verfügung stellt und die für den ordnungsgemäßen Bankbetrieb notwendig sind. Ziel der Abbaueinheit in der ÖVAG ist es, den Abbauprozess, der seit 2012 erfolgreich läuft, zügig fortzusetzen, die Verbindlichkeiten der Gläubiger planmäßig bei Fälligkeit zu bedienen und damit die ÖVAG final abzuwickeln. Die Teilung der ÖVAG ist für Anfang Juli 2015 vorgesehen. Danach soll die ÖVAG aus dem Haftungsverbund ausscheiden.

Neben dieser Neustrukturierung des Volksbanken-Verbundes und der ÖVAG sind im Wesentlichen nachfolgende Maßnahmen im Kapitalplan enthalten:

- weiterer Abbau des Non-Core Portfolios,
- Verkauf von RWA-verursachenden Wertpapieren,
- Umsetzung einer Verbriefungstransaktion,
- Realisierung stiller Reserven aus Immobilien sowie
- weitere RWA-Reduktionsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen befinden sich derzeit in Umsetzung und sollen bis Ende Juni 2015 abgeschlossen sein.

JRAD Beschluss

Auf Basis der von der EZB errechneten Kapitallücke ergibt sich gemäß dem der ÖVAG übermittelten Beschluss, dass der ÖVAG in ihrer aktuellen Funktion als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes ab 26. Juli 2015 eine SREP-Quote von 14,63 % CET1 auf konsolidierter Basis für den Volksbanken-Verbund vorgeschrieben wird. Die aktuelle Vorschau zeigt, dass diese Quote in der derzeitigen Struktur nicht erreicht werden wird. Die geplanten Maßnahmen, insbesondere die Umwandlung der ÖVAG in eine Abbaugesellschaft gemäß § 162 BaSAG und die damit verbundene Spaltung der Zentralorganisationsfunktionen in die Volksbank Wien-Baden, sollen dazu dienen, die Risikostruktur des neuen Verbundes wesentlich zu verbessern. Der Vorstand geht davon aus, dass für diesen neuen Verbund die aktuell vorgesehenen CET1-Quoten nicht mehr den Risikogehalt des Verbundes widerspiegeln und geht daher davon aus, dass sich die im Beschluss vorgeschriebene Quote deutlich verringert und damit eine Erfüllbarkeit der Kapitalanforderungen gegeben ist. Im Beschluss der EZB wird dazu festgehalten, dass wenn die ÖVAG vor dem 26. Juli 2015 feststellt, dass die Restrukturierung erfolgreich durchgeführt wurde, die EZB prüfen wird, wie sie die derzeitige SREP-Quote ändern kann.

Zur Umsetzung der geplanten Spaltung und Herstellung der Abbaugesellschaft wurde ein umfangreiches Transformationsprojekt aufgesetzt, das im Wesentlichen mit der Spaltung im Juli 2015 abgeschlossen sein soll. Mit einem derartigen Projekt sind naturgemäß zahlreiche Risiken und Unsicherheiten insbesondere auch in Zusammenhang mit behördlichen, aufsichtsrechtlichen und gremialen Genehmigungen verbunden, die eine Umsetzung verhindern können. Weiters bestehen zahlreiche Rechtsunsicherheiten ua. aufgrund neuer europäischer und nationaler gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie dem Mechanismus zur Bankenabwicklung („SRM“) und dem Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken („BaSAG“). Darüber hinaus bedarf es auch weitreichender Beschlüsse in den Generalversammlungen der lokalen Volksbanken. Der Vorstand geht jedoch derzeit davon aus, dass die Umsetzung der Maßnahmen im Kapitalplan, insbesondere die Neustrukturierung des Verbundes, herausfordernd, aber machbar ist. Weiters werden intensive Anstrengungen unternommen, damit die erforderlichen Genehmigungen der jeweiligen Behörden erteilt werden können. Aufgrund der wesentlichen Umstrukturierung und des stark veränderten Risikoprofils des neuen Verbundes geht der Vorstand davon aus, dass die vorgeschriebene SREP-Quote neu ermittelt wird und dann im neu strukturierten Verbund eingehalten werden kann.

Abbauportfolio

Neben den mit dem Transformationsprojekt verbundenen Risiken bestehen Risiken aus dem noch verbleibenden Abbau. Die nationale und internationale Erfahrung zeigt, dass solche Abbauprozesse oft mit höheren Aufwendungen verbunden sind als dies ex ante erkennbar war. Dieser Unsicherheit ist auch die ÖVAG in ihrem Abbausegment ausgesetzt. Der Vorstand weist insbesondere auf die Risiken aufgrund der wesentlich verschlechterten Lage in Osteuropa und hier insbesondere in Russland hin. Die ÖVAG ist hier mit der Refinanzierung der Sberbank Europe AG und durch die Beteiligung an

der Raiffeisen Bank International AG (über die Anteile an der Raiffeisen Zentral Bank Österreich AG) indirekt investiert. Weiters verfügt die ÖVAG über ein substantielles Immobilienportfolio in Österreich sowie in Zentral- und Osteuropa. Bei einem Verkauf von Teilen dieses Portfolios können neben Kreditrisiken zusätzlich auch Bewertungsabschläge schlagend werden.

2.2 Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

2.2.1 Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Von den Regulatoren wird auf europäischer und nationaler Ebene derzeit und in Zukunft die Erfüllung immer umfangreicherer Vorgaben gefordert. Dies belastet die Bank einerseits durch den enorm hohen Ressourceneinsatz mit Personal- sowie Projekt- und IT-Kosten, andererseits durch höhere Kapitalanforderungen, die über das gesetzliche Mindestfordernis nach Basel III wesentlich hinausgehen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die bereits erfolgten Ausführungen im Zusammenhang mit dem Joint Risk Assessment and Decision (JRAD) sowie dem Asset Quality Review (AQR) und dem Banken-Stresstest 2014.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden ÖVAG-intern gemäß der Basel II / Basel III Logik in drei Säulen geteilt. Säule 1 Mindestkapitalanforderungen regelt die Ermittlung der Mindestkapitalerfordernisse für Kreditrisiken, Marktrisiken sowie operationelle Risiken. Säule 2 Aufsichtsrechtliche Kontrolle definiert Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Banken im Rahmen des sogenannten ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process). Säule 3 Offenlegung legt die Offenlegung für Marktteilnehmer fest.

Säule 1 Mindestkapitalanforderungen

Die Umsetzung der Säule 1 in der ÖVAG verfolgt gemäß Vorstandsbeschluss nicht nur die Erfüllung der Mindestanforderungen, sondern unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit auch die Umsetzung interner Modelle, um damit die Risikomanagementsysteme für alle Risikoarten kontinuierlich zu verbessern. Daher kommen derzeit folgende Methoden zur Berechnung des Mindestkapitalerfordernisses je Risikoart zur Anwendung:

- Kreditrisiko: Standardansatz. Im Zusammenhang mit der Bildung des Kreditinstitute-Verbands gemäß §30a BWG kam es per 30.9.2012 zu einem Rückstieg vom IRB-Ansatz auf den Standardansatz. Mit der Genehmigung für diesen Umstieg durch die FMA war die Auflage verbunden, alle Risikomanagementsysteme „IRB-fit“ zu belassen. Eine detaillierte Darstellung der aufsichtsrechtlich genehmigten Ansätze und der Übergangsregelungen erfolgt im Zuge der aufsichtlichen Offenlegung.
- Marktrisiko: Standardansatz
- Operationelles Risiko: Standardansatz

Säule 2 Internal Capital Adequacy Assessment Process

Der Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) verpflichtet Banken, alle notwendigen Maßnahmen zu setzen, um jederzeit eine ausreichende Kapitalausstattung für die aktuellen und auch die zukünftig geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken zu gewährleisten. Dabei können bankintern entwickelte Methoden und Verfahren angewendet werden. Bei der Ausgestaltung, der für die Umsetzung des ICAAP erforderlichen Strategien, Methoden und Systeme, spielt die Größe und Komplexität der Geschäftstätigkeit eine wesentliche Rolle (Proportionalitätsprinzip).

Säule 3 Offenlegung in der ÖVAG

Den Anforderungen der Säule 3 wird durch die Veröffentlichung der qualitativen und quantitativen Offenlegungsvorschriften gem. Verordnung der Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Durchführung des Bankwesengesetzes betreffend der Veröffentlichungspflichten von Kreditinstituten (Offenlegungsverordnung – OffV) auf der institutseigenen Homepage www.volksbank.com unter Investor Relations / Risikomanagement nachgekommen.

2.2.2 Kontrahentenrisiko

Kontrahentenrisiko (Counterparty-Risk) ist das Risiko, dass ein Geschäftspartner in einem unbesicherten over the counter (OTC) Derivategeschäft seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt nachkommen kann und hierbei ein tatsächlicher Verlust, resultierend aus einem positiven Marktwert des Derivategeschäftes (Wiedereindeckungsrisiko), für die ÖVAG eintritt.

Von den OTC-Derivaten der ÖVAG waren per Stichtag 31.12.2014 rund 95% mittels CSA besichert. Dem Kontrahentenrisiko für Marktwerte aus den unbesicherten Derivaten wird mittels Credit Valuation Adjustments („CVA“) bzw. Debt Value Adjustment („DVA“) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallrisiko – Rechnung getragen. Das Expected future exposure (EFE) wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation im Ende 2014 implementierten UnRisk CVA Tool ermittelt.

Der CVA Charge für 2014 beträgt rund EUR 1,7 Mio. und wurde als sonstige Rückstellung dotiert.

2.2.3 Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko werden in der ÖVAG folgende Risikosubarten zusammengefasst:

- das allgemeine Ausfallrisiko
- das Kontrahentenausfallrisiko in derivativen Geschäften
- das Tilgungsträgerrisiko
- das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten
- das Transferrisiko der Cross-Border Finanzierungen
- das makroökonomische Risiko
- das Ratingmigrationsrisiko
- das Konzentrationsrisiko

Unter dem allgemeinen Ausfallrisiko werden mögliche Verluste verstanden, die durch den Ausfall von Geschäftspartnern, die Fremdkapitalnehmer der ÖVAG sind, entstehen können.

Kontrahentenausfallrisiko siehe Punkt 2.2.2.

Unter Tilgungsträgerrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein Tilgungsträger der angespart wird um eine Forderung zu tilgen nicht die gewünschte Performance zeigt und schließlich nicht ausreicht die betreffende Finanzierung abzudecken. Diese Lücke zwischen erwarteten Ansparvolumen und aushaftenden Betrag bei Laufzeitende dient als Orientierung des potentiellen Verlusts.

Das FX-Risiko von Fremdwährungskrediten entsteht auf Grund der Inkongruenz zwischen der Währung des Einkommens des Debtors und der Währung der Finanzierung. Im dem Fall, dass sich der Wechselkurs für den Kunden nachteilig entwickelt, steigt die monatliche Belastung für den Kunden, was zu zusätzlichen Ausfällen führen kann.

Transferrisiko entsteht bei Forderungen, die über Staatsgrenzen hinweg bestehen. Im Falle eines Moratoriums werden Geldflüsse aus einem Land unterbunden, obwohl der Kreditnehmer zahlungswillig und auch -fähig ist. Die Wahrscheinlichkeit dafür wird als zusätzlicher Aufschlag auf die Wahrscheinlichkeit der Zahlungsunfähigkeit modelliert.

Unter dem makroökonomischen Risiko wird die Gefahr quantifiziert, die sich aus einem wirtschaftlichen Abschwung ergibt.

Das Ratingmigrationsrisiko (oder auch Bonitätsänderungsrisiko oder nur Migrationsrisiko) ist für Verluste verantwortlich, die sich aus Bonitätsabwertungen der ausfallbehafteten Forderungen ergibt. Hierbei sind Verluste noch nicht schlagend geworden jedoch ist die Wahrscheinlichkeit signifikant gestiegen, dass sich daraus potentiell Ausfälle ergeben können.

Unter Konzentrationsrisiko wird jenes Risiko verstanden, dass auf Grund eines Ausfalls eines Kunden, die gesamte Gruppe seiner wirtschaftlichen Verflechtungen ausfällt, obwohl diese Verbindung keinen zwingenden Ausfall der Gruppe nach sich ziehen würde.

Hinsichtlich der Länderrisiken aufgrund der wesentlich verschlechterten Lage in Osteuropa und insbesondere in Russland, verweisen wir auf Seite 19.

2.2.4 Marktrisiko

Marktrisiko ist das Risiko, dass sich der Wert einer Vermögensposition aufgrund von Veränderungen im Preis/Kurs wertbestimmender Marktrisikofaktoren verändert. Die ÖVAG unterscheidet folgende Untergruppen des Marktrisikos:

- Marktrisiko im Handelsbuch
- Zinsänderungsrisiko im Bankbuch
- Allgemeines Credit Spread Risiko
- Fremdwährungsrisiko
- Optionsrisiken

Das Eingehen von Zinsänderungsrisiken ist ein normaler Bestandteil des Bankgeschäftes und stellt eine wichtige Einkommensquelle dar. Allerdings können übertriebene Zinsrisikowerte eine signifikante Bedrohung für die Ertrags- und Kapitalsituation darstellen. Dementsprechend ist ein wirkungsvolles Risikomanagement, das das Zinsänderungsrisiko abgestimmt auf den Geschäftsumfang überwacht und begrenzt, wesentlich für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Die funktionale Trennung zwischen den Einheiten, welche Zinsänderungsrisiken eingehen und jenen, die diese Risiken überwachen, ist gegeben.

Das Asset-Liability Komitee (ALCO) ist das Koordinationsgremium für die Steuerung der ALM-Prozesse und wird auf Basis der Geschäftsordnung quartalsweise oder bei Bedarf auch kurzfristig abgehalten.

Besonderes Augenmerk wird dem Credit Spread-Risiko im Strategischen Bankbuch (Strategische Bankbuchpositionen – SBBP) gewidmet. Dieses umfasst im Wesentlichen sämtliche Bonds, Credit Default Swaps und Verbriefungen. Credit Linked Notes, Fonds, Schuldscheindarlehen, Syndicated Loans, Investment- und Hedgefonds sowie Aktien im Nostro-Bestand der ÖVAG werden ebenfalls erfasst, sind aber von untergeordneter Bedeutung.

Eine Option ist das Recht, aber nicht die Pflicht, des Optionsinhabers zu kaufen, zu verkaufen und in einer anderen Art die cash flows eines Finanzkontrakts zu verändern. Optionen können allein stehend oder in andere Finanzinstrumente eingebettet sein.

Unter dem impliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus in Forderungs-, Verbindlichkeits- und off-balance Positionen eingebetteten Optionen verstanden. Unter dem expliziten Risiko von Optionalitäten wird hier das Risiko aus allein stehenden, zinsbezogenen Optionen bezeichnet (asymmetrische Zinsderivate).

2.2.5 Operationelles Risiko

Die ÖVAG definiert das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder von externen Ereignissen und berücksichtigt auch das Rechtsrisiko. Die Kapitalunterlegung erfolgt auf Basis des Standardansatzes.

Das für das Management operationeller Risiken verantwortliche Linienmanagement wird durch die ORIKS-Ansprechpartner und das ORIKS-Team unterstützt. Als oberstes Ziel für den gesamten OpRisk Managementprozess wird die Optimierung von Prozessen zur Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder der Auswirkung operationeller Schäden festgeschrieben.

Die Ereignisdokumentation erfolgt vollständig und angemessen verständlich in der Plattform BART erfasst, um sachverständigen Dritten die Möglichkeit zu geben. Die Angemessenheit der Risiko-Steuerungs- und Überwachungsmaßnahmen sowie weiterer risikominimierender Maßnahmen wird unter Berücksichtigung des Risikopotenzials laufend, zumindest jedoch jährlich, in Form einer OpRisk-Klausur bewertet.

Weiters können exemplarisch als wesentliche Maßnahmen zur Risikosteuerung Bewusstseinsbildungsmaßnahmen/ Schulungen, die betriebliche Notfallplanung aber auch die angemessene Trennung von Verantwortlichkeiten, die Beachtung des 4-Augenprinzips und das in den Geschäftsprozessen integrierte interne Kontrollsystem (IKS) angeführt werden.

Operationelle (Rest-) Risiken die nicht vermieden, vermindert oder transferiert werden, müssen formal und nachweislich durch die Geschäftsleitung akzeptiert werden. Die Effizienz des operationellen Risikomanagements wird durch periodische und unabhängige Revisionsprüfungen bestätigt.

2.2.6 Liquiditätsrisiko

Es wird zwischen dem strukturellen und dem dispositiven / operationellen Liquiditätsrisiko unterschieden.

Das mit Eigenkapital zu unterlegende strukturelle Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Verteuerung der mittel- bis langfristigen Refinanzierung aufgrund einer Verschlechterung der eigenen Bonität.

Das dispositive / operationelle Liquiditätsrisiko ist das Risiko, das sich aus Ungleichgewichten in der Gegenüberstellung der Fälligkeiten von kurzfristigen Forderungen und kurzfristigen Verbindlichkeiten ergeben kann. Die Steuerung des dispositiven / operationellen Liquiditätsrisikos erfolgt durch die Überwachung von Überhängen aus der Zuordnung von Cashflows aller Aktiv- und Passivposten zu definierten Laufzeitbändern.

2.2.7 Beteiligungsrisiko

Unter Beteiligungsrisiko versteht die ÖVAG das Risiko, dass eine gehaltene Beteiligung teilweise oder gänzlich an Wert verliert oder nur unter Realisierung eines Verlustes verkauft werden kann. Da dieses Risiko für die Bank wesentlich ist, wird es quantifiziert und in der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Das Beteiligungsrisiko wird dazu in die Ausprägungen Ausfallrisiko von Beteiligungen, Abwertungsrisiko von Beteiligungen und FX-Risiko aus Beteiligungen unterteilt.

Das Beteiligungsvolumen vor Abwertungen und Risikovorsorgen beträgt zum 31.12.2014 EUR 2.784 Mio. wovon EUR 2.728 Mio. auf verbundene Unternehmen und EUR 56 Mio. auf Beteiligungsunternehmen entfallen. Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind vorwiegend dem Finanzdienstleistungssektor zuzuordnen. Im Vergleich zum 31.12.2013 erhöhte sich das Beteiligungsvolumen vor Abwertungen und Risikovorsorgen um 4,8%, was hauptsächlich auf einen Großmutterzuschuss an die VBI Holding GmbH zurückzuführen ist. Zum 31.12.2014 liegen kumulierte Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 2.159 Mio. und auf Beteiligungen in Höhe von EUR 23 Mio. vor.

Abwertungen von Beteiligungen und verbundenen Unternehmen wurden 2014 in Höhe von EUR 840,0 Mio. vorgenommen. Ein Teil dieser Abwertungen beruht auf ausschüttungsbedingten Teilwertabschreibungen, die entsprechenden Ausschüttungen spiegeln sich im Posten „Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen“ wider. Von den Abwertungen entfielen EUR 493,5 Mio. auf die VBI Holding GmbH, davon waren EUR 195,0 Mio. ausschüttungsbedingte Abschreibungen, und EUR 298,5 entfielen auf die Volksbank Romania S.A.

In dem Posten „Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen“ ist auch die Dotierung einer Pauschalwertberichtigung für Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 91,0 Mio. enthalten. In den Rückstellungen ist für Beteiligungsrisiken im Zusammenhang mit der Volksbank Romania S.A. in Höhe von EUR 196,8 Mio. vorgesorgt.

Hinsichtlich der Bewertungen in Zusammenhang mit der Volksbank Romania S.A. verweisen wir auf das nachfolgende Kapitel.

Aufgrund der andauernden schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung, vor allem auch im Bankenumfeld, besteht das Risiko von sinkenden Erträgen und Ausschüttungen aus Beteiligungen. Dies kann zukünftig zu geringeren Marktwerten führen.

2.2.8 Volksbank Romania S.A.

Die ÖVAG hält durchgerechnet eine 51%ige Beteiligung an der Volksbank Romania S.A. Am 10. Dezember 2014 wurden gemeinsam mit der Groupe BPCE, der DZ Bank AG und der WGZ Bank die Anteile an der VBRO an die rumänische Banca Transilvania verkauft und die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Seit 17.03.2015 liegen uns die Genehmigung der Rumänischen Nationalbank und der Wettbewerbsbehörde vor, sodass aus heutiger Einschätzung das Closing voraussichtlich Anfang April 2015 stattfinden wird. Die daraus entstehenden Aufwendungen wurden im Geschäftsjahr 2014 erfasst. Die Refinanzierungslinien gegenüber der VBRO konnten im Geschäftsjahr 2014 um rd. EUR 0,4 Mrd. auf rd. EUR 0,5 Mrd. rückgeführt werden (31.12.2013: EUR 0,9 Mrd.). Von den Refinanzierungslinien sind EUR 82 Mio. nachrangig.

Für drohende Verluste aus dem vor dem Closing befindlichen Verkauf der Volksbank Romania S.A. besteht zum 31.12.2014 eine Rückstellung in Höhe von EUR 196,8 Mio.

2.2.9 Sonstige Risiken

An sonstigen Risiken sieht sich die ÖVAG dem strategischen Risiko, dem Reputationsrisiko, dem Eigenkapitalrisiko und dem Business-Risiko gegenüber.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer negativen Auswirkung auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen oder mangelnde Anpassung an Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr negativer Auswirkungen auf das Bankergebnis durch einen Reputationsverlust und einen damit verbundenen negativen Effekt auf die Stakeholder (Aufsicht, Eigentümer, Gläubiger, Mitarbeiter, Kunden).

Unter Eigenkapitalrisiko versteht die ÖVAG die Gefahr einer unausgewogenen Zusammensetzung des bankinternen Eigenkapitals hinsichtlich Art und Größe der Bank oder Schwierigkeiten, zusätzliche Risikodeckungsmassen im Bedarfsfall schnell aufnehmen zu können.

Das Business Risk (Ertragsrisiko) ist das Risiko aus der Volatilität der Erträge und damit die Gefahr, die remanenten Fixkosten nicht mehr (vollständig) abdecken zu können.

Die sonstigen Risiken besitzen zwar keine wesentliche Bedeutung für die ÖVAG, sind aber aufgrund der Geschäftstätigkeit immanent. Zur Steuerung der sonstigen Risiken sind vor allem organisatorische Maßnahmen implementiert.

2.3 Verwendung von Finanzinstrumenten

In der ÖVAG sind zinssatz-, währungs- und kreditbezogene sowie sonstige derivative Finanzinstrumente im Einsatz. Hinsichtlich der Volumina (Derivatespiegel) und der Angaben zu den Finanzinstrumenten gemäß § 237a UGB wird auf den Anhang („Ergänzende Angaben“) verwiesen. Im Bankbuch werden Finanzinstrumente in erster Linie zu Hedgingzwecken verwendet, d.h. zur Absicherung von Liquiditäts-, Fremdwährungs-, Credit-Spread- und Zinsänderungsrisiken sowie von Risiken in Substanzwerten.

Die Vorschriften gemäß AFRAC Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ vom September 2014 zur unternehmensrechtlichen Bilanzierung von Zinsrisiken durch Kreditinstitute werden angewendet. Andere im Geschäftsjahr 2014 entstandene Risiken und drohende Verluste aus derivativen Finanzinstrumenten wurden in der Höhe der negativen Marktwerte durch Dotierung von Rückstellungen berücksichtigt. Effektivitätsmessungen werden für Bewertungseinheiten laufend vorgenommen. Für negative Marktwerte aus ineffektiven Bewertungseinheiten werden entsprechende Risikovorsorgen (Rückstellungen) gebildet.

Im Handelsbuch werden Finanzinstrumente mit der Absicht verwendet, bestehende oder erwartete Unterschiede zwischen den Kauf- und Verkaufspreisen oder Schwankungen von Marktpreisen kurzfristig zu nutzen. Die Einhaltung der Limite im Handelsbuch werden durch eine eigene Marktrisikoabteilung laufend überwacht (siehe dazu unter Pkt. 2.3.6 „Marktrisiko“). Für die Kontrolle des Marktrisikos werden Backtesting-Berechnungen angestellt, die täglich die Plausibilität und Verlässlichkeit der Risikokennziffern durch Rückvergleiche (Backtesting) überprüfen.

Dem Kontrahentenrisiko für positive Marktwerte aus unbesicherten Derivaten des Handelsbuches wird mittels Credit Value Adjustments („CVA“) – als Näherungsfunktion des potenziellen zukünftigen Verlustes in Bezug auf das Kontrahentenausfallsrisiko – Rechnung getragen. Diese Berechnungen werden auf Basis angemessener mathematischer Verfahren ermittelt. Das Expected future exposure wird hierbei mittels Monte Carlo Simulation ermittelt. Da für diese Kontrahenten keine am Markt beobachtbaren Credit Spreads zur Verfügung stehen, basieren die Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kontrahenten auf internen Ratings des Volksbanken Verbundes.

3 Bericht über Forschung und Entwicklung

Die ÖVAG betreibt keine Forschung und Entwicklung.

4 Berichterstattung über wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Das Ziel des internen Kontrollsystems im Rechnungswesen ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Die interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung interner Vorschriften. Die Revision ist als Stabstelle dem Vorstand zugeordnet und deren Leiter berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden und erstattet auch dem Aufsichtsrat quartalsweise Bericht.

4.1 Kontrollumfeld

Das interne Kontrollsystem ist ein System zur Dokumentierung aller durchgeführten Kontrolltätigkeiten und baut auf allen bereits in der Organisation aktiv durchgeführten Kontrollen auf (Operative Kontrollen / Management-Kontrollen). Der Vorstand gibt in der Konzernrichtlinie IKS (Richtlinie: Internes Kontrollsystem) einen konzernweiten Rahmen für die Implementierung des internen Kontrollsystems vor.

Die Implementierung des internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in umfangreichen internen Richtlinien und Vorschriften festgelegt. Für Hauptbuch-Buchungen ist grundsätzlich die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vorgeschrieben. Jeder Beleg hat die Unterschrift des Mitarbeiters, der den Beleg erstellt hat, sowie die Unterschrift des Anweisungs- und Freigabeberechtigten zu enthalten. Im Hauptbuch-Buchungssystem wird in elektronischer Form der Mitarbeiter dokumentiert, der den Buchungsauftrag gegeben hat.

Jedes Hauptbuchkonto hat einen klar definierten Verantwortlichen. Zweimal jährlich wird der Saldo der Verrechnungskonten gemäß einer im internen Regelwerk (Richtlinie: Bestands- und Verrechnungskonten, Inventuraufnahme) definierten Vorgangsweise überprüft. Diese Überprüfung ist schriftlich zu dokumentieren. Die Kontrolle und Ablage der ordnungsgemäßen Dokumentation dient sowohl für die interne Revision als auch für den Wirtschaftsprüfer im Zuge der Jahresabschlussprüfung als Prüfungsunterlage.

4.2 Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch die Prozessverantwortlichen erhoben und überwacht, um insbesondere die vollständige und korrekte Erfassung sämtlicher Geschäftsfälle, die zeitgerechte Überweisung von Rechnungen und die richtige Berechnung sowie termingerechte Abfuhr von Steuern sicherzustellen. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich zu betrachten sind.

In regelmäßigen Abständen wird eine Übersicht über sämtliche wesentliche Rechnungslegungs-Prozesse und Abläufe erstellt. Diese Prozesse sind durch die Prozessverantwortlichen kontinuierlich hinsichtlich ihres Risikogehaltes zu prüfen und in IKS-relevante und nicht IKS-relevante Prozesse einzuteilen.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Dies trifft insbesondere auf die folgenden Posten und Sachverhalte des Abschlusses zu: Werthaltigkeit der finanziellen Vermögenswerte, Risiken des Bankgeschäfts, Sozialkapital sowie Ausgang von Rechtsstreitigkeiten. Teilweise wird auf öffentlich zugängliche Quellen abgestellt oder es werden externe Experten zugezogen, um das Risiko einer Fehleinschätzung zu minimieren.

4.3 Kontrollmaßnahmen

Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potentiellen Fehlern vorgebeugt wird bzw. Abweichungen in der Finanzberichterstattung entdeckt und zeitnahe korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der verschiedenen Periodenergebnisse durch das Management hin zur spezifischen Überleitung von Konten und Positionen und der Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen. Im Rahmen des Internen Kontrollsystems werden zwei Arten von Kontrollen unterschieden.

Operative Kontrollen beinhalten manuelle Kontrollen, die von Mitarbeitern anhand bestimmter Arbeitsschritte durchgeführt werden, automatische Kontrollen, die mit Hilfe von EDV-Systemen durchgeführt werden, präventive Kontrollen, die das Ziel haben, durch Funktionstrennungen, Kompetenzregelungen und Zugriffsberechtigungen Fehler und Risiken im Vorhinein zu vermeiden.

Managementkontrollen dienen dazu, auf Stichprobenbasis die Einhaltung von operativen Kontrollen durch die Führungskräfte sicherzustellen. Dazu liegt ein eigener Kontrollplan vor, in dem die Periodizität der Überprüfungen in Abhängigkeit des Risikogehaltes von der jeweiligen Führungskraft (Bereichsleiter, Abteilungsleiter, Gruppenleiter) festgelegt ist. Die Stichproben sind für Dritte nachvollziehbar im Kontrollplan zu dokumentieren. Die Ergebnisse werden halbjährlich an die nächste Führungskraft (Managementreporting) berichtet.

Die gesamte Kontrolldokumentation (Operative Kontrollen und Managementkontrollen) erfolgt automationsunterstützt mittels der Software „BART“.

4.4 Information und Kommunikation

Richtlinien und Vorschriften hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert. Zusätzlich dazu werden die Mitarbeiter des Rechnungswesens laufend im Hinblick auf Neuerungen in der Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Ein Managementreport wird zweimal jährlich erstellt. Dieser beinhaltet Aussagen über Vollständigkeit, Nachvollziehbarkeit, aktive Durchführung und Effektivität des Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

4.5 Überwachung

Das Topmanagement erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreportings wie z.B. quartalsweise Berichte über die Entwicklung der jeweiligen Segmente und der wichtigsten Finanzkennzahlen. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des Rechnungswesens, der Bereichsleitung und des Vorstandes vor Weiterleitung an die zuständigen Gremien einer abschließenden Kontrolle unterzogen.

Über das Ergebnis der Überwachungstätigkeit in Bezug auf die Rechnungslegungsprozesse wird im Rahmen des Managementreports berichtet. Der Report beinhaltet eine Risikoeinschätzung der Prozesse auf qualitativer Basis. Weiters wird im Report dokumentiert, wie viele Kontrollen in Relation zu den Kontrollvorgaben durchgeführt wurden. Auch die interne Revision übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

BILANZEID

Erklärung aller gesetzlicher Vertreter

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Wien, 25. März 2015



Mag. Dr. Stephan Koren
Generaldirektor



Dkfm. Michael Mendel
Generaldirektor-Stellvertreter



Dr. Rainer Borns
Vorstandsdirektor



Mag. Christoph Raninger
Vorstandsdirektor



*Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014
25. März 2015*

6. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

**Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2014, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den in Österreich anzuwendenden unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Bankprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.



*Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014
25. März 2015*

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Bankprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Bankprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, verweisen wir auf die Ausführungen des Vorstands im Anhang zur Unternehmensfortführung, insbesondere zur Umsetzung der geplanten Maßnahmen aus dem Kapitalplan, zu den Risiken aus dem beschleunigten Abbau von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie zu bestehenden Länderrisiken.



Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a UGB sind zutreffend.

Wien, am 25. März 2015

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

Mag. Walter Reiffenstühl
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

PERSONEN UND ADRESSEN

236	ÖVAG Konzern
237	Ansprechpartner
238	Terminologie
239	Impressum

ÖVAG KONZERN

Zentrale

Österreichische
Volksbanken-Aktiengesellschaft
1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004-0
Telefax: +43/0/50 4004-3682
e-mail: info@volksbank.com
Internet: www.volksbank.com

Ausgewählte Tochtergesellschaften und Beteiligungen

start:bausparkasse e.Gen.

1091 Wien,
Liechtensteinstraße 111-115
Telefon: +43/1/313 80-0
Telefax: +43/1/313 80-209
e-mail: wien@start-bausparkasse.at
Internet: www.start-bausparkasse.at

VB Services für Banken Ges.m.b.H.

1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004-0
Telefax: +43/0/50 4004-87545
e-mail: vbservices@volksbank.com
Internet:
www.vbservices.volksbank.com

VB Real Estate Services GmbH

1090 Wien, Peregringasse 2
Telefon: +43/0/50 4004-3636
Telefax: +43/0/50 4004-3639
e-mail: mail@vb-real-estate.com
Internet: www.vb-real-estate.com

Immo Kapitalanlage AG

1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004-3938
Telefax: +43/0/50 4004-3767
e-mail: info@immokag.at
Internet: www.immokag.at

VB Factoring Bank AG

5033 Salzburg, Thumegger Straße 2
Telefon: +43/662/62 35 53-0
Telefax: +43/662/62 35 53-330
e-mail: info@vbfactoring.at
Internet: www.vbfactoring.at

VB Leasing

Finanzierungsgesellschaft m.b.H.

1090 Wien, Wasagasse 2
Telefon: +43/0/50 4004-7766
Telefax: +43/0/50 4004-7265
e-mail: office@vbleasing.at
Internet: www.vbleasing.at

VB-Leasing International Holding GmbH

1090 Wien, Wasagasse 2
Telefon: +43/0/50 4004-7136
Telefax: +43/0/50 4004-87136
e-mail: office@vbleasing.com
Internet: www.vbleasing.com

In folgenden Ländern vertreten:
Slowenien, Kroatien, Bosnien-
Herzegowina, Serbien, Slowakei
(Die Landesgesellschaften
Tschechien, Polen und Rumänien
wurden 2014 verkauft)

Volksbank Romania S.A. (Signing zum Verkauf im Dezember 2014)

Nusco Tower, No 42, Pipera Bvd,
2nd Department, Bucharest, Romania
Telefon: 0800 672222
e-mail: pr@volksbank.ro
Internet: www.volksbank.ro

Volksbank Malta Ltd.

(verkauft im September 2014)

53, Dingli Street
Sliema SLM 1902
Telefon: +356/27 77 77 77
Telefax: +356/21 33 60 90
e-mail: info@volksbank.com.mt
Internet: www.volksbank.com.mt

Victoria-Volksbanken Pensionskassen AG

1110 Wien, ERGO Center,
Businesspark Marximum/Objekt 3,
Modecenterstraße 17
Telefon: +43/1/313 41-6970
Telefax: +43/1/313 41-96970
e-mail: bav@victoria.at
Internet:
www.betrieblich-vorsorgen.at

Victoria-Volksbanken Vorsorgekasse AG

1110 Wien, ERGO Center,
Businesspark Marximum/Objekt 3,
Modecenterstraße 17
Telefon: +43/1/313 41-6960
Telefax: +43/1/313 41-96960
e-mail: vk@victoria.at
Internet: www.vvmvk.at

Volksbank Invest

Kapitalanlagegesellschaft m.b.H.

1090 Wien, Kolingasse 14 - 16
Telefon: +43/0/50 4004-3638
Telefax: +43/0/50 4004-3191
e-mail:
volksbankinvestments@volksbank.com
Internet: www.volksbankinvest.com

Dachverband

Österreichischer Genossen- schaftsverband (Schulze- Delitzsch)

1013 Wien, Löwelstraße 14
Telefon: +43/0/50 40041-0
Telefax: +43/0/50 40041-450
e-mail: service@oegv.volksbank.at
Internet:
www.diegenossenschaft.info

ANSPRECHPARTNER

Finanzierungen

Mag. Peter Stanzer

VB Leasing
Finanzierungsgesellschaft m.b.H.
e-mail: peter.stanzer@vbleasing.at
Telefon: +43/0/50 4004-7260
Telefax: +43/0/50 4004-87260

Mag. Manfred Wolf

VB-Leasing International Holding
GmbH
e-mail: manfred.wolf@vbleasing.at
Telefon: +43/0/50 4004-7122
Telefax: +43/0/50 4004-87122

Herbert Auer

VB Factoring Bank AG
e-mail: h.auer@vbfactoring.at
Telefon: +43/662/62 35 53-200
Telefax: +43/662/62 35 53-55200

Financial Markets & Group Treasury

Prok. Michael Santer

Financial Markets
e-mail:
michael.santer@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3178
Telefax: +43/0/50 4004-83178

Prok. Karl Kinsky, MBA

Strategie & Kapitalmarktmaßnahmen
e-mail: karl.kinsky@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3338
Telefax: +43/0/50 4004-83338

Prok. Friedrich Strobl, MBA

Capital Markets, Products & Sales
e-mail:
friedrich.strobl@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3721
Telefax: +43/0/50 4004-83721

Risk Management

Prok. Mag. Franz Reif

Strategisches Risikomanagement
e-mail: franz.reif@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3177
Telefax: +43/0/50 4004-3643

Mag. Gabriele Schiemer

Operatives Risikomanagement
e-mail:
gabriele.schiemer@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3135
Telefax: +43/0/50 4004-83135

Kommerzgeschäft

Prok. Mag. Martin Handrich

e-mail:
martin.handrich@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-4250
Telefax: +43/0/50 4004-84250

Non-Core Immobilien und Unternehmen

MMag. Florian Schumi

e-mail:
florian.schumi@vb-real-estate.com
Telefon: +43/0/50 4004-3481
Telefax: +43/0/50 4004-83481

Legal & Compliance

MMMag. Dr. Stephan Klinger

e-mail:
stephan.klinger@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3372
Telefax: +43/0/50 4004-3117

Organisation / IT

Dir. Dr. Harald Seebacher

e-mail:
harald.seebacher@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-3825
Telefax: +43/0/50 4004-3749

Marketing & Kommunikation

Mag. Thomas Heimhofer, MSc

e-mail:
thomas.heimhofer@volksbank.com
Telefon: +43/0/50 4004-7905
Telefax: +43/0/50 4004-87905

TERMINOLOGIE

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (kurz: ÖVAG)

Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes § 30a BWG
Internationale Bezeichnung: Volksbank AG
(kurz: VBAG)

Volksbanken-Verbund § 30a BWG

Volksbank Primärstufe, ÖVAG Konzern, Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.mbH.
„Verbund“ bezeichnet die Gesamtheit der Mitglieder und den von den Mitgliedern gebildeten Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG.

Konzern der Österreichischen Volksbanken-AG oder ÖVAG Konzern

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft mit ihren Tochtergesellschaften VB-Factoring Bank AG, Volksbank Malta Ltd., Volksbank Romania S.A., VB Real Estate Services GmbH, VB-Leasing International Holding GmbH, VB Leasing Finanzierungsgesellschaft m.b.H.

Volksbank Primärstufe

41 regionale Volksbanken, 5 Spezialbanken (Apothekerbank, Ärztebank, IMMO-BANK, SPARDA-BANK AUSTRIA Süd, SPARDA-BANK AUSTRIA Nord), 4 Hauskreditgenossenschaften und die start:bausparkasse.
(Die Gärtnerbank wurde im Nov. 2014 mit der Volksbank Wien-Baden fusioniert, Anmerkung)

Volksbank-Sektor

Volksbank Primärstufe, ÖVAG im Einzelabschluss,
VB Factoring Bank AG, VB Regio Invest AG

Österreichischer Genossenschaftsverband

Revision und Früherkennung im Verbund § 30a BWG erfolgt durch den Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) – kurz ÖGV. Die Primärinstitute, die ÖVAG und die Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft reg.Gen.mbH. sind ordentliche Mitglieder des ÖGV.

Impressum:

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft
1090 Wien, Kolingasse 14-16
Telefon: +43/0/50 4004-0
e-Mail: info@volksbank.com
Internet: www.volksbank.com

Konzernberichts-Team:

Petra Roth, Karl Kinsky, MBA, Mag. Gudrun Zillich

Redaktion:

Konzernberichts-Team,
Mag. Manuela Elsensohn-Pauser, Walter Gröblinger

Gestaltung und Produktion:

Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft
Ing. Günter Ripka
1090 Wien, Kolingasse 14-16

Fotos:

Robert Polster

Redaktionsschluss:

April 2015